Deutsche

Parlaments-Bücher.

Zweite Serie. Zweiter Theil.

Inhalt.

Zweite Berathung über den Waffenstillstand von Malmö. Nichtbeanstandung.

Stuttgart, 1848.
Franz Heinrich Köhler.

Zweite Berathung über den Waffenstillstand von Malmö.

Sieben und siebenzigste Sitzung in der Paulskirche.

Donnerstag den 14. September 1848. (Vormittags 9 Uhr.)

Präsident: **Heinrich v. Gagern.**

Präsident: Wir gehen zur Tagesordnung über, die Berichte sind in Ihren Händen. Der Antrag der Majorität der vereinigten Ausschüsse lautet wie folgt:

„Es beantragen daher die unterzeichneten Mitglieder der vereinigten Ausschüsse, wie folgt:

„In Erwägung, daß der am 26. August zu Malmö abgeschlossene Waffenstillstand, vermöge der in seinem VII. und IX. Artikel, im fünften Separat-Artikel und den beiden Zusatz-Artikeln enthaltenen Bestimmungen wesentliche Selbst-

ständigkeitsrechte verletzt, welche durch die Beschlüsse der Nationalversammlung allen in ihr repräsentirten Stämmen gewährleistet sind;

in Erwägung, daß der von der Krone Preußen nach Malmö abgesandte Unterhändler in wesentlichen Punkten die ihm von der deutschen Centralgewalt ertheilten Vollmachten überschritten hat, namentlich in Bezug auf die Dauer des Waffenstillstandes, die Trennung der schleswigschen Truppen von den holsteinischen, die in den Herzogthümern Schleswig und Holstein bestehenden Gesetze und das Personal der für beide Herzogthümer zu bildenden provisorischen Regierung; nicht minder in Bezug auf die Lage des Herzogthums Lauenburg während des Waffenstillstandes;

in Erwägung ferner, daß die Ausführung mehrerer politischer Punkte des Malmöer Vertrages, vermöge der einstimmigen Weigerung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, ihnen nachzukommen, unthunlich geworden ist, während dagegen es thunlich und wünschenswerth erscheint, eine Waffenruhe zum Zweck schleuniger Friedensunterhandlungen anzubahnen;

in Erwägung alles Dessen beschließt die Nationalversammlung:

1) Der Malmöer Waffenstillstand vom 26. August wird von der deutschen Nationalversammlung nicht genehmigt;

2) das Reichsministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Kriegs erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt des deutschen Bundesstaates sogleich zu eröffnen."

Der Antrag der Minderheit des Ausschusses lautet:

I. „Die deutsche Nationalversammlung beschließt:

Im Hinblick auf eine durch die königl. preußische Regierung vermittelte Erklärung der dänischen Regierung, daß sie auf das Eintreten des Grafen Karl v. Moltke-Nütschau in die interimistische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein verzichte, und auf Modificationen und Concessionen, welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erscheinen, bereitwillig eingehe;

in der Voraussetzung, daß die Erklärung der dänischen Regierung auch für das Herzogthum Lauenburg zu verstehen sei;

in der Voraussetzung, daß die erwähnten Zusagungen sofort durch Vermittelung der Centralgewalt in Erfüllung gehen werden;

1) daß der Waffenstillstand vom 26. August l. J. ihrerseits nicht weiter beanstandet werde;

2) daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark durch die provisorische Centralgewalt direct und unverzüglich zu eröffnen seien.

II. Die Nationalversammlung beschließt:

Daß sich nach Einsicht der Verhandlungen über die Verhältnisse Deutschlands zu Schleswig, vom 2. April bis zum 26. August l. J., den Ausschuß für Centralgewalt beauftrage, über das von der preußischen Regierung der provisorischen Centralgewalt gegenüber eingehaltene Verfahren der Nationalversammlung zu berichten."

Präsident: Herr v. Lindenau hat das Wort.

v. Lindenau von Altenburg: Nur mit einer gewissen Scheu betrete ich heute die Tribüne, da die Schwäche meiner Brust es mir erschwert, der ganzen Versammlung verständlich zu werden, und es dadurch beinahe zur Unmöglichkeit wird, eine tiefer eingehende Mittheilung zu machen, während ich doch gerade heute auf das Lebhafteste wünschte, die mir inwohnende lebendige Ueberzeugung auch auf Sie, meine Herren, übertragen zu können; denn unsere heutige Berathung, unsere heutigen Beschlüsse sind für unser gesammtes Vaterland, für dessen Gegenwart und Zukunft, sowie für den Erfolg unserer Handlungen überhaupt so wichtig und folgenreich, daß gewiß Jeder, der mit der schleswig-holstein'schen Angelegenheit sich bekannt zu machen veranlaßt fand, sich verpflichtet finden muß, seine Ueberzeugung klar und bestimmt hier auszusprechen und zu begründen. Ich muß dieß um so mehr, als Mitglied der vereinigten Ausschüsse, für meine Verpflichtung halten, als ich weder mit dem Majoritäts-, noch mit dem Minoritäts-Gutachten mich einverstehen kann, da ich die extremen und entgegengesetzten Ansichten weder

mit unserem Berufe, noch mit unserer Stellung für vereinbar halte. Die von der Majorität beantragte Verwerfung des Waffenstillstandes läßt einen Bruch mit Preußen, läßt einen europäischen Krieg befürchten; Preußen hat neulich officiell erklärt, daß die Fortführung dieses Krieges eine Unmöglichkeit sei, während dabei irgend ein wesentlich thätiger Beistand von Oesterreich nicht zu erwarten ist. Es fragt sich nun, was wir für Hilfsmittel besitzen, um unseren kühnen Beschlüssen Folge, und was noch nothwendiger ist, Erfolge zu sichern. Ich höre hier viel und täglich von Deutschlands Kraft und Einheit sprechen, und so gern ich mich dem wohlthuenden Glauben an die Wirklichkeit dieser Worte überlassen möchte, so muß doch eine nähere Beachtung der bestehenden Verhältnisse fürchten lassen, daß wir uns täuschen, und in mancher Beziehung nicht die Wirklichkeit, sondern nur deren Schein besitzen. Daß wir, meine Herren, nicht einig in unserer Mitte sind, das lehrt die tägliche Erfahrung; daß wir nicht mit allen deutschen Regierungen einig, und uneinig mit den europäischen Mächten sind, das verkündigt jedes Zeitungsblatt; und ob alle unsere Beschlüsse das volle Einverständniß aller deutschen Nationen finden, darüber, meine Herren, mag ich kein bestimmtes Urtheil aussprechen. Würde unser Beschluß dahin gehen, daß Dänemark durch Waffengewalt bezwungen werden soll, so würden sich wahrscheinlich Preußen und Norddeutschland von uns trennen... Während wir einen kräftigen Beistand in einem solchen Kriege von Oesterreich nicht zu erwarten haben. Es

würde somit Mitteldeutschland allein den Kampf zu bestehen haben gegen die europäischen Großmächte, gegen Rußland und Schweden, England und Frankreich, und was der wahrscheinliche Ausgang eines so ungleichen Kampfes sein würde, ob dadurch Deutschlands Wohlfahrt und Ehre gewahrt werden könnte, dieß will ich Ihrer eignen Beurtheilung überlassen. — Ich liebe den Muth, aber ich scheue die Tollkühnheit, und ich heiße unbesonnene, tollkühne Beschlüsse die, welche dahin führen können, die Wohlfahrt unseres Vaterlandes zu gefährden, und über Millionen unserer Mitbürger namenloses Drangsal zu verbreiten, wie dieß durch einen europäischen Krieg nothwendig geschehen müßte. Wenn ich aber nicht wünschen kann, daß der Antrag der Majorität genehmigt wird, so kann ich auch nicht den der Minorität wollen, welcher den Waffenstillstand genehmigen will, der mir zunächst in zwei Hinsichten bedenklich und nachtheilig erscheint, einmal darum, weil wir durch einen solchen Beschluß mit dem, was wir vor wenigen Tagen beschlossen haben, in einen zu auffallenden Widerspruch kommen würden, um nicht durch einen so schnellen Wechsel unserer Beschlüsse die Grundpfeiler unserer Wirksamkeit, Vertrauen und Achtung der öffentlichen Meinung, empfindlich verletzt und untergraben zu sehen. Dann kann ich auch mit einigen Bestimmungen des Waffenstillstandes darum nicht einverstanden sein, weil dadurch die Interessen von Schleswig-Holstein empfindlich verletzt werden, und weil dadurch alle Errungenschaften, die dieses brave Volk im Laufe der letzten

Monate durch schwere Opfer erkämpft hat, mehr oder minder gefährdet werden würden; weil ich glaube, daß jene Bestimmungen mit den früher von uns gegebenen Zusagen im Widerspruch stehen, und mit Recht den Vorwurf auf uns wälzen würden, gerechten Erwartungen nicht entsprochen zu haben. Darum, meine Herren, wünsche ich, daß es möglich sein möge, einen vermittelnden Ausweg zu finden, und zu diesem Behuf den Waffenstillstand vom 26. August so zu modificiren, daß er nichts enthält, was mit unserer Ehre und den Interessen Schleswig-Holstein's unvereinbar ist. Demgemäß geht mein Antrag dahin, daß dieser Waffenstillstand nur unter den Bedingungen genehmigt werden möge, welche vorhin von dem Bureau vorgelesen worden sind, und ich frage, ob es Ihnen erwünscht wäre, diese Bedingungen noch einmal vorgelesen zu haben. (Zuruf: Durch das Secretariat!)

Secretär **Biedermann:** Dieser Antrag lautet:

„Die Nationalversammlung möge die Genehmigung des Waffenstillstandes vom 26. August 1848 nur unter folgenden Bedingungen aussprechen:

1) Daß die im 3. Satz des Art. VII angeordnete Aufhebung der seit dem 17. März l. J. für das Herzogthum Schleswig-Holstein erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln in Wegfall komme;

2) daß die Vorstände derjenigen Commissionen, die von den Königen von Preußen und Dänemark

zur interimistischen Verwaltung von Schleswig-Holstein und Lauenburg niederzusetzen sind, von der Nationalversammlung ernannt werden;

3) daß alle hier beschlossenen Grundrechte des deutschen Volks gleichzeitig, wie in allen deutschen Landen, auch in Schleswig-Holstein zur Anwendung kommen; und

4) daß über den künftigen Frieden zwischen Deutschland und Dänemark, nach Maßgabe der im Gesetz vom 28. Juni 1848 und in der Wiener Schlußakte Artikel 48 und 49 enthaltenen Bestimmungen, von der Centralgewalt und der Nationalversammlung verhandelt werde."

v. Lindenau: Daß durch diese Aenderung des Waffenstillstandes die Bedenken beseitigt werden, die daraus für Schleswig-Holstein befürchtet wurden, das, glaube ich, geht unmittelbar aus dem Geist und Sinne dieser Anträge selbst hervor, da sich dadurch Alles beseitigt findet, was zunächst gegen den Waffenstillstand geltend gemacht worden ist, und ich glaube, daß es deßwegen einer näheren Entwickelung dieser Ansicht nicht bedürfen werde. Dagegen halte ich mich für verpflichtet, über die völker- und staatsrechtliche Begründung meiner Anträge noch einige Worte zu sagen: Daß bei provisorischen, temporären Zuständen, wie ein Waffenstillstand allemal ist, daß während eines solchen der status quo, oder mit andern Worten die bestehenden Gesetze, Verordnungs- und Verwaltungsmaßregeln aufrecht erhalten werden; dieses ist eine seit Jahrhunderten bei allen Ver-

handlungen dieser Art feststehende völkerrechtliche Bestimmung, von der hier abzugehen, nicht die mindeste Ursache vorhanden ist, um so mehr, als davon der ruhige Zustand Schleswig-Holstein's während des Waffenstillstandes hauptsächlich abhängen wird. Ebenso kann es irgend einem Bedenken nicht unterliegen, daß die Gültigkeit der hier zu beschließenden Grundrechte sofort Anwendung für Schleswig-Holstein finde, da dieß nur eine nothwendige Folge unseres Beschlusses ist, den wir vor Kurzem dahin faßten, daß Schleswig-Holstein zum deutschen Bundeslande erklärt wurde. Daß aber ferner die Centralgewalt und die Nationalversammlung an allen weiteren Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden einen unmittelbaren und leitenden Antheil zu nehmen berechtigt ist; das beruht einmal auf dem Uebergang aller Befugnisse der Bundesversammlung auf diese neuen Reichsgewalten, dann auf dem Gesetze vom 28. Juni d. J. und endlich auf dem Artikel 48 und 49 der Wiener Schlußakte, wo in Bezug auf solche Verhältnisse Folgendes verordnet wurde: „Art. 48. Nach einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied des Bundes einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen. Art. 49. Wenn von Seiten des Bundes Unterhandlungen über Abschluß des Friedens oder eines Waffenstillstandes stattfinden, so hat die Bundesversammlung zu specieller Leitung derselben einen Ausschuß zu bestellen, zu dem Unterhandlungsgeschäfte selbst aber eigene Bevollmächtigte zu ernennen und mit gehöriger In-

struction zu versehen." Nach diesen Bestimmungen würde es zunächst Sache der Nationalversammlung und Centralgewalt sein, theils meinen Antrag zur Ausführung zu bringen, theils über den künftigen Frieden zu unterhandeln und zu beschließen. Sind aber meine Anträge staats- und völkerrechtlich begründet, so wird gewiß auch Preußen, gewiß auch das vermittelnde England und ebenso auch Dänemark zu einer weitern Verhandlung gern die Hand bieten, da ja allseitig und überall das Bedürfniß des Friedens dringend empfunden wird; denn Alles, was wir wünschen und hoffen, was wir wirken und wollen, hängt vom Frieden und dessen Erhaltung ab, da das ganze, schöne, neue Gebäude der deutschen Freiheit, Wohlfahrt und Selbstständigkeit wahrscheinlich in dem Augenblick zusammenstürzen würde, wo das abscheuliche, Napoleonische Recht der Kanonen wieder seine alte Geltung erhält. Darum, meine Herren, wirken Sie versöhnend auf die Erhaltung des Friedens, wirken Sie durch Unterhandlung dahin, daß der Zweck erreicht werde, den die Pflicht uns vorschreibt. Hüten wir uns, Beschlüsse zu fassen, die im Sinne des Parteigeistes und der Leidenschaft Zwietracht in unser Vaterland bringen, und für Millionen unserer Mitbürger Leben und Eigenthum gefährden würden. Darum wünsche ich, daß aus dem heutigen Beschlusse Frieden hervorgehen möge, daß die Entscheidung nicht auf die Spitze des Schwertes gestellt, ... (Mehrere Stimmen: Schluß! und Unruhe in der Versammlung.) — Meine Herren! Ich habe in zwei Minuten geendet, — daß wir vielmehr unsere be-

gründeten Forderungen durch Unterhandlung und Vermittelung zu erreichen suchen, da es gewiß verdienstlicher ist, den allerdings verworrenen Knäuel dieser Verhältnisse mit Geduld und Anstrengung zu entwickeln, als rasch und unbedacht der Folgen mit dem Schwert zu zerhauen. (Unruhe in der Versammlung.)

Präsident: Es sind sehr viele Redner, die nicht bis zum äußersten Ende des Saales gehört werden; ich muß dem Redner das Wort erhalten.

v. Lindenau: Ich werde sogleich geendet haben. Lassen Sie mich mit der Bemerkung schließen, daß unser theueres deutsches Vaterland Ihnen dankbar sein wird, wenn Sie seine glänzende Zukunft durch ruhige Entwickelung herbeiführen, wenn Sie zu diesem Zwecke einen gewaltsamen Bruch vermeiden; es wird Ihnen dankbar sein, wenn Sie mit dem Blut seiner Kinder sparsam sind! (Bravo auf der Rechten und dem rechten Centrum.)

Heckscher von Hamburg: Meine Herren! Mit Sehnsucht habe ich diesen Tag herbeigewünscht, mit schmerzlicher Ungeduld auf diese Stunde gewartet, diese Stunde der Entscheidung über den Bestand, das Ansehen, die völkerrechtliche Bedeutung der Centralgewalt, der Rechtfertigung Ihrer verantwortlichen Diener. Nie hat eine gewichtigere, nie eine inhaltschwerere Frage einer großen, berathenden Versammlung vorgelegen. Was hängt nicht an unserer Entscheidung? Der Friede Europa's, die Einheit Deutschlands, das Glück und die Wohlfahrt der Herzogthümer, der Geist und die Richtung des künftigen Reichsministerraths. Meine Herren!

Ich habe viel hören, ja, ich kann sagen, viel ertragen müssen; ich verlange kein anderes Aequivalent dafür, als Gehör und Gerechtigkeit. Ich bitte, vor allen Dingen Zweierlei festzuhalten bei dieser wichtigen Verhandlung: zunächst, daß es sich hier nicht um einen definitiven Frieden, sondern nur um einen zeitweiligen Waffenstillstand handelt; sodann in Beziehung auf die Stellung des Reichsministeriums, daß dieses nicht einen Waffenstillstand abgeschlossen, sondern die Krone Preußens beauftragt hat, ihn abzuschließen. Auch, meine Herren, ist festzuhalten, was das Ziel des Krieges war. Es ist zwar unterlassen worden, wie es sonst in Kriegsfällen der Brauch ist, ein Manifest zu erlassen; das ist unterblieben, weil man den Krieg als einen Executionszug betrachtete; aber der eingestandene Zweck des Krieges war nicht, Schleswig-Holstein zu erobern, es gewaltsam Deutschland einzuverleiben; das Ziel war die Wahrung der von Dänemark widerrechtlich angetasteten Rechte der Herzogthümer. Meine Herren! Ich habe früher gesagt, der vorgelegte Waffenstillstand unterliege erst noch der Genehmigung oder Nichtgenehmigung der Centralgewalt, indem er nicht unwesentliche Abweichungen von den Bedingungen der Autorisation an Preußen enthalte, und ich habe gesagt, daß aus demselben Grunde und wegen der politischen Natur und der Dauer des Waffenstillstandes auch die analogische Anwendung des Art. IV des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt eintrete, welches Verträge über Krieg und Frieden nur im Einverständniß mit der Nationalversammlung zuläßt.

Ich werde das rechtfertigen, meine Herren. — (Folgt nun eine ganz ins Einzelne gehende Ausführung und Vergleichung der einzelnen Bestimmungen, die zum Theil schon in Heckscher's Rede I. Thl. Seite 1 ff. vorkommen.)

Heckscher: Ich fordere Sie nicht auf, auf das Capitol zu gehen, und den Göttern zu danken für diesen Waffenstillstand; aber das Ministerium steht fleckenlos und rein da, und ich behaupte es im Angesichte aller Gegner, unter schweren Sorgen und unerhörten Schwierigkeiten hat das Ministerium diese wichtige Angelegenheit behandelt, es hat wenigstens den Muth gehabt, die Verantwortlichkeit zu übernehmen, es hat den Muth gehabt, zu sagen: Verwerfen Sie, oder nehmen Sie an, und es hat endlich die Kraft gehabt, sowie das erste Zeichen von Majorität gegen es war, abzutreten. Es hat also in jeder Beziehung seine Pflicht gethan. Ich wünsche, meine Herren, von Herzen, daß die Nachfolger der Minister, in gleichem Maße ihre Pflicht erfüllen (Zischen auf der Linken); ja, meine Herren, ich wünsche es. Ein Ministerium, das eintritt nach einem anderen, das abgetreten ist, weil es festhielt an der Nothwendigkeit, an der Weisheit der Nicht-Verwerfung des Waffenstillstandes, ein solches Ministerium kann nur regieren, wenn es mit Logik und Consequenz und Ehrenhaftigkeit eintritt auf Verwerfung des Waffenstillstandes und Fortsetzung des Krieges, und ich will wünschen, daß unsere Nachfolger den Muth beweisen, den wir bewiesen haben. Meine Herren! Zum Schlusse will ich sagen: Mein Votum werde ich abgeben für den Antrag der soge-

nannten Minorität. Dieses Votum, diesen Antrag zu formuliren, habe ich selbst wesentlich beigetragen. Diesem Antrage, oder einem ähnlichen, durch die Sachlage gerechtfertigten und modificirten werde ich meine Stimme geben. Aber da ich nun einmal auf den Beinen bin, so will ich auch Das noch hinzufügen. Man hat sehr viel von Majoritäts- und Minoritäts-Antrag gesprochen; ich sehe in beiden nur einen Minoritäts-Antrag. Meine Herren! Wir waren 24, es standen Anfangs 9 gegenüber von 9, nachher sind zu der Seite, die sich jetzt aber mit Unrecht die Majorität nennt, Zwei oder Drei hinzugetreten, von diesen Drei waren mehrere bei der Hauptverhandlung gar nicht zugegen, und das gebe ich Ihnen zu bedenken. Was aber die Hauptsache ist, 12 ist noch gar keine Majorität von 24, das ist eine relative Mehrheit; aber 13 ist die erste Ziffer der absoluten Mehrheit, und die Zahl 13 hat die sogenannte Mehrheit nicht für sich. Auf der andern Seite stehen Zehn, die unbedingt für den sogenannten Minoritäts-Antrag sind, und dabei ist zu bemerken, daß Herr v. Lindenau, dessen Antrag Sie gehört haben, sich dem Wesen der Sache nach diesem Minoritäts-Antrag eigentlich anschloß, und daß ich, der Haupturheber desselben, mich der Abstimmung enthalten habe, weil man es von mir verlangt hat. Also, meine Herren, diesem oder einem ähnlichen Antrage, der die Ehre Deutschlands wahrt, der die Centralgewalt nicht compromittirt, der nicht eines seiner mächtigsten Glieder verletzt, und allen Modificationen, welche jetzt schon in Aussicht stehen, die Thüre offen hält, einem

solchen Antrage schließe ich mich an, einen solchen Antrag empfehle ich Ihrer Annahme. (Beifall auf der Rechten. Zischen auf der Linken.)

Venedey von Köln: Meine Herren! Ich weiß nicht, ob ich mir den Beifall Englands heute erringen werde; ich habe aber die innige Ueberzeugung, daß ich mir den eines guten Theils, wenn nicht der Mehrheit des deutschen Volks erringe. Es ist hier sehr viel von der Ehre Dänemark's, von der Ehre aller auswärtigen Mächte die Rede gewesen, man hat auch von der Ehre Deutschland's gesprochen; ich werde nur von der Ehre Deutschland's reden, und weniger von der Ehre des Auslandes. Man hat Ihnen die vorgelegten Actenstücke von einem gewissen Gesichtspunkte auseinandergesetzt; ich bin so frei, sie Ihnen von meinem Gesichtspunkte zu zeigen, und hoffe, daß ich dabei auch manchem tüchtigen deutschen Mann ein Ehrenzeugniß geben kann, dem Sie beipflichten werden. Vorerst, meine Herren, bin ich genöthigt, von einem Todten Gutes zu sprechen; ich thue das recht gern, obgleich der Todte der Bundestag ist. Man hat hier die Vollmacht Preußens auf die im Bundestag stattgefundenen Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse gefußt; ich werde Ihnen nur einen Paragraphen vorlesen; auf den diese Vollmacht zurückgeführt werden muß. Der Bundesbeschluß, von dem ich rede, ist vom 6. Mai, und er heißt: „Die königlich preußische Regierung zu ersuchen, beim Fortgang der Unterhandlungen der schleswig-holsteinischen Angelegenheit die Bundesversammlung stets zeitig

von dem Stande der Verhandlungen in Kenntniß zu setzen, und definitive Verabredung ohne vorgängigen Bundes-Beschluß nicht zu treffen." Wenn die preußische Regierung auf diesen Bundesbeschluß unterhandelte, so mußte sie auch in Folge dieses Bundesbeschlusses uns oder unsere Centralregierung von Dem, was geschehen ist, in Kenntniß erhalten, und durfte nicht eher beschließen, bis wir den Vertrag genehmigt hatten; denn das neue Gesetz der Centralgewalt behält uns dieses Recht vor. Ueberhaupt, meine Herren, hat der Bundestag sich in dieser ganzen Sache viel tapferer benommen, als unsere Centralregierung. (Unruhe.) Ich bitte um Ruhe, meine Herren, die Sache ist so verwickelt, daß ich alle meine Geistesgegenwart nöthig habe, um sie gehörig zu verfolgen. Sie werden sich entsinnen, daß Rußland gegen das Verfahren des Bundes protestirt hat. Dagegen hat der Bund ganz einfach geantwortet, daß er die Anerkennung Schleswig-Holstein's als unzertrennlicher, als selbstständiger Staatskörper durchsetzen werde, daß er nur die Personalunion kenne, daß er nur den Mannesstamm im oldenburg'schen Hause als berechtigt auf die Nachfolge kenne, daß er die Aufnahme in den Bund wünsche und betreibe, und daß er im höchsten Fall den im Norden wohnenden Dänen eine Ausnahme gestatten werde. Später, meine Herren, hat Schweden gegen die Besetzung der Provinz Schleswig durch preußische Truppen protestirt, — was hat der Bundestag gethan? Er hat ganz einfach geantwortet, wie er schon vorher

erklärt habe, „daß Jütland geräumt werden solle, wenn die Schiffe freigegeben seien, und nicht eher; — wenn Schweden trotz dieser Erklärung Truppen schicke, so werde Deutschland auch seine Truppen in Schleswig vermehren.“ Das ist die Sprache des seligen Bundestages! Vergleichen Sie damit die Sprache, welche die Centralgewalt geführt hat, so werden Sie finden, daß wir nicht viel gewonnen hätten, an der Stelle des Bundestages die Centralgewalt zu haben. Ich muß leider nur hinzufügen, daß der Bundestag nicht gerade hier ganz freiwillig gehandelt hat; denn damals bestand der Fünfziger-Ausschuß, und dort war es die Majorität, die den Muth hatte, den äußeren Mächten bei jeder Gefahr in's Auge zu sehen; sie setzte dem Bundestag die Sporen in die Rippen, und er handelte. — Meine Herren! Es freut mich, daß ich nicht bloß vom Bundestag, von Todten, Gutes zu sagen habe, sondern auch von Lebendigen, und hier komme ich an einen Mann, dem gegenüber ich oft gestanden habe, und dem ich vielleicht in Zukunft wieder gegenüber stehen werde, — es ist der ehemalige preußische Gesandte in Paris, der Herr v. Arnim. Lord Westmoreland protestirte in Berlin gegen das Einrücken von Truppen in Schleswig, und zwar auf den Vertrag vom 13. Juli 1720; darauf antwortete Herr v. Arnim, damals Minister des Aeußeren, und erinnerte an die Pflicht, die Preußen als Mitglied des „corps germanique“ habe, und daß Schleswig erst von dänischen Truppen geräumt sein

müsse, ehe er eine Protestation annehmen könne. — Meine Herren! Ich lege einen Werth auf dieses Wort „corps germanique;" Sie sehen, es ist nicht etwa zufällig einmal in unseren Actenstücken, sondern in der Regel, so lange Herr v. Arnim an der Spitze der Regierung stand, und ist ebenso in die Actenstücke, die von dem Gesandten v. Bunsen vorliegen, übergegangen. Es ist in diesem Wort ein Ersatz für das alte Wort confédération germanique; „confédèration germanique" ist, was man im Auslande wünschte, ein Staatenbund, und „corps germanique" ist ein Bundesstaat. Herr v. Arnim stellte sich also auf die Grundlage, die wir hier geschaffen haben, und es freut mich, noch einmal hier dieß sagen zu dürfen. Herr v. Arnim verlangt vor Allem gegenüber der englischen Regierung, daß die „réparation de tous les dommages et pertes," welche deutsches Eigenthum schon erlitten hat oder noch erleiden könne, vorerst stattfinde. Meine Herren, die zwei Worte dommages et pertes sind nicht einfach ein simpler Schadenersatz, sondern es soll der positive und relative Schaden ersetzt werden. Das war die Sprache des damaligen preußischen Ministers. Ich freue mich ebenso, meine Herren, dem tapfern General Wrangel die Anerkennung, die er verdient, zu Theil werden lassen zu können; in den Actenstücken liegt eines vor, worin der englische Gesandte Wynn, und der russische Gesandte, Baron Ungern-Sternberg in Copenhagen verlangen, daß die Truppen aus Jütland zurückgezogen, und erst darauf der Waffenstillstand geschlossen werden

soll; General Wrangel antwortete, er von seinem Standpunkte aus werde nie einen Waffenstillstand schließen, wenn nicht die Räumung Alsens erfolge, und die Freigebung der Schiffe und die Befreiung des ganzen deutschen Handels vorhergegangen sei. Ich komme endlich an einen dritten Beamten der preußischen Regierung, der damaligen und auch der jetzigen Zeit, den Gesandten in London, Herrn v. Bunsen, und ich werde Ihnen zeigen, daß er vollkommen in demselben Sinne handelte. Als England dem Bunde seine bona officia angetragen hatte, erklärte Bunsen, daß er dieselbe im Namen seiner Regierung in ähnlicher Weise annehme, wie England seinen guten Rath in der Schweiz angewendet habe, und zwar unter der Voraussetzung, daß vorläufig die Bedingungen des Friedens aufgestellt würden, und daß erst nach Feststellung der Bedingungen des Friedens ein Waffenstillstands-Vertrag abgeschlossen werden könne. Meine Herren! Das ist logisch und diplomatisch zugleich! Man schließt keinen Waffenstillstand, besonders nicht auf längere Zeit, wenn man nicht vorher sicher ist, daß der Waffenstillstand den Vortheil hat, zu einem Frieden zu führen. Das war der Standpunkt, den Herr Bunsen einnahm; die dänische Regierung ihrerseits verwarf diesen Standpunkt und sagte, sie wolle nur Waffenstillstands-Bedingungen machen. Die Friedensbedingungen selbst, die Bunsen damals vorlegte, sind unter andern: §. 2. „Im Wege gütlicher Verständigung werden die Bedingungen einer völligen Trennung hinsichts der Verwaltung, der Finanzen, der

Armee und der Flotte und der öffentlichen Schuld festgestellt.“ Sie sehen darin, meine Herren, daß Bunsen im Namen seiner Regierung damals auch einen Theil der Flotte für Deutschland forderte. Es heißt weiter: 3) „Der König von Dänemark willigt in die Aufnahme des vereinigten Herzogthums in den deutschen Bund.“ Dagegen wird als Gegenstand ꝛc. der Compensation zugestanden, „daß ein Theil von Nordschleswig, wenn derselbe sich frei und offen zu Gunsten einer Vereinigung mit Dänemark erklären sollte, von dem vereinten Schleswig-Holstein ausgeschlossen bleibe und mit Dänemark vereinigt werde.“ Auf diesen letzten Punkt antwortete damals Lord Palmerston und sagte, er habe eine „kleine Modification“ anzuhängen. Diese kleine Modification bestand aber einfach darin, daß er eine Art von Theilung des Herzogthums Schleswig vorschlug, indem er nicht mehr die wirkliche Nationalität, sondern ein Uebereinkommen zwischen den beiderseitigen Regierungen, und zwar nur „Mehrzahl von Mehrzahl trennen, nicht aber die gesammte deutsche Bevölkerung einerseits von der gesammten dänischen Bevölkerung andererseits abscheiden läßt,“ daß er also der Willkür und dem Zufall zu viel überläßt, und sich nicht auf den Standpunkt der Nationalität stellt. — Dagegen antwortet Herr v. Bunsen, und zeigt, wie er sich nicht damit begnügen könne; er widerlegt diese Ansicht, daß man auf gut Glück das Herzogthum theilen soll, sondern stellt sich noch einmal fest in seiner Antwort auf den Grundsatz der Nationalität. Die englische Ant-

wortsnote auf Seite 31 des Complexs der Actenstücke lautet: „That not separation of any part of Sleswig can ever be thougt of, unless the population in the northern districts themselves declare by an open an unbiassed manifestation of their intention to that "effect that they will be separated from the next of the Duchy." Das heißt, wenn die Population selbst vollkommen unbeengt und frei erkläre, daß sie nicht deutsch, sondern dänisch sein wolle rc. Diesen Ansichten des Herrn v. Bunsen trat der dänische Gesandte gegenüber mit andern Waffenstillstandsvorschlägen. Diese Waffenstillstands-Vorschläge, meine Herren, — Sie kennen sie gegenwärtig sämmtlich, — sind ungefähr dieselben, die durchgegangen sind, und ich werde Ihnen nun das Weitere, was der Gesandte, Herr v. Bunsen, gewiß ein sehr competenter Mann, über diese Bedingungen aussprach, hier vorlesen. Er sagt: „Die Zurückweisung der englischen Vorschläge für die Friedenspräliminarien zusammen mit dem erneuerten Vorbringen jener Artikel müssen ganz Europa überzeugen, daß die dänische Regierung, weit davon entfernt, von einem aufrichtigen Wunsche nach Frieden beseelt zu sein, auf eine neue Invasion Schleswig's sinnt, um durch eine Incorporation mit Dänemark die constitutionellen Rechte beider Herzogthümer zu vernichten. Nachdem dies ihnen das erste Mal nicht gelungen ist, hoffen sie das zweite Mal glücklicher zu sein, vielleicht mit fremder Hilfe, nachdem die deutschen Truppen einige 100 Meilen weit in ihre Heimath zurückge-

kehrt sind, für einen Waffenstillstand von 6 Wochen; nachdem die Herzogthümer entwaffnet worden sind, nachdem die provisorische Regierung, — die die Ordnung erhalten hat, — entsetzt ist, nachdem die Saat bürgerlicher Zwietracht gesät ist durch den Versuch, dem Lande eine andere Regierung aufzudringen, die nicht fähig wäre, sich Ansehen zu verschaffen, und nachdem alle diese verfassungsmäßigen Rechte dargestellt ohne Stütze gelassen worden sind, für deren Vertheidigung die Bevölkerung nach Jahren der empörendsten Unterdrückung sich erhoben hat, erst als die gewaltthätige Vollziehung des Incorporationsvorhabens, die Waffen in der Hand, geschehen sollte." Das sind vollkommen die Zustände, die jetzt eingetreten sind; das Alles prophezeite damals der Gesandte v. Bunsen mit vollkommen klarer Voraussicht Dessen, was kommen werde, was gegenwärtig gekommen ist, und was noch kommen wird. Der preußische Gesandte spricht sich über diese Friedensbedingungen weiter aus, und sagt: „Der erste und wesentlichste Punkt ist der des vierten Artikels, der mit dem fünften Artikel zusammenhängt. Dänemark schlägt vor, der bestehenden provisorischen Regierung für die Dauer des Waffenstillstandes eine neue provisorische Regierung, eine für Holstein, vom Bundestag zu ernennen, eine für Schleswig, vom König von Dänemark zu ernennen, zu substituiren. Dieser Vorschlag enthält daher für's Erste eine Theilung in der Verwaltung der beiden Herzogthümer, die nie vorher bestanden hat." Ganz Aehnliches ist gegenwärtig geschehen. Herr v. Bunsen sagt ferner:

„Es ist kaum nöthig hinzuzufügen, daß der Bundestag und das Parlament von Deutschland in aller Form die bestehende provisorische Regierung anerkannt haben, daß dieselbe fortfährt, ihre Autorität im Namen des Herzogs auszuüben, daß sie sich des Vertrauens der Bevölkerung erfreut, und daß ihren Befehlen in sämmtlichen Theilen Schleswig's ebensowohl wie Holstein's gehorcht wird. Es ist demnach in jeder Beziehung unmöglich, für Preußen vorzuschlagen, daß eine solche Regierung ihre Functionen beenden solle, und ersetzt werde, während des Waffenstillstandes durch eine Behörde, die der König von Dänemark ernannte." Es ist unmöglich! nach der Ansicht gewiß des tüchtigsten preußischen Diplomaten der Gegenwart. Er fährt fort: „Es scheint angenommen zu werden, daß die bestehende provisorische Regierung nach folgendem Plan umgeschaffen werden könnte. Der deutsche Bund sollte Zwei oder Drei aus den Staatsmännern der Herzogthümer auswählen, und der König-Herzog würde eine gleiche Anzahl von Mitgliedern ernennen, ebenfalls aus den Staatsmännern Schleswig-Holsteins. Diese vier oder sechs Mitglieder würden dann selbst unter einander über einen andern schleswig'schen oder holstein'schen Bürger oder Adligen sich zu einigen haben, den sie zu ihrem Präsidenten machen, oder auch würden die beiden Regierungen sich über eine solche Person einigen." Das ist's, was heute geschehen ist! — „In der gegenwärtigen Sachlage, da Dänemark es abschlägt, in den englischen Vorschlag zu Friedenspräliminarien einzugehen,

kann der preußische Gesandte solchen Vorschlag nicht auch nur einen Augenblick im Auge haben. Der Bundestag würde nicht darein willigen, und in den Herzogthümern würde es sich auch nicht in Ausführung bringen lassen.“ Er setzt hinzu, meine Herren: „Der preußische Minister kann daher nicht einmal jenen Vorschlag ad referendum! nehmen, ebensowenig, als wie den Artikel IV.“ Sehen Sie, meine Herren, das ist jetzt geschehen mit Zustimmung unserer Centralgewalt, und nachdem der selige Bundestag es nicht gewollt hat, und der Gesandte Preußens das für nicht fähig, ad referendum genommen zu werden, erklärt hat. — Ich werde später darauf zurückkommen, woher es kommt, daß nun auf einmal, nachdem wir gesehen haben, wie Deutschland sowohl durch den Bundestag, als durch die preußische Regiernng tapfer und würdevoll im Auslande und den neuen deutschen Zuständen vollkommen angemessen vertreten war, dieß aufhört, und später nicht mehr stattfand. Aber daß es nicht mehr stattgefunden hat, werden Sie bald sehen, wenn wir nun auf die folgende Actenstücke übergehen. Ich sage es noch einmal, meine Herren, ich freue mich, daß ich diesen Männern, die ich genannt habe, meine vollkommene Anerkennung für Das, was sie gethan haben, zollen kann, umsomehr, weil es mir leid thut, auf der andern Seite nun auf Männer der neuern Zeit zurückzukommen, von denen ich wahrlich nicht dasselbe sagen kann, sondern vollkommen das Gegentheil. — Eine der ersten Noten, der wir weiter begegnen, ist die des Ministers Herrn v. Auerswald

an seinen Gesandten General v. Below. Er spricht da in der Einleitung von den Pflichten Preußens, von den Interessen des Landes und der Nachbarn. Zu Anfang erklärt er, daß auch die preußische Regierung früher nur mit Vorbehalt der Ratification des Reichs-Verwesers und Reichs-Ministeriums den Vertrag und Waffenstillstand habe abschließen wollen, „daß aber die Dänen dieses nicht gewollt haben." Es ist wunderbarlich, zu sehen, warum der Minister Herr v. Auerswald glaubte, daß nur die Dänen das Recht haben, dieses nicht zu wollen. Sein Standpunkt ist ein ganz eigenthümlicher. Meine Herren! Wir haben hier schon einmal von einem eigenthümlichen Standpunkt gehört; aber ein deutscher Minister, der seinen Standpunkt im Auslande nimmt, ist wahrlich, meine Herren, so wunderlich, wie ein Anderer, der hier schon an der Tagesordnung gewesen ist. (Stimmen auf der Linken: Hört! Hört!) Das, meine Herren, sind die Worte des Herrn v. Auerswald selbst. Er sagt: „Die dänische Regierung habe nur bisher mit Preußen, welches den deutschen Bund ihr gegenüber vertrete, unterhandelt, und könne nun das Resultat ihrer Bemühungen zum Frieden nicht von der Einstimmung einer dritten Macht abhängig machen, welche bisher keinen Theil an den Unterhandlungen genommen habe, und ihr als eine fremde erscheinen müsse." Diese „dritte Macht," meine Herren, ist der Reichsverweser und sein Ministerium; diese dritte Macht sind wir, die Vertreter des deutschen Volks hier in der Paulskirche. Es ist nicht

wahr, meine Herren, wenn man das eine neue Macht, und ebensowenig, wenn man das eine dritte Macht nennt. Die neuen Institutionen des Reichsverwesers und unserer Versammlung sind nichts, als eine Fortsetzung des Bundestags, es ist da gar nichts Neues dem Auslande gegenüber hinzugetreten; keine neue Macht entstanden. Deutschland hat eine innere Reform vorgenommen, und diese gibt keiner Regierung der Welt das Recht, zu sagen: Wir wollen mit dem reformirten Deutschland nicht mehr in Verbindung treten, nicht mehr unterhandeln. Das, meine Herren, ist der Standpunkt der Ausländer, und Herr v. Auerswald sagt das sehr klar: „Es läßt sich nicht verkennen, daß von dem Standpunkte der auswärtigen Mächte diese Betrachtung Gewicht haben müsse.“ Ich verkenne das auch nicht, meine Herren; wenn ich eine auswärtige Macht wäre, so möchte ich vielleicht auch Skrupel haben, daß Deutschland frei, mächtig, groß und würdig dastehe; denn dadurch wird ein Gewicht in die Wagschaale der europäischen Angelegenheiten gelegt, das bisher nicht darin lag; dadurch kommt ein neuer Haltpunkt ins Leben der Völker; nämlich ein mächtiges Deutschland an die Stelle eines geschwächten, ein Deutschland, das seine eigenen Interessen den andern Mächten gegenüber durchführen, seine Flüsse, die bisher geschlossen gewesen sind, öffnen, überall sein Wohl, welches bisher stets in der Hand Eines oder des Andern lag, selbst vertreten wird. Auf diesem Standpunkte untersucht Herr v. Auerswald denn auch gewissenhaft, was alle Welt thun werde, wenn wir nicht thun wollen,

was Dänemark will, daß wir thun sollen. Von Allem ist die Rede, nur nicht von uns. Es thut mir wehe, ich muß das Wort aber wiederholen, daß ich denselben Standpunkt bei meinem Landsmanne Camphausen wiederfinde. Er geht sogar so weit, daß er Maßregeln unterstellt, die die auswärtigen Mächte hätten nehmen können, aber, Gott sei Dank, nicht genommen haben. Er sagt in seinem Briefe, den Sie Alle kennen: „Es würde nicht auffallend sein, wenn Dänemark gegen jeden Schritt der schleswig-holstein'schen constituirenden Versammlung und gegen die ganze Stellung derselben protestiren sollte.“ — Er setzt aber hinzu, glücklicherweise habe Dänemark dieß nicht gethan, und somit sei eine Verwickelung weniger vorhanden. Ich werde noch ein paar Stellen aus dem Schreiben Camphausens vorlesen, die Sie überzeugen werden, daß auch er auf dem Standpunkte steht, daß er an Alles denkt, nur nicht an Deutschland: „In den Unterhandlungen ist auf das Deutlichste hervorgetreten, welchen Einfluß die neuerlichst geschehene Einmischung Frankreich's und dessen für Dänemark günstige Erklärungen gehabt haben; auch wie England keineswegs mehr die frühere neutrale Stellung zu behaupten sucht, sondern sich sehr entschieden auf die Seite Dänemark's neigt. Von Seite Rußlands hatte Dänemark bei Wiederausbruch der Feindseligkeiten die bestimmte Aussicht auf active Unterstützung, und Schweden war zu einer gleichen Handlungsweise durch bestimmte, Dänemark gegenüber übernommene, Verpflichtungen genöthigt.“ Ich bitte nicht zu vergessen die Worte „neuer-

lichst geschehen." Neuerlich hat man sich viel tapferer gegen uns gezeigt als vorher... Der Standpunkt, den er hat als Minister der auswärtigen Mächte, wird noch klarer durch die Worte hier: „Auch sind in einigen Punkten durch Erwarten günstige Bedingungen erreicht, namentlich in der Regelung der militärischen Verhältnisse, in welchen ein durchaus angemessener Zustand festgestellt ist." (Von der Linken: Hört! Hört!) Meine Herren, „über alle Erwartungen günstige Bedingungen," das ist also ein „durchaus angemessener Zustand." Meine Herren! Das ist meiner Erwartung lange nicht „durchaus;" denn ein „angemessener Zustand" wird erst dann überall eintreten, wenn wir unsere Angelegenheiten selbst betreiben und dem Auslande gegenüber als Ganzes anerkannt worden sind, und als solches auftreten. Noch eine Stelle, denn es geht durch die ganze Auffassung hindurch: „So zeigten sich doch die fremden Mächte auch in diesem Punkte — es handelt sich hier um die Gesetze, welche die provisorische Regierung erlassen hat — der dänischen Auffassung geneigt, ausgehend von der Anerkennung des König-Herzogs als rechtmäßigen Landesherrn, und von dem Grundsatze, daß den Acten desselben auch zu der Zeit, wo er nicht im factischen Besitze des Landes war, doch die rechtliche Gültigkeit nicht abgesprochen werden könne." Sie sehen, meine Herren, der Herzog-König hat das Recht, in unserem Lande Gesetze zu machen, so viel er Lust hat. Denn es zeigten sich „die Mächte geneigt," und deßwegen, meint

Camphausen, müsse auch er sich geneigt zeigen. Sie werden sich erinnern, daß in Frankreich auch einmal eine Revolution war. Sie hat eine gute Weile gedauert, und als die alten Könige zurückkamen, meinten sie, die ganze Geschichte ausstreichen zu können. Das ist im Kleinen, was hier im Großen stattfand. Meine Herren! wenn ich dann frage, was seit jener Zeit geschehen ist, daß auf einmal alle deutsche Gesandten, alle officiellen Behörden Deutschland's eine andere Sprache annahmen? so muß ich mir selbst antworten: Unterdeß ist Eins geschehen, der Fünfziger-Ausschuß ist abgetreten, die Centralgewalt ist eingesetzt, und Sie sind hier zusammenberufen worden. Machen Sie einen Schluß daraus; für mich liegt er schon ganz klar vor, und ganz Deutschland wird ihn ebenso ziehen. Man glaubt im Auslande nicht mehr an dieselbe Kraft, die wir noch vor Kurzem bekundeten, und wenn von dieser Tribüne aus einmal von „wohlfeilem Muthe" gesprochen worden ist, so hat doch nur Der wohlfeilen Muth, der Jemanden provocirt, von dem er weiß, daß er sich nicht schlagen will. Diesen wohlfeilen Muth hat das Ausland; dieß ist der Grund, warum Frankreich hinzugetreten ist, warum England anders denkt; man glaubt, mit Ihnen wohlfeiles Spiel zu haben. Meine Herren! Wer geachtet sein will, den muß man fürchten, für den Fall, daß man ihn verletzt oder beleidigt, und von dem Augenblick an, daß man glaubt, daß man ihm ungestraft auf die Füße treten dürfe, hat er die nöthige Achtung nicht, und er hat es verdient. Eben hat auf dieser

Tribüne der Minister vorgelesen, daß in dem Augenblick, als Wrangel nach Rendsburg kam, das Gerücht sich verbreitete, man gebe schon nach in Dänemark. Das ist die Folge des Umstandes, daß wir vor ein paar Tagen einmal wieder mit Muth und Ernst durchgriffen. Man wird noch anders nachgeben, wenn wir in dem Beschlusse verharren, den wir vor einigen Tagen gefaßt haben. Dieser Beschluß allein ist Schuld daran, daß General Wrangel's Herz leicht sein kann, und er zurückkommend sagen kann: „Ich bringe mehr, als die Regierung euch ausgemacht hat." Das gehört uns, und wir werden noch Manches dazu erlangen! Ich bin der Ueberzeugung, daß die Versammlung den neuen Standpunkt kräftigen Selbstbewußtseins, den sie wieder eingenommen hat, nie wieder verlieren werde. — Ich möchte noch ein paar Worte über die Art sagen, wie Preußen der Centralgewalt gegenüber gehandelt hat; es ist im höchsten Grade charakteristisch. Sie wissen, wie der erste Artikel der neuen Serie über die Actenstücke der Centralgewalt darin besteht, daß Camphausen „unbedingt und ohne Vorbehalt" abzuschließen beauftragt sein will. Diese Forderung war ein gesetzliches Unrecht; denn Derjenige, welcher sie gemacht hat, und Der, welcher sie zugestanden hat, haben das erste Gesetz, das in der Paulskirche gemacht worden ist, mit Füßen getreten. (Bravo!) Diese Vollmacht aber zuzugestehen, meine Herren, ist noch viel wunderbarer, denn derselbe General Below, der beauftragt war, die Verhandlung wegen des Waffenstillstandes zu betreiben, sagt ganz unumwunden: „Handelte es sich

bloß um Abschließung eines militärischen Waffenstillstandes, so wäre die Aufgabe einfach; allein in der vorliegenden Convention liegen gewissermaßen Friedens-Präliminarien." Das ist es, meine Herren, was das Charakteristische dieses Waffenstillstandes zeigt, und was ihn unserer Autorität unterwirft. Daß es sich aber wirklich um das Letztere in dem Waffenstillstandsvertrag handelte, geht aus einem weiteren Satze des Generals Below hervor, den ich nicht vorlesen will; denn er verbreitet sich sogar auf die Rockknöpfe, die eben so gut, wie alles Andere, restaurirt werden müßten. Nach der großen und langen Rede, die eben unser ehemaliger Minister gehalten hat, scheint es mir kaum nöthig, das alte Ministerium persönlich noch anzugreifen. Eine solche Vertheidigung entwaffnet auch den bittersten Gegner, und ich gehöre nicht gerade zu diesen. — Ich werde nur noch Eins aus den Actenstücken hier berühren, und das ist die Antwort, die Herr v. Below unserm Gesandten, Herrn Max v. Gagern, gegeben. Max v. Gagern klagt, daß er nichts von dem Vertrage wisse; Below antwortet: „Herr v. Gagern werde es in der Ordnung finden, wenn ihm vor der Auswechselung der Ratification ein Mehreres nicht mitgetheilt werde, — als die einfache Ankündigung, daß der Vertrag abgeschlossen sei." Und das ist unser Gesandter, der Gesandte Deutschland's, des Parlaments und der Centralgewalt! Herr v. Auerswald hat seinen Bericht nach Frankfurt drei Tage hinausgeschoben, drei Tage hatte er nöthig, den Waffenstillstandsabschluß von Berlin nach Frankfurt zu

befördern, d. h., nur abgehen zu lassen. Er sagte: „Am 28. erhielt ich den Abschluß, am 29. ließ ich ihn abschreiben, und am 30. habe ich ihn abgeschickt.“ (Heiterkeit.) Meine Herren! Wenn Sie nun die ganze Verhandlung ansehen, so werden Sie mit mir bedauern, daß man uns nicht für eine auswärtige Macht angesehen; dann hätte man uns Gerechtigkeit widerfahren lassen. — Ich komme nun auf ein weiteres Element dieser verhängnißvoll entscheidenden Verhandlung zurück; denn ich habe die feste Ueberzeugung, entscheiden wird sie auf die eine oder andere Weise über Deutschland's Geschicke; sie wird es in eine feste Bahn hineinbringen, aber das hängt von Ihrer Entscheidung ab. Ich mache Sie darauf aufmerksam, welche Sprache und welche Stellung das Ausland diesem erneuerten Deutschland, nicht allein der Centralgewalt gegenüber geführt hat, sondern auch Preußen gegenüber; denn seien Sie überzeugt, wenn es uns nicht gelingt, uns achten zu machen, so wird auch Preußen nie mehr geachtet werden; denn Preußens Geschick hängt auf das Innigste mit dem Deutschlands zusammen. Bringt man es dahin, daß es zwischen uns und Preußen zum Kampfe kommt, — aber ich spreche nicht gern von Preußen, weil ich nur ein Deutschland kenne, — eben wenn es zwischen uns und den preußischen Stämmen zum Kampfe käme, so wäre es um Preußen geschehen. Ich habe aber die innige Ueberzeugung, daß die preußischen Völker begreifen werden, wie ihr Geschick ganz anders auf dem Spiele steht, wenn sie gegen Deutschland, als wenn sie

mit Deutschland gegen Dänemark Krieg führten. (Bravo auf der Linken und der Galerie.)

Präsident: Ich muß bitten: keine Beifallsbezeugung auf der Galerie, das ist nicht erlaubt. (Eine Stimme auf der Gallerie: „das ist erlaubt!") Ich fordere den auf, welcher den Ruf hat erschallen lassen, sich sofort zu entfernen.

Venedey: Ich komme nun zu dem Benehmen, das das Ausland in dieser Angelegenheit Preußen gegenüber beobachtet hat. Sie finden in diesen Actenstücken eins, was unbedingt das allerinteressanteste ist, es ist der Brief des schwedischen Ministers des Aeußeren an den schwedischen Gesandten d'Ohsson in Berlin. Es heißt darin: — ich habe den Brief übersetzt und will ihn deutsch vortragen — „Nachdem der Waffenstillstand unterzeichnet, dann könne die preußische Regierung der Centralgewalt Aufklärungen über die Motive geben, die die Regierung veranlaßt haben, dem General Wrangel zu befehlen, den Vertrag zu schließen." Sie sehen, meine Herren, man wünscht die preußische Regierung zu veranlassen, erst abzuschließen und dann sich mit uns, mit der Reichsgewalt zu verständigen über das, was sie gethan hat. Ich lese weiter: „daß der General Wrangel nicht nur für Dänemark außerordentlich drückende Bedingungen ausgesprochen, sondern daß er sich auch geweigert hat, den Vertrag zu unterzeichnen, bevor darin eingetragen sei, daß er der Ratification des Reichsverwesers unterworfen sein müsse. Diese letzte Clausel ist

Dänemark unbedingt als unzulässig erschienen, und wir können diese Ansicht nur theilen." Aber Wrangel ist eben ein tapferer Mann, ein in Ehren grau gewordener Soldat, der weiß, was seine Pflicht ist, der erkannte, herausfühlte, daß Deutschlands Einheit auf dem Spiele stand. Aber die schwedische Regierung weiß sehr gut, daß sie leichtes Spiel hat, wenn sie nur mit einem Theile Deutschlands unterhandelt. „Mit dieser Macht allein also (Preußen) unterhandelt Dänemark, und mit ihr allein muß die Convention abgeschlossen werden." — „Die Zustimmung des Reichsverwesers, wenn sie wirklich unerläßlich ist, scheint uns unzweifelhaft eine rein deutsche Angelegenheit zu sein." — Meine Herren, lesen Sie die Verträge, lesen Sie die diplomatischen Verhandlungen, die dem für Deutschland so schmachvollen und so unheilschweren westphälischen Frieden folgten; jedesmal, wenn Deutschland mit der Welt zu thun hatte, wandte man sich an Einen der deutschen Fürsten. Und wenn es sich darum handelte, den Elsaß von Deutschland abzureißen, und das Reich protestirte, dann hieß es stets: „mit dem Reich wirst du dich schon zurecht finden, wir wollen dafür sorgen helfen." Das ist es aber gerade, was wir nicht mehr wollen, und wenn Sie beschließen, daß diese Politik heute fortbestehen soll, da können Sie, was das Ausland anbetrifft, ruhig nach Hause gehen, da wäre der Bundestag besser. (Bravo!) Der schwedische Gesandte, der Stellvertreter Rußlands in dieser Sache, sagt weiter: „Wenn Preußen, trotz aller Bestrebungen und der Gewißheit, die es selbst

ausgesprochen hat, die Convention nicht für die andern Mitglieder des deutschen Bundes in Vollzug setzen kann, so hoffen wir, daß es wenigstens es übernehme, sie so weit zu vollführen, als es selbst dabei betheiligt ist. In dieser Absicht beauftrage ich Sie, Preußen die folgenden Vorschläge zu machen." — „Preußen allein soll sich zurückziehen und seine bona officia verwenden, um die Annahme der Artikel des Vertrages von dem Bunde zu bewirken." Dafür sollen preußische Häfen außer Blokadestand zu setzen und die preußischen Schiffe herauszugeben sein. Ich wiederhole noch einmal: lassen Sie dieß den letzten derartigen Act sein, machen Sie einen Strich durch diese Art Depeschen; denn es sind dieselben Depeschen, durch die wir mit Hülfe einzelner Regierungen und des Auslandes dahin gekommen sind, daß wir ein neues Reich schaffen müssen, daß wir es auf die Gefahr schaffen müssen, mit der ganzen Welt in Krieg zu kommen, um ein einiges Deutschland zu werden. Diese Politik muß ein Ende haben, oder wir haben keinen Beruf, hier zu sitzen. (Bravo!) Ich habe geschlossen, ich könnte noch Manches sagen über diesen wichtigen inhaltschweren Gegenstand, aber ich will nur noch ein paar Worte an meine näheren Landsleute aus Preußen richten. In Ihrem Namen bringt man Deutschland eine Schmach auf, im Namen der Preußen, und man sagt: Preußen wird es nicht leiden, daß Deutschland hier aufrecht stehe. Ich bin überzeugt, daß die Söhne der Männer, welche bei Fehrbellin, Roßbach und der Katzbach ihr

deutsches Blut vergossen haben, auch hier für Deutschland einstehen werden, wenn wir auch einen Krieg mit Dänemark, ja mit ganz Europa führen sollten; ich bin der Ueberzeugung, wir kommen nicht zum Kriege, ja, daß man uns nur um so mehr achten wird, wenn man weiß, daß wir sagen: „wir wollen kämpfen, sobald es sich darum handelt, die Ehre Deutschlands zu retten." (Vielstimmiges Bravo vom Centrum und von der Linken.)

Eisenmann von Würzburg: Wir haben hier zwei Fragen: den Waffenstillstand als solchen und die Art und Weise, wie er zu Stande gekommen ist. Der Waffenstillstand als solcher führt uns vielleicht in Conflikt mit Dänemark, vielleicht auch mit anderen Staaten. Die Frage über die Art und Weise, wie er zu Stande gekommen ist, führt uns vielleicht in Conflikt mit Preußen. Man könnte fragen: warum nicht auch mit unserem Ministerium? Ich habe gegen unser Ministeriuum keine Anklage zu erheben. Ich bedauere nur, daß es nicht das große Opfer gebracht hat, selbst gegen seine Ueberzeugung, einen Beschluß der Nationalversammlung auszuführen. (Beifall auf der Linken.) Allein dazu war es rechtlich nicht verbunden, und darum habe ich keine Anklage gegen dasselbe zu erheben. Was den materiellen Inhalt des Waffenstillstandes selbst betrifft, so fürchten Sie nicht, daß ich in eine genaue Analysirung desselben eingehe, denn viele Redner werden nach mir darüber sprechen. Daher erlaube ich mir nur einige Streiflichter. Vor Allem frage ich: Kennen wir alle Be-

dingungen? Meine Herren, norddeutsche Blätter sprechen mit gewisser Zuversicht aus, daß es auch einige geheime Artikel, geheime Bedingungen gebe. (Widerspruch auf der Rechten.) Verzeihen Sie, das wird sich finden. Man spricht von einer Verbannung der Fürsten von Augustenburg und ich habe in den vorliegenden Acten eine Stelle gefunden, welche die Sache gar nicht unglaublich erscheinen läßt. Denn es heißt in einem Briefe des Ministers des Aeußern an den Unterstaatssecretär M. v. Gagern: „Die Fürsten von Augustenburg werden sich wohl leicht dazu verstehen, außer Land zu gehen, aber ihr Eigenthum werden sie nicht opfern wollen.“ Nun, meine Herren, ich weiß nicht, was man da zwischen den Zeilen zu lesen hat, ich wage nicht zu sagen: das liegt dazwischen, das liegt nicht dazwischen. Meine Herren! Wenn aber wirklich ein solcher geheimer Artikel sich unter den Bedingungen befände, dann müßte ich die schnellen Fortschritte bewundern, die unser abgetretener Minister des Aeußern in der Kunst der Diplomatie gemacht hat. Es gab eine Zeit, wo er unendlich strenge über Regiminalansichten sich ausgesprochen, und hier hätten wir nun eine prachtvolle Ausgabe einer Regiminalansicht. Die Waffenstillstandsbedingungen enthalten unter Anderem auch Andeutungen von ziemlich scharfer Art, welche auf die Trennung Schleswigs von Holstein hinzielen, es soll die Schleswig-Holstein'sche Armee getrennt werden, es soll Dänemark die Regierungsbeamten für Schleswig, Preußen für Holstein wählen. Meine Herren! Wenn solche Bestimmungen ausgeführt werden,

so sind sie nicht umsonst, wenigstens hat man sie nicht umsonst gewählt, in der Diplomatie wiegt jedes Wort. Sie geben einen Anhaltspunkt bei künftigen Unterhandlungen, um dann sagen zu können: wir haben Schleswig von Holstein als factisch getrennt betrachtet. Nun kommt ein dritter Punkt, das ist die Dauer des Waffenstillstandes. Es ist merkwürdig, was unsere Gegner für eine eigene Logik einhalten: die einen sprechen in einer ziemlich harten Sprache von den deutschen Gimpeln, welche glauben, im Winter so leichten Fußes über den Belt marschiren zu können, und sie stellen die Vortheile eines Winterfeldzugs auf unserer Seite geradezu als eine Lächerlichkeit dar, in demselben Athem aber sagen sie: glaubt Ihr denn, die Dänen seien so dumm gewesen und hätten Euch diesen Vortheil eingeräumt? — Meine Herren, diese Logik begreife ich nicht. Wir kommen nun auf die Form des Abschlusses; es fragt sich hier vor Allem: dürfen wir denn einen Waffenstillstand, der so abgeschlossen worden ist, überhaupt noch in Frage ziehen, dürfen wir unsere Genehmigung oder Verwerfung vorbehalten? Unser Minister hat die Frage schon selbst beantwortet, er hat gesagt, wir haben das Recht der Verwerfung, weil die Vollmacht überschritten ist; aber, meine Herren, es ist noch ein ganz anderer Grund vorhanden: der Waffenstillstand ist ja gar nicht in unserem oder des Reichsverwesers Namen abgeschlossen worden; die Dänen, Schweden haben unter Zustimmung von Preußen die Fiction gemacht, daß eine wirklich bestehende Macht nicht bestehe,

und daß eine untergegangene bestehe. Meine Herren! ich kann hier nur mit Schiller sagen: die Schuldverschreibung lautet auf die Todten. Wer mit Gespenstern pactirt, muß sich mit Mondschein bezahlen lassen. (Bravo.) Nun kommen wir aber an die schwierigste Frage, nämlich an unsere Stellung Preußen gegenüber, wenn wir den Waffenstillstand ablehnen. Meine Herren, seien Sie überzeugt, es gibt Wenige in der Versammlung, die eine Collision mit Preußen so sehnlichst vermieden wünschen, als ich; ich glaube, ich habe es bei jeder Gelegenheit, hier, wenn ich die Ehre hatte von der Tribüne zu Ihnen zu sprechen, in den Clubbs und in Privatgesprächen überall offen gesagt, ich wünsche von Herzen, daß wir Hand in Hand nicht bloß mit dem preußischen Volke, sondern auch mit dem preußischen Cabinette gehen möchten, und wenn Sie mir nachweisen, daß auf dem bisherigen Wege ein Erfolg möglich ist dann gebe ich auf der Stelle die Opposition auf. Die deutsche Einheit geht mir über Alles, ja ich gehe weiter, ich sage: lieber eine feste Einheit und etwas weniger Freiheit, als mehr Freiheit und keine Einheit. Man mag mich darüber verurtheilen, aber die Einheit geht mir über Alles. (Beifall.) Aber wir kommen auf dem bisherigen Wege nicht zum Ziel. Ich bitte, gehen Sie die Geschichte unseres kurzen Lebens, des Lebens des deutschen Reiches und unserer Versammlung mit einem flüchtigen Blicke durch. Als die Centralgewalt eingesetzt war, hat man der preußischen Regierung und dem preußischen Volke Alles geboten, was man bieten konnte,

indem man die wichtigsten Stellen des Ministeriums zu seiner Disposition stellte; aber Preußen wies unser Entgegenkommen zurück, und es war dieß um so auffallender, da Preußen wohl wissen mußte, was es der Centralgewalt verdankte. Meine Herren! Erinnern Sie sich, wie die Stimmung in ganz Deutschland im Monat Juni war, fragen Sie sich, ob damals eine Regierung in Preußen bestand, die man der That nach als solche bezeichnen konnte, erinnern Sie sich, daß, als die Centralgewalt in's Leben trat, auch die preußische Regierung wieder ihr Ansehen gewann; aber, meine Herren, wie hat man es der Centralgewalt gelohnt? Man fing damit an, daß man die Huldigung der Armee versagte, obwohl man in einem früheren Manifeste noch ganz andere Rechte für das Reichsoberhaupt gefordert hatte, man ging dazu über, daß man erklärte, man werde die Gesandten an den auswärtigen Höfen nicht zurückziehen, man erklärte im Vertrauen, daß die preußische Regierung sich auf keine Institutionen einlassen werde, bei welchen ihr Einfluß auf die Regierung von Deutschland auch nur temporär suspendirt würde; man nahm endlich die Behandlung des Waffenstillstands in die Hand, und führte ihn auf eine Art aus, die nur die größte Mißachtung gegen den Mandanten an den Tag legte: man kümmerte sich gar nicht um die Vollmacht und erklärte dann kurz: es hat nicht anders sein können. Was dabei dem Agenten unserer Centralgewalt begegnet ist, ist schon so oft besprochen worden, daß ich nicht nöthig habe, dabei zu verweilen. Man hat von einer Indem-

nitätsbill gesprochen, und man mochte glauben, das preußische Ministerium konnte eine der Bedingungen überschreiten und dann eine Indemnitätsbill fordern. Indemnitätsbills sind allerdings im parlamentarischen Leben gebräuchlich und so zu sagen eine Nothwendigkeit, aber wer hat das Recht, eine solche zu fordern? Nur der, der mit dem Bewußtsein vor die Volksvertreter treten und sagen kann: seht, ob nicht mein ganzes Leben der aufrichtige Ausdruck der Ergebenheit gegen die Gesetze des Landes ist. (Bravo.) Kann ein Ministerium vor uns treten und sagen: „prüfet unsere Handlungen und überzeugt Euch, daß wir es treu und redlich mit der deutschen Einheit und Freiheit gemeint haben?" Es gibt wenige Ministerien, die das sagen können, das preußische ist das letzte, welches es sagen kann. (Unterbrechung rechts.) Es werden noch andere Thatsachen kommen. (Heiterkeit rechts.) Es hat ein verehrliches Mitglied geglaubt, mich unterbrechen zu dürfen, und meine Behauptung heiter gefunden. Meine Herren! Blicken Sie nach Berlin, sehen Sie, was dort vorgeht! Hören Sie, welche Erklärung die Regierung dort der constituirenden Versammlung gibt: Wenn die constituirende Versammlung darauf besteht, von den Officieren der Armee eine constitutionelle Gesinnung und ein bürgerfreundliches Betragen zu fordern, so treiben wir die constituirende Versammlung auseinander! — (Auf der Linken: Hört! Hört! Auf der Rechten Gelächter.)

Präsident: Ich muß bitten, daß die Unterbrechungen unterbleiben.

Eisenmann: Die Thaten werden den Worten nicht nachhinken, sondern schnellen Schrittes nachfolgen. Wir stehen in einer fürchterlichen Zeit, und ich gestehe mit Bedauern, daß ich keine Hoffnung habe, daß wir auf dem bisherigen Wege der Mäßigung und des Nachgebens zum Ziele kommen. Es gibt Regierungen, die sich zum Vorsatz gemacht zu haben scheinen, den Beweis zu liefern, daß sie das Volk und seine Vertreter nur dann hören, wenn sie von Barrikaden herab mit ihnen unterhandeln. (Bravo.) Man vertröstet uns auf das Definitivum und meint, dann werde Alles gut gehen. Glauben Sie dieß nicht. Wenn das Definitivum den König von Preußen zum deutschen Kaiser macht, dann geht es in Preußen anders, aber in Süddeutschland geht es dann auch anders. (Bravo.) Der Staatsmann hat nicht bloß den Rechtspunkt zu erwägen, er muß auch die Verhältnisse berücksichtigen, prüfen, er muß seine Zeit kennen. Göthe sagt: „Wer den Augenblick ergreift, ist der rechte Mann.“ Der Augenblick ist seine Zeit, und die Menschen, die einmal nur so sind, wie sie sind, und nicht anders gemacht werden können. Blicken Sie um sich in Deutschland. Mit Ausnahme eines schmalen Küstenstreifens treffen Sie allenthalben in Deutschland die größte Aufregung gegen die Annahme des Waffenstillstandes. Es sind nicht allein die Demokraten oder die rothen Republikaner, die dessen Verwerfung fordern; nein, alle constitutionellen Vereine, die ich kenne, stimmen darin überein, alle Vereine, die sich das Motto wählten: Freiheit und Ordnung, von München bis an

den Rhein, fordern die Verwerfung. Es sind die ruhigsten und besonnensten Männer, welche diese Stimmen theilen oder sie den Versammlungen gegenüber vertreten. Denken Sie z. B. an den ehrenwerthen Kanzler Wächter in Stuttgart. Diesen Mann wird kein Mensch der Uebereilung und Unbesonnenheit zeihen; und doch vertritt er die Stimmen, die Verwerfung des Waffenstillstandes fordern, und Sie mögen darnach beurtheilen, wie man es zu nehmen hat, wenn gewisse Partheien sagen, nur die leichtsinnige Jugend und das verbissene Alter sprechen gegen den Waffenstillstand. Der Volksvertreter muß den Muth haben, einer gemachten öffentlichen Meinung oder selbst der Meinung von sehr vielen seines Volkes zu trotzen, wenn es das Wohl seines Vaterlandes fordert. Ich habe diesen Muth gehabt. Lange habe ich der Mäßigung gehuldigt, stets bin ich den ruhigen Weg gegangen und habe nicht darauf geachtet, welcher Dank mir dafür geworden ist. Wenn man sich aber überzeugt, daß die große Mehrheit des Volks einen entschiedenen Entschluß fordert, wenn man sich überzeugt, daß man durch Nachgeben der Nationalversammlung das nothwendige Vertrauen raubt, daß man ihren moralischen Einfluß vernichtet und so die letzte Stütze ruinirt, auf der vielleicht noch die deutsche Ordnung sich halten kann, dann ist es unsere Pflicht, die öffentliche Meinung zu hören. Ich beschwöre Sie, vertagen Sie ihr endliches Urtheil, bis Sie durch den Herrn Präsidenten oder sein Organ das Verzeichniß aller Adressen und Petitionen über diesen Gegenstand gehört

haben. Man sagt mit Recht, die Stimmen müssen nicht gezählt, sondern gewogen werden. Sie werden aber Stimmen in diesen Petitionen finden, die sehr schwer wiegen. — Nun komme ich an den schwierigsten Punkt, nämlich an den Conflict mit der preußischen Regierung. Ich frage Sie aber: was ziehen Sie vor? einen Conflict mit der preußischen Regierung, oder einen Conflict mit dem deutschen Volk? (Bravo.) Ein verehrtes Mitglied hat uns gesagt, die Krone Preußens habe ihre Ehre verpfändet, und wir müssen sie auslösen. Wir sind aber doch wahrlich nicht hier, um die Ehre irgend einer Krone auszulösen. (Bravo.) Und dann, welche Rücksicht hat denn die Krone Preußens für die deutsche Ehre gehabt? (Bravo.) Wäre denn der deutschen Nation die Schmach begegnet, daß ihre Gesandten in London und Paris, beinahe möchte ich sagen Nasenstüber erhalten haben, wenn man dem Auslande nicht gezeigt hätte, daß wir unsere Centralgewalt selbst nicht achten. Wenn preußische, österreichische und andere Gesanden in Paris und London sitzen, und die entsprechenden deutschen Regierungen so zu sagen im Lapidarstyl aussprechen: wir kümmern uns nicht um die deutsche Einheit, wir kümmern uns nicht um die Centralgewalt, dann werden natürlich die Franzosen und Engländer die deutsche Einheit auch nicht achten, und nichts von unserer Centralgewalt wissen wollen. Uebrigens will ich mich nicht an Declamationen halten, sondern untersuchen, was unsere Kräfte wiegen. Man sagt, Preußen habe uns gegenüber soviel und soviel

Bajonnette, Bomben und Kanonen in die Wagschale zu legen. Glauben Sie aber, daß es seine Macht wirklich gegen uns gebrauchen wird? Ich glaube es nicht. Preußen ist stark, wenn es mit Deutschland geht, aber es ist ein Zwerg, wenn es sich gegen dasselbe wendet. Es hat mehr als eine Achillesferse; es hat auch eine Achillesschulter. Im Osten und Westen sind seine schwachen Punkte, und diese werden es hindern, nach Willkür und nach despotischer Laune zu handeln. Was haben aber wir für Kräfte? Archimedes hat gesagt: gebt mir einen festen Punkt außer der Erde, und ich will die Erde aus ihrer Bahn heben. Ich sage: geben Sie uns einen festen Punkt außerhalb des Bereichs der Despotie und der Reaction, und wir werden mit diesen Beiden fertig werden. Wir haben nun aber einen solchen festen Punkt, er ruht in dem Volke, und wir haben einen Hebel gefunden, dieser ist die bayerische Regierung. (Mehrere Stimmen: Oh! oh!) Ich will die bayerische Regierung nicht verdächtigen, ich will damit nicht andeuten, als ob sie durch die letzte Erklärung zu einem Widerstande hätte provociren wollen. Ich achte die bayrischen Staatsmänner viel zu sehr, um ein solches Motiv ihnen unterlegen zu können oder zu dürfen. Aber diese letzte Erklärung von Bayern hat mich nicht überrascht, ich habe sie längst vorausgesehen; denn die Staatsmänner, welche die Geschäfte dort lenken, konnten nicht anders handeln, als sie gehandelt haben. Für uns aber ist diese Erklärung eine Thatsache, und diese müssen wir benutzen. Napoleon hat gesagt: „ich habe keinen

Umstand geschaffen, sondern nur die Fähigkeit gehabt, die Umstände zu benutzen.“ Wir wollen dieß auch thun. Sie haben bereits Beweise, wohin man kommt, wenn man ein bischen Muth zeigt. Sie haben die Suspendirung des Waffenstillstandes beschlossen. Die Dänen sind inzwischen gefällige Leute geworden. Moltke muß fort und die provisorische Regierung darf bleiben. Hätten die Dänen je diese Concession gemacht, wenn die Schleswig-Holsteiner und wir so gesprochen und so gehandelt hätten, wie man hier auf der rechten Seite spricht? Sie wären um kein Jota von ihren Beschlüssen abgegangen. (Bravo.) Uebrigens bin ich weit entfernt, mit Jenen zu stimmen, die gegebene Concessionen mißbrauchen, oder glauben, daß wenn man so viel erlangt hat, man auch noch weiter gehen müsse. Ich finde die Ehre von Deutschland nicht im Unrecht, sondern im Recht, und ich war nie der Meinung, daß wir darauf ausgehen sollen, den nördlichen Theil von Schleswig uns anzueignen, auch wenn die Schleswiger nicht freiwillig zu uns kommen. Kommen sie aber freiwillig zu uns, dann weiß man, was der Mann von Ehre zu thun hat. Kommen sie nicht zu uns, dann mögen sie dänisch bleiben und wir wollen keine Ursache zu Zerwürfnissen geben. Mann könnte mir sagen, ich sei etwas leichtfertig mit Preußen fertig geworden. (Stimmen auf der Rechten: allerdings!) Dieß wird sich im zweiten Theile zeigen. Man könnte mich fragen, ob ich auch mit Rußland, Dänemark, England und Frankreich so leicht werde fertig werden. In dieser Beziehung will

ich nur eine Parallele aus der Geschichte ziehen. Meine Herren, da Sie auf dem Boden der Revolution stehen, so werden Sie auch die Geschichte der ersten Revolution in Frankreich kennen, Sie wissen, damals war Frankreich zerrissen, hier das aufrührerische Lyon, dort die Vendée und ringsum Feinde zu Wasser und zu Land: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ war der Ruf und Hunderttausende eilten zu den Waffen, und siegreich fochten sie für ihr Vaterland, für ihre Freiheit. Sind wir vielleicht schlechter, als die Franzosen, können wir nicht auch halb Europa trotzen, wenn es unserer Einheit und Freiheit gilt? Aber wir brauchen es nicht, die Franzosen sind zufrieden, wenn sie mit uns in Ruhe bleiben können, und England wird es noch mehr sein, und dann ist es eine bekannte Sache: wer sich fürchtet, der sieht Gespenster. — Endlich, meine Herren, ist noch ein sehr wichtiger Grund angeführt worden, der das In- und Ausland zugleich berührt. Ein verehrlicher Redner vor mir hat auf der Tribüne gesagt: wenn wir den Waffenstillstand verwerfen, dann ist die Stellung der preußischen Regierung dem Auslande gegenüber unhaltbar geworden. Ich wünsche von Herzen, daß dieß wahr sei (Bravo von mehreren Seiten), denn das ist ein Hauptgrund für mich, den Waffenstillstand zu verwerfen. Die Stellung Preußens, dem Ausland gegenüber, soll unhaltbar werden, es soll kein Preußen dem Ausland gegenüber, sondern nur ein Preußen in Deutschland geben. (Stürmisches Bravo vom linken Centrum und von der Linken.)

Meine Herren, alle diese Betrachtungen führen mich dazu, Ihnen folgende Anträge zu stellen:

1) „Die Nationalversammlung versagt dem abgeschlossenen Waffenstillstand vorläufig die Genehmigung, suspendirt die Ausführung, und fordert die Centralgewalt auf, den Waffenstillstand zu modificiren, so daß er annehmbar erscheint, und darüber mit der Krone Dänemark zu unterhandeln."

Ich glaube, dieß ist keine unbillige Forderung, und ich erlaube mir zu bemerken, daß ein Unterschied besteht zwischen „verwerfen" und „die Genehmigung suspendiren." Sie haben gehört, daß die Dänen bereit sind, auf jeden billigen Antrag einzugehen; nun, wenn sie dazu bereit sind, so wird mein Antrag keinen Anstand finden; denn mir müssen doch diese Concessionen oder Bedingungen, oder nenne man sie, wie man wolle, verbrieft haben. Wir können uns nicht von der Gnade der Dänen abhängig machen. Wir verlangen sohin nichts als nachträgliche Erfüllung der Bedingungen, die man uns in Aussicht gestellt hat, und ich glaube, das heißt nicht, die Sache auf die Spitze stellen. Der 2. und 3. Antrag lauten:

2) „Die Centralgewalt wolle alle jene deutschen Regierungen, welche ihre unbedingte Anerkennung der Centralgewalt noch nicht ausgesprochen haben, auffordern, solches zu thun."

3) „Die Centralgewalt wolle die deutschen Regierungen einladen, ihre Gesandten an ausländischen

Höfen zurückzuziehen, jenen Regierungen aber, welche dieser Einladung nicht nachkommen, solches befehlen."

(Lebhafter Beifall auf der Linken und im linken Centrum.)

Franke aus Schleswig: Es ist in diesen Tagen vielfach ein Boden gesucht worden, und zwar für ein Ministerium. Der Boden für ein Ministerium des Reichs liegt in dem Beschlusse der hohen Versammlung in dieser Sache, und wohl erwägend die immense Schwierigkeit der Lage der Centralgewalt, habe ich weder die eine, noch die andere Partei, die uns geboten ist, ergreifen können. Ich trenne hier vor allen Dingen die Sache in zwei Haupttheile. Ich bin durchaus einig mit dem Minoritätsgutachten, oder vielmehr mit dem von Stedmann und Genossen unterschriebenen, daß das Verhältniß der Centralgewalt zum preußischen Cabinet eine ernste Untersuchung verdient, und trete diesem Vorschlage vollkommen bei; ich übergehe also in meinen jetzigen Worten ganz diese Seite der Sache, eben deßhalb, weil ich glaube, daß sie für sich vorgenommen werden muß. Ich bin nicht geneigt, einen Tadel vorzubringen, sei es gegen das Reichsministerium, sei es gegen das preußische Cabinet oder die Krone Preußen. Meine Herren, ich habe schon angedeutet, ich möchte eher den Vertrag von Malmö zu Grabe läuten, als ihn preisen und loben; aber ein Gefühl ist mir nie erloschen, es wird mir, so Gott will, nie erlöschen, es ist das Gefühl der Dankbarkeit; ich werde nie vergessen, daß Jahre lang

deutsche Sympathieen die Herzogthümer in dem Kampfe getragen und gestärkt haben, ich werde nie vergessen, daß Preußen an der Spitze stand. Der edle König von Preußen, wie Ihnen Allen bekannt .... (Vielfacher Bravoruf auf der Rechten. Unruhe auf der Linken.) Ich wiederhole es noch einmal, der edle preußische Monarch hat, wie Ihnen Allen bekannt, eine Erklärung an den Herzog von Augustenburg ausgestellt: die Herzogthümer wären selbstständige Staaten! und wer damals anwesend war in Schleswig-Holstein, wird den Eindruck, den die Bestätigung der uralten, oft mißkannten Rechte hervorbrachte, in lebhafter Erinnerung haben, wird nie vergessen, daß die brave preußische Armee zuerst über die Eider gegangen, wird bedenken, in welcher Lage das preußische Cabinet in letzter Zeit war, indem die Ostseehäfen mit dem ganzen Drange mercantilischer Interessen, und die wissen sich geltend zu machen, es nöthigten, der Sache ein Ende zu machen. Aber ich wiederhole noch einmal, ich billige das Ende nicht, indeß undankbar soll mich der Schlußstein nicht machen. (Bravo.) Ich habe die Wahrnehmung gemacht, die vielleicht von Manchem in der Versammlung nicht getheilt wird, daß ein großer Theil Deutschlands und Europa's Ruhe und Frieden wünscht, und ich kann hinzufügen, daß den Herzogthümern Schleswig und Holstein Ruhe und Frieden ersehnt wäre, — freilich nicht unter jeder Bedingung! Die Frage, welche hier zu lösen, ist eben die, wie diese Sehnsucht nach Ruhe und Frieden mit der Ehre und mit der Wohlfahrt Deutschlands zu vereinen sein

möchte? Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, meine Herren, es ist keine blos schleswig-holsteinische, keine ausschließlich deutsche Angelegenheit, ganz Europa hört heute unserer Berathung zu; es ist die Frage der Freiheit und der Einheit Deutschlands. Ich kann mit dem Majoritätsgutachten nicht stimmen, weil die Einheit Deutschlands nicht fertig, wie Minerva aus dem Haupte des Zeus, bereits hervorgetreten ist, weil sie leider noch als ein Wickelkind in der Wiege liegt; ich will diesem Kinde nicht die Kehle zuschnüren durch das Zerreißen deutscher Volksstämme, durch einen allgemeinen europäischen Krieg. Dennoch ist eine Uebereinstimmung zwischen beiden Gutachten vorhanden, beide wollen verhandeln. Das Gutachten der sogenannten Majorität will ebenfalls verhandeln. Es will aber, während es verhandelt, den Krieg zeigen, als dasjenige Mittel, wodurch die Verhandlung gefördert werden soll. Meine Herren, ich bin nicht gewohnt, dieses ist gegen meine Natur, Drohungen auszustoßen, die nicht verwirklicht werden können. Nun aber habe ich mir nicht klar machen können, wie eine solche Kriegsdrohung verwirklicht werden soll. Ich kenne wohl die Mittel, die man auch Ihnen später wahrscheinlich als anwendbar vorführen wird, nämlich einen Aufruf an das gesammte deutsche Volk, die verletzte Ehre Deutschlands zu retten, und ich gebe zu, dieß ist das einzige Mittel. Ich habe mich aber nicht überzeugen können, daß durch diesen Aufruf organisirte Armeen entstehen werden, die uns aus dem allgemeinen Chaos retten würden, in welches

uns ein europäischer Kampf hineinstürzen würde, mit dem nach meiner Auffassung die Einheit Deutschlands würde zu Grabe getragen werden. — Die andere Frage, welche noch zu erwägen, ist das Verhältniß Deutschlands zu dem Auslande, und das ist der Punkt, den ich mir erlaube, näher vorzulegen und zu erläutern. Es ist zu diesem Ende nöthig mit kurzen Zügen — nicht durch nochmaliges Vorlesen und Ablesen der Actenstücke — Ihnen meine Ansicht über den Waffenstillstand vorzutragen. Ich finde allerdings mehrere Punkte in dem Waffenstillstande vortheilhaft und Niemand bestreitet es. Es sind dieß die beiden folgenden: 1) Auswechslung der Kriegs- und politischen Gefangenen, Letztere, die auf eine ungewohnte Weise, geradezu auf dem Wege des Menschenraubs in dänische Hände gefallen sind; 2) Aufhebung der Blokade und Auslieferung der Schiffe. Allein ich frage diejenigen Herren, welche das Majoritätsgutachten unterschrieben haben, denen ich ein ebenso feines Ehrgefühl zutraue, wie ich für mich selbst in Anspruch nehme, ob sie nicht gesonnen sind, wenn sie die Ratification verwerfen, sofort die bereits ausgelieferten Kriegs- und andern Gefangenen zurück zu geben, ob sie nicht gewilligt sind, die befreiten Schiffe, die vielleicht schon neue Fracht eingenommen haben, und mit denen ein reges Handelsleben wieder begonnen hat, sofort nach Kopenhagen zurückliefern zu lassen. (Zuruf aus dem Centrum: Hört, hört!) Das scheint mir die natürliche, nothwendige Folge, wenn wir den Vertrag vollständig verwerfen. (Bravo!)

Eine Stimme (vom Platze aus): Das fordert ja die Ehre Deutschlands!

Francke: Ja, das fordert deutsche Treue; und ich weiß es, ich sehe es, Sie sind damit Alle einverstanden!

Präsident: Meine Herren! Ich bitte Sie noch einmal, unterlassen Sie Unterbrechungen; sie führen nur zur Verlängerung der Debatte.

Francke: Meine Herren! Es ist uns von verschiedenen Seiten, schriftlich durch die Repräsentanten der preußischen Krone, mündlich auf der Tribüne vorgelegt worden, es sei als ein sehr großer Vortheil zu betrachten, daß die seit dem 17. März in Kopenhagen für die Herzogthümer erlassenen Gesetze aufgehoben worden sind. Abgesehen von der lässigen Form, in der diese wichtige Feststellung hervortritt, nämlich als beiläufige Bestimmung im Separat-Artikel, während sich die anderen entsprechenden Bedingungen in den Hauptartikeln sehr breit machen, so muß ich doch gestehen, daß ich diesen Vortheil nicht verkenne. Es rollt sich hier unwillkürlich und unabweislich der mehr als 100jährige Kampf der Herzogthümer, und jetzt kann ich sagen, Deutschlands mit Dänemark vor uns auf. Seit dem Jahre 1720 wenigstens dauert dieser Kampf an; derzeit wurde ein ohnmächtiger Versuch gemacht, die Incorporation von Schleswig auf Grund von Garantien, auf welche jetzt noch gebaut wird, zu bewerkstelligen. Diese Garantien, ich spreche es hier laut aus, sagen das nicht, was darin gefunden wird. Sie geben die Zusicherung, daß ein Theil des Herzogthumes Schleswig

mit dem anderen Theile dieses Herzogthums verbunden bleiben, nicht aber, daß das Herzogthum Schleswig dem dänischen Reiche incorporirt werden soll. Nachdem ferner das schmähliche Attentat an den Tag getreten war, das in dem offenen Briefe von 1846 sich darstellt, der ganz Deutschland aufregte, so trat endlich im März d. J. mit frevelhafter Gewalt der Schritt ein, der die Rechte Schleswig-Holsteins frech verletzte. Es sind dieß die Meilenzeiger der dänischen Politik seit 150 Jahren. Zwischen ihnen liegen hoch aufgeschichtet Versuche und Bestrebungen aller Art, zu danisiren und die Incorporation dem Lande selbst annehmbar zu machen. Ich gehe nicht weiter in diese geschichtliche Uebersicht ein, sondern wiederhole: wenn diese Fackel des Kriegs, welche die Urquelle der Calamität war, die den allgemeinen Kampf entzündet hat, nämlich das Incorporationspatent vom 24. März, zurückgenommen ist, so begrüße ich das mit Freuden, und, meine Herren, ich um so mehr als irgend Einer, wenn Sie mir erlauben, ein Wort über meine Person zu sprechen; denn ich werde die verhängnißvolle Nacht nicht vergessen, in der ein einziger Deutscher seinem, nur von Dänen umgebenen, angestammten, schlechtberathenen Herrn gegenüber stand und mit allen Kräften, wie schwach sie denn auch sein mögen, auszuführen suchte, daß das Patent die Zündfackel sein werde und daß der König sich begnügen möge mit der Personalunion in den Herzogthümern. Aber verworfen wurde dieß mit Fußstampfen und mit den Worten: Das wird nie geschehen! Wer das erlebte, freut

sich, daß ein solcher Schritt zurückgenommen wird; aber, meine Herren, vergessen Sie doch nicht: der Artikel XI sagt ausdrücklich, daß Alles, was in diesen Waffenstillstandsbedingungen enthalten ist, den Frieden nicht präjudiciren soll. Also das Patent wird natürlich wieder zum Vorschein kommen, wenn die Friedensunterhandlungen anfangen, und es wird dann Sache der Commissäre sein, dasselbe für immer aus dem Wege zu räumen; denn, meine Herren, nach den Verheißungen, nach dem Zurufe, nach dem Blute, was vergossen ist von Deutschen und von Bewohnern der Herzogthümer, werden sich die Herzogthümer wahrlich, glauben Sie mir das auf's Wort, den Satz nicht aus dem Gedächtniß reißen lassen, daß sie selbstständige Staaten sind! Die übrigen Punkte in dem Waffenstillstands-Vertrage, die mein Mißfallen in einem hohen Grade haben, sind die Artikel 1, 6 und 7. Sie sind schon sehr häufig besprochen; ich will nur kurz mich darüber aussprechen, um so mehr, da der Zweck meiner Worte keineswegs ist, auf völlige Versagung der Ratification zu dringen. Bei dem §. 1, der von der Dauer des Waffenstillstandes spricht, drängt sich die Bemerkung auf, daß das verhängnißvolle Jahr 1848 die merkwürdige Erscheinung bietet, daß die kleinsten Seestaaten der Welt, nämlich Dänemark und Sardinien, die größten Landmächte im Schach halten. Ich denke, daß man daraus eine große Lehre ziehen wird, begreife indessen eben deßhalb nicht, warum nicht der geschickte Unterhändler statt sieben zwölf Monate festgesetzt hat; dann hätten wir die Vortheile der

Waffenruhe von der Seeseite mit reellem Erfolge benutzen können, wiewohl ich zugebe: so leicht ist es eben nicht, über den Belt zu gelangen, besonders da er nicht immer haltbar zufriert. Im §. 6. des Vertrags ist ferner eine Trennung der Truppen ausgesprochen und zwar in der Art, daß die holsteinischen Truppen unter dem deutschen Oberbefehlshaber stehen sollen und die schleswig'schen unter die Botmäßigkeit der interimistischen Regierung gestellt werden. Meine Herren, das ist ein sehr wichtiger Punkt, es ist eine solche Neuerung, wie sie in den Herzogthümern noch nie vorgekommen ist; es hat bisher niemals eine Trennung der schleswig-holsteinschen Truppen stattgefunden. Ich weiß sehr wohl und sehr Viele dieser Versammlung werden es wissen, daß die schleswig-holsteinischen Truppen auch in dänischen Garnisonen standen, aber eine solche Scheidung ist nie eingetreten, daß in Schleswig geborne Soldaten nur in Schleswig haben garnisoniren dürfen und die Holsteiner nur in Holstein. Es zeigt dieß offenbar die Tendenz, die man bei den Friedensunterhandlungen einhalten will, und da freut es mich, daß nach einer Nachricht, die ich für vollkommen verbürgt halten darf, diese Bestimmung bereits unausführbar geworden ist. — Der preußische General Bonin nämlich, der tapfere Held, der schon so manche Lorbeeren um seine Schläfe gewunden hat, ist schon Oberbefehlshaber der vereinigten schleswig-holstein'schen Truppen. — So reiht sich eine Thatsache an die andere und baut meinen Antrag auf, den ich Ihnen am Schlusse vortragen werde. Es ist weiter zu

rügen, daß nach dem Vertrage ausdrücklich die holsteinschen Truppen nicht verstärkt werden dürfen, die schleswiger aber sogar vermindert werden sollen; daß ausdrücklich gesagt ist, man wünsche Schleswig eine Erleichterung zu geben durch diese Verminderung der Truppen. Man will also von Neuem den Plan verfolgen, der seit Jahren verfolgt ist, man will Eifersucht hervorrufen zwischen den beiden engverbundenen Herzogthümern, man ruft den Schleswigern zu: seht, wir thun Alles, um eure materielle Lage zu erleichtern! Aber, meine Herren, das wird keinen Eindruck machen, seien Sie davon überzeugt. Mit großem Bedauern habe ich vernommen, daß in diese große großartige Debatte einige Bemerkungen hineingeworfen sind, welche sich auf die Stimmung in Flensburg beziehen, und andere, als wäre überhaupt in dem größeren Theile von Schleswig eine Antipathie gegen Deutschland vorhanden. Meine Herren, wenn in einer Stadt von 16,000 Einwohnern 50 Kaufleute sind, deren Wohl und Wehe von dem Handelsverhältniß zu Dänemark abhängt, welche erklären: die Verhältnisse sind in unserm eignen Lande noch nicht geordnet, wir erwarten aber jedenfalls nichts Gutes von einer Zollvereinigung mit Deutschland, so kann das keinen Maßstab der Sympathieen des Herzogthums Schleswig für Deutschland abgeben. Sie können aber daraus diesen Schluß ebensowenig ziehen, als aus der Gesinnung von Danzig, Stettin, Hamburg, Bremen, Lübeck u. s. w., wenn dort lebhaft, selbst unter den Bedingungen von Malmö, der Friede gewünscht wird; das ist keine Un-

deutschheit! Es ist ferner gesagt, daß im nördlichen Schleswig laute Stimmen gegen die Verbindung mit Deutschland sich erheben. Ich weiß, daß im nördlichsten Schleswig, namentlich im Westeramte Hadersleben, eine nur dänisch redende Bevölkerung sich vorfindet, und daß dort Deutschland keine Sympathieen findet; allein unmittelbar daneben aller Orten regt sich das lebendigste deutsche Leben, und wo Sie Intelligenz finden, da ist solche von rein deutscher Race! Möglicherweise begegnen diese meine Bemerkungen keinem allgemeinen Beifall; ich habe in allen Verhältnissen indessen den Muth, meine Ueberzeugung auszusprechen und auch den Schleswig-Holsteinern meine Ueberzeugung entgegen zu stellen; denn die Neuigkeit will ich Ihnen mittheilen, wenn sie Ihnen eine ist: auch in Schleswig-Holstein ist schon eine Linke in Bewegung! Meine Herren, wenn Sie erwägen, um noch einmal auf die Sympathien zurückzukommen, welche ungeheuere Geld- und andere Opfer in Schleswig-Holstein gebracht worden sind, behufs Fortsetzung des Kriegs, und wenn sie zugleich die bedeutenden freiwilligen Beiträge für Schaffung der deutschen Kriegsmarine bedenken, welche dessenungeachtet über 70,000 Thaler betragen, wozu aus der Staatskasse noch gegen 400,000 Thaler bewilligt wurden, so kann man nicht behaupten, daß man bloß in Zweckessen und Liedertafeln für Deutschland dort sich ausgesprochen habe. Aber allerdings, meine Herren, liegt das wenigst Ehrenhafte des Vertrags in dem Art. VII, den Sie Alle schon genugsam kennen. Meine Herren, wenn eine Regierung

von Ländern, deren Selbstständigkeit von der Krone Preußens bestätigt ist, wenn eine Regierung, die von dem Bundestage, von Preußen und der Centralgewalt anerkannt ist, in gefahrvoller Zeit eine Gesetzgebung über das Land ergehen läßt, die ohne Ausnahme alle Errungenschaften, deren Deutschland seit der Revolution vom Jahre 1848 sich rühmt, dem Lande schenkt, wenn diese Regierung sammt dieser Gesetzgebung mit einem Schlage weggerissen werden soll; so kann ich mich nicht damit trösten, daß 5 Männer kommen und vielleicht dieselbe wieder aufnehmen, und zwar aus dem Grunde nicht, weil ich eine Komödie, ein Puppenspiel in den wichtigsten Dingen des Staatslebens verabscheue; das ist ein Puppenspiel, wenn man in einem Augenblicke die Gesetzgebung in den Winkel schmeißt und im nächsten Augenblicke sagt: das Ganze gilt wieder, — so behandelt man nicht gesetzgebende Körper. Denn es ist nicht bloß die provisorische Regierung, die Gesetze erlassen hat, sondern es sind vereinigte Landesversammlungen, die zwei Mal versammelt gewesen sind und diese Gesetze mit ihrer Zustimmung besiegelt haben. — Es läßt sich das nicht so auf einmal wegwerfen, und ich wenigstens finde diese Bestimmung *nicht ehrenhaft*! Ich will mir erlauben, Ihnen in einigen Worten zu sagen, was diese Gesetzgebung enthält: sie enthält zunächst sehr umfangsreiche, von Dänemark umsonst seit Jahren erflehte Steuererleichterungen, namentlich für unsere Mitbürger aus den unteren Klassen, völlige Gewährung der Preßfreiheit, völliges Associationsrecht, ein Wahlgesetz für

die schleswig=holsteinische constituirende Versammlung und für die Nationalversammlung, allgemeine Wehrpflicht, — genug, alle die Gesetze, die in der Adresse der Landesversammlung specificirt sind. Es sind die großen Pfeiler des constitutionellen Staates aufgebaut, und will man solche wegreißen, so kann man, schon während man dieses thut, einen Zustand herbeiführen, den ich nicht anders bezeichnen kann, als: „Anarchie.“ Zum Schutze des Vertrages ist angeführt, es dürfe kein dänischer Beamte in das Land kommen; meine Herren, dieß hängt ganz von der Ausführung des Vertrages ab, und darin finde ich das bedeutendste Motiv für meinen Antrag. Endlich ist kaum zu begreifen, wie man in der gegenwärtigen Zeit, wo die größten Gefahren von den verschiedensten Richtungen her einen Staat bedrohen können, die gesetzgebende Gewalt während 7 Monaten ruhen lassen kann. Meine Herren, das ist geradezu eine Absurdität! Es kömmt mir vor, als wenn man einen Krieg führen soll, ohne daß man eine Flinte oder Kanone abschießen darf; leider ist ein so passiver Krieg Monate lang geführt worden, und dennoch hat ein Militär diese Bestimmungen in dem Vertrage getroffen, gerade als ob es sich darum handelte, Tirailleurs auszusenden und wieder einzuziehen. (Einige Stimmen von der Linken: Schluß!). Ich bin noch lange nicht fertig! Es ist ferner nicht außer Acht zu lassen, daß die interimistische Regierung von zwei Commissarien überwacht werden soll, und endlich — es ist dieß ein Punkt, der noch nicht berührt wurde — daß die interimistische

Regierung das Recht hat, politische Processe niederzuschlagen; darin liegt offenbar die Idee, daß man politische Processe anfangen will und zwar in der gegenwärtigen Zeit wohl gegen Niemand anders, als gegen die Mitglieder der provisorischen Regierung; aber um den üblen Eindruck von vornherein zu mildern, sagt man: die Regierung hat das Recht, politische Processe niederzuschlagen. Was Lauenburg betrifft, so überlasse ich Andern, die mit den dortigen Verhältnissen mehr vertraut, obgleich mir dieselben nicht ganz unbekannt sind, sich darüber zu äußern; auffallend ist, und das muß ich hinzufügen, daß gerade dieselbe Regierung in Lauenburg soll eingesetzt werden, die eben durch die Mission von dem Bundestage in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Landes entfernt wurde. Meine Herren, über die Form und die Verbindlichkeit des Vertrages will ich mich des Breiteren nicht ergehen; ich finde allerdings Zweifel darin auch mit Bezug auf Art. 48 der Wiener Schlußacte, und obwohl von verschiedenen Seiten geäußert ist, daß nach allen völkerrechtlichen Normen dieser Vertrag Deutschland gegen das Ausland binde, so will ich doch diese Frage in ihrer rechtlichen Bedeutung auf sich beruhen lassen, kann aber nicht leugnen, daß die Ueberzeugung mich dahin gebracht hat, anzuerkennen, daß eine moralische Verpflichtung für Deutschland besteht, diesen Vertrag anzuerkennen, aber *so weit er noch ausführbar* ist, und das ist der Uebergang zu meinem Antrag. Meine Herren, der Vertrag ist in seinen wesentlichen Bestimmungen nicht mehr ausführbar, und zwar hat

Dänemark diese Unausführbarkeit verschuldet! Es fällt mir nicht bei, dem Manne, der eben diese Unausführbarkeit hervorgebracht hat, irgend einen Hohn nachzuschicken, ihm folgt mein aufrichtiges Mitleid über die traurige Verblendung, daß er sich selbst noch für möglich gehalten hat; allein, da er es that, hat die Sache eine heilsame Wendung erhalten. Wie Sie alle wissen, hat die Landesversammlung sich für permanent erklärt, und die von der Landesversammlung beschlossene Landesverfassung ist von der provisorischen Regierung bereits genehmigt worden. Es steht in dieser Verfassung eine Bestimmung, die eben auf Dänemark einen versöhnenden Eindruck machen muß: es ist die Personalunion erhalten worden. Sie enthält ferner Festsetzungen, die zeigen, daß man den Kampf nicht vergebens geführt hat, daß das Rechtsgefühl mit erneuerter Kraft sich aller dortigen Bewohner bemächtigt hat. Eine Bestätigung der Landesrechte ist in das Grundgesetz niedergelegt. Ich bitte um die Erlaubniß, die ersten Artikel aus der jetzt genehmigten Verfassungsurkunde vorzutragen, weil sie von großer Bedeutung für die vorliegende Frage sind. Es heißt im Artikel I. von dem Staatsgebiet: „Die Herzogthümer Schleswig-Holstein sind ein einiger, untrennbarer und untheilbarer Staat. Artikel II. Jede Veränderung der Grenzen des Staatsgebiets enthält eine Aenderung der Verfassung. Artikel III. Die Herzogthümer Schleswig-Holstein sind ein Bestandtheil des deutschen Staatsverbandes. Artikel IV. Die Verfassung Deutschlands, wie sie jetzt ist oder künftig

sein wird, findet auf die Herzogthümer ihre volle und unbeschränkte Anwendung. Artikel V. Die für ganz Deutschland oder die Herzogthümer insbesondere von den gegenwärtigen oder zukünftigen verfassungsmäßigen Gewalten Deutschlands erlassenen oder zu erlassenden Gesetze und Anordnungen sind für die schleswig-holsteinschen Staatsgewalten und Staatsbürger verbindlich." (Bravo von mehreren Seiten.) Kein Unbefangener mag verkennen, daß eine völlige Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung hier ausgesprochen ist, wie ich denn noch einmal darauf aufmerksam mache, daß schon früher die größte Ergebung in die Beschlüsse der Centralgewalt an den Tag gelegt ist, sich ausgesprochen hat; es hat nicht allein die provisorische Regierung erklärt, sie würde sofort abtreten und Anderen Platz machen, wenn die Centralgewalt es für nothwendig hielte, sondern die Landesversammlung hatte sich bekanntlich vertagt. Daß sie aber, nachdem der Waffenstillstand bekannt geworden, die Vertagung aufhob und wieder zusammentrat, ist als eine ebenso energische als besonnene Handlung zu preisen. Es wird, selbst den Fall vorausgesetzt, daß eine Zerspaltung Deutschlands und des deutschen Theils, der zur preußischen Monarchie gehört, eintreten sollte, Preußen — davon bin ich fest überzeugt — niemals geneigt sein, den Waffenstillstand, wie er jetzt vorliegt, mit gewaffneter Hand zur Ausführung zu bringen, die preußische Garde wird nicht den Säbel zucken gegen die provisorische Regierung und die Landesversammlung und diejenigen, die ihr gehorchen; Eng-

land oder Frankreich ebensowenig, weil sie ihren Ursprung, ihre Mutter, so zu sagen, nicht verleugnen, und eine Landesversammlung auseinander jagen können, die das Volk vertritt. An Sie, meine Herren, und an Ihr Billigkeitsgefühl brauche ich nicht zu appelliren, wenn ich Sie auffordere, den Beschluß der Landesversammlung zu respectiren, und nicht darauf zu dringen, daß ein Waffenstillstand abgeschlossen werde, der mit den Beschlüssen dieser Landesversammlung unvereinbar ist. Ich habe, meine Herren, nie begreifen können, worin die Nothwendigkeit liegt, daß während eines Waffenstillstandes die provisorische Regierung einer andern den Platz räume. Meine Herren, wenn die Männer, die in der provisorischen Regierung der Herzogthümer sitzen, die in einem so entscheidenden Momente den Muth hatten Alles aufzuopfern, die in einer sehr gefahrvollen Zeit das Land vor Unruhe und Anarchie gerettet und eine weise Gesetzgebung eingeführt haben, abtreten sollen in Folge eines bloßen Waffenstillstandes, der zwischen der Krone Dänemark und Deutschland über selbstständige Staaten, über die Herzogthümer Schleswig und Holstein geschlossen worden, so frage ich: wer wird es nicht billigen, daß das Casino-Ministerium in Kopenhagen, welches den ganzen Krieg durch seine Frevelthaten veranlaßt hat, vermöge des Vertrags gleichzeitig annulirt werde? Ich sehe keine Gleichheit der Rechte wenn man die Regierung eines selbstständigen Staates bei Seite wirft und das Casino-Ministerium ungefährdet läßt. Es ist auch, soweit meine Kunde des Landes

reicht, der Wunsch des Landes, die provisorische Regierung zu behalten, und wie gesagt, da bei den eingetretenen Thatsachen die Unausführbarkeit des Waffenstillstandes vorliegt, wird es jedenfalls zunächst Pflicht der Commissarien der Centralgewalt sein, die auf eine Modification des Vertrages ihren Zweck zu richten haben, mit der Landesversammlung sich zu verständigen über eine neue interimistische Regierung. Meine Herren, jetzt steht die Sache so, daß auch die Separatartikel vollkommen unausführbar sind und zwar offenbar durch die ganze Art, wie die Sache eingeleitet und zu Ende gebracht wurde. Es ist ein miraculöses Vornehmen, daß man eine Liste macht von zehn Personen, ohne einen Einzigen, vielleicht mit Ausnahme des Grafen Moltke, zu fragen, ob er in die Regierung eintreten und auf die gestellten Bedingungen eingehen wolle. Also hat es mich auch nicht überrascht, daß selbst jetzt, nachdem der Graf Moltke entfernt ist, von den acht übrigen kein Einziger sich bestimmen läßt, einzutreten. Der General Below hat den Versuch gemacht, aber vergeblich, man wird Niemanden finden. Alle werden erklären: mit einem Waffenstillstande, der unsere frühere Gesetzgebung wegwirft und für sieben Monate keine Gesetze duldet, mit einem solchen Waffenstillstand kann man nicht regieren! Deshalb ist es durchaus nothwendig, daß die Landesversammlung ihre Mitwirkung dazu gebe, damit der Waffenstillstand ausführbar werde, und wie geneigt Dänemark dazu ist, zeigt sich aus der Note, die Herr Camphausen überreicht hat; es zeigt sich ferner

aus der Zusicherung des Generals Wrangel, die heute hier verlesen worden ist und die hoffen läßt, daß die Hauptpunkte werden beseitigt werden. Mein Antrag geht daher dahin:

„daß die Nationalversammlung beschließen möge, die Vollziehung des Waffenstillstandes, soweit solche nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern",

und — um das noch einmal zu präcisiren — ich verstehe darunter, man kann den Waffenstillstand nicht ausführen, ohne daß auf commissarischem Wege eine Mitwirkung der Landesversammlung zugelassen wird, damit diese sich ausspreche, in welcher Weise die Regentschaft zusammenzusetzen sei, und ferner, daß man die bisherige Gesetzgebung seit dem 17. März fortdauern läßt, und endlich drittens, daß über die militärischen Bestimmungen wegen der Stationirung der Truppen ein anderer Ausweg getroffen werde. Zweitens beantrage ich:

„die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modificationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete."

Ich habe schon angedeutet, welche Modificationen ich darunter verstehe, und im Wesentlichen sind sie darin enthalten, was General Wrangel zugegeben hat. Meine Herren, diejenigen, welche den Vertrag genehmigen

wollen, wie er hier ist, mögen noch einmal bedenken, in welche Lage sie die Herzogthümer versetzen. Sie geben dadurch, durch die einfache Ratification, wenn auch unter Voraussetzungen, sich ganz der dänischen Politik hin; sie überlassen die Herzogthümer ganz ihrer eignen Kraft, und ich mache kein Hehl daraus, daß diese Kräfte möglicherweise nicht stark genug sind, um ihre Selbstständigkeit auch nur während der 7 Monate zu behaupten; sie sind nicht stark genug, weil die preußischen Officiere, welche die schleswig-holsteinschen Truppen befehligt haben, zurückgezogen werden sollen und weil die deutschen Truppen jetzt schon in Eilmärschen das Land verlassen; die Herzogthümer sind also auf sich hingewiesen. Andererseits steht noch viel mehr entgegen, den Waffenstillstand nicht zu ratificiren. Die Sache hat den allgemeinsten völkerrechtlichen Charakter; auf das Dringendste muß man widerrathen, eine solche Nichtratification auszusprechen, ohne sich der Mittel nicht klar bewußt zu sein, mit welchen man eine Weigerung, auf die Verhandlungen, die mit Dänemark einzuleiten sind, einzugehen, unterstützen will. Diese Mittel sind nicht vorhanden; wenig staatsmännischer Weisheit bedarf es, um zu dieser Einsicht zu gelangen. Meine Herren, wenn man die Thatsachen und zwar wichtige Thatsachen walten läßt, die zu Gunsten der Sache gewirkt haben, nicht bloß der Herzogthümer, welche in eine Lage gebracht sind, die man vor 6 oder 8 Monaten nicht für möglich hielt, sondern nicht minder zu Gunsten der Einheit und Freiheit Deutschlands; wenn man

einen solchen Mittelweg findet, vermöge der Thatsachen, und zugleich nach meinem Vorschlage Friedensunterhandlungen anbahnt, so hat man nicht auszurufen, wie Franz I.: „Alles ist verloren, außer der Ehre", sondern man wird Ihnen nachrufen: „Alles ist gewonnen, die Ehre auch." (Vielstimmiges Bravo auf der Rechten, Zischen auf der Linken.)

Fortsetzung.

Acht und siebenzigste Sitzung in der Paulskirche.

Freitag den 15. September. (Vormittags 9 Uhr.)

Vorsitzender: Theilweise **Heinrich v. Gagern;** theilweise Vicepräsident **v. Soiron.**

Sylvester Jordan von Marburg: Meine Herren. Der Gegenstand unserer Berathung ist in jeder Beziehung ein schwieriger, der Standpunkt dessen, der für oder gegen denselben auftritt, ebenso schwierig. Die Leidenschaften sind allenthalben aufgeregt. Ruhe und

Besonnenheit vermißt man nur zu häufig bei solchen Fragen, die tiefer ins Leben eingreifen. Dadurch läßt sich aber der Wohlgesinnte nicht abschrecken. Es ist ihm einerlei, ob er Beifall oder Tadel erntet, sobald er nur seiner Ueberzeugung treu sich ausgesprochen hat, und dieses will auch ich hier thun, gewohnt, stets so zu sprechen, wie ich in meinem Inneren überzeugt bin. Gleich vornherein bemerke ich, daß ich das Amendement des Herrn von Maltzahn mitunterzeichnet habe, daß ich also für Nichtbeanstandung des Waffenstillstandes bin. Man sagt zwar, die Ratification des Waffenstillstandes könnte nicht ertheilt werden, weil die Ehre Deutschlands angegriffen sei; es fragt sich aber, ob denn wirklich die Ehre Deutschlands verletzt, oder überhaupt nur in Gefahr, oder gefährdet sei? Diese Frage wird man bei näherer Prüfung verneinen müssen. Wohl ist Manches nicht erwirkt worden beim Abschlusse des Waffenstillstandes, Manches nicht erwirkt worden, was man erwartet hat. Man glaubte diejenigen Bedingungen, die früher vorgelegt worden sind, würden erzielt werden können in ihrem vollen Umfange. Allein es ist schon gestern nachgewiesen worden, namentlich von Herrn Heckscher, daß Alles geschah unter den obwaltenden Verhältnissen, was geschehen konnte, daß zwar Ueberschreitungen von Seiten Preußens vorgekommen sind; allein diese Ueberschreitungen beruhen wohl mehr auf einem Irrthum, als auf absichtlicher Verletzung, denn die Vollmacht war nicht mit der Clausel versehen, in Bezug auf die Ratification. Es konnte also leicht an-

genommen werden, — denn das ist nur eine Meinungsverschiedenheit, — daß das Wesentliche der Bedingungen erreicht sei, indem in den einzelnen Artikeln doch Dasjenige gewährt worden ist, weßhalb der Krieg Anfangs geführt wurde; doch ich will mich darüber nicht weiter einlassen, denn es ist gestern ausführlich dargelegt worden, wie die Bedingungen beschaffen sind, und daß gerade da, wo eine Verletzung vorlag, die Ausführung unmöglich geworden ist, und daß selbst Dänemark sich bereit erklärt hat, in solche Modificationen einzugehen, welche die Ruhe Schleswigs erfordern. Wenn von einer Ehrenverletzung die Rede sein sollte, so würde dieses voraussetzen, daß uns irgend eine schimpfliche Bedingung aufgezwungen worden sei; dieses ist aber nicht geschehen, Dänemark hat mit Preußen gehandelt, und zwar frei gehandelt, nicht mit Zwang. Es war ein freier Act; ist also ein Versehen vorgekommen, so war es auf Seiten Preußens, ohne daß die Ehre dabei ins Spiel käme, und wir stehen wegen eines solchen Versehens nur in einem Streitverhältnisse Preußen gegenüber. Nun frage ich, kann man hier annehmen, oder auch nur voraussetzen, daß Preußen hier absichtlich habe die Ehre Deutschlands verletzen wollen, oder auch nur irgend eine Bedingung in dieser Absicht eingegangen habe? Da sage ich: Nein. Einmal hat Preußen selbst sich der Sache Schleswig's mit einem Eifer angenommen, wie kein anderer Staat, Preußen hat den Krieg fast allein geführt in der ersten Zeit auf eigene Kosten, trotzdem, daß von allen Seiten gegen Preußen geschmäht

worden ist, so geschmäht, daß es in der That selbst bedenklich ist, sich auch auch nur derjenigen Thaten hier dankend zu erinnern, welche Preußen in dieser Sache gethan hat. Zudem, wer hat gehandelt? Man sagt, das Ministerium, und was ist das für eines? Ist das etwa ein dynastisches, oder ist es nicht vielmehr hervorgegangen aus dem Volke? Ueberall sind in den constitutionellen Staaten die Regierungen hervorgegangen aus dem Volke. Es kann von solchen Regierungen zwar ein Versehen begangen werden, aber keine absichtliche Verletzung. Böse Absicht darf ohnehin nie vermuthet werden, und dann bedenke man, ist Preußen nicht auch ein deutsches Volk? Man hat zwar gestern gesagt, ob man lieber mit Preußen in Conflict gerathen wolle, oder mit dem deutschen Volke. Ich frage: Ist Preußen denn nicht auch deutsches Volk, kann man hier einen Gegensatz annehmen zwischen Preußen und dem deutschen Volke? Preußen hängt mit Deutschland zusammen wie jene siamesischen Zwillinge; sie können nicht zerrissen werden, das übrige Deutschland kann ohne Preußen nicht bestehen, Preußen ohne Deutschland nicht. Sie ruiniren sich gegenseitig, sobald der gegenseitige Haß aufgestachelt wird; also kann man auch nicht einen Gegensatz hier annehmen zwischen Preußen und dem deutschen Volke, wie das gestern geschehen ist. Oder versteht man etwa unter Preußen die preußische Regierung im Gegensatz zum preußischen Volke? Die Regierung ist untrennbar vom Volke, Volk und Regierung ist Eins, die Regierung ist nur die Form des Volks-

lebens. (Links Heiterkeit.) Ich weiß wohl, die dynastischen Interessen sind dem Volke entgegengesetzt, aber nicht die Regierungen als solche. Ich weiß wohl, daß man von gewissen Seiten durch und durch das Volk gegen die Regierungen aufstacheln will. (Links Unruhe.) Ich bitte um Achtung der Redefreiheit; ich weiß wohl, daß man noch nicht zufrieden ist, daß die öffentlichen Verhältnisse nicht noch weiter aus den Fugen getreten sind, als es wirklich der Fall ist; denn was heißt es, wenn man in unserer Zeit spricht: „Die deutschen Völker sind gegen den Waffenstillstand, und die öffentliche Meinung müssen wir hier hören und beachten.“ Fragen wir uns zuerst, wo ist denn die wahre Volksstimme, etwa in den Zeitungen, etwa in den künstlich herbeigeführten Adressen? (Oh! Oh! auf der Linken.) Die Volksstimme ist in den einzelnen Staaten in den Kammern, das ist die wahre Volksstimme. (Oh! Oh! von mehreren Stimmen.) Die Volksstimme des deutschen Volkes ist hier in der Paulskirche. (Unruhe.)

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Jordan: Hier ist die Stimme des Volkes. Will sich hier die Versammlung leiten lassen von Außen, will sie überall anfragen, was sie hier beschließen soll? Haben Sie nicht selbst Einsicht, zu handeln, dann hätten Sie gar nicht zusammentreten sollen. Hier muß die Intelligenz walten, nicht die Leidenschaft; nicht von Außen darf man bestimmt werden, denn man weiß es recht wohl, daß die Massen, die magnetisirt werden durch

gewisse Stichworte, die sie wie Blitzesfunken in Extase bringen, daß die Massen leicht zu Diesem oder Jenem gebracht werden können, aber in der Staatskunst muß Klugheit, Weisheit, Ruhe, Umsicht, Besonnenheit und Kälte walten, das gehört zur Ueberlegung. Man wird mir freilich sagen, da hört man Einen von der alten Schule, der auch zu den Diplomaten gehört. Meine Herren! Wenn wir nur unter uns Deutschen handeln würden, so brauchten wir vielleicht nicht auf Klugheit zu sehen, so brauchten wir die Politik nicht mehr; aber wenn man mit äußern Mächten zu thun, wenn man Verträge mit anderen Staaten zu unterhandeln hat, da ist Klugheit und Politik nöthig, und so lange es Staaten und Völker gibt, so lange wird eine wahre weise Politik niemals vermißt werden können. Wenn berathen, Beschluß gefaßt ist, und dieser zur Ausführung kommt, dann tritt der Enthusiasmus an den rechten Platz; aber bei der Berathung muß Ruhe obwalten, und gerade hier muß man mit gutem Beispiel vorangehen für ganz Deutschland, man muß Jeden ruhig seine Meinung aussprechen lassen, und wenn er ausgesprochen hat, nicht gleich urtheilen über seine Gesinnung. Nun näher zur Sache selbst, nehmen wir einmal an, wir ratificiren den Waffenstillstand nicht, so bleibt er dessen ungeachtet ratificirt, das heißt, er ist verbindlich für Preußen, für die europäischen Mächte, auch in den Augen des Auslandes verbindlich für Deutschland, weil er im Namen Deutschlands abgeschlossen ist. Denn das Verhältniß des Vollmachtgebers zum Bevollmächtigten

818

ist ein inneres, um das sich die Politik der Völker nicht weiter kümmert. Also so würde er doch ratificirt bleiben, wie denn auch fort und fort die Vollziehung vor sich geht. Wollen wir aber aussprechen, daß der Waffenstillstand, weil wir ihn nicht ratificiren, für Deutschland unverbindlich sei, und sollte Dänemark dieses auch annehmen; was wäre die Folge? Nach dem Abschluß des Waffenstillstandes sind viele Schiffe befrachtet worden, und in die See gegangen. Man würde also diesen Waffenstillstand gegen Deutschland nicht beachten, und die deutschen Schiffe allenthalben wegnehmen, und weil wir ihn nicht ratificiren, beginnen wir einen Krieg. Das Ausland würde frohlocken, wenn es auf diese Weise gelänge, die Fackel der Zwietracht in das Innere Deutschlands zu schleudern, wenn es ihm gelänge, die Einheit, die Befestigung desselben, die Kräftigung Deutschlands zu verhindern; denn diese Kräftigung Deutschlands ist ein Dorn im Auge des Auslandes. Diese Kräftigung, diese Einheit will weder Frankreich trotz der Brüderlichkeit, will weder England trotz der Freundlichkeit, will weder Rußland, noch irgend ein anderer Staat; denn es läßt sich viel leichter herschen, über und einwirken auf ein zerrissenes Land. Also, was ist die Aufgabe der Weisheit in diesem Augenblicke? — Daß man sich zusammenschaart in Deutschland, daß man Vergehen, die etwa hier und da begangen sein mögen, nachsieht, daß man Handel und Verkehr wieder eröffnet, und daß mit allen Kräften dahin gewirkt werde, daß der eigentliche Zweck dieser Versammlung, die Constituirung

Deutschlands, sobald als möglich zu Stande komme. Das ist die Hauptaufgabe, und zu dieser Kräftigung Deutschlands gehört unter Anderm auch, daß die einzelnen Volksstämme sich kräftigen, daß überall Das, was aus den Fugen gerissen ist, wieder in die Ordnung eintrete; denn ein ganzer Körper kann nicht kräftig sein, wenn nicht die einzelnen Theile gut organisirt und kräftig sind. Nur wenn die einzelnen Theile gehörig geformt, energisch und kräftig sind, nur dann ist auch der ganze Körper kräftig, und wenn Deutschland endlich einmal, was seit Jahrhunderten nie der Fall war, eben wegen dieser Zwistigkeit — kräftig dasteht, und geeint durch eine Verfassung, ein Heer zu seinen Befehlen hat, und durch Handel und Verkehr im Wohlstande ist; dann kann Deutschland wahrhaft als ein großes Volk anderen Nationen gegenübertreten, und auftreten in der Würde, die Deutschland gebührt; so lange wir zerrissen sind, können wir nicht auftreten. Waffenruhe ist Bedürfniß; wenn noch einige Zeit gewartet wird, wird man Stimmen aus Schleswig-Holstein vernehmen, daß ihnen der Waffenstillstand, sobald die in Aussicht gestellten Modificationen eintreten, viel heilsamer sein wird, als das Nichtratificiren, wo jedenfalls ein Zustand der Verwirrung eintreten würde, weil wir einerseits den bereits in Erfüllung gegangenen Waffenstillstand, insoweit es geschehen ist, nicht rückgängig machen können; andererseits aber, wenn wir es thun wollten, wir zu barbarischen Mitteln greifen müßten, die gestern Herr Francke mit Recht berührt hat, — es müßten die Ge-

fangenen wieder zurückgegeben und die Schiffe ausgeliefert werden, das müßte Alles geschehen, das kann nicht sein, und weil es nicht sein kann, so muß man den status quo des Waffenstillstandes, wie er jetzt ist, annehmen, und muß gerade die Zeit des Friedens, der Waffenruhe benutzt werden, theils sich innerlich zu kräftigen, und die Verfassung des Reichs von ganz Deutschland zu Stande zu bringen, damit einmal Ordnung überall einkehre; — diese Zeit muß man benutzen, um die Kriegsheere zu ordnen und Schiffe zu bauen, dann wird auch die siebenmonatliche Dauer für uns keine Gefahren haben; denn so gut Dänemark sich während dieser Zeit rüsten kann, so gut kann auch Deutschland sich zum Kriege rüsten und bereit machen, wenn der Friede nicht erzielt werden sollte. Wir zeigen dadurch Mäßigung, männlichen Ernst und Einsicht in unsere Aufgabe, bei welcher wir uns dann nicht durch leidenschaftliche Aufregungen von Außen von den einzelnen Völkerklassen irreführen lassen; von den Aufregungen, die, wenn sie zum Krieg gebraucht werden wollten, wenig Hülfe gewähren würden; denn wenn auch in den Volksversammlungen mit Enthusiasmus Dieses oder Jenes ausgesprochen wird: Wir stehen wie ein Mann ꝛc., so würde man, wenn am anderen Tage die Einzelnen das Gewehr oder den Tornister nehmen und gleich in den Krieg ziehen müßten, sehen, wie Viele noch übrig bleiben würden von der enthusiastischen Versammlung, die den Krieg in Wahrheit mitmachten. Wenn ich auch als Derjenige, der hier zum Frieden räth, der Deutsch-

land gewiß so tief im Herzen trägt, als Einer hier, der bereit ist, Blut und Leben in jedem Momente für das Ganze hinzugeben, sobald die Einheit des Ganzen erstrebt wird, nie darauf gerechnet auf den Beifall hier; aber die Geschichte, die nachkommende, wird einst richten über Das, was hier in diesem Hause vorgeht; sie wird einst ein Urtheil fällen, und dieses Urtheil ist mir wichtiger, als das der Gegenwart.

Waitz von Göttingen: Zwei Bemerkungen muß ich voranschicken. Die eine betrifft das abgegangene Ministerium. Ich habe mir vor einiger Zeit auf dieser Tribüne die Bemerkung erlaubt, daß das damalige Ministerium keine sichere Majorität in diesem Hause habe. Diese Bemerkung hat sich früher bewahrheitet, als ich denken, als ich wünschen konnte, und am Wenigsten habe ich damals erwartet, daß ich bei dieser entscheidenden Frage gegen das Ministerium votiren müßte. Wenn mich aber die letzten Anträge des Ministeriums dazu genöthigt haben, so will ich mir heute wenigstens gleich zu Anfang die Bemerkung gestatten, daß ich auf's Bereitwilligste anerkenne, wie das Ministerium seiner Gesammtheit nach Schleswig-Holstein's Interesse zu wahren, lebhaft und entschieden gestrebt hat. Ich werde mir aber erlauben, namentlich auf das letzte Verfahren des Ministeriums, später mit einem Worte zurückzukommen. — Die zweite Bemerkung, meine Herren, betrifft Preußen. In der That, nur mit schwerem Herzen kann ich ein tadelndes Wort gegen Preußen in den Mund nehmen, nachdem dasselbe so oft in und außerhalb dieses Hauses

der Gegenstand feindlicher Angriffe gewesen ist. Ich erkenne und weiß nicht bloß, was Schleswig-Holstein der raschen freiwilligen Hilfe Preußens verdankt, und stimme hierbei vollkommen überein mit dem, was mein Landsmann Francke von dieser Stelle gesprochen hat. Meine Herren! Ich gehöre auch zu Denen, welche ihre Hoffnung für Deutschland hauptsächlich mit auf Preußen gebaut haben; auch ich kannte kein Deutschland ohne Preußen; aber freilich auch kein Preußen ohne Deutschland. Aber ich bin auch nicht der Erste, welcher öffentlich ausspricht: daß Preußen in der letzten Zeit sich dieses Standpunktes nicht bewußt gewesen ist. Ich bin nicht der Erste, welcher sagt, daß Preußens Regierung der Centralgewalt, der Einheit Deutschlands gegenüber nicht die Politik befolgt hat, welche wir hätten wünschen, welche wir hätten verlangen dürfen. Meine Herren! Wenn ich Preußens Regierung nenne, so ist das keine Beschönigung; ich glaube, es ist der constitutionelle Ausdruck, den ich zu gebrauchen berechtigt bin. Ich will nichts verhüllen und verdecken, wenn ich eben das Ministerium nenne. Ich glaube, was zuletzt in Preußen geschehen, ist nur allein durch das Ministerium geschehen und nur das Ministerium, nicht die Gesammtheit des Volkes ist irgendwie verantwortlich dafür. (Bravo!) Aber eben um deßwillen darf es mir gestattet sein, einen Blick auf das Verfahren des nun ebenfalls dahingeschiedenen Ministeriums zu werfen; umsomehr, weil ich der Ansicht bin, daß dasselbe einen andern Gang auch in der schleswig-holstein'schen Sache gegangen ist,

als es bei dem vorangegangenen der Fall gewesen ist. Es ist bereits gestern von dieser Stelle Manches angeführt worden, was rühmlich und ehrenvoll ein preußischer Minister, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, in der schleswig-holstein'schen Sache gethan, und ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich ausspreche, daß der Baron v. Arnim eine entschieden deutsche Politik, wie überhaupt, so auch in dieser Frage befolgt hat. Die Antwort an England, an Schweden, als sie die Betheiligung Deutschlands in der schleswigschen Frage nicht dulden wollten, die geben Zeugniß, wie damals das preußische Ministerium gesinnt war. Mit Kraft, mit Entschiedenheit wurde die fremde Einmischung zurückgewiesen. Meine Herren! Ich könnte Ihnen vielfache Beweise vorlegen, wie damals das preußische Ministerium in der schleswig'schen Frage gedacht hat. Gestatten Sie mir nur aus einem Schreiben an mich selbst, als den Bevollmächtigten der provisorischen Regierung, einen Passus vorzulesen: „Ich, beehre ich mich, Ihnen zu erwiedern, daß die Regierung Seiner Majestät des Königs entschlossen ist, und bereits sowohl in London, als am Bunde ausgesprochen hat, auf eine Vermittelung und künftige Ausgleichung des Streites zwischen den Herzogthümern und Dänemark nur unter solchen Bedingungen eintreten zu wollen, welche die Rechte der Herzogthümer und die Interessen Deutschlands vollkommen sicher stellen. Die Punkte, welche Ew. rc. in Ihrem Schreiben ... besonders hervorgehoben haben, werden dabei volle Berücksichtigung

finden." Meine Herren! (Eine Stimme: Von welchem Datum?) Vom 3. Mai, unterzeichnet von Arnim. Einer dieser Punkte war: die Theilnahme der Regierung Schleswig-Holstein's bei den definitiven Unterhandlungen, die fortwährende Inkenntnißsetzung von allem Dem, was eben in der Verhandlung vor sich ging. Und so lange ich die Ehre gehabt habe, die provisorische Regierung in Berlin zu vertreten, hat eine solche Mittheilung vollkommen offen und befriedigend stattgefunden. Um dieselbe Zeit hat in England der preußische Gesandte Bunsen mit Entschiedenheit, Eifer und Glück die Sache Schleswig-Holstein's und Deutschlands vertreten; er hat, wie ich schon früher an dieser Stelle bemerkte, die feindliche, wenigstens abwendige Politik Englands im Laufe der Monate Mai und Juni günstiger für uns gestimmt. — Betrachte ich dem gegenüber das Verfahren des letzten preußischen Ministeriums, — meine Herren, so kann ich nicht umhin, meinen tiefen Schmerz zu äußern darüber, daß, soweit ich den Stand der Dinge beurtheilen kann, es ein ganz anderes geworden ist. Ich weiß, daß die Mittheilungen an die provisorische Regierung immer seltener, immer mangelhafter geworden sind, daß sie zuletzt so gut wie ganz aufgehört haben. Es erhellt aus den vorliegenden Actenstücken, daß von Mitte des Monats Juni bis zum August auch hier in Frankfurt so gut wie gar keine Mittheilungen von Preußen gemacht wurden, daß vielmehr Preußen den damals noch existirenden Bundestag und die neuentstandene Centralgewalt außer Kunde von den Verhand-

lungen gehalten hat. (Hört! Hört!) Es ist außerdem noch ein Anderes, worauf ich besonderes Gewicht lege: die Unterhandlungen wurden damals in London geführt, unter Vermittelung einer günstig gesinnten Macht; sie wurden bis Ende Juni dort fortgeführt; am 23. Juni noch hat Lord Palmerston die Vorschläge gemacht, die in den Actenstücken gedruckt sind. In derselben Zeit hat ohne ersichtlichen Grund Preußen die Unterhandlungen in Malmö begonnen, unter Vermittelung der Krone Schweden, einer Macht, welche nicht unparteiisch war, welche Truppen nach Fühnen hatte marschiren lassen, welche verpflichtet war, den Dänen Hülfe zu leisten; also unter Vermittelung einer Macht, die wir keineswegs als so günstig betrachten können, wie es der vormalige Minister des Auswärtigen hier an dieser Stelle gesagt hat. Die Einladung zur Uebernahme der Vermittelung ist von Preußen ausgegangen; es steht dieses zweimal in einer schwedischen Note gedruckt; die Unterhandlung ist fortgeführt, zu Ende geführt, ohne daß Palmerston, Bunsen auch das Mindeste davon gewußt, und weder in Frankfurt, noch in London hat man von dem Malmöer Vertrage früher gehört, als er da abgeschlossen war. Meine Herren! Ich glaube nicht, daß dieß eine Politik war, die wir loben, die wir irgendwie als gerechtfertigt betrachten können. Ich glaube, wir müssen sagen, diese erste Verhandlung, dieser erste Malmöer Vertrag ist der Keim zu allem dem Unglück, in welches wir hineingerathen, zu allen den Verwirrungen, in welchen wir uns befinden, und aus denen wir müh-

sam und ängstlich einen Ausweg suchen. Dieß ist geschehen, seit Baron v. Arnim seinen Platz verlassen: es war um die Mitte Juni. Der Malmöer Tractat wurde unterzeichnet am 2. Juli. — Meine Herren! Es folgt nun eine Periode, wo Preußen, — ich sage Preußen, denn ich habe mich über den Sinn dieses Wortes schon ausgesprochen, und ich brauche es, weil es das kürzeste ist, — wo Preußen sich veranlaßt, oder wie ich mich wohl ausdrücken darf, durch das kräftige, deutsche Betragen des Generals Wrangel genöthigt sah, sich wiederum nach Frankfurt an die eben damals neugebildete Centralgewalt zu wenden. Denn der deutsche General Wrangel weigerte sich, den Tractat zu vollziehen, der einseitig in Malmö geschlossen war. Es folgen nun die Verhandlungen, welche in Malmö, Berlin und Frankfurt stattfanden, auf die ich aber nicht weiter eingehen will, da sie vollständig zur allgemeinen Kenntniß gelangt sind, da sie außerdem der vormalige Reichsminister Heckscher genau und ausführlich dargelegt hat. Vor Allem aber mache ich darauf aufmerksam, daß das Ministerium unzweifelhaft der Ansicht war, daß dieser Vertrag nicht ipso jure, nicht, wie er dalag und war, rechtsgiltig und rechtsbeständig war. Denn das Ministerium sprach sich dahin aus, es könne seine Genehmigung verweigern, und es müsse die Nationalversammlung die Sache in ihre Hände nehmen. Dieselben Aeußerungen sind gestern hier auf dieser Tribüne wiederholt worden, und ich finde es für passend, davon Act zu nehmen, dieß formell und völlig zu constatiren.

Denn, meine Herren, wie ich die Sache ansehe, war unser Beschluß vom 5. September hierdurch nicht bloß gerechtfertigt, sondern auch durchaus und nothwendig geboten. (Viele Stimmen: Sehr gut!) Meine Herren! Wenn eine Sache noch genehmigt werden, wenn die Nationalversammlung darüber noch entscheiden soll, dann darf sie doch wahrhaftig nicht vollzogen werden?! Und ich habe vergebens nach der Consequenz gesucht, welche das Ministerium in seinen Aeußerungen zeigt. Untersucht und genehmigt, oder wenn Ihr nicht könnt, so verwerft, — und in demselben Athem: Wenn Ihr nicht genehmigen könnt, und verwerft, so müssen wir unsere Aemter niederlegen. (Lebhaftes Bravo.) Sowie dieß der Fall war, so konnte kein Zweifel sein, daß die Nationalversammlung darüber zu entscheiden habe; sie muß auch nach der Ansicht des Ministeriums entscheiden, und sie wird über diese hochwichtige, über diese verhängnißvolle Angelegenheit heute, oder in den nächsten Tagen eine Entscheidung abzugeben haben. Eben deßhalb aber, meine Herren, weil wir entscheiden sollen, — und soviel ich weiß, bestreitet Niemand in dieser Versammlung uns das Recht dazu, — müssen wir auf die Sache eingehen, müssen uns fragen: Ist der Vertrag der Art, daß wir ihn billigen, ihn genehmigen können? Oder sind die Umstände der Art, daß wir ihn billigen, ihn genehmigen können? Oder sind die Umstände der Art, daß wir einen Vertrag, den wir nicht gutheißen, dennoch billigen müssen? — Ich habe nicht die Absicht, weitläufig noch einmal alle jene unglücklichen Bedingungen

des Vertrages zu durchlaufen, welche gestern, freilich nachträglich, von dem früheren Reichsminister gerechtfertigt worden sind, welche dann aber auch hinreichend der Gegenstand des Angriffes, der Beseitigung, möchte ich sagen, gewesen sind. Meine Herren! Ich verweise Sie, trotz der Einreden, welche dagegen erhoben sind, auf die Auseinandersetzung der schleswig-holstein'schen Landesversammlung, welche sich in Ihren Händen befindet. Es ist wahr, die Sache ist hier bis auf eine gewisse Spitze getrieben, es ist in der Consequenz der Entwickelung ein etwas kühner Gang innegehalten. Sie werden begreifen, wenn die Besorgniß meiner Landsleute die Möglichkeiten alle erwogen und bedacht, welche aus einem solchen Vertrage hervorgehen könnten; Sie werden es gerechtfertigt finden, wenn sie daran dachten, wer eben zum Ausleger dieses Vertrags bestimmt war, und das war damals der Graf Karl v. Moltke; er sollte an der Spitze der Regierung stehen, ihm war anheimgefallen, die Anwendung für das Land zu leiten. Meine Herren! Wenn die Besorgniß übertrieben scheint, so bedenken Sie, daß der Despotismus erfinderisch ist, und daß er aus Clauseln und Sätzen, die anfangs unbedenklich erschienen, leicht Das herauszuarbeiten versteht, was ihm wohlgefällig und passend ist. Und leider sind zu den an sich mangelhaften Bestimmungen des Vertrags noch so unklare gekommen, daß jede Auslegung beinahe unmöglich gewesen wäre. — Meine Herren! Ich rede davon nicht, daß Dänemark die Centralgewalt nicht anerkannte. Es mag sich dieß rechtfertigen oder

entschuldigen lassen; aber der Herzog von Holstein hätte billig die Centralgewalt anerkennen sollen (Bravo!), wenigstens in dem Augenblick, wo er einen Vertrag mit dem deutschen Reiche, oder einem deutschen Staate schloß. Billig hätte in diesem Vertrag stehen sollen, daß die neue Regierung ihre Beziehungen zu der Centralgewalt habe; allein kein Wort, kein einziges Wort spricht von einem solchen Verhältniß, und es scheint in der That, als ob die neue Regierung ohne alle Verbindung mit dem Mittelpunkt des deutschen Lebens stehen solle. (Stimmen: Sehr gut!) Soviel von den Bedingungen, die Niemand in diesem Saale billigt; ich weiß es, und sage wiederholt: Niemand; denn kein Deutscher kann solche Bedingungen gut heißen. Meine Herren! Ich bin der Meinung, daß der Vertrag bereits verworfen und vernichtet ist, und daß es deßhalb auch nicht mehr unsere Aufgabe ist, ihn zu verwerfen. Es haben Andere uns die Aufgabe, die Ehre möchte ich sagen, abgenommen, ihn zu beseitigen. Meine Herren! Es handelt sich um diesen Waffenstillstand; ich erfahre, daß die Diplomaten auf's Neue zusammengetreten sind in Schleswig, und daß sie hier Berathungen halten, wie sie eben jetzt Bedingungen zu Stande bringen, welche dem Lande annehmbar wären. (Stimmen: Hört!) Ich höre, daß daran gedacht wird, die hauptsächlichsten Mitglieder der früheren Regierung in die neue Regierung zu berufen, daß man, wie gestern bereits verkündet wurde, die Gesetze und Einrichtungen bestehen lassen, und bloß einzelne beseitigen will, wogegen wahrscheinlich

Niemand etwas sagen wird; daß man die Truppen vereinigt lassen will, mit einem Wort, daß alle die Bedingungen hinfällig werden, welche uns gegen den Waffenstillstand stimmen. Darum, meine Herren, glaube ich, ist es nicht an uns, jetzt die Kriegstrompete erschallen zu lassen, jetzt noch an Rüstungen, an Kampf zu denken; es ist an uns, daß wir diese Unterhandlungen benützen, um geschickt und kräftig dann Dasjenige zu erlangen, was die Interessen Schleswig-Holstein's und dann auch die Ehre Deutschlands zu fordern und zu erlangen hat. (Lebhafter Beifall auf der Linken und im Centrum.)

Vicepräsident v. Soiron: Herr Simson wird jetzt die Adressen und Petitionen mittheilen.

Secretär Simson: Meine Herren, ich habe ein Verzeichniß der 67 Adressen, beziehungsweise Petitionen vorzulegen, welche in Bezug auf den mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand eingegangen sind und von denen 66 dem Beschluß der Nationalversammlung vom 5. September adhäriren. Ich habe versucht, diese Adressen nach den Ländern zu ordnen, um Ihnen eine bessere Uebersicht derselben zu gewähren. Sollten dabei geographische Irrthümer vorgekommen sein, — hoffentlich nur bei den kleineren Orten, — so bitte ich im Voraus um Ihre Entschuldigung:

„Von Nassau sind drei Adressen eingereicht. Aus Baden sind fünf vorhanden. Aus Württemberg sind acht überreicht. Aus Bayern liegen zwölf vor. Aus dem Großherzogthum Hessen liegen elf vor.

Aus Kurhessen sind fünf eingesendet. Aus der preußischen Monarchie liegen elf vor. Aus Sachsen ist eine eingereicht worden, und zwar aus Leipzig vom Ausschuß des deutschen Vereins. Aus Braunschweig liegen zwei Adressen vor. Aus Hannover sind drei Eingaben vorhanden. Aus der freien Stadt Frankfurt a. M. liegt eine Adresse vor: von dem Montagskränzchen, dem deutschen Verein, dem Arbeiterverein, dem republikanisch-demokratischen Verein, unterschrieben von den resp. Vorständen, übergeben durch den Abgeordneten Jucho. Aus Oesterreich ist eine Adresse eingereicht, aus Wien von dem Verein der Deutschen in Oesterreich d. d. 29. August 1848. Aus der freien Stadt Bremen sind zwei eingesendet. Aus Schleswig-Holstein sind elf Adressen übergeben. Aus Hessen-Homburg liegt eine Adresse vor. Aus Rhein-Bayern drei.

Giskra: Ein Hauptpunkt, meine Herren, ist die Stellung der Centralgewalt gegenüber einem oder einzelnen Staaten. Die Centralgewalt ist unsere Schöpfung, und wenn auch in diesem Hause Mancher mit der Art, wie die Central-Gewalt zu Stande gekommen ist, nicht einverstanden ist, so ist doch keiner dahier, der sie nicht mit aller Macht gegen die Reaction des Particularismus gehalten wissen wollte. (Viele Stimmen: Sehr gut!) Erinnern Sie sich an den Jubel, der Deutschlands Gauen durchzogen hat in dem Augenblicke, als unsere Schöpfung der Centralgewalt, als die Erwählung des Reichverwesers bekannt wurde, und erkennen Sie

in diesem allgemeinen Jubel, daß man fühlt, sie allein sei der Hort der Zukunft, sie allein die Stütze eines großen Deutschlands gegen das Bestreben der Sonderbündler. Ja sie ist nicht bloß das Bindungsmittel, um die Anarchie von Deutschland fern zu halten, sondern um es groß und stark zu machen! Und zweifelt Jemand im Hause, daß die Centralgewalt angegriffen, tödtlich verwundet worden ist? Ich glaube nicht, ja von allen Seiten ist es zugestanden, daß sie verhöhnt worden ist daß ihr Gesandter beschimpft worden ist durch die Stellung, in welcher Max v. Gagern gehalten wurde, während in Malmö der Waffenstillstand abgeschlossen wurde! Der Angriff liegt vor von Seite des Königs-Herzogs, von Seite Preußens. Wenn Jemand sagte, wir haben Dänemark gedemüthigt, weil der Waffenstillstand vom 18. Mai noch schlechter ist, als der gegenwärtige von Malmö, dann verstehe ich die Logik nicht; denn wenn man mir mit einem scharfen Streich gedroht hat und ich habe nur einen leichteren erhalten, so hat der leichtere doch nicht aufgehört, ein Streich zu sein. Man will entschuldigen, schützt Eile vor, und sagt, diese Waffenstillstands-Bedingungen seien die einzigen, andere seien für jetzt nicht zu erzielen gewesen. Könnte man diese Gefahr im Verzuge nachweisen, könnte man nachweisen, daß Preußen unmöglich bei der Centralgewalt nochmals eine Vorstellung einbringen konnte, daß außer den in Malmö verabredeten Bedingungen keine andern hätten zu Stande kommen können, dann würde die Sache anders zu beurtheilen sein, allein so groß war

die Eile und Gefahr nicht, daß nicht 8 Tage hätte mit dem Abschlusse gewartet werden können, und das wäre hinlänglich Zeit gewesen, um auf diplomatischem Wege zwischen Frankfurt und Berlin auch zweimal zu verkehren. (Bravo.) Aber Preußens Minister wollten eilen, wollten nicht erfüllen, was ihres Amtes gegen Frankfurt war, und schlossen ab. Ich frage nach den Ursachen, warum in so großer Eile der Waffenstillstand abgeschlossen wurde? und alles Nachforschen hat mich auf keinen andern Umstand gebracht, als auf die Thatsache, daß der Abschluß des Waffenstillstandes zwischen das erste und zweite Stadium des Stein-Schulze'schen Antrags in der Berliner Versammlung fällt. (Hört! von der Linken, Bewegung auf der Rechten.) Man will uns zur Genehmigung nöthigen durch die Behauptung, wir haben einen Bruch mit Preußen zu fürchten, wenn wir den Waffenstillstand verwerfen. Das glaube ich nicht, meine Herren! Wer soll ihn in Preußen herbeiführen? Der König? Nein, meine Herren, er hat zu oft seine Sympathien für Deutschlands Einheit bethätigt, er hat jüngst uns offen erklärt, er habe den Gedanken von Deutschlands Einheit von Kindesbeinen an bei sich getragen, und ich glaube, er ist zu hochsinnig, als daß er im Interesse eines Particularstaates diesen Gedanken zu Grabe trägt. (Bravo.) Ist es der Wille des preußischen Volkes, will dieses vielleicht mit dem andern Deutschland brechen, weil die Städte an der Ostsee Schaden leiden? Nein, meine Herren, Preußens Volk im Ganzen wägt nicht so seine Stellung

zu Deutschland. Und wäre es, warum haben Sie, meine Herren, (sich zu den Preußen auf der Rechten wendend) nicht lange schon die Einstellung dieses Krieges im Namen Ihres Stammes hier verlangt? Weil Sie eben gefühlt haben, daß der Krieg geführt werden muß zur Ehre und zur Rechtsbewahrung Deutschlands! Sollten es die Minister wollen? Vielleicht; aber, welcher Minister wagt es heut zu Tage noch, sich zwischen den König und sein Volk zu stellen? sein Untergang, sein Verderben wäre augenblicklich unvermeidlich! Und wer ist außer diesen im Stande in Preußen, den Bruch mit dem andern Deutschland herbeizuführen? — Wir sind in einer chaotischen Verwirrung, sagt Herr Mühlfeld, wir müssen sie beseitigen, und müssen dazu Ruhe haben; wir müssen auch jede unfreundliche Stellung gegen Preußen meiden. Das erkenne ich an, aber in einem solchen Falle, wo mir Jemand nach meinem Werke langt, um es zu stören, schlage ich demjenigen, der mit seinem Stäbchen nach der Phiole schlägt, um den Proceß zu stören, auf die Hand. So schaffe ich mir die nöthige Ruhe, und nicht dadurch, daß ich mir gefallen lasse, was ein Anderer sagt. (Bravo.) Freilich sagt ein Anderer: Preußen und Deutschland sind nicht Eins, sondern nur im Zustande der siamesischen Zwillinge. Ich hoffe, meine Herren, diese Auffassung ist im Kopfe eines einzigen Abgeordneten geblieben, und daß es Niemand beifallen wird, Preußen und Deutschland als durch Mißgeburt zusammengewachsene Zwillinge zu betrachten. (Bravo.) Ich glaube, daß Jeder im Hause die

Vorstellung habe, daß Preußen und Deutschland, keines für sich im Stande ist, ein kräftiges selbstständiges Leben zu entwickeln, sondern daß sie Eines sind und bleiben werden. Ich glaube vielmehr, um bei einem Bilde zu bleiben, Preußen ist ein Glied des deutschen Körpers, ein Arm des deutschen Körpers, und zwar ein starker Arm, (Bravo) ja, im Augenblick der stärkste Arm des deutschen Körpers. (Wiederholter Beifall.) Man sagt Ihnen: auf Oesterreich könne man nicht rechnen, dort seien keine Sympathien für Schleswig-Holstein, und man wird vielleicht hiebei die Truppensendung nach dem Norden anführen, welche von dem Reichsministerium angeordnet, aber in Oesterreich nicht vollzogen wurde. Meine Herren, ich habe früher schon darauf hingewiesen, daß in dem Augenblicke, wo das Licht der neuen Zeit noch nicht über deutsche Einheit und Freiheit als Sonnenlicht gestrahlt, Schleswig-Holstein in allen gebildeten Kreisen Oesterreichs lebhafte Sympathien hervorgerufen hat, und daß in manches Mannes Brust das Gefühl laut pochte, und den Sieg des Volkes gegen den König wünschte, daß mancher Jüngling dort, wie jetzt gern geholfen hätte den Schleswig-Holsteinern gegen ihren übermüthigen Herzog. Die Adresse aus Wien ist zwar nur von 13 Unterschriften gezeichnet, aber diese sind die Unterschriften der Leiter eines Vereins, der 50 Filialvereine in den Provinzen Oesterreichs hat, und Hunderttausende von Mitgliedern zählt, die alle unter der Leitung dieses deutschen Vereines in Wien stehen. Adressen dieser Art werden freilich von Männern

wie der Vorredner und seine Meinungsgenossen sind, nicht hierher kommen. (Bravo.) Ich wies auf die Truppen, die Oesterreich nach Schleswig absenden sollte, und nicht abgesendet hat. Ich habe deßwegen schon eine Interpellationen vorbereitet gehabt, mich aber zuvor privatim im Ministerium erkundigt, und da wurde mir die Auskunft, es sei vom Ministerium die Absendung der Truppen gar nicht verlangt worden, sondern nur die Stellung auf's Piquet, und es wurde umgehend dem Ministerium die Nachricht, den Befehlen werde nachgekommen. Es ist also die Nichtabsendung der Truppen nur die Folge eines Befehles des Reichsministeriums und nicht der Unpopularität des dänischen Krieges. Und wahrlich, wenn es gegen einen äußern Feind gilt, kann man auf Oesterreich wie immer zählen. Wenn auch in Oesterreich ein Theil der Bevölkerung die deutsche Einheit scheel ansieht, zum Theil aus irregeleitetem Nationalinteresse wie die Czechen, aus schmählichem Partikularismus, wie die Schwarzgelben in Oesterreich, seien Sie überzeugt, Oesterreichs Regierung wird seine Bundespflicht nie anders als gehörig erfüllen. Verlangen Sie von Oesterreich das Bundeskontingent und Oesterreich wird es stellen! Einer der frühern Redner hat uns zugerufen: „Wir haben die Centralgewalt zu stärken!" Ja, an uns ist es gelegen, sie zu halten, sie zu stärken; Ihr Stämme von der Weichsel und Oder, von der Weser und Elbe, steht zusammen und stellt Euch um die Centralgewalt und schützt sie, wie es den Kriegern ziemt, denen man die

anvertraute Fahne nehmen und beschimpfen will. Wir sind die heilige Schaar, welche die Centralgewalt schützen muß; auf uns sieht unser Volk, wir müssen sie vertheidigen gegen alle Eingriffe und kämen sie von Außen oder von Innen her. Erinnert Euch, Ihr deutschen Männer, des Momentes nach der Wahl des Reichsverwesers, als sie verkündet wurde, wie Alle hier mit Hand und Mund gelobt für die Centralgewalt zu stehen und sie zu stützen und zu schirmen! Erinnert Euch an diesen großen Moment der deutschen Geschichte, er muß mit ehernen Lettern in Eure Brust eingeschrieben sein, ich kann nicht denken, daß das Gedächtniß so schwach ist, um das jetzt schon vergessen zu haben. (Bravo.) Wie der Reichsverweser mit uns steht, so müssen wir mit ihm stehen, nicht als Person, sondern als Centralgewalt. Ja, meine Herren, ich muß es sagen, daß er erklärt, mit der Versammlung zu stehen und zu fallen; ich muß es sagen jenen Lügnern, welche sich erfrecht haben, um Einschüchterungen auszuführen, zu verbreiten: der Reichsverweser werde abtreten, wenn der Waffenstillstand verworfen wird; ja, um die frechen Lügner zu Schanden zu machen, bemerke ich, er hat es ausgesprochen, mit uns zu siegen und zu fallen. (Stürmisches Bravo.) Wir werden siegen, wir haben die Zeit für uns und Niemand kann es wagen, mit frecher Hand in die Speichen des Rades der Zeit zu greifen, ohne sie zerquetscht zurückzuziehen und blutige Spuren zurückzulassen; wir werden siegen gegen jeden Feind, der uns in dem großen Werke der Einigung

Deutschlands entgegen träte. Und würden wir nicht siegen, so würden wir fallen mit dem Bewußtsein: „Alles verloren, nur die Ehre nicht!" (Stürmisches Bravo.) Du Genius der deutschen Einheit, rufe ich in diesem Momente der That, erwärme die Brust der Männer deines Volkes, daß sie im Augenblicke der Gefahr heilige Begeisterung erfülle, daß sie mit Muth und Kraft zusammenstehen für ihr Vaterland, daß sie Alle zusammenstehen, und keiner durch Furcht und Zaghaftigkeit sich abwendig machen läßt, für die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands zu wachen und zu wirken, — und die Männer Deutschlands werden es thun, sie werden dem Genius der deutschen Einheit einen glanzumstrahlten Tempel der Zukunft bauen; sie werden nimmer zugeben, daß du hinsinkst in das Grab der Vergessenheit und das Urtheil der Geschichte dir auf den Grabstein schreibe: hingesunken in dem entscheidenden Augenblicke durch die Hand der Söhne deines Volkes! (Anhaltender stürmischer Beifall im Centrum und auf der Linken.)

W. Jordan von Berlin: Meine Herren! Zunächst spreche ich dem vorigen Redner meinen aufrichtigsten Dank dafür aus, daß er uns die Versicherung gegeben hat, Oesterreich werde stets seine Bundespflichten auf's getreueste erfüllen und uns mit Truppen zu Gebote stehen. Wir haben dann in Zukunft nicht zu befürchten, daß in derselben Zeit, wo Deutschland mit einer fremden Macht Krieg führt, der Gesandte von Oesterreich bei dieser Macht ruhig fortresidirt und von dieser

Macht Oesterreich als eine befreundete betrachtet wird. (Beifall.) Meine Herren, der Standpunkt, von welchem aus ich den Waffenstillstand beurtheile, unterscheischeidet sich wesentlich von dem derjenigen Herren, die durch ihre begeisterte, ich kann wohl sagen, leidenschaftliche Beredtsamkeit früher das Sistirungsvotum durchgesetzt haben, und heute die Verwerfung des ganzen Waffenstillstandes durchzusetzen suchen. Dieser Unterschied besteht hauptsächlich darin, daß ich es meiner Phantasie auf das allerentschiedenste verbiete, in dieser Sache mitzureden, und mir von ihr nicht das Trugbild vorzaubern lasse, als ob alles das bereits verwirklicht wäre, was noch nirgend wirklich ist als in dem Gebiete unserer patriotischen Hoffnung und Sehnsucht. Ich erblicke die Verhältnisse nicht wie ich sie wünsche, sondern wie sie sind, ich darf hinzufügen, wie sie leider sind. Ich frage mich zunächst: was wollte Dänemark und was wollte Schleswig-Holstein bei dem Beginne des Krieges? Dänemark wollte Schleswig einverleiben, und als es dieß durch den Staatsstreich des offenen Briefes nicht durchsetzen konnte, da versuchte es, seinen Zweck mit Gewalt zu erreichen. Schleswig-Holstein hat sich nun dadurch, daß Dänemark etwas Neues zu erobern trachtete, merkwürdiger und erstaunlicher Weise nicht berechtigt geglaubt, ebenfalls etwas Neues zu wollen. Es blieb dabei, nur seine alten Zustände behalten zu wollen. Mit einer Langmuth, die für ein heißeres Herz unbegreiflich ist, hielt es fest an seiner Loyalität. Es wollte nur die Unzertrennlichkeit und Selbstständigkeit

beider Herzogthümer bewahrt wissen, aber von dem Grundübel, aus dem sein ganzes Leiden hervorging, sich zu befreien, die Personalunion selbst abzuschütteln, ist den Herzogthümern nicht eingefallen. Es beharrte in der Illusion des gesetzlichen Widerstandes und konnte von dieser Illusion auch da noch nicht ablassen, als sein Herzog eine auswärtige Macht, den König von Dänemark, der zufälliger Weise eine und dieselbe Person mit ihm war, in das Land hereinrief gegen seine eigenen Landeskinder, und dadurch zum Verräther und Rebellen wurde. Auch da blieb es noch loyal und ließ sich mit Füßen treten; es wehrte sich zwar ein klein wenig, aber selbst in dem Augenblicke, als der Herzog sein Volk niederkartätschen ließ, ließ man noch nicht ab von dem Gedanken einer, gelinde gesagt, übermenschlichen Treue gegen denselben. Es ist also ein Factum, daß Schleswig-Holstein bei dem Beginne des Krieges durchaus nicht mehr gewollt hat, als die Wiederherstellung des alten Zustandes. Deutschland konnte begreiflicher Weise auch nicht mehr wollen, obgleich wir uns allerdings darüber gewundert haben, daß Schleswig-Holstein in seinen Wünschen nicht weiter ging. Preußen hatte daher vollkommen Recht, in der so berühmt gewordenen Wyldenbruch'schen Note zu erklären, es führe keinesweges Krieg gegen den König-Herzog; es werde vielmehr gerade für die Aufrechterhaltung seiner Rechte auf das Beste zu sorgen wissen, durch Niederhaltung der in einigen Köpfen bereits auftauchenden Idee einer Nordalbingischen Republik. Dieß steht wirklich in der

Note. Herr Vogt hatte vollkommen Recht, als er diese Thatsache anführte. Während des Kampfes ist allerdings ein neuer Gedanke aufgetaucht, der der Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund. Es ist aber klar, meine Herren, daß eine so wichtige Maßregel nicht in einem Waffenstillstand, sondern erst in einem definitiven Frieden festgestellt werden konnte. Von dem Waffenstillstande kann man dieselbe um so weniger verlangen, da die angebliche Thatsache, auf die man sich berufen hat, daß die große Majorität des schleswig'schen Volkes für Deutschland sich erklärt habe, neuerdings durch gewichtige Zeugnisse im höchsten Grade zweifelhaft geworden ist. Jenes ist wesentlich. Was man also beim Beginn des Kampfes erreichen wollte, ist durch den Waffenstillstand in der That erreicht. Die Herzogthümer bleiben geräumt von den Dänen, wie sie durch den Krieg geräumt wurden; von einer Incorporation ist weiter nicht die Rede; alle Trennungsschritte, die von Dänemark ausgegangen sind, sind vollständig zurückgenommen; die Einheit beider Herzogthümer ist sogar positiv anerkannt durch die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Regierung. Die Wahrheit ist nun aber die, daß wir allerdings beim Beginn des Krieges mit unsern Wünschen weit hinausgegangen sind über das, was die Regierungen als Zweck desselben proclamirten. Deutschland fühlte und fühlt jetzt stärker als je, daß die Zeiten der Personalunion überhaupt für immer vorüber sind, und daß in einer Zeit, wo das Nationalgefühl in unüberwindlicher Lebendigkeit und Stärke er-

wacht ist, auch die dynastische Verbindung heterogener, aber auf gleicher Culturstufe stehender Völker durchaus ein Unding ist, und um so mehr ein Unding ist in diesem speciellen Falle, wo man eine große und an Bildung reiche Nation auf das Beleidigendste zu unterdrücken und zu entnationalisiren versucht hat. Man erwartete daher von dem Kriege, daß er auch dieses dynastische Band von den Herzogthümern lösen würde. Das war unser geheimer Gedanke. Dieser ist nicht erfüllt, und dieß, meine Herren, ist jetzt die Hauptquelle des gegenwärtigen Mißvergnügens mit dem Resultate des Krieges. Aber ich frage Sie, meine Herren, wer ist denn eigentlich daran schuld? — Zunächst die Herzogthümer selbst; denn sie haben vom Anbeginn an nicht mehr gewollt, und wollen wir den öffentlichen Stimmen glauben, so wollen sie sogar in diesem Augenblicke noch nicht mehr, obgleich Sie alle auf das Innigste fühlen werden, daß die Personalunion auf die Länge nicht fortbestehen kann, und wir sie unter allen Bedingungen zerreißen müssen. Zweitens ist daran schuld der Verlauf des Krieges, der nicht so ausgefallen ist, wie wir uns im ersten Augenblick gedacht haben. Wir haben erkannt, daß die Aufgabe, die wir unternahmen, in der That eine weit schwierigere ist, als wir uns anfangs vorstellten, und das, meine Herren, zu erfahren im Laufe des Kriegs, ist wahrlich keine Schande; denn sonst müßte man überhaupt keinen Krieg anfangen. Wer einen Krieg beginnt, muß sich auch den Wechselfällen desselben unterwerfen. Die Schuld, daß wir in diesem Kriege

nicht weiter gekommen sind, tragen nicht wir, nicht das jetzige Deutschland, sondern es trägt sie unsere allerdings schmachvolle Vergangenheit. Deutschland hat 33 Jahre des Friedens verlebt, und in diesen 33 Jahren sind 2000 Millionen Thaler, sage 2000 Millionen Thaler ausgegeben für die stehenden Heere. Man hat nicht daran gedacht, daß man mit dem zehnten, ja mit dem zwanzigsten Theile dieser Summe eine ganz imposante Seemacht hätte herstellen können. Ich frage Sie aber, meine Herren, ist es denn ein gerechtes Criterium eines Friedensvertrages, wenn man das Maß der patriotischen Hoffnungen an denselben anlegt, die man beim Beginne des Krieges gehegt hat? Meine Herren, das muß ich durchaus bestreiten. Das einzige richtige Criterium ist folgendes: Wir haben zu vergleichen dasjenige, was durch den Krieg einerseits factisch erreicht, andererseits factisch verloren gegangen ist, mit demjenigen, was vertragsmäßig einerseits uns gesichert, andererseits dem Feinde zugestanden wird. Den will ich sehen, der mir die Richtigkeit dieses Criteriums anficht. Hiernach beurtheilt, tritt der Waffenstillstand sogleich in ein ganz anderes Licht. Man sagt uns zwar: Wir, die Sieger, sollen aus dem Waffenstillstande als Besiegte hervorgehen? Es ist seltsam, wie gern die patriotische Phantasie sich selbst belügt. Ja, meine Herren, wir haben gesiegt; unsere Heere haben Siege erfochten, glänzende Siege; aber ich frage Sie, haben wir den nur gesiegt? Hat nicht Dänemark auch gesiegt, gesiegt ohne Kampf? Hat es uns nicht verhält-

nißmäßig weit mehr Schaden gethan, als wir ihm? Dänemark war auf seinen Inseln vor unsern Angriffen sicher und der Handelsverkehr derselben hatte seine ungestörte Fortdauer. Unterdessen hat es durch seine zwar unbedeutende, aber doch uns gegenüber mehr als hinreichende Marine unsern Handel dermaßen in Fesseln geschlagen, daß er davon beinahe erwürgt wurde, und unsere nördlichen Provinzen sich an den Rand der Verzweiflung gebracht sahen. Wir haben mit Dänemark auf keinem andern Fuße unterhandeln können, als auf dem Fuße der Parität; denn auf beiden Seiten sind Errungenschaften dagewesen, die man mit einander auszuwechseln hatte. — (Widerspruch; Zischen auf der Linken.) Ich weiß sehr gut, daß ich heute weder von dieser, noch von jener Seite auf Zustimmung des Hauses zu rechnen habe; denn obgleich ich mit Ihnen (zur Rechten gewendet) für denselben Zweck streite, so kämpfe ich doch mit den entgegengesetzten Waffen, und ich muß Ihnen sogar sagen, daß ich überzeugt bin, wir wären nicht in die traurige Lage gekommen, wenn Sie uns nicht bei der ersten Verhandlung dieser Sache dahin gebracht hätten, wo wir jetzt stehen; und weil ich in Bezug auf das zu erreichende Ziel Ihnen, meine Herren (zur Linken gewendet), gegenüber trete, so kann ich, obgleich mit Ihnen auf demselben Boden stehend, auch von Ihrer Seite auf keine Zustimmung rechnen. Auf die einzelnen Bedingungen des Waffenstillstandes, meine Herren, brauche ich wohl nicht mehr weitläufig einzugehen, weil dieß schon von so vielen Rednern gründlich geschehen ist.

Nur eine derselben will ich berühren, weil darüber zwar schon Vieles gesagt worden ist, aber doch noch nicht das, was, wie mir dünkt, das einzig Treffende ist. Man klagt über die siebenmonatliche Dauer des Waffenstillstandes. Man hat unser armes Deutschland der Vortheile beraubt, die ihm die winterliche Jahreszeit bot, hat Herr Dahlmann gesagt. Meine Herren, ich erachte mich nicht für competent, den Plan des Herrn Dahlmann vom strategischen Standpunkte aus zu untersuchen, der leider etwas allzu offenbar darauf hinausgeht, die Deutschen auf's Eis zu führen, was ihm zum Theil auch schon gelungen sein mag. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls aber glaube ich die Voraussetzung wagen zu dürfen, daß es auch den Dänen nicht ganz unbekannt sein möchte, daß zuweilen in strengen Wintern das Wasser der Belte zufriert. Deßhalb bin ich der unmaßgeblichen Meinung, die Dänen hätten sich unter den Bedingungen ganz eben so gut einfallen lassen können, dahin lautend: es solle dem General Wrangel freistehen, während des Waffenstillstandes eine Brücke über den Belt zu schlagen. Meine Herren, wollen Sie von einem Feinde verlangen, er solle die Waffen niederlegen und den Krieg so lange aussetzen, bis es Ihnen gefällig sein werde, ihn, sobald er wehrlos geworden, niederzuschlagen? Wollen Sie Dänemark zumuthen, daß es gerade dann die Feindseligkeiten wieder beginnen lasse, wo seine einzige Waffe, die es mit Erfolg gegen uns angewendet hat, seine Schiffe völlig unbrauchbar geworden sind? Das, meine Herren, heißt

doch in der That dem Feinde etwas zu viel zumuthen, und ich muß gestehen, hätten die Dänen im Herbste, wo es auf den Winter zugeht, sich einen kürzern, als einen 7monatlichen Waffenstillstand gefallen lassen, ich würde sie geradezu für die größten Dummköpfe in der Welt haben halten müssen. (Heiterkeit.) Ich will nicht behaupten, meine Herren, daß der Waffenstillstand ein ganz besonders ruhmvoller sei, das fällt mir nicht ein. Allerdings ist es eben nicht ruhmvoll, daß ein so großes Volk, wie das deutsche, nicht im Stande gewesen ist, ein so kleines wie Dänemark zu besiegen. Allein es ist einmal so, und wie gesagt, die Schuld liegt nicht an dem gegenwärtigen Deutschland, denn wir konnten eine Flotte nicht über Nacht aus den Aermeln schütteln. Wenn man freilich von vornherein annimmt, daß unter den verschiedenen Wechselfällen des Krieges durchaus keine andern vorkommen können, als solche, die der eigenen Sache günstig sind; wenn man sich darauf steift, das Ziel, das man sich beim Beginn vorsteckt, vollständig und in seinem ganzen Umfange bis auf's Kleinste zu erreichen; wenn man um einen solchen Erfolg jedesmal mit der Nationalehre va banque spielen will; wenn man in diesem Sinne sagt, man habe gar keine Rücksicht, weder auf das Ausland, noch auf unsre innern Verhältnisse zu nehmen, sondern nur auf die Ehre Deutschlands, dann, meine Herren, freilich, rennt man mit dem Kopfe gegen die Wand und nach dieser Auffassung würde es in ganz Europa keine anderen Nationen mehr geben als ehrlose. (Beifall zur Rechten.)

Weil nun jener Waffenstillstand einerseits durchaus nicht so unvortheilhaft für Deutschland ist, sondern sehr große und erhebliche Nachtheile aufhebt, andererseits aber das, was für Schleswig-Holstein durchaus nicht statthaft ist, an und für sich unmöglich und von selbst aufgehoben ist, deßhalb schlage ich Ihnen vor, den Waffenstillstand, nicht etwa anzunehmen — denn dahin geht mein Vorschlag nicht — wohl aber ihn nicht zu verwerfen. Das ist ein bedeutender Unterschied. Etwas annehmen, und etwas nicht verwerfen, ist zweierlei. Dadurch, daß sie ihn bloß nicht verwerfen, legen Sie sich keine Verpflichtung auf, selbst von Ihrer Seite zu sorgen für die Ausführung desselben. Ich verkenne keineswegs die Wucht der formellen Gründe, die gegen die Annahme des Waffenstillstandes sprechen, und es kommt mir nicht in den Sinn, diese Gründe durch sophistische und juristische Spitzfindigkeiten entkräften zu wollen. Nein, ich gestehe es von vorneherein zu, die preußische Regierung sowohl als unser Ministerium habe beide in nicht zu entschuldigender Weise gefehlt. Die preußische Regierung durfte nicht verlangen, daß ihr die Centralgewalt eine unbedingte Vollmacht zur Ratificirung, und sofortigen Durchführung des Waffenstillstandes ertheile, denn sie war verpflichtet, das Gesetz über die Centralgewalt zu kennen, welches dieses verbot und unmöglich machte. Die preußische Regierung hat das nicht gethan, und ich werde Ihnen deßhalb vorschlagen, eine Mißbilligung auszusprechen gegen das Ministerium Auerswald, welches allerdings jetzt in Berlin ebenfalls vom Schauplatze

getreten ist, jedoch nicht wegen dieser Sache, denn dort stehen, beiläufig bemerkt, die Dinge vollkommen anders. Ich kann Ihnen hiefür ein Factum mittheilen, was mir so eben bekannt geworden ist. (Hört! hört!) Nach einem eben angekommenen Briefe haben sich die Herren Temme und Waldeck, Mitglieder der dortigen Linken, im Auftrage ihrer Partei zum Könige begeben und erklärt, daß die Regierung in dieser Waffenstillstandsfrage auf das beistimmende Urtheil der ganzen Versammlung rechnen könne. (Sensation.) Das, meine Herren, wird wohl auch die gestern hier gethane Aeußerung widerlegen, daß es sich hier um nichts weiter handle, als um die Eitelkeit preußischer Minister. Nein, meine Herren, diese Minister haben unrecht gehabt, aber sie hatten dabei den größten Theil des Volkes hinter sich. (Einige Stimmen auf der Linken: Nicht wahr!) Es hat Niemand das Recht, zu sagen: nicht wahr!

Vicepräsident v. Soiron: Es ist allerdings außer der Ordnung. Ich bitte um Ruhe.

Jordan: Ich bitte, bedenken Sie, meine Herren, daß die Aeußerung: Nicht wahr, die Bezüchtigung einer Unwahrheit, die schwerste Beleidigung ist, die in einem Staate, wo die Uebung in der öffentlichen Debatte am ausgebildetsten ist, zugefügt werden kann. Ich wiederhole, jenes Factum ist mir wirklich mitgetheilt. Ebenso unumwunden wie das Verfahren der preußischen Regierung, finde ich auch das Verfahren des Reichsministeriums zu mißbilligen, und ich muß gestehen, daß ich durch die Rede des Herrn Heckscher nicht anderer

Meinung geworden bin. Ich habe nur eins bedauert, daß sie nicht von der und für die Seite gehalten worden ist, welche den Waffenstillstand verwerfen will. Sie hat auf mich einen sehr betrübenden, ich kann wohl sagen widerstrebenden Eindruck gemacht. Ich habe dabei die Empfindung gehabt, als ob es sich in ihr weit weniger um eine Vertheidigung des Waffenstillstandes, als um die Vertheidigung des Herrn Heckscher handelte, und ich muß gestehen, daß ich mir einen Mann, der in einem Augenblicke, wo es sich darum handelt, ob der erste Anfang der deutschen Einheit wieder auseinander scheitern soll, hauptsächlich daran denkt, seine eigne Persönlichkeit in ein günstiges Licht zu stellen, mindestens nicht zum Muster nehmen kann. (Einige Stimmen: Sehr gut!) Wenn ich mich nun aber frage, ob der Umstand, daß schwer gefehlt worden ist von zwei Seiten, daß im inneren Staatsorganismus Deuschlands Ungesetzmäßigkeiten vorgekommen sind, uns berechtige, für diese Sünden, die doch mehr oder weniger unsere eignen sind, eine auswärtige Macht büßen zu lassen, so kann ich darauf nicht anders antworten, als mit einem ganz entschiedenen Nein! Obgleich ich in dem Bisherigen die Waffenstillstandsfrage von ihrer materiellen wie von ihrer formellen Seite beleuchtet habe, so habe ich doch damit noch keineswegs den innersten Nerv der Frage getroffen, um die sich diese parlamentarische Hauptschlacht, als um ihren eigentlichen Angelpunkt dreht. Der Waffenstillstand, so wichtig er an sich selber ist, ist dennoch in Wahrheit weiter nichts, als ein Anlaß, ein großer mäch-

tiger Anlaß, auf den eine andere noch größere Frage, die schon längst drohend heraufgezogen war, gewartet hat, um sich an ihm entscheidend auszutoben. Es gilt hier in Wahrheit dem Particularismus, und zwar dem Particularismus par excellence, dem preußischen Particularismus. Meine Herren, ich gehöre nicht zu denen, welche mit Gewalt das Auge zuschließen, um das nicht zu sehen, was sie nicht zu sehen wünschen. Ich liebe in der Politik die Illusionen nicht, am Allerwenigsten die sogenannten schönen Illusionen, die hier nur schaden können. Ich bin nicht zufrieden damit, wenn ein Stichwort im allgemeinen Wiederhall durch das Land klingt, wie das von der deutschen Einheit, die man mit naiver Leichtfertigkeit als vorhanden voraussetzt, während noch nicht einmal ihre Mutter geboren ist, die Eintracht. Ich leugne den preußischen Particularismus durchaus nicht, denn er ist einmal da. Ich kann dem nicht beistimmen, wenn man sagt: „das preußische Volk ist durch und durch deutsch.“ In dem Sinne wenigstens ist es wahrlich nicht durch und durch deutsch, daß es sich in der Waffenstillstandsfrage mit der etwaigen Majorität dieses Hauses gegen die preußische Regierung verbinden würde. Meine Herren, worauf fußte jenes Sondergelüste, diese kleinliche Eitelkeit des preußischen Ministeriums, von der wir gehört haben, und die ich weder leugnen noch vertheidigen will? Auf die Stimmung des preußischen Volkes selbst. Und wodurch kam diese Stimmung zuerst zum Vorschein? Durch die vielberedete Huldigungsmaßregel. Ich bin der

Meinung, daß jener Huldigungsbefehl eine der größten Taktlosigkeiten gewesen ist, deren sich das abgetretene Ministerium schuldig gemacht hat, und daß ihm hauptsächlich die schwache zweifelhafte Stellung zuzuschreiben ist, an der die Centralgewalt gegenwärtig leidet. Meine Herren, wenn eine Macht neu geboren wird und eigentlich noch keine Macht ist, sondern es erst werden soll, dann ist es eine sehr kurzsichtige Handlung, wenn diese Macht ihr Wirken statt mit einer That, mit einer Formalität beginnt und den andern schon existirenden wirklichen Mächten sagt: „Jetzt bin ich da, jetzt habt Ihr zuvörderst ein Compliment zu erweisen.“ Meine Herren! Erst müssen die Thaten kommen, dann wird sich der Respekt und die Achtung auch ohne formelle Huldigung von selbst finden. Dieses Gefühl hat sich Allen aufgedrängt, und darum war jene Maßregel ein schwerer Fehler. Ich bin überzeugt, wenn man Preußen gesagt hätte, es solle gleich 50 000 Mann nach Italien, oder sonst wohin schicken, sie wären, ohne sich zu besinnen, gegangen. Aber huldigen, sich einer solchen Respekts-Formalität fügen, bevor der Respect selbst da sein konnte? Das, sagten die Preußen, das thun wir nun und nie! In diesem Sinne hat sich damals das preußische Volk ausgesprochen, und wenn dabei auch viel Verblendung im Spiele war, so kann man es doch nicht so ganz und gar deßhalb verdammen. Diese Stimmung, meine Herren, hat das Ministerium in seiner Kurzsichtigkeit, weil es glaubte, sie werde immer so bleiben, wie sie eben war, benutzt und sich mit seinem

bis zur kleinen Engherzigkeit gesteigerten preußischen Particularismus, um mich eines gewöhnlichen Ausdrucks zu bedienen, auf die Hinterbeine gestellt, und geglaubt, den Waffenstillstand allein besorgen zu können, vielleicht sogar allein besorgen zu müssen. So ist es und ich leugne es nicht. Wenn Sie nun aber, meine Herren, den Waffenstillstand verwerfen, so haben Sie das ganze preußische Volk gegen sich. (Auf der Linken: Oh! Das ganze?) Mit einigen Ausnahmen wohl, das will ich zugeben, aber von den 16 Millionen sind es allermindestens 10, welche dann nicht mit der Nationalversammlung gehen werden. (Auf der Rechten: Beifall. Auf der Linken: Widerspruch.)

Vicepräsident v. Soiron: Ich bitte, nicht zu unterbrechen!

Jordan: Bedenken Sie, daß das Ministerium zu diesem Verfahren durch die Stimmung des Volks, namentlich der Bewohner der Ostseeprovinzen mit Ungestüm hingedrängt wurde. Bedenken Sie namentlich auch einen andern Punkt. Man hat gesagt: „Warum hat das preußische Ministerium nicht erst angefragt, ob es ratificiren dürfe?“ Darauf antworte ich einfach: Auf den 28. war der Verkauf sämmtlicher von Dänemark aufgebrachten Schiffe festgesetzt und am 26. erfolgte die Ratification: es war also in der That Noth zur Eile. (Rechts: Hört! Hört!) Es handelt sich hier also wirklich um etwas mehr, als, wie Herr v. Hermann gesagt hat, um die Eitelkeit des preußischen Ministeriums; es handelte sich um das hocherregte, vielleicht

allzusehr erregte Selbstgefühl des preußischen Volkes. Ein solches preußisches Selbstgefühl, meine Herren, existirt und Sie werden es dem Volke nimmer aus dem Herzen reißen. Ich will es Ihnen sagen, warum es existirt. Wenn Sie Preußen in ganz gleiche Kategorie in Beziehung auf den Particularismus mil den kleineren Staaten stellen, so thun Sie ihm ein großes Unrecht. Es würde dieß an jenen armen Mann erinnern, welcher mit einem Millionär über eine Brücke ging und zu ihm sagte: Du vermagst doch nicht zu thun, was ich jetzt thun will; Du kannst nicht dein ganzes Vermögen ins Wasser werfen! und dabei zog er ein Viergroschenstück aus der Tasche und warf es in den Fluß. (Gelächter.) Das ist die Ungleichheit, meine Herren, zwischen dem preußischen und dem anderweitigen Particularismus. (Bravo auf der Rechten.) In demselben Maße schwer ist es für Preußen, denselben los zu werden. (Unruhe auf der Linken.) Ich werde meiner vorigen Behauptung jetzt widersprechen, aber nur scheinbar. Ich sage, das preußische Volk ist deutsch, aber, meine Herren, es weiß es nicht... (Große Heiterkeit auf der Linken — Auf der Rechten lauter Beifall. Stimmen: Ganz richtig! Sehr gut bemerkt!) aber es weiß es nicht, und das ist eben sein Particularismus. Das erregt Ihre (zur Linken) Heiterkeit; allein ich sagte Ihnen bereits, daß ich offen ausspreche, was ich sehe und weiß; auch sollte ich meinen, die Sache sei sehr ernst. Sie sollten sich bemühen, Preußen das Bewußtsein beizubringen, daß es als ein Glied des großen Ganzen am besten be-

rathen ist. Ich frage, auf welche Weise das am besten geschieht? Ost- und Westpreußen sind erst seit ganz kurzer Zeit zu uns gezogen worden; es hat aber unsere Versammlung hier bis jetzt noch keinen Beschluß gefaßt, der für diese Theile wahrhaft wirksam und vortheilhaft gewesen wäre. Das z. B., was Sie hier in den Grundrechten zusammengestellt haben, ist dort schon seit 33 Jahren zu einem großen Theile verwirklicht. (Auf der Rechten: Sehr gut! Ganz vortrefflich! — Auf der Linken Heiterkeit.) Meine Herren! Diejenigen, welche etwas von den Zuständen in Preußen kennen, die selbst dort gewesen sind, die es gründlich kennen gelernt haben, werden wissen, daß allerdings durch den Polizeistaat Manches unterdrückt wurde, was gesetzlich existirte, und sie werden über die Behauptung, welche ich so eben aufstellte, ganz gewiß nicht lachen. (Auf der Rechten: Sehr richtig! Bravo! — Unruhe. — Der Präsident klingelt.) Nun, meine Herren! Wollen Sie, daß der erste wirksame Beschluß, welcher für Ost- und Westpreußen aus dieser Versammlung hervorgeht, dem Lande ein Opfer auferlegt, welches nichts anderes wäre, als der vollkommene Ruin dieser Länder? Glauben Sie dadurch auf das Volk und Land zu Gunsten der deutschen Einheit zu wirken oder zu Gunsten des Particularismus? Ich muß gestehen, ich würde dieses Recept nicht verschreiben, um die deutsche Einheit durchzusetzen. (Lebhafter Beifall auf der Rechten.) Ich sage, das preußische Volk ist deutsch und weiß es nur nicht. Es ist durch und durch in Sitte, Sprache und Gewohnheit

deutsch, aber es weiß nichts mehr von der deutschen Geschichte, und die großen, erhebenden Abschnitte derselben sind aus seiner Erinnerung verschwunden. Es weiß nichts von dem in die Sage verflochtenen Kaiser Friedrich dem Rothbart und der symbolischen Bedeutung dieser Gestalt für die Aufrechthaltung des deutschen Reiches. Aber gehen Sie einmal hin an einem Winterabende in die kleinste Strohhütte, wo der Großvater beim spärlichen Lichte des Kienspanes den Seinen erzählt von der preußischen Geschichte, da werden Sie sehen, wie den Jungen das Auge leuchtet und das Herz aufgeht, wenn er von dem großen Manne erzählt, der als eine hellleuchtende Gestalt dasteht in jener Periode der tiefsten Erniedrigung und Schmach Deutschlands, von jenem großen Kurfürsten, der zum ersten Male die Augen der ganzen Welt auf Preußen lenkte; wenn er ihnen erzählt von dem alten Fritz, der die Erde erfüllte mit dem Ruhm des preußischen Volkes. Da werden Sie finden, wie innig man dort die Erinnerungen der particularen, aber ohne Gleichen großen Geschichte Preußens festhält. (Lebhafter Beifall auf der Rechten.) Und glauben Sie nicht, daß solche Erinnerungen so auf einmal vergessen werden können. Und ich gestehe es offen ein, wer diesen Particularismus ganz und gar aus seinem Herzen zu reißen vermag, von dem hege ich deßwegen wahrlich nicht eine bessere Meinung! (Im rechten Centrum: Ja, das ist wahr! Bravo! Unruhe auf der Linken und Gallerie. Der Präsident klingelt.) Ich sage, gehen Sie in das Volk und Sie werden dort

ein starkes, gewaltiges Nationalbewußtsein finden. Noch Niemand in Preußen, auch der Geringste nicht, hat es vergessen, daß Preußen, als es noch viel kleiner war, ganz allein einer ganzen Welt in Waffen siegreich gegenüber zu stehen vermochte. Und können Sie sich wundern, daß es sich eine gleiche Kraft noch heute zutraut? Wollen Sie daher dem preußischen Volke jetzt verdenken, wenn es sich noch nicht sogleich darein finden kann, einen Theil dieses Bewußtseins, dieser Selbstständigkeit aufzugeben? Glauben Sie nicht, daß ich diese Gesinnung, wo sie zur Eitelkeit, zum Eigensinn wird, vertheidigen will. Aber ich bitte Sie, haben Sie, wenn es darin zu weit geht, Nachsicht mit einem Volke, welches nicht so schnell zu dem neuen Gedanken der Nichtselbstständigkeit überzugehen vermag. Stoßen Sie nicht ein Volk zurück, welches deutsch ist und deutsch bleiben, welches aber seine Erinnerungen nun und nie aufgeben wird. Es ist aber gestern gesagt worden und ich kann daran nicht ohne innere Entrüstung denken: Preußen solle einmal versuchen, mit Deutschland einen Krieg zu beginnen. Ich weiß wahrlich nicht, was ich davon denken soll. Es war dieß denn doch eine Aeußerung, die wahrlich hier nicht hätte gehört werden sollen. (Beifall auf der Rechten.) Es gibt Keinen in ganz Preußen, der auf einen solchen verrätherischen Gedanken kommen könnte, daß jemals wieder ein Krieg zwischen Preußen und Deutschland möglich sein sollte. Glauben Sie mir, meine Herren, daß derjenige, der den Gedanken eines Krieges zwischen Preußen und Deutschland ausspräche,

würde der Rache des Volkes anheim fallen und an der nächsten Laterne aufgehängt werden. (Bravo auf der rechten Seite.) Preußen wird nichts thun, wenn Sie es zurückstoßen, als mit Schmerz so lange sich zurückziehen und allein stehen, bis Sie es wieder werden haben wollen; — aber Sie können es glauben, daß, wenn irgend ein Feind von Außen es wagen sollte, Deutschland anzutasten, Preußen zuerst das Schwert aus der Scheide reißen wird. (Rauschender Beifall auf der Rechten und in den Centren, Bravo auf der Gallerie.) Das, meine Herren, können Sie (zur Linken sich wendend) durch Ihr Zischen... (heftige Stimmen auf der Linken: Niemand zischt!) Es wird gezischt...

Vicepräsident v. Soiron: Es wird ja nicht gezischt.

Jordan: Ich sage es zu denen, die ich zischen gehört habe. Sie können durch ihr Zischen die Thatsachen doch nicht wegzischen! Ich würde weit lieber sagen: Preußen ist durch und durch deutsch, — aber ich kann es nicht, ich stehe auf objektivem Standpunkte, ich kann mir nicht helfen! Ich rede, wie ich Angesichts der Thatsachen reden muß! Sie werden diesen Particularismus nicht mit Gewalt überwinden, denn dadurch steigern Sie ihn erst recht zu seiner Höhe. Wenn Sie die Einigung Deutschlands ernstlich wollen, dann müssen Sie ihn nicht brechen wollen, Sie müssen ihn bekehren und versöhnen. Ich will nicht weitläufig an die Gefahren eines auswärtigen Krieges erinnern. Zu viel schon ist darüber gesprochen worden. Ich fürchte ihn nicht;

ja, ich weiß nicht, ob nicht vielleicht gerade ein auswärtiger Krieg das beste Mittel sein würde, um uns schnell und gründlich zur Einigung zu bringen. (Mehrere Stimmen im Centrum: Ja wohl!) Das Volk der Deutschen ist von einer großen Idee jetzt erfaßt, von der Idee seiner Einigung — und ein solches, von einem erhabenen Gedanken durchflammtes Volk kann vielleicht hie und da eine Schlacht verlieren, aber es kann von Niemand in der Welt besiegt werden. Wir würden siegen, aber wie würden wir siegen? — auf Kosten der Freiheit durch den Militär-Despotismus, welchem wir dann unfehlbar verfallen. Ich habe gesprochen und von Ihrer Entscheidung hoffe ich's, es wird nicht das letzte Mal gewesen sein. (Große Bewegung; der Präsident klingelt.)

Vogt: Meine Herren! Ich will Sie zuerst auf Einiges aufmerksam machen, was in unseren Verhältnissen zu den auswärtigen Mächten liegt. Die ganzen weitläufigen Actenstücke, die wir erhalten haben, beziehen sich nämlich hauptsächlich auf zwei Punkte: einestheils auf die Verhältnisse zu den auswärtigen Mächten, diese machen den größten Theil aus; anderntheils auf unser Verhältniß zu der preußischen Regierung, welche ich niemals im Verlauf meiner Rede mit dem preußischen Volke zu verwechseln bitte; diese Beziehungen sind im Ganzen nur kurz erwähnt. Es zeigt sich, daß von Anfang an in dem Streite mit Dänemark mehre vermittelnde Mächte aufgetreten sind. Die Unterhandlungen fanden, wie sehr richtig bemerkt worden ist, einestheils

zwischen England und Preußen, und zwar in London, Statt, anderntheils zwischen Preußen und Schweden — auf schwedischen Küstenpunkten; — es waren also diese beiden Mächte, England und Schweden, hauptsächlich, welche von Anfang an eine Rolle in den Unterhandlungen zwischen Preußen und Dänemark spielten. Eine weit geringere und weit spätere Rolle spielt Frankreich, und die allergeringste, dem Anscheine nach, wenn ich mich aber nicht täusche, die allergrößte in der Phantasie: Rußland. Ich muß in der That mich jetzt wundern, daß stets in den preußischen Regierungsdepeschen, in denen der Herren Auerswald und Camphausen namentlich, in erschreckender Weise von der feindseligen Stimmung Rußlands gegen uns, ja selbst von der eventuellen Theilnahme Rußlands an dem Kriege zu Gunsten Dänemarks gesprochen wird, während in den ganzen Actenstücken auch nicht ein einziger Beleg dazu vorhanden ist; denn dasjenige, meine Herren, was die Herren Auerswald und Camphausen sagen, das sind keine Belege, wie ich Ihnen nachher des Weiteren ausführen werde. Sie sehen dann auch in dieser Angelegenheit Schweden in einer höchst zweideutigen Rolle auftreten, und wahrlich, meine Herren, wenn ich die schwedischen Depeschen nachlese, so kann ich nicht umhin, meine allergrößte Verwunderung darüber auszudrücken, daß der frühere Minister des Auswärtigen hier uns sagte, man müsse Schweden als eine befreundete Macht betrachten. Wie! meine Herren, eine Macht soll man als befreundet betrachten, die ohne allen Grund und

Ursache, die ohne irgend einen Tractat oder sonst etwas, und wäre es auch ein Papier aus dem 16. oder 17. Jahrhundert, ihre Truppen nach Fünen führt, unserer Centralgewalt Grobheiten in's Gesicht wirft, und Preußen einen Separatfrieden garantiren will, eine solche Macht betrachtet Herr Heckscher als befreundet, eine Macht, die so handelt, betrachtet Herr Heckscher als eine solche, an die sich Preußen füglich hätte wenden können, um mit derselben Friedensunterhandlungen einzuleiten. Wahrhaftig, meine Herren, das übersteigt meinen Begriff von Freundschaft weit! (Große Heiterkeit und Beifall.) In dieser Stellung Schwedens werden Sie auch einen Grund finden, daß gerade Schweden auf die berüchtigten 7 Monate besteht. Es heißt ausdrücklich in einer Depesche von Herrn Camphausen vom 2. Sept., Schweden habe als **conditio sine qua non** die sieben Monate aufgestellt. Ich hatte bis dahin geglaubt, meine Herren, die letzten Unterhandlungen in Malmö seien bloß zwischen preußischen und dänischen Bevollmächtigten geführt worden, und nun finde ich zu meiner größten Ueberraschung in den Depeschen eine Aeußerung, es seien auch die schwedischen Unterhändler in Malmö gewesen und hätten gerade für die sieben Monate ihr Veto eingelegt; Veto, sage ich, wenn das anders ein Veto ist; aber der Reichsminister des Auswärtigen hat uns neulich eine so curiose Definition von einem constitutionellen Veto gegeben, daß ich das allenfalls auch ein Veto nennen darf. Meine Herren, es ist also dasselbe Schweden, das seine Truppen nach Fünen zur

Unterstützung von Dänemark geführt hat, es ist dasselbe, das die sieben Monate gefordert hat. Herr Jordan hat Ihnen gesagt, er würde es für eine kolossale Dummheit von Dänemark gehalten haben, wenn es die sieben Monate, die ihm Vortheil bringen können — aufgegeben hätte; — allein, wenn das wahr ist, so sehe ich doch wahrlich nicht ein, warum gerade wir Deutschen das Privilegium der Dummheit haben sollen, (Bravo!) und warum wir in alle Ewigkeit der deutsche Michel sein sollen; (Bravo!) denn wahrlich, meine Herren, wenn von zwei gegenüberstehenden streitenden Parteien die eine dumm ist, weil sie etwas nicht annehmen will, so ist die andere gewiß dumm, wenn sie es annimmt. (Heiterkeit und Beifall.) Herr Francke hat uns gesagt, Preußen habe durch die That bewährt, daß ihm die schleswig-holstein'sche Angelegenheit am Herzen liege. Ich muß hier auf einen Punkt eingehen, den ich zwar nicht gerne berühre, allein ich bin dazu genöthiget, und bitte, daß man das, was ich sage, gerade von meinem Standpunkte aus beurtheilen möge. (Gelächter.) Es ist wahr, die preußischen Soldaten sind nach Schleswig-Holstein geschickt worden, und die Garde hat sich geschlagen, so brav, wie sich irgend nur Truppen schlagen können, aber es ist auch wahr, daß die Garde aus Preußen weggeschickt wurde, weil sie dem Volke damals verhaßt war. (Mehrere Stimmen: Nein!) Ich sage damals, ob es noch jetzt der Fall ist, weiß ich nicht. Damals war es übrigens so, und man war froh, einen Ausweg zu finden, um gerade die Garde dorthin zu

schicken, und manchen Todten beim Dannewirke begraben zu lassen, der in den Straßenkämpfen von Berlin gefallen war. Meine Herren, das Element, welches Preußen in Schleswig-Holstein gekräftigt hat, ist eben die Leugnung der Revolution gewesen, und dieselben Männer, welche die Revolution in Berlin leugneten, leugneten sie auch in Schleswig-Holstein, und dieselben leugnen sie jetzt hier in Frankfurt in ihren Depeschen. Vergegenwärtigen wir uns die Rolle, die in der letzten Zeit die preußische Diplomatie spielte. Man hat uns gesagt, und in dem Minoritätsgutachten, sowie in manchen anderen Erläuterungen und Motiven ist es gesagt worden, der Herr v. Moltke sei zurückgetreten, und die dänische Regierung habe gewisse Waffenstillstandsbedingungen für unausführbar erklärt. Ich bitte Sie, meine Herren, wir haben 33 Jahre lang Metternich'sche Diplomatie studirt, so daß uns wahrlich fast toll und thöricht darüber geworden ist, und dennoch können wir ihre Schleichwege immer noch nicht lassen, und lassen uns von derselben Diplomatie in den Berichten des Herrn Camphausen übertölpeln. Herr Camphausen sagt: „die königliche Regierung, d. h. die königlich preußische Regierung, theilt mir mit, daß sie die Gewißheit habe, es sei Herr von Moltke von der Unmöglichkeit der Uebernahme der Präsidentur jetzt überzeugt, und es werde diese Ueberzeugung von dem dänischen Bevollmächtigten getheilt. Moltke hätte die Herzogthümer verlassen und möchte als zurückgetreten anzusehen sein.“ Einen solchen Satz nun, meine Herren,

übersetzt Herr Stedmann in vernehmliches Deutsch, indem er im Minoritäts-Erachten sagt, Herr Moltke wäre zurückgetreten und die dänische Regierung verzichte auf seinen Hintritt. Es ist doch wahrlich ein Unterschied darunter, ob die königlich preußische Regierung sich von der Unmöglichkeit des Herrn Moltke überzeugt hat, oder ob die dänische Regierung davon überzeugt ist, und das was Camphausen als individuelle Meinung äußert, daß derselbe als zurückgetreten zu betrachten sein möchte, kann doch wahrlich nicht als eine Rücktrittserklärung von Seiten der dänischen Regierung angesehen werden. Man hat gesagt, wir seien nicht verbunden, wenn wir den Waffenstillstand genehmigen, denselben auch auszuführen. Wie? in demselben Moment, wo man uns sagt, wir müßten unser, beiläufig gesagt, von uns gar nicht gegebenes Wort dem Feinde halten, in demselben Augenblick sagt man uns, wenn wir zu der Genehmigung unser Wort gäben, brauchten wir dasselbe nicht zu halten! Wahrlich, meine Herren, wenn ich meine Stimme zur Genehmigung des Waffenstillstandes geben würde, dann würde ich mich auch verbunden halten zur Ausführung, und sollte ich die deutschen Truppen marschiren lassen, um für dänische Zwecke die Volksbewegung gegen den Waffenstillstand in Holstein zu unterdrücken. Ich würde dann consequent sein. Aber noch einmal, haben wir denn diesen Vertrag abgeschlossen? Haben wir unser Wort gegeben? nein, das haben wir nicht gethan, sondern die preußische Regierung. Diese mag zusehen, wie sie ihr Wort hält,

das Wort, das sie unserer Centralgewalt schon gebrochen hat. Man hat gesagt, die preußische Regierung werde nicht wortbrüchig werden. Ich will hoffen, daß sie die neuen Consequenzen einer gesunden Politik befolgt. Nachdem sie aber eine Vollmacht angenommen und sie überschritten hat, so möchte ich fragen, was ein solches Verfahren denn anderes ist als Wortbrüchigkeit. Meine Herren, man hat gesucht sich dadurch aus dem Dilemma herauszuziehen, daß man sagte, Preußen solle den Waffenstillstand aufrecht erhalten, während wir ihn verwerfen. Wahrlich, meine Herren, das wäre ein Zugeständniß, das sogar der alte deutsche Bund nicht gemacht haben würde, und wir unmöglich geben könnten. Preußen hat sich in dem Traum einer Großmacht während des langjährigen Friedens gewiegt; ich kann Sie versichern, seine Diplomatie hat immer nur das fünfte Rad am Wagen gespielt, und ist am Schlepptau anderer Mächte gezogen worden. Ich habe das mit meinen eigenen Augen gesehen, und es hat mich tief geschmerzt, es hat mich gegrimmt zu der Zeit, wo ich als ein zerrissener Deutscher, im fremden Lande weilend hören mußte; la Prusse et l'Allemagne wären zwei verschiedene Länder. Es hat mich gegrimmt, daß ein deutscher Staat im Schlepptau von Rußland war. Allein so war es. Preußen träumte den Traum, es sei eine Großmacht, es habe eine Stimme in europäischen Angelegenheiten. Diesen Traum will es fortträumen, allein in unserer Zeit gilt kein Traum, in unserer Zeit gilt nur die Wirklichkeit. (Stürmischer Beifall auf der

Linken und auf der Gallerie.) Meine Herren, wahrlich, wenn Preußen gesagt hätte: wir geben der Centralgewalt Alles hin; wir unterwerfen ihr uns vollständig; da habt Ihr unsere Armeen, unsere Gesandten, nehmt, was Ihr wollt; — gewiß, man hätte Preußen auf dem Präsentirteller entgegengetragen, was man ihm jetzt Fuß für Fuß bestreitet, man hätte es ihm mit Freuden an den Kopf geworfen (Heiterkeit), man hätte ihm gegeben aus vollem Herzen, was man ihm jetzt nur widerstrebend und mit dem Stachel des Ingrimms gibt, wenn man überhaupt Etwas gibt. Meine Herren, das sind die Resultate dieser kleinlichen Krämerpolitik, die sich nicht zu erheben vermag auf die Würde eines einzigen großen Gedankens. Man hat uns gesagt, meine Herren: wie wollt ihr Armeen aus der Erde stampfen und Flotten hervorzaubern aus der See, wo ihr doch keine Macht habt? Meine Herren, diejenigen, die dieß sagen, übersehen die ungeheure Macht der Volkskraft, die allein das Element ist, das uns hieher berufen hat; Sie vergessen das Beispiel von Frankreich. Frankreich war damals von Innen und Außen bedrängt, es war zerspalten von Parteien, es hatte eine Vendée und einen legitimistischen Süden und einen abgefallenen Norden; die feindlichen Armeen griffen alle Grenzen zugleich an. Meine Herren, damals berief man sich auf die Volkskraft, und weil man kein Pulver hatte, so brachte die Wissenschaft das Pulver aus dem Boden hervor, man schuf Armeen und Schiffe, man schlug die Feinde; — aber, meine Herren, das war auch der Convent, der

so Großes konnte, und **nur ein Convent** kann es. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß der Sitzung $3^1/_2$ Uhr.)

Neun und siebenzigste Sitzung in der Paulskirche.

Sonnabend den 16. September 1848.

(Vormittags $9^1/_2$ Uhr.)

Vorsitzender: **Heinrich v. Gagern,** zum Theil Vicepräsident **v. Soiron.**

v. Vincke von Hagen: Es ist, wenn ich nicht irre, schon von einigen der vorigen Redner angedeutet worden, daß Jeder, der, wie ich, für Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes das Wort nimmt, sich in einer entschieden ungünstigen Situation befindet gegenüber den Herren von der anderen Seite, welche für die Verwerfung des Waffenstillstandes sprechen: die Ersteren haben an eine ruhige Erwägung, an das kalte Urtheil des **Verstandes** zu appelliren, und das ist oft nicht bequem; die Anderen können appelliren an das **Gefühl**, und ich kann wohl sagen an die edelsten Gefühle; an das Gefühl der Nationalität, an die Nationalehre, an die Einheit Deutschland's, und was man weiter von Gefühlen hier vorgebracht hat; und ich

könnte noch weiter sagen mit dem Redner vor mir, sie können an die Leidenschaften appelliren. Wir haben gestern gehört, daß man nur mit der Leidenschaft Großes vollbringen kann; ich hätte gedacht, daß man bei der Beurtheilung einer großen Staatsangelegenheit vor den Augen von Europa zuerst sich bemühen müsse, leidenschaftslos zu sein, und die Sache mit Ruhe und Besonnenheit zu erwägen. — Herr Vogt hat uns gestern eines andern belehrt, und in der Ueberzeugung, daß ich nicht zu so Großem berufen bin, wie dieser Minister der Zukunft, will ich mich bemühen, kalt und leidenschaftslos zu Ihnen zu reden. (Zischen auf der Gallerie.) Ich komme zur Sache. Im Allgemeinen ist darin von mehreren Rednern schon vorgearbeitet worden, so daß ich sehr kurz sein kann. — Namentlich hat das geehrte Mitglied aus Berlin, welches unter großem Beifall der Versammlung gesprochen hat, auseinandergesetzt, daß dieser Vertrag weit mehr erreicht hat, nicht bloß, als Deutschland sich vorgesetzt hatte, sondern selbst mehr, als Schleswig-Holstein beim Beginn des Krieges von Deutschland gewollt und verlangt hat. Es ist ausgeführt worden, und liegt auch klar vor, daß namentlich der wesentlichste Zweck, der eigentlich dem definitiven Frieden vorbehalten bleiben sollte, wenigstens vorläufig angebahnt worden ist, — daß nämlich der eigentliche Grund des Krieges, das dänische Patent vom 24. März, welches die Einverleibung Schleswig's in Dänemark aussprach, durch einen Artikel des vorliegenden Vertrages aufgehoben worden ist, und daß

gerade diese Incorporation Schleswig's mit Dänemark factisch dadurch beseitigt ist, daß Schleswig-Holstein seinen uralten verbrieften Landesrechten zufolge eine gemeinschaftliche Verwaltung und Regierung erhalten hat, an denen sogar Seitens Deutschland's oder der Deutschland vertretenden Regierung zwei Mitglieder ernannt worden sind, — und daß endlich den Zwecken, die man im definitiven Frieden erreichen wollte, nämlich die Feststellung der Untheilbarkeit von Schleswig und Holstein, ferner der Angehörigkeit Beider zu Deutschland, und endlich der Feststellung der agnatischen Erbfolge in keiner Weise präjudizirt worden ist. — Ich komme nun auf den Punkt der Regierung von Holstein. Es ist dabei, wie gestern bereits ausgeführt worden, zu bemerken, daß die provisorische Regierung ausdrücklich erklärt hat, daß sie nur im Namen des Herzogs und unter Vorbehalt seiner Rechte handele. Ich sehe demnach nicht ein, wenn ein friedlicher Zustand wirklich hergestellt ist, und wenn man Dänemark irgend welche Einwirkung in Schleswig-Holstein, wenn auch nur momentan, zuerkennt, wie man seitens Schleswig sich darüber beschweren kann, daß die Regierung abtritt, sobald dieser Zeitpunkt eintritt, und die Befugnisse des Herzogs wieder Platz greifen. Uebrigens habe ich auch gehört, daß die Mitglieder der provisorischen Regierung sich längst bereit erklärt haben, das patriotische Opfer zu bringen, und ihre Stellen niederzulegen, und das werden mir die Herren aus Schleswig bestätigen können. (Francke: Ja!) Auch bei diesem Punkte aber ist mehr erreicht worden,

als vor dem Kriege möglich schien. — Es sind zwei Mitglieder, also die Hälfte von Deutschland ernannt worden, und sämmtliche vier Mitglieder sind Solche, gegen deren Gesinnung und Persönlichkeit in Schleswig keine Einwendung erhoben wird, das haben Herr Dahlmann und Herr Heckscher eingestanden. Daß in Bezug auf Graf Moltke ein Versehen, und zwar ein unverantwortliches Versehen begangen ist, will ich zugeben; wenn ich auch diesem Versehen nicht so viel Gewicht beilegen kann, als man in Schleswig-Holstein gethan. Graf Moltke mag eine Person sein, welche er will, so sehe ich doch nicht ein, wie er als einzelnes Mitglied eines Collegiums — denn eine andere Autorität hat er nicht — seinen vier Collegen gegenüber, die in jedem Falle die Stimmenmehrheit haben mußten, eine bedeutende Wirksamkeit in der Angelegenheit hätte üben können. Wenn aber die Gesetze der früheren provisorischen Regierung nicht zuvor formell aufgehoben würden, so würde das Dasselbe sein, als ob die Dänen ihre Ehre mit Füßen hätten treten lassen, und ich glaube nicht, nach der bisherigen Führung des Krieges, daß die Dänen so verächtlich sind, um sich Das gefallen zu lassen. Ich wiederhole es, die provisorische Regierung hat nie im eigenen, sondern nur im Namen ihres Herzogs und unter Vorbehalt seiner Rechte zu regieren erklärt, und es versteht sich daher von diesem Standpunkte wohl von selbst, daß danach dem Herzog nicht zugemuthet werden kann, auf seinen Antheil an der gesetzgebenden Gewalt zu verzichten, und Gesetze, die ohne sein Zuthun gege-

ben worden sind, ohne einen weiteren Act seiner Thätigkeit fortbestehen zu lassen. Es kommt noch hinzu, und ist wohl noch nicht erwähnt, daß einzelne Gesetze darunter sind, die etwas Entehrendes für die Dänen haben; so z. B. über die Abschaffung königlicher Titel und über die Uniformknöpfe. Das sind zwar große Kleinigkeiten; daß aber die dänische Ehre dadurch wesentlich afficirt wird, wird keinem vernünftigen Zweifel unterliegen. Ich komme nun an die formellen Gründe, — wenigstens kann ich sie nur für formell ansehen, — die gegen den Vertrag aufgeführt worden sind. Es ist zunächst der, daß der Abschluß des Waffenstillstandes im Namen des deutschen Bundes erfolgt sei. Man hat den deutschen Bund ein Gespenst genannt, und gemeint, das deutsche Volk werde nicht so viel Gespensterfurcht haben, um an ein solches Gespenst zu glauben. Ich glaube, das deutsche Volk ist zu vernünftig, um an alle Gespenster zu glauben, die in den Ideen mancher Leute auftauchen, und dann hier vorgebracht werden. Der deutsche Bund besteht noch, und ich bitte, mir nachzuweisen, daß der deutsche Bund aufgehört hat. (Gelächter auf der Linken.) Ich bitte Sie, nachher zu lachen, wenn ich meinen Satz vollendet habe. Nennen Sie mir eine Verfügung, nennen Sie mir einen Beschluß der Versammlung, der den deutschen Bund aufgehoben hat. Sie haben den Bundestag, das Collegium, das an der Spitze des deutschen Bundes stand, und ihn nach Außen hin vertrat, aber den Bund haben Sie nicht aufgehoben, und da sei Gott vor, denn was

hätten wir dann sonst noch, was uns verbände? (Eisenmann: Das deutsche Reich verbindet uns!) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, Herr Eisenmann. Ich erinnere Sie an die Worte eines Mannes, der weit gewiegter in staatsrechtlichen Dingen ist, als ich: Jordan's von Marburg, wenn er gestern sagte, daß unter dem Begriffe Bund ebensowohl der Staatenbund, als der Bundesstaat verstanden wird. Es ist bekanntlich noch sehr controvers unter den deutschen Staatsrechtslehrern, ob der deutsche Bund, ich will einmal im Sinne der Herren hier (auf die Linke deutend) sagen: „der frühere Bund" ein Bundesstaat, oder ein Staatenbund war. — Wenn nun also in dem Gesetze über die Centralgewalt implicite von einem Bundesstaat gesprochen, Deutschland ein Bundesstaat genannt wird, so wird kein Mensch sagen, daß dadurch implicite der deutsche Bund aufgehoben sei. Wie gesagt, bis jetzt hat Niemand ermitteln können, und das ist ja gerade das Tragische des deutschen Bundes, daß Niemand hat ermitteln können, ob er ein Staatenbund, oder ein Bundesstaat gewesen ist. (Heiterkeit.) Sie mögen nun aber auch annehmen, daß der Bund aufgehoben war; Sie werden mir doch jedenfalls zugeben müssen, daß dem Auslande von dieser Aufhebung nichts bekannt war, als etwa durch Zeitungen, zu der Zeit, als man den Vertrag von Malmö verhandelte. Man mag nun diesen diplomatischen Formen Werth beilegen, oder nicht, genug sie sind im Völkerrechte hergebracht, und die europäischen Staaten haben ein Recht, darauf zu beste-

hen. Denn jede Nation muß durch einen genügenden Bevollmächtigten der andern Nation erfahren, wie es mit ihr steht; Europa muß von uns annehmen, ob wir ein deutscher Bund, oder Gott weiß, was Anderes sind. So lange dem Auslande von der Aufhebung des Bundes, von der Einsetzung der Centralgewalt nichts notificirt war, kannte man Deutschland nicht anders als unter dem Namen der europäischen Verträge: als deutschen Bund. Das war die Firma, die wir nicht gewechselt hatten, und im Namen keiner andern konnten wir mit dem Auslande verhandeln. Was die siebenmonatliche Dauer des Vertrags betrifft, so hat man namentlich darin einen Grund zu Bedenklichkeiten gefunden, besonders weil man dadurch verhindert wäre, einen Winterfeldzug eröffnen zu können. Wir haben allerdings in der Geschichte einige wenige Beispiele, wo der Belt so zugefroren war, daß eine Armee hinüber konute; die Fälle sind aber außerordentlich selten. Daß der große Belt festgefroren ist, kommt fast nie vor; und daß der kleine Belt so zufriert, daß eine Armee mit dem Train, Geschütz, Munitions- und Bagage-Wagen hinübermarschiren kann, ist äußerst selten, und wenn es ja der Fall ist, so ist es immerhin bedenklich, wenn eine Armee nicht zugleich im Besitze einer Flotte ist; denn der kleine Belt, der bisweilen zufriert, thaut auch dann und wann wieder auf. (Große Heiterkeit.) Es könnte uns da so gehen, wie einst Napoleon auf der Insel Lobau, der nicht wußte, wie er auf das feste Land wieder zurückkehren sollte. Ob Sie die Armee einer solchen

Chance haben aussetzen wollen, muß ich doch bezweifeln. Die siebenmonatliche Dauer ist nach meiner innersten Ueberzeugung weit mehr vortheilhaft, als nachtheilig für Deutschland. Vortheilhaft einmal, weil wir bis dahin hoffentlich die 340,000 Mann, die wir jetzt nur auf dem Papiere haben, dann wirklich haben, und auch Gebrauch davon machen werden können, nicht bloß gegen Dänemark, sondern auch gegen jede andere Macht, welche Neigung hat, mit uns anzubinden; ferner, daß wir dann eine Flotte haben könnten, und dabei berufe ich mich auf die sachverständigen Mitglieder und besonders auf dasjenige verehrte Mitglied der österreichischen Armee, welches in Nord-Amerika die Sache praktisch kennen gelernt hat, daß wir bis dahin im Besitze von zehn Fregatten und zehn Kriegs-Dampfschiffen sein werden.

Möring (vom Platze): Allerdings!

v. Vincke: Ich verdanke diese Mittheilung einer Privat-Conversation. Wir werden mit dieser Seemacht im Stande sein, der dänischen Flotte gegenüber zu treten. Diese Schiffszahl werden wir in sieben Monaten erhalten, wenn wir nur ernstlich wollen. Ferner würden wir auch in unseren inneren Verhältnissen dann hoffentlich endlich so consolidirt sein, daß wir dem Auslande mit ganz anderer Entschiedenheit gegenübertreten können, als wir es nach unserer jetzigen Stellung, Europa gegenüber, vermögen, und dann werden uns wahrscheinlich auch die Allianцen nicht fehlen. Es sollte mich wirklich Wunder nehmen, wenn Europa uns ge-

genüber sieben Monate lang in derselben Ansicht und Einigkeit verharrte. Endlich wollen wir einen ganz wichtigen Umstand nicht außer Acht lassen, daß uns dann auch Oesterreich zur Seite stehen wird. Wenn namentlich die Mehrzahl der österreichischen Abgeordneten neulich für die Sistirung des Waffenstillstandes gestimmt hat, so fand ich das darin begründet, weil sie sich danach sehnten, an dem Kriege, an dem sie bisher nicht Theil genommen haben, sich zu betheiligen. — Ich glaube aber doch, daß Viele von Ihnen der Patriotismus zu weit geführt hat, wenn sie jetzt gegen den Waffenstillstand stimmen, in dem Augenblick, wo sie über ihre Armee nicht werden so verfügen können, als wie sie wohl hoffen. Aber in den sieben Monaten werden Sie nicht bloß die Armee haben, sondern noch weit mehr, auch die österreichische Flotte, und besonders deßwegen begrüßte ich es mit Freuden, daß der Waffenstillstand auf sieben Monate abgeschlossen wurde, weil wir dann den dänischen Krieg mit Oesterreich vereint fortsetzen können. — Es hat ferner ein verehrtes Mitglied, Herr Eisenmann, dem ich gern den Vorzug besonders scharfer Blicke einräume, noch geheime Artikel gefunden. Wenn auch nicht alle Behauptungen, die hier vorkommen, bewiesen werden müssen, — wir haben gestern mehrere sehr bereitwillig zurücknehmen sehen, — aber für so wichtige Fälle, wo es sich um unser Verhältniß zu Europa handelt, wäre es doch wirklich interessant, wenn das Mitglied den Beweis bei sich in der Tasche geführt hätte.

Eisenmann (vom Platze): Ich habe gefragt, ob die daraus . . . .

v. Vincke: Selbst wenn das verehrliche Mitglied nur gefragt hat, so muß ich doch bekennen, daß Europa gegenüber eine solche Frage mit etwas mehr Ueberlegung ausgesprochen zu werden verdient.

Eisenmann (vom Platze): Ich habe Gründe für meine Frage angegeben; widerlegen Sie dieselben, Herr v. Vincke, wenn Sie können.

v. Vincke: Ich kann nicht widerlegen, was ich nicht kenne; beweisen Sie, daß es so ist! Es ist in der ganzen Welt die Regel, daß man nicht beweisen kann, was nicht ist. Ich kann also bei dieser Sachlage nichts weiter sagen, als: „ich sehe keine geheimen Artikel." (Anhaltendes lebhaftes Bravo auf der Rechten, große Heiterkeit in der Versammlung.) Es ist ferner noch ein Umstand angeführt worden, den ich nur flüchtig berühren will, weil er mit den Verhandlungen über Schleswig-Holstein in naher Verbindung steht. Es hat nämlich Herr Venedey und auch Herr Waitz dem früheren Minister des Auswärtigen in Preußen, dem Herrn v. Arnim, großes Lob gesungen. Es scheint mir nun überhaupt nicht angemessen, von Abwesenden zu sprechen (auf der Linken: Oho!), sei es, sie zu loben, oder zu tadeln. (Zustimmung auf der Rechten. Widerspruch von der Linken.) Ich bitte, mich sprechen zu lassen. Wenn das Lob erlaubt ist, so muß auch das Recht zur Widerlegung, oder das des Tadels erlaubt sein; ich für meine Person würde mich aber nie entschließen können,

einen Abwesenden zu tadeln. Was nun in diesem Fall Herrn v. Arnim betrifft, so will ich nur soviel sagen, das ich Anstand nehmen würde, das dem Herrn v. Arnim ertheilte Lob unbedingt zu unterschreiben. In Bezug auf sein Verhältniß zu der vorliegenden Frage muß ich aber doch einen kleinen Umstand erwähnen, der keinen Tadel enthalten, der aber nur beweisen soll, daß Herr v. Arnim diese Angelegenheit doch etwas zu sanguinisch angesehen hat. Auf dem zweiten vereinigten Landtage in Berlin kam unser Verhältniß zu Dänemark zur Sprache. Es wurde, mit Bezug auf Nachrichten, die an Mitglieder des Handelsstandes gelangt waren, damals die Frage an Herrn v. Arnim gestellt, welche Maßregeln getroffen worden, um der Wegnahme der Schiffe Seiten Dänemarks wirksam zu begegnen. Er antwortete, daß davon gar keine Rede sein könne, weil das dem Geiste des 19. Jahrhunderts gar nicht entspreche. (Auf der Rechten lebhaftes Bravo.) — Der frühere Herr Reichsminister Heckscher hat nun Preußen daraus einen Vorwurf machen wollen, daß es die Vollmacht begehrt und angenommen, und von derselben Gebrauch gemacht habe, ohne der Nationalversammlung die Ratification des Vertrags vorzubehalten, obwohl ihm das Gesetz über die Einsetzung der Centralgewalt bekannt war. Ich kann in diese so scharfsinnige juristische Deduction nicht speciell eingehen, ich will dem geehrten Mitgliede den Vorzug des Scharfsinns recht gern zuerkennen; ich erlaube mir nur, von meinem Standpunkt als Laie aus darauf hinzudeuten, daß, soweit ich die

Verhandlung kenne, Preußen diese Vollmacht eben nur deßhalb begehrt hat, um mit Dänemark unbedingt abschließen zu können; es hat sie nicht in dem Sinne unbedingt verlangt, daß nicht die Centralgewalt denselben hätte Bedingungen hinzufügen können; aber wohl in der Weise, um mit Dänemark abschließen zu können, ohne daß es einer weitern Ratification durch die Nationalversammlung bedurfte. Mit Bezug darauf ist ja in dem bezüglichen Schreiben des Reichsministeriums gesagt worden: „Wir ertheilen die gewünschte Vollmacht, und sind uns der schweren Verantwortlichkeit bewußt, die wir dadurch übernehmen." Wenn jetzt das Ministerium der Ansicht ist, daß der Nationalversammlung die Ratification noch vorbehalten bleiben mußte, und ihr der Vertrag zu dem Ende an dem Abschlusse erst noch vorgelegt werden sollte, um Giltigkeit zu erlangen; worin bestand denn dann die große Verantwortlichkeit des Reichs-Ministeriums? Man brauchte ja dann nur den Vertrag ganz einfach abzuschließen, und dann der Versammlung vorzulegen; diese konnte ihn dann verwerfen, oder annehmen! Aber gerade darin, daß das Reichsministerium eine solche Verantwortlichkeit übernahm, liegt doch, meiner Ansicht nach, für Jeden, der lesen kann, die einfache Folgerung, daß der Vertrag von Preußen ohne Vorbehalt abgeschlossen werden konnte. Trat dieser Fall ein, so mußte das Reichsministerium dann förmlich der Versammlung gegenübertreten und eine Indemnitätsbill verlangen. Wenn es aber glaubte, die nachträgliche Gutheißung seiner Handlungen nicht verlangen zu kön-

nen, so konnte es mit seiner Verantwortlichkeit nicht in Widerspruch gerathen. Eine Ratification der Versammlung bei dem Vertrage vorzubehalten, war ganz unzulässig. Ich vermag wenigstens nicht einzusehen, wie man diplomatische Verhandlungen so lange hinziehen kann, daß man erst hier über Aenderungen des Entwurfs discutirt, dann vielleicht gar, wie hierher, so auch nach Kopenhagen den Vertrag der dortigen Versammlung zuschickt, um ihn zur Verhandlung und Beschlußfassung zu bringen. Eine solche Art der Abschließung völkerrechtlicher Verträge ist unmöglich, das liegt auf der flachen Hand. Ich wüßte auch nicht, wo dieß bisher irgend der Fall gewesen wäre. In solchen Fällen muß jedes Ministerium die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, und ich will hoffen, daß wir stets Ministerien erhalten, welche so viel Charakterstärke besitzen, und dann vor die Versammlung hintreten und es aussprechen, daß sie hoffen, eine Indemnitätsbill zu erhalten. Wende ich mich nun zu der anderen Alternative, so frage ich, was die Folgen einer Nichtgenehmigung des Vertrags sind. Als solche sind zunächst genannt ein europäischer Krieg. Herr Vogt, der sich auch zu der Theorie der Gespensterbannung bekennt, hat den Krieg ein Gespenst genannt. Ich würde uns aufrichtig Glück wünschen, wenn wir dem ewigen Frieden bereits so nahe wären, daß der Krieg nur ein Gespenst wäre. Aber Herr Vogt würde mir als Geisterbanner eines europäischen Krieges doch noch nicht genügen. Ich will auch nicht untersuchen, ob die Mächte geneigt seien, aus einem gewissen Fall einen Fall des Krieges oder

Friedens zu machen. Denn soviel man auch von unserem diplomatischen Talente sagen mag, so sind wir, meine ich, doch in dieser Verhandlung nicht immer sehr diplomatisch verfahren, und haben vor Europa schon zu viel von unseren häuslichen Angelegenheiten ausgekramt. Sollten wir einen Krieg mit Europa zu führen haben, so halte ich mich auch überzeugt, daß wir ihn am Ende ruhmvoll bestehen. Indessen habe ich das Vertrauen, daß, da wir nicht bloß die Hoffnung, sondern auch die Leiden des Volkes zu vertreten haben, Sie nicht blind sein werden gegen die Folgen eines Kriegs, und nicht wegen einzelner Bedingungen, die etwas besser sein könnten, Deutschland dem Risico eines Kriegs aussetzen werden. Mag dieser Krieg im Norden oder Süden Deutschlands, oder wo er will, geführt werden, — das wird Niemand bestreiten, daß er große Opfer und Leiden für Deutschland zur Folge haben muß, daß er materielle Drangsale aller Art und großes Blutvergießen herbeiführt. Wenn wir aber doch Krieg führen, dann lassen Sie ihn uns führen zu einer Zeit, wo wir in völliger Bereitschaft sind, und mit Sicherheit dem Ausgange entgegensehen können, d. h. wenn die in der Voraussicht der Möglichkeit, daß ein solcher Krieg uns bevorstehen könnte, unter so großem Widerstreben jener Seite (auf die Linke deutend) beschlossene Vermehrung des Heeres bis auf zwei Prozent der Bevölkerung einmal ausgeführt sein wird. Es wird doch am Geeignetsten sein, den Krieg erst dann zu führen, wenn wir in der günstigsten Verfassung uns befinden, ihn anzunehmen. — Es kommen dabei noch die Besorgnisse in Betracht, welche

ein Krieg etwa unserer politischen Entwickelung bringt. Auf der einen Seite hat man gesagt, der Krieg würde zum Despotismus führen, und auf der anderen Seite, — das waren noch die Worte des Redners vor mir, — er würde uns zum Convente führen. Nun, meine Herren, das ist eine ganz seltsame Alternative; ich glaube am Ende, daß beide Parteien Recht haben. Führen wir den Krieg auf die Weise des ancien régime, dann wird er uns ganz gewiß zum Militärdespotismus führen, wie jetzt einmal unsere politische Lage ist; führen wir ihn mit dem Aufruf von Freischaaren, wie die Herren dort (auf die Linke deutend) ihn führen wollen, und ich gebe zu mit großer Consequenz der Ansichten, so führt er uns ganz entschieden zum Terrorismus und zum Convente. Ob dann die Guillotine des Despotismus angenehmer ist, oder die des Conventes, das lasse ich dahingestellt sein; ich finde die eine so wenig angenehm, wie die andere. (Heiterkeit auf der Rechten.) Ich will nun endlich zum Schlusse noch über einen sehr wichtigen Gegenstand ein paar Worte sprechen, und ich hoffe, wie bisher, ohne Leidenschaft und Aufregung, in Betreff der Stellung Preußens zu Deutschland, und was man speziell die Ehre Preußens genannt hat. Ich will vorausschicken, daß man Preußen mehrfach in diesem Hause auf eine verletzende Weise angegriffen hat. Wir haben das mit Ausnahme eines einzigen Falles, wo auch uns endlich die Geduld ausging, mit Ruhe und Geduld angehört; ja wir haben uns gestern noch das Wort gegeben, Herrn Vogt, der wieder auf dieses Thema sehr lebhaft einging, auf keine Weise zu

unterbrechen. Sie werden mir aber gewiß das Zeugniß nicht versagen, daß es Keinem von uns jemals eingefallen ist, in irgend einer Weise Oesterreich, oder einen Theil der übrigen deutschen Staaten anzugreifen. Ob sich Stoff dazu gefunden hätte, will ich heute nicht weiter untersuchen; wenn Jemand daran gelegen ist, so stehe ich sehr gern zu Diensten. — Es ist hier mit Recht gesagt worden, daß die Ehre Preußens verpfändet ist bei der Ratification des Vertrags. Man hat das verstehen wollen von der Krone Preußen, oder vom preußischen Ministerium; einer solchen Auslegung muß ich aber entschieden widersprechen. — Man hat gesagt, — das war die Ansicht eines Minister-Candidaten, — der Wechsel des Ministeriums werde genügen, Das, was man nicht für möglich gehalten habe, nämlich, daß ein Staat sein Wort bricht, möglich zu machen. Ich glaube, so etwas ist doch nicht bloß in keinem monarchischen, sondern auch nicht in irgend einem republikanischen Staate Europa's bisher Rechtens gewesen. Man hat bisher angenommen, daß Jeder, der Namens eines Staats contrahirt, und die amtliche Befugniß hatte, Namens des Staats zu contrahiren, die Ehre des Staats für die Erfüllung des Vertrags verpfändet. Man kann dem Minister den Kopf vor die Füße legen, aber die Verträge, die der Minister geschlossen hat, sind rechtsverbindlich, bis man auf völkerrechtlichem Wege eine andere Rechtsverbindlichkeit eingegangen ist. Wenn das nicht mehr gelten soll in Europa, so weiß ich nicht, wie irgend Einer der Herren einen Vertrag wird schließen,

wie er ein Ministerium mit Ehren wird bilden können. Einer, der das Recht hat, sich als Vertreter der Nation zu geriren, und die gehörige Vollmacht in Händen hatte, muß Treu und Glauben seines Staats dem Anderen verpfänden. — Man hat nun, um auf die Stellung zu kommen, die Preußen in Folge des Antrages zu Deutschland einnehmen wird, von der deutschen Gesinnung Preußens gesprochen; man hat die deutsche Gesinnung Preußens verdächtigen wollen. Ich glaube, daß von keiner Seite des Hauses die Designation des Erzherzogs zum Reichsverweser mehr Sympathieen, mehr freudige Zustimmung gefunden hat, als gerade von Seiten der Preußen. Ob darin eine Verleugnung der Sonderinteressen Preußens liegt, oder nicht, werden Sie sich selbst beantworten können. Man hat über die Huldigung gesprochen, ich will nicht wiederholen, was Herr Jordan von Berlin darüber bemerkte. Ich will nur fragen, was hat Preußen denn eigentlich gethan? Alle, die unzweifelhaft Bundestruppen in Preußen waren, sowohl die, welche in deutschen Bundesfestungen, als auch die, welche in Schleswig im Felde standen, haben ganz so gehuldigt, wie vorgeschrieben war. Man hat aber darum die Huldigung nicht vollständig vollziehen können, weil man weit mehr Truppen unter den Fahnen hatte, als das Contingent beträgt. Sie mögen den Kopf schütteln, oder nicht, das ist Thatsache, und ich bitte, mich zu widerlegen, wenn Sie anderer Ansicht sind. Und wer hat die deutschen Farben zuerst an seine Fahnen geheftet, wer anders, als Preußen? Wenn

überhaupt die Huldigung hier zur Sprache gebracht wurde, namentlich von Seiten eines Mitgliedes aus Bayern, so habe ich zwar gehört, daß die Huldigung in Bayern allgemein stattgefunden hat, aber keineswegs in der vorgeschriebenen Weise. Man hat dem Reichsverweser von den drei instructionsmäßigen Hochs nur eines gegönnt, und die anderen auf Deutschland und den König von Bayern gerufen. (Zuruf von der Linken: Das erste Hoch galt dem König von Bayern.) So? Also das erste Hoch dem König von Bayern? Das ist ja noch schlimmer. Wollen Sie statt dieser Ceremonieen, denn nur als solche kann ich am Ende eine Huldigung betrachten, und ich glaube, die Herren auf dieser Seite (auf die Linke deutend), lieben sonst die Ceremonieen nicht; wollen Sie aber statt Dessen Handlungen und Thaten, so berufe ich mich eben auf den schleswig'schen Krieg. Welche Motive Preußen dazu gehabt hat, darüber hat Herr Vogt Ihnen einige eigenthümliche Hypothesen vorgetragen, worauf ich näher einzugehen unter meiner Würde halte. (Beifall.) Und da provocire ich auf das Urtheil aller meiner Landsleute. Aber deßhalb sollte Herr Vogt anerkennen müssen, daß es ihn geführt hat mit Entschiedenheit und Tapferkeit, wie es deutschen Männern und deutschen Truppen geziemt. Was es gelitten hat wegen dieses Krieges in den Ostseeprovinzen, das hat ihnen Herr Jordan vielleicht mit zu schwachen Farben angeführt; — und diese Leiden — sie haben sich nicht etwa blos, wie hier gesagt ist, nur auf einzelne Kaufleute, sondern auf den ganzen

Schifferstand, ja auf jeden Taglöhner, und um mich des ominösen Ausdruckes zu bedienen, selbst auf jeden Proletarier erstreckt. Herr Jordan hat uns von Preußen gesagt: „Das Volk ist deutsch, und weiß es nur nicht;" ich sage aber: „Das Volk ist deutsch, und weiß es auch." Es ist deutsch, und hat stets deutsche Gesinnungen bewiesen, nicht nur im vorigen Jahrhunderte, im Jahre 1778, als es die Herren, welche hier gegen Preußen declamirten, als es das Haus Bayern gegen die Eroberung gegen den Ländertausch mit Oesterreich bewahrte; nein, noch blutiger hat es sich bewährt im Jahre 1813. Sie werden es mir glauben, oder wenn Sie es mir nicht glauben, so sitzt hier ein Mann mit grauen Haaren, der als Schlachtensänger uns damals begeisterte; unsere Väter haben damals nicht blos für Preußen, sondern auch für die Ehre, für die Größe Deutschlands im Felde gestanden, und zwar zu einer Zeit, wo nicht ganz Deutschland für Deutschland im Felde stand. (Bravo!) — Man hat hier mit Recht gesagt, daß wir Preußen sehr-Vieles, was wir für Deutschland in den Grundrechten erst erlangen wollen, bereits besitzen. Herr Vogt hat gesagt, wir hätten ja keine Preßfreiheit, kein Associationsrecht. Das gebe ich zu, daß wir nicht alle sogenannten constitutionellen Garantieen bisher besaßen. Ich will die Sache einmal scharf scheiden: Die Rechte für den denkenden und handelnden, für den gebildeten Theil des Volkes, der doch auch in den Volksversammlungen dominirt; diese Rechte haben wir bisher noch nicht gehabt, weil wir

keine constitutionelle Monarchie hatten; aber die Rechte für den ärmeren, für den leidenden Theil des Volkes, die haben wir im ausgedehntesten Maaße, nicht blos seit dreißig Jahren, sondern seit 1808, in Folge der Stein'schen Gesetzgebung besessen: Die Entfesselung des Bodens, die Niederlassungs-, die Gewerbefreiheit, die freie Gemeindeverfassung der Städte. So haben wir längstens mehr besessen, als Sie uns durch Ihre Grundrechte geben wollen. (Beifall.) — Man ist dann von den inneren Zuständen Preußens auf die äußern übergegangen. Man hat von der russischen Politik Preußens gesprochen; so Herr Vogt. Es hat zwar eine Zeit gegeben, wo eine solche bestand, aber Sie werden mir zugeben, daß seit der Thronbesteigung des jetzigen Königs von keiner russischen Politik, sondern viel eher von einer Entzweiung mit Rußland die Rede sein kann. Wenn man eine Hinneigung zu einer auswärtigen Politik uns vorwerfen kann, so ist es nicht die russische, sondern die österreichische gewesen, und gerade deßwegen, weil man so deutsch sein wollte, als möglich, weil eben der König sich nicht an die Spitze Deutschlands stellen wollte, weil er glaubte, daß er dem Hause Habsburg den Vortritt gestatten müsse, gerade Dem haben wir Vieles von den Zuständen zu verdanken, die uns jetzt nicht blos beglücken, sondern in vieler Hinsicht auch drücken. Was dann die oft wiederholte Bemerkung betrifft, die auch Herr Vogt in der neulichen Debatte gegen mich vorgebracht hat, wir hätten zwar zum Provisorium für Oesterreich die Zustimmung gegeben, wir

wollten aber das Definitivum für uns; nun, darauf muß ich erwiedern: Was mich betrifft, — denn ich habe von Niemand dabei einen Auftrag, — was aber meine Gesinnung betrifft, — und ich kann vielleicht für mein bescheidenes Votum einigen Antheil in der Verhandlung über das Provisorium in Anspruch nehmen, — ich werde gern das Definitivum dem Hause Oesterreich einräumen, wenn es nur erst deutsch geworden ist, wenn es seine außerdeutschen Bestandtheile, Galizien, Kroatien ꝛc. mit Deutschland vereinigen kann, oder sich seiner außerdeutschen Bestandtheile entäußert. (Anhaltendes Bravo.) Geben Sie uns diese Bedingung für Oesterreich, dann können wir auch stimmen für Oesterreich. So lange aber dieses nicht ist, so schaffen Sie uns ein besseres Definitivum, und unsere Stimmen werden Ihnen nicht fehlen. (Bravo!) Man hat gesagt: Was ist Preußen ohne Deutschland, was ist ein Arm ohne Körper? so hat Herr Giskra gesagt. Ich drehe die Sache um: Was ist Deutschland ohne Preußen, was ist ein Körper, wenn Sie den rechten Arm abgenommen haben? Herr Vogt hat Preußen hier Wortbrüchigkeit vorgeworfen. Es ist von vielen Seiten bemerkt worden, daß es keinen größeren Vorwurf gibt in der Welt, als wenn man einem Manne sagt, daß er nicht wahr ist, daß er sein Wort nicht hält. Daß wir der Centralgewalt gegenüber nicht wortbrüchig geworden sind, davon werden Sie sich, denke ich, nun wohl überzeugt haben; daß wir aber auch den Dänen gegenüber Wort halten werden, darauf können Sie sich verlassen. Nicht zehn Millionen,

ich werde nur einen kleinen Theil im Süden ausnehmen, mindestens vierzehn Millionen Preußen werden sich dafür erheben. Wollen Sie uns die rothe Republik bringen, so kommen Sie, Herr Schoder, an der Spitze Ihrer Freischaaren, ich glaube, wir werden es mit Ihnen aufnehmen. (Bravo von der Rechten.) Ich hätte geglaubt, daß es einer Versammlung, die aus besonnenen Männern besteht, und über Begründung eines rechtlichen Zustandes beräth, nicht würdig wäre, wenn uns von einer Seite gesagt wird: Wenn ihr nicht thut, was wir wollen, so bringen wir euch die Revolution. Ich glaubte, wir hätten auf dem gesetzlichen Wege zu beschließen. Wenn Sie die Gewalt an die Stelle unserer Berathung setzen, so glaube ich, wird Niemand bei uns Bedenken tragen — wir werden Ihnen den Krieg nicht bringen; wenn Sie ihn aber uns bringen, dann werden sich noch Männer finden, die Haus und Herd vertheidigen. Nun denn, so schließe ich, der Waffenstillstand, wenn er auch nicht allen Erwartungen entsprochen hat, welche wir vielleicht gehegt haben, enthält doch Alles, was wir nach der jeweiligen Lage der europäischen Verhältnisse von Dänemark haben erlangen können. Nehmen Sie ihn an: Auf der einen Seite liegt die Achtung Europa's und die Einigung Deutschland's, auf der andern Seite die Mißachtung Europa's und die Spaltung in Deutschland! Die Würfel liegen — wählen Sie! Werfen Sie! (Lebhafter Beifall von der Rechten und dem rechten Centrum.)

Merk von Hamburg: Ich halte es für meine Pflicht,

über die materiellen Interessen, welche auf eine so unermeßliche Weise durch den Krieg mit Dänemark verletzt worden sind, Ihnen Näheres auseinanderzusetzen, darüber einige factische Mittheilungen zu machen, und die Beherzigung derselben ans Herz zu legen. In Wahrheit darf ich es sagen, daß die größten Handelskrisen aller Zeiten nicht einen so nachtheiligen Einfluß auf den Handelsstand, sowie auf den Fabrik-, Industrie- und Gewerbestand Deutschlands hatten, als dieser an sich unbedeutend erscheinende, mit leichtem Sinn begonnene, in einem kleinen Winkel fortgeführte Krieg mit Dänemark. Alle unsere Häfen waren blockirt, unsere Schiffe hinweggenommen; alle Absatzmittel und Hülfsquellen erschöpft. Die von den Colonieen heimkehrenden reichen Schiffsladungen liefen in England ein, woselbst sie nach den dort bestehenden Gesetzen nicht verwerthet werden konnten, während die Kaufleute die dagegen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen gezwungen waren, mit Schwierigkeiten aller Art für ihre Ehre, ihre Existenz zu kämpfen hatten. Blicken Sie hin nach der Ostsee, meine Herren, hören Sie den Jammerruf unserer Brüder; angewiesen auf den Export der dortigen Naturerzeugnisse; durch ihre natürliche und klimatische Lage darauf angewiesen, denselben in den wenigen Monaten der guten Jahreszeit zu beschaffen, stockt aller Verkehr, gehen alle Hülfsmittel zu Grunde; der Kaufmann verarmt schuldloser Weise; der fleißige Hafenarbeiter sinkt zum jammervollen Proletarier hinab, ganze Städte verarmen. Die sonst wohlhabende Stadt Swine-

münde hat wenige tausend Thaler zur Unterstützung ihrer Armen nicht aufbringen können, und jene an die Unterstützung der Staatskasse weisen müssen. Die Nord- und Ostseestädte stehen in regem, wechselseitigem Verkehre, und wenn die Ersteren leiden, bleiben für die Letzteren die Rückschläge nicht aus. In Bremen und Hamburg liegt jeder Verkehr darnieder, und wir haben bereits ein, was wir früher nicht gekannt haben, bedauernswerthes Proletariat entstehen sehen; man hat, um die Kriegssteuern aufzutreiben, bereits zu außerordentlichen Auflagen, zu Zwangsanleihen schreiten müssen; bei den von den Dänen weggenommenen Schiffen sind namentlich Hamburg und Bremen noch mehr, als die Ostseestädte betheiligt, da viele der jenen Gegenden angehörigen Schiffe in Hamburg und Bremen versichert waren; — allerdings treffen die Verluste unmittelbar die Assecuranz-Compagnien, deren Actien jedoch in den Händen vieler Privaten, Wittwen und Waisen sich befinden, und die dadurch zu Grunde gerichtet werden. Ganze Geschäftsbranchen haben sich bereits nach England geflüchtet, und sie werden, wenn der Krieg auf's Neue aufgenommen wird, für Deutschland unwiederbringlich verloren sein. Lübeck, die hannoveranischen und mecklenburgischen Häfen finden sich ganz in derselben Lage, wie Hamburg und Bremen; auch die dortigen Schiffe haben die Dänen aufgebracht, und noch vor Kurzem wurde ein hannoveranisches Schiff, „Grönland," welches reich beladen vom Wallfischfang, in einem Werth von 30,000 Thalern heimkehrte, von den Dänen aufge-

bracht und nach Kopenhagen geführt. Wenn Sie jetzt, wo nach dem abgeschlossenen und bekannt gewordenen Waffenstillstand der Geschäftsverkehr sich zu regen beginnt, und der Gewerbsfleiß auf's Neue sich rührt, die Fortsetzung des Krieges beschließen, so jagen Sie alle die Unternehmungen, die in der Hoffnung auf den Frieden begonnen wurden, in den Rachen des Feindes, Sie machen ihn reich, und uns arm, Sie schaffen ihm den Nerv zur Fortsetzung des Krieges; während Sie die Küstenbewohner plündern, während Sie noch nicht einmal den Muth gehabt haben, das Princip der vollkommenen Entschädigung für die Küstenstädte, für die Schäden, die sie durch den Krieg erlitten haben, auszusprechen! So ungerecht, meine Herren, werden Sie nicht sein, Sie werden einsehen, daß *wir* nicht *allein* für die Ehre Deutschland's bluten können; die Ehre der hohen Versammlung liegt darin, daß sie alle diese Verhältnisse bei ihrem Beschlusse berücksichtigt, und bei ihrem entscheidenden Votum der ernstesten Erwägung unterzieht. Meine Herren! Wenn der Export-Handel von Bremen und Lübeck leidet, so leidet auch das Fabrikinteresse in dem Inneren von Deutschland; — ich kann Ihnen das durch Zahlen beweisen: Hamburg und Bremen haben in diesem Jahr ein Drittel des Belaufes der Manufacturwaaren ausgeführt, die sie in gewöhnlichen Jahren auszuführen pflegen; ich schätze dieß auf 10 bis 15 Millionen Thaler, wovon 5 bis 7 Millionen Thaler Arbeitslohn für die deutschen Arbeiter verdient worden wären, und, meine Herren, der Winter naht heran! Diejeni-

gen, die in Oberschlesien wohnen, wissen, was das Wort Winter für eine Bedeutung hat, wenn Typhus und Hungersnoth die Leute zu Tausenden vernichten! Meine Herren! Wenn Sie die Fortsetzung des Kriegs in der Voraussetzung beschließen, daß Sie Ihre Heere über den Belt marschiren lassen können, so müssen Sie auch für das Waffenglück unserer Truppen einen strengen, einen russischen Winter vom Himmel erflehen, und ich bin fest überzeugt, daß in dieser hohen Versammlung kein Herz ist, das die Leiden und Drangsale eines langen und strengen Winters für unseren Arbeiterstand, für unser vom Geschick hart geprüftes Vaterland herbeiwünscht. (Beifall auf der Rechten.) Ich komme jetzt zum Schluß. Es hat ein geehrter Redner auf dieser Stelle hingewiesen, wir sollten uns zum Krieg mit Dänemark dadurch rüsten, daß wir rasch eine Flotte schaffen und Kaperbriefe ausgeben. Meine Herren! Lassen Sie den Waffenstillstand abschließen, und wir haben sieben Monate vor uns; in sieben Monaten kann die rüstige Thatkraft deutscher Männer viel schaffen, und nach sieben Monaten werden uns auch die von dieser Stelle versprochenen 500,000 österreichische Soldaten willkommen sein, um den Krieg fortzusetzen, und bis dahin wird die österreichische Regierung sich wohl noch besonnen haben, und die von hier decretirte Aufhebung des Gold- und Silber-Ausfuhrverbots endlich auszuführen. Ich muß aber mit Entrüstung die Idee der Ausgabe von Kaperbriefen abweisen. Meine Herren! Bereits im vorigen Jahrhundert haben drei europäische Staaten, Rußland,

Schweden und Preußen, letzteres glaube ich in den Jahren 1785 und 1786, Tractate abgeschlossen, in welche Artikel aufgenommen sind, nach welchen die Ausgabe von Kaperbriefen, im Fall des Ausbruchs eines Kriegs unterbleiben soll. Ich schließe mich dieser Ansicht an, ich hoffe, daß Deutschland sich niemals beflecken wird mit der Ausgabe von Kaperbriefen, denn Kaperbriefe sind nichts als privilegirte Freibeuterei (Beifall auf der Rechten); ich erkenne es an, daß Dänemark unterlassen hat, sich dieses schmählichen Mittels zu bedienen, das nur gewissenlose Regierungen zu benutzen pflegen. (Beifall auf der Rechten.) Meine Herren! Zum Schlusse fordere ich alle Diejenigen auf, welche die Ehre Deutschland's stets zu ihrer Parole, und die Furchtlosigkeit vor einem europäischen Kriege zum Feldgeschrei erhoben haben, da sie doch im Allgemeinen so großen Werth auf Zeitungsberichte und Zeitungsnachrichten legen, die englischen und französischen Blätter, die seit dem 5. September erschienen sind, durchzustudieren; ich glaube, sie werden die feste Ueberzeugung schöpfen, daß ein europäischer Krieg von dieser Stelle weder durch prunkende Gelehrsamkeit, noch durch glänzende Redensarten sich beseitigen läßt. (Anhaltender Beifall auf der Rechten und dem rechten Centrum.)

Degenkolb von Eilenburg: Ich begreife nicht, meine Herren, wie Sie zum Frieden kommen wollen, wenn Sie nicht vorher den Waffenstillstand haben. Ein geehrter Vorredner gibt sich als Freund der Gewerbe kund. Wenn er das wirklich ist, dann, meine Herren,

muß er auch den Waffenstillstand dankbar hinnehmen; denn ich wiederhole, woher sonst soll uns ein Frieden kommen, wenn nicht ein Waffenstillstand vorhergeht? Er sagt Ihnen zwar: Der Waffenstillstand hilft uns nichts, denn die Bodenproducte, die wir ausführen wollen, können unter sechs Monaten nicht unter die Schiffe kommen. Ich widerspreche Dem; denn es lagern schon sehr viele Schiffe befrachtet da, die nur auf die Gewißheit warten, daß sie auslaufen können. Es gibt Bodenproducte genug, die sofort wieder andere Schiffe befrachten können, und es ist wohl noch sechs Wochen Zeit, um aus unseren Seehäfen die Producte des Bodens und der Fabrication fortzuschicken. Auch handelt es sich nicht bloß um Bodenproducte, denn wenn vorher Herr Merk gesagt hat, daß Bremen und Hamburg 16 Millionen weniger ausgeführt haben, als andere Jahre, so sind das großentheils nur Fabrikate, und dabei scheint mir Herr Merk zu wenig angenommen zu haben; es ist ein bedeutender Ausfall, denn er beträgt wohl 20 Millionen, und es kommt hiebei auch der Arbeitsverdienst, der gegen 8 bis 10 Millionen beträgt, in Betracht, welche nicht bloß Preußen, sondern ganz Deutschland fehlen. Ich bin also für diesen Waffenstillstand, oder vielmehr ich kann nicht gegen ihn sprechen. Ich kenne nur zwei Fälle, wo ich es thun würde, wo ich glaubte, es verantworten zu können: Wenn die Ehre Deutschland's wirklich verletzt worden wäre, oder Preußen aus Mißachtung der Centralgewalt so gehandelt hätte, wie es gehandelt hat. Beides muß ich verneinen;

ich brauche dieß aber nicht weiter auszuführen, denn von Vorrednern scheint dieß schon bis zur Evidenz bewiesen zu sein, daß es nicht der Fall ist. Es handelt sich also nicht um die Ehre, sondern nur um ein Mehr oder Minder von Vortheilen. (Stimmen auf der Linken: Oh! oh!) Preußen hat nur der Nothwendigkeit nachgegeben, nicht nur der Interessen seiner Hafenstädte wegen, sondern auch der Interessen wegen, die tief hinein in ganzen Provinzen verletzt sind. Das scheint mir das einzige Motiv zu sein, warum Preußen einen, allerdings muß ich sagen, übereilten Waffenstillstand abgeschlossen hat. Daß es nicht die Centralgewalt hat verletzen wollen, beweist mir die Instruction vom 27. Juli. Wer diese ohne Partei-Leidenschaft liest, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß Preußen mit aller Loyalität die Centralgewalt als die erste Macht Deutschland's anerkannt hat; es hat sich die Vollmacht von der Centralgewalt erbeten, um den Waffenstillstand abschließen zu können. Ueber die Bedingungen selbst könnte ich nur Wiederholungen vorbringen. Ich beschränke mich nur darauf hinzuweisen, daß es der Centralgewalt obliegt, einen ehrenvollen Frieden innerhalb 7 Monate zu vermitteln. Das kann geschehen. Uns aber liegt ob, diese gegebene Zeit von 7 Monaten dazu zu benutzen, die Einheit Deutschland's zu erreichen, von der wir, meiner Ansicht nach, heute weiter entfernt sind, als am 18. Mai, wo wir uns zum ersten Male versammelten. Mit Preußen können Sie abrechnen, Sie haben das Recht dazu; aber was werden Sie dabei gewinnen? Ehre nicht!

Die Einheit Deutschland's aber können Sie auf lange Zeit unmöglich machen. Sie können den Waffenstillstand verwerfen, die Centralgewalt hat das Recht dazu; Preußen aber ist mit seiner Ehre darauf verpflichtet, den Waffenstillstand zur Vollziehung zu bringen; und Preußen's Ehre scheint mir doch identisch mit Deutschland's Ehre zu sein, wenn Sie überhaupt eine Einheit Deutschland's annehmen. Den Mann nenne ich ehrlos, der einen Vertrag brechen kann; für Regierungen habe ich dafür keinen milderen Ausdruck. Herr v. Herrmann hat zwar gesagt, es sei bloß eine Ministerangelegenheit. Nun, meine Herren, ich will nicht fürchten, daß jemals die Centralgewalt einen Minister hat, der jemals einen Vertrag, welcher rechtlich geschlossen ist, widerrechtlich zurückweisen könnte durch eine Ministerkrisis. (Bravo auf der Rechten.) Das Verwerfen ist nicht allein die Vernichtung der deutschen Einheit, sondern auch die Herausforderung eines europäischen Krieges. England hat im Art. X die Garantie übernommen; England ist berechtigt, auf Vollziehung zu dringen. Ich will von diesem Platze aus keine feindliche Sprache gegen England führen, aber ich begreife wenigstens, daß es England's Aufgabe nicht sein kann, unsere Handelsflotte und Einheit zu befördern, und ich kann mich ganz und gar nicht wundern, wenn England sich tröstet, wenn wir selbst die eignen zerstörenden Hände an unsere Flotte und Einheit legen. Von den materiellen Interessen will ich nicht sprechen; ich weiß es, daß diese schweigen müssen, wenn höhere Interessen auf dem Spiele stehen;

wenn aber höhere Interessen nicht dadurch verletzt werden, dann, meine Herren, stehen die materiellen Interessen in erster Linie, und eine Nation läßt ihren Wohlstand nicht ungestraft vernichten. Wird es erst soweit gekommen sein, dann ist auch die Zeit da, wo die Täuschungen verschwunden sein werden, und man wird Rechenschaft von Denjenigen fordern,. die mit Leidenschaftlichkeit, statt den Frieden zu erhalten, den Wohlstand zu verbreiten, vielleicht Hunderttausende an den Bettelstab gebracht haben. Herr Vogt hat gestern mit dem Convente geschlossen; er hat Recht, sein und seiner Freunde Weg führt zum Convent, und immer, immer weiter bis zum Militärdespotismus; um diesen Preis, meine Herren, will ich keine Einheit.

Blum von Leipzig: Man hat uns im Laufe der jetzigen Verhandlungen vielfach zur Ruhe und zur Besonnenheit gemahnt, und allerdings ist dieselbe nothwendig bei einer Verhandlung dieser Art; allein ausschließen kann dieselbe doch wohl nicht jene lebendige Empfindung für Das, was wir verhandeln, und die man gestern richtig mit Leidenschaft bezeichnet hat. Denn soweit die Geschichte reicht, hat die Leidenschaft stets die Ereignisse geboren, die Ruhe und Besonnenheit hat sie erzogen; wir sind aber wirklich in dem Falle, die auf dem Papier stehende deutsche Einheit zur Wirklichkeit zu machen, sie in das Leben zu rufen; und dazu gehört Leidenschaft, dazu gehört eine lebendige Empfindung. So selten es der Fall sein mag, so vollkommen bin ich mit Herrn Jordan einverstanden, daß die Hal-

tung unseres Reichsministeriums keinesfalls in dieser Frage von der Art gewesen ist, daß ich in die Lobsprüche einstimmen könnte, die man ihm ertheilt hat. Ich will nicht von der heitern Laune des Herrn v. Schmerling reden; sie hat mich erfreut, denn nach den Erfahrungen, die wir an einem der letzten Tage seiner Bundespräsidentschaft gemacht haben, scheint das sein Schwanengesang zu sein. Ich meine nicht den der Person als Minister, sondern den des alten Bundessystemes, welches mit ihm an der Herrschaft gewesen ist. Inwiefern des Reichsministers des Auswärtigen, Herrn Heckscher's Vertheidigung, die hier mit Anrufung aller Zeugen und aller processualischen Formen stattgefunden hat, geeignet war, der Sache, die er vertrat, Anhänger zu verschaffen, wird der Erfolg zeigen. Ich muß mit einem Redner vor mir einstimmen, daß ich lieber die Sache, als die Person des Reichsministers vertreten gesehen hätte. Es ist gestern darauf hingewiesen worden, daß diese (linke) Seite des Hauses die Centralgewalt nicht in der Weise gewollt habe, wie sie geschaffen worden ist, und das ist richtig; allein man ist auch so gerecht gewesen, zu sagen, daß man, wenn es sich darum handle, die Centralgewalt stark und zur Wirklichkeit zu machen, zu uns vertraue, wir werden die Hand dazu bieten, und ich versichere, wir werden es. (Bravo in der Versammlung.) Wir werden alle Ministerien, die halb und zweideutig und feig sind, und nicht wissen, was sie sollen und wollen, mit allen Kräften, die uns zu Gebot stehen, bekämpfen, bis zu dem Augenblick, wo wir ein starkes

haben, einerlei, ob von dieser oder jener Seite (Bravo!), und deßhalb greifen wir das Ministerium an, das noch in einem halben Leben vor uns tritt. Deßhalb weisen wir für seine traurige Haltung auf die Art und Weise hin, wie die Limburger Frage verhandelt worden ist, wie man officielle Actenstücke durch halbofficielle Briefe verleugnet und zu nichte macht, wie man die Central-gewalt oder vielmehr ihren Träger bei öffentlichen Gelegenheiten auftreten läßt, und wie man in dieser Sache verfahren ist. Als das Ministerium sein Amt antrat, hatte es jenen Krieg vor sich; allein nachdem Ihnen hier im August gesagt worden ist, daß es eben noch beschäftigt sei, sich die Schreibmaterialien anzuschaffen, ist es begreiflich, daß es sich um diesen Krieg nicht bekümmern konnte. Es ist der ganze Monat Juli vergangen, und man kann nicht das Kleinste aufweisen, daß sich das Ministerium darum bekümmert hat. Am Ende Juli brachte man ihm die Kunde von den Waffenstillstands-Präliminarien zu Malmö und Bellevue, die ihm die englischen Zeitungen vier Wochen vorher gebracht hatten, und dann erst begann es — — nichts zu thun. (Gelächter.) Die preußische Regierung verlangte von ihm eine unbedingte Vollmacht zum Abschluß des Waffenstillstandes; überraschen kann es uns allerdings nicht, nachdem Heckscher bei Gelegenheit der Verhandlung des Raveaux'schen Antrags uns die Theorie entwickelt hat, daß man Das, was man besitzt, nicht auszusprechen brauche, daß das Ministerium bei dem Ansinnen, welches ihm gestellt wurde, auch nicht für nothwendig hielt,

die Genehmigung vorzubehalten. Wenn der Reichsminister Heckscher in seinem Privatverkehr derartige Ansichten hat, dann ist es allerdings seine Sache, inwiefern er darnach leben will, oder nicht; wenn ihm aber von uns etwas anvertraut ist, und das war das Gesetz über die Centralgewalt, — und es zweifelt Jemand daran, daß dieses anvertraute Gut unser ist, dann verlange ich vom Reichsminister Heckscher, daß er das ihm anvertraute Pfand hüte, und das hat er nicht gethan. (Bravo!) Man hat uns gesagt, die Verhandlungen, wie sie nun einmal seien, und namentlich der zweideutige Passus, „die gewünschte Vollmacht" habe Preußen berechtigt, zu handeln, wie es gethan hat. Das muß ich freilich bestreiten, und namentlich gegen Den bestreiten, der die Forterxistenz des deutschen Bundes mit soviel Bestimmtheit behauptet hat; denn in der deutschen Bundesacte und in der Wiener Schlußacte ist ausdrücklich festgesetzt, daß bei einem Bundeskrieg kein einzelnes Glied des Bundes im eigenen Namen verhandeln kann und darf. Auf diesen Grund hin hat auch der Bundestag den damaligen Vollmachtträger, die preußische Regierung, darauf aufmerksam gemacht, daß bei „jedem wichtigen und präjudizirlichen Abschluß, ja bei jeder Verhandlung dieser Art" die Genehmigung des Bundestags eingeholt werden müsse. Wollen Sie demnach sich auf die Bundesacte stellen, so war Preußen zum Abschlusse in keiner Weise befugt; wollen Sie sich auf das neue Gesetz über die Centralgewalt stellen, so war es dazu ebensowenig befugt. Was aber das Reichsmi-

nisterium betrifft, mit dem wir es in dieser Frage allein zu thun haben, so glaube ich, lag ihm nicht bloß ob, die Gesetze zu bewahren und die Centralgewalt auf eine würdigere Weise, als es gethan hat, zu vertreten; sondern man sollte bei so scharfsichtigen Männern, wie die Reichsminister, glauben, sie hätten die Verhältnisse auch ins Auge gefaßt. Dann würde ihnen nicht entgangen sein, daß gerade merkwürdigerweise seit Schaffung der Centralgewalt von Seiten Preußens mit einer Hast auf diesen Waffenstillstand zugesteuert wurde, die in der That überraschen muß. Unmittelbar nach Schaffung der Centralgewalt kamen die vorläufigen Bedingungen von Malmö, wurde die Vermittlung England's bei Seite gelassen und die Schweden's angenommen, kamen die Unterhandlungen von Bellevue, und in einer ununterbrochenen Reihenfolge kam man zum Abschluß des Waffenstillstandes. Nichts ist natürlicher, als daß Dänemark, nachdem es sah, mit welcher Hast man den Abschluß des Waffenstillstandes betrieb, sich in seinen Anforderungen steigerte, daß es mehr verlangte, als anfangs. Ich will indessen nicht wiederholen, was bereits oft hier gesagt worden ist, inwiefern die letzten Bedingungen von den ersten abweichen; ich will auch nicht darauf hinweisen, daß es sehr gleichgültig ist, ob der Graf v. Moltke an der Spitze der Regierung stand, oder nicht; denn um die Person handelt es sich nicht, es handelt sich darum, daß man den Mann, in dem das dänische Princip am schärfsten ausgeprägt war, an die Spitze der Regierung stellte. Man sagt nun als

eine Concession: Graf Moltke ist zurückgetreten; nein, meine Herren, er ist zurückgetreten worden, und wenn man jetzt angeblich eine gute Miene zum bösen Spiele macht, so ist Das nichts Anderes, als die Anwendung des Sprüchworts von dem Fuchs, dem die Trauben zu sauer sind. Was wird kommen? Nichts Anderes, als ein anderer Moltke, wenn er auch nicht so heißt. So hat man denn einen Waffenstillstand in dem Augenblick abgeschlossen, wo die vereinten Kräfte von Deutschland sich auf dem Schauplatze des Krieges gesammelt hatten, als die Söhne unseres Vaterlandes von allen Seiten zusammengeströmt waren, als Deutschland zum ersten Male seit dem Erwachen der neuen Zeit seine gemeinsamen Kräfte üben sollte, also die sichersten Bürgen in denselben gegeben waren, daß wir einen ehrenvollen Frieden schließen konnten. Wie der Waffenstillstand beschaffen ist, darüber lesen Sie die Blätter unserer Feinde, lesen Sie namentlich Fädrelandet, welches hier citirt wurde. Warum aber dieß Alles? Warum wurde nicht direct verhandelt, warum nicht wenigstens die Verhandlung, ich will nicht sagen, beaufsichtigt, aber von Seiten der Reichsgewalt daran Theil genommen? Ich kann mir darüber keine Rechenschaft geben, denn da, von wo uns Auskunft darüber kommen sollte: beim Ministerium, finden wir dieselbe Einheit und Einigkeit, wie wir sie in der Limburger Frage fanden, wo die Minister hier nicht wußten, was diese dort vorbrachten. Herr Heckscher hat uns etwa gesagt: „Wenn Dänemark behauptet, es könne mit der Centralgewalt nicht unter-

handeln, so ist das eine Lächerlichkeit; man hat hier eine historische weltbekannte Thatsache verleugnet, und darüber braucht man gar nicht zu reden." Der diplomatischere Herr v. Schmerling sagt uns dagegen: „Gott bewahre, die Centralgewalt war für Dänemark gar nicht da, sie war ihm ja nicht angezeigt, wie konnte es also mit der Centralgewalt verhandeln?" Die Sonderbarkeit, die darin liegt, daß der Herzog von Holstein nichts davon wußte, will ich nicht wiederholen, aber auf einen andern Umstand aufmerksam machen, daß nämlich dieses Ding, welches den Dänen gar nicht bekannt, und für sie nicht in der Welt war, dessen ungeachtet einen Bevollmächtigten ernennen, demselben eine Vollmacht geben, und von ihm verlangen konnte, auf Grund dieser Vollmacht mit den Dänen einen Waffenstillstand abzuschließen. Das geht über meinen, freilich nicht diplomatischen Verstand hinaus. Etwas aber ist mir klar: entweder war die Centralgewalt wirklich nicht vorhanden, und dann handelte das Ministerium uns gegenüber pflichtwidrig, denn es mußte Preußen allein bevollmächtigen, und das Gesetz von 28. Juni umgehen; oder es war die Centralgewalt eine historische Thatsache, die man nicht leugnen konnte, und dann begreife ich nicht, wie man solche Entschuldigungen vorbringen mochte, wie wir sie vorgestern hier gehört haben. Freilich von einem Ministerium, das die neugeschaffene Centralgewalt, die so sehr der Entschiedenheit bedarf, entschieden vertrat, hätte man erwartet, daß es eine Antwort gab, wie sie Bonaparte zu Campofor-

mio gegeben hat. „Streichen Sie," sagte er, „die Anerkennung der Republik aus; wir brauchen sie nicht, denn sie ist klar wie die Sonne am Himmel." (Bravo!) Es ist darauf aufmerksam gemacht worden, welche schwere Verluste die Küstenländer erleiden durch eine Fortsetzung des Kriegs, und gewiß ist Das mit vollem Recht geschehen. Ich brauche Ihnen nicht zu wiederholen, was in dieser Beziehung mein Vorredner gesagt hat; aber aufmerksam machen muß ich Sie darauf, daß der Ruin dieser Küstenländer nicht von dem dänischen Kriege datirt, sondern von der Liebäugelei mit Rußland; von unserer Grenzsperre, von unseren Cartelverträgen; daß er dieselbe Ursache hat, wie die Hungerpest in Schlesien. Es wird längere Zeit noch einer sehr festen Haltung bedürfen, bevor Sie diesen Provinzen den Wohlstand wieder geben können, der fast systematisch untergraben worden ist. Man ruft uns ferner zu, wir sollen ratificiren im Interesse des Handels und der Gewerbe, und wer ein Herz für's Volk hat, wahrlich der wird jedes Mittel ergreifen, das dazu führen kann; aber glauben Sie, daß Handel und Gewerbe emporblühen können, so lange anstatt der alten verwitterten Grundlage des gestürzten Staatensystems nicht eine neue und dauerhafte gefunden ist? Glauben Sie, daß dieses Schaukeln und Schwanken des Systems, das nicht hier- und nicht dorthin sich wendet, geeignet ist, das Vertrauen zurückzuführen? Glauben Sie, daß so lange man in Deutschland nicht weiß, wer nach dem vulgären Sprüchworte Koch oder Kellner ist, es möglich sei, daß

irgendwie Unternehmungen begonnen werden, die geeignet sind, dem großen Theil unserer hungernden Bevölkerung Lebensmittel zu geben? Ich glaube es nicht. Wir sollen ferner ratificiren, weil wir möglicherweise einen Bruch mit Preußen herbeiführen. Nun, in der alten Zeit, da hieß es allerdings, wenn man vom Staate sprach: Das Auge nur hinaufrichten auf die äußerste Spitze, wo uns der Flammenspruch entgegenstrahlte: „L'état c'est moi." Diese Zeit ist nicht mehr vorhanden, und das preußische Volk ist wohl zu trennen von der wechselnden Neigung zur Regierung. Preußens Volk ist, und es freut mich, das von dieser Seite (rechts) gehört zu haben, ein deutsches Volk, und Preußens Volk wird mit uns fühlen, wie es in diesem Waffenstillstand der gesammten gesitteten Welt gegenüber steht. Ich will nicht davon sprechen, welche Rolle wir dem Auslande gegenüber spielen, wenn wir gegen Hannover allerdings Courage und sehr hochklingende Redensarten haben, gegen Preußen aber nichts als gehorsame Diener. (Bravo auf der Linken.) Ich will auch nicht davon reden, daß wir keine neue Bilderstürmer-Secte organisiren wollen, um die Bildnisse Friedrich's des Großen zu vernichten, oder daß wir dem Manne seinen Kienspahn nicht auslöschen wollen, der von dem großen Kurfürsten erzählt. Wir ehren die geschichtlichen Erinnerungen eines Volkes; sie sind das Heiligste, was es hat; wenn man aber eine neue Staatengestaltung nicht gründen dürfte, weil man neben diesen Erinnerungen den Gedanken einer neuen Zeit aufbringt, so müßte

Deutschland noch in die 371 Territorien, die es am Anfange des vorigen Jahrhunderts hatte, getheilt sein. (Zuruf: Sehr gut!) Man hat uns, und es war ein Sprecher aus Oesterreich, vordeducirt, die Regierung sei einerlei mit dem Volke, und wenn die eine angetastet werde, würde auch das andere angetastet. Dieser Sprecher mag es bei seinen Landsleuten verantworten, wenn man consequenter Weise diesen zumuthet, sie sollten sich identisch betrachten mit dem Metternich'schen System und mit Metternich selbst, der so lange Europa geknechtet hat. (Beifall.) Allerdings hat Herr Jordan bereits prophetisch verkündet, was die preußische Nationalversammlung in dieser Angelegenheit beschließen werde. Ich habe diesen prophetischen Blick nicht, aber einige Wahrscheinlichkeit habe ich dafür, daß die linke Seite der Versammlung zu Berlin diese Angelegenheit gerade so betrachten wird, wie die linke Seite zu Frankfurt, und ich bitte, gefälligst zu bedenken, daß nach der letzten Abstimmung vom 7. September die linke Seite die Mehrheit hat. (Hört! Hört!) Auch hat Herr Jordan bereits Diejenigen gezählt, die sich für den Waffenstillstand erklären werden; es waren 10 Millionen. Wie ist es aber mit den übrigen 6 Millionen, die also wahrscheinlich dagegen sind? Wir wollen den Bruch mit Preußen vermeiden, und bringen den Bruch in Preußen zur Erscheinung. Aber nicht allein, daß wir den Bruch des Nordens mit dem Süden bringen, den Bruch Preußens, wenn denn wirklich in Preußen die Sache so sein sollte, wie Sie uns dargestellt haben, dann bringen wir

auch den Bruch Preußens mit Süddeutschland zu Wege. Worauf gründen Sie die Behauptung, daß es in Preußen so sein müsse? Zeigen Sie uns die Erzeugnisse der Presse und der Versammlungen, oder was es sonst sein soll, wo man sich mit so großer Begeisterung für die Genehmigung des Waffenstillstandes aussprach. Wir haben eine Reihe von Eingaben gesehen, die sich dagegen ausgesprochen haben; wir haben mit Fleiß und Sorgsamkeit die preußischen Zeitungen gelesen, und außer der „neuen preußischen Zeitung" keine gefunden, die sich in diesem Sinne ausgesprochen hat. (Zuruf: Hört! Hört!) Man weist hin auf die öffentliche Meinung; ihr Ausspruch liegt nahe genug, wenn von 67 Eingaben 66 sich in einem und demselben Sinne aussprechen. Es ist die schönste Erscheinung, die wir in Deutschland seit den Märztagen gehabt haben, daß das Volk in dieser hohen sittlichen Kraft sich erhebt, wo es gilt, nicht nur seine Interessen, sondern seine Ehre zu vertreten; daß es nicht wägt und nicht prüft, sondern nur das eine allgemeine Gefühl ausspricht: Wir stehen ein mit Gut und Blut dafür, daß diese Ehre eingelöst werde. (Anhaltendes Bravo auf der Linken und dem linken Centrum.) Allerdings hat man gesagt, diese Tausende zählen nicht. Es ist ein sehr verbrauchter Kniff des gestürzten Regiments, welches Tausende von Unterschriften nicht achtete, wenn sie von der Seite kamen, aber zehn Unterschriften für sehr hoch hielt, wenn sie von der andern Seite kamen (Zuruf von der Linken: Sehr gut!); allein wenn diese Tausende nicht zählen, und wenn man andere Tausende

nicht dagegen aufstellen kann, so sollte man seine Augen doch nicht verschließen vor der Geschichte und vor den Thatsachen; man sollte nicht vergessen, daß unter weit größeren Hindernissen diese Tausende mächtig genug waren (Unruhe auf der Rechten), Kerkermauern zu sprengen, und Diejenigen zu befreien, die dahinter schmachteten. (Stürmischer Beifall des Hauses und der Gallerie.) Man sollte nicht vergessen, daß diese Tausende gerade es waren, die uns bis zu diesem Punkte geführt haben, wo wir jetzt stehen, und die uns hoffentlich weiter führen werden. Die Kammern sollen es sein, in denen sich die Meinung des Volkes ausspricht. Nun, die Kammern haben am Schlusse des vergangenen Jahres in allen Ländern Deutschlands kein Vertrauen mehr gehabt, und sind bis diesen Augenblick, trotz der neuen Zeit, noch nicht regenerirt, noch nicht eine einzige. Man hat uns sogar damit gedroht, wir würden verhungern in der Paulskirche, man würde die Mittel nicht mehr aufbringen können, die Nationalversammlung zu unterhalten; ich antworte Ihnen darauf ebenfalls mit der Geschichte, und sage Ihnen, das deutsche Volk hat zur Zeit, wo derartige Gaben ein ganzes oder halbes Verbrechen waren, Tausende durch Kreuzer- und Groschenbeiträge zusammengebracht zu den edelsten Zwecken, die ich hier nicht nennen will (Hört! Hört! von der Linken), und dieses deutsche Volk wird, wenn es sich um sein Leben und um sein Dasein handelt, größere Aufopferungen bringen, als selbst für den edelsten Mann, den es jemals in Deutschland gegeben hat. (Bravo

und Beifall von vielen Seiten der Versammlung und der Gallerie.) Die sittliche Empörung, von der ich gesprochen habe, gründet sich darauf, daß die Errungenschaften der Neuzeit, die Beschlüsse des Vorparlaments, die Bestrebungen des Fünfziger-Ausschusses, die Beschlüsse der Versammlung, die Gesetze, die bis jetzt das Einzige sind, was für den Gesammtstaat feststeht, nicht geachtet worden sind bei diesem Waffenstillstand; sie gründet sich darauf, daß die alte Diplomatie gerade in demselben Verhältniß, als ob wir keinen Märzmonat dieses Jahres gehabt hätten, schaltet und waltet mit dem Schicksale der Völker nach ihrem Ermessen; sie gründet sich darauf, daß man den Söhnen, die sich von dem Herzen des Vaters losgerissen haben, um sich dem ungewissen Schicksale des Krieges hinzugeben, sagt: Kehrt nach Hause zurück, wir brauchen euch nicht mehr. Und diese sittliche Entrüstung lebt nicht nur im Volke, sie lebt auch, und das ist unsere Freude, im Heere. Die süddeutschen Truppen, welche den Herrn Peucker schon vor langer Zeit so bedenklich gemacht haben, hinsichtlich ihrer Stimmung, glauben Sie, daß sie besser werden in Herrn Peucker's Sinne, wenn man sie im vollen Bewußtsein ihrer Kraft und ihres Willens den Feinden entgegenführt, um sie dann zu commandiren: Kehrt um und geht nach Hause!? Glauben Sie, daß das deutsche Heer, welches man namentlich von dieser Seite (zur Rechten gewendet) uns bei verschiedenen Gelegenheiten als nicht willenlos dargestellt hat, nicht als eine Masse, die wie eine Heerde dem Befehle folgt, unempfindlich

sei dafür, was in Schleswig-Holstein mit ihm geschieht und geschehen soll? Ich glaube es nicht; ich hoffe, daß der Soldat auch denkt, und wenn er denkt, dann wird er auch kennen lernen, daß die Demokratie in Deutschland es wirklich nicht schlecht mit ihm meint, daß sie im Soldaten den Bürger ehrt und anerkennt, wie in jedem Anderen, und daß sie nicht die Letzte ist, die dem Heere Beifall und Lob zujauchzt für die brave Haltung, die es in dieser ersten Angelegenheit Deutschland's eingenommen hat. (Bravo von vielen Seiten.) Die Entscheidung liegt indeß in Ihrer Hand, thun Sie, was Sie müssen; allein an Eines lassen Sie mich anschließen, was ein Redner auf dieser Seite gesagt hat, thun Sie nichts Halbes, — offen wie ein Mann für oder wider, nicht Achselzucken, nicht zweideutig, nicht zwar und aber, ich möchte gern, aber ich mag nicht, — schieben Sie nichts auf die Centralgewalt, denn das sind Sie selbst; sie ist stark oder schwach in dem Verhältnisse, wie Sie es sind, sie thut, was wir beschließen, und wenn wir Halbheiten beschließen, und wenn wir nicht den Muth haben, geradezu herauszusagen, was wir wollen, so wird die Centralgewalt in der Wirklichkeit der Centralschatten bleiben, als welchen sie die englische Presse begrüßt. Die Centralgewalt kann nicht einmal ein Ministerium zusammenbringen ohne Ihren entscheidenden geraden Ausspruch, denn ich halte den Minister für sehr gewissenlos, der auf einen zweideutigen Ausspruch hin und auf einen Auftrag, die Centralgewalt möge nach ihrem Ermessen handeln, irgend etwas in dieser Angelegenheit

unternimmt. Man hat von den verschiedensten Seiten von dieser Tribüne her auf die Revolution hingewiesen, und es wird gestattet sein, denselben Gegenstand in's Auge zu fassen, denn er gehört ja eben zu den möglichen, vielleicht zu den nothwendigen Folgerungen Dessen, was wir beschließen. Leugnen läßt sich nicht, und Niemand, der in Deutschland ein offenes Auge hat, wird verkennen, daß die Bewegung in den letzten Wochen und Tagen merklich gestiegen ist; die alte Diplomatie hatte etwas zu schnell das Schicksal der Völker in die Hand genommen, und bestimmen wollen; sie hatte etwas zu bald in die alten Bahnen eingelenkt, und die Reactionsversuche, die jetzt von fast Niemanden bezweifelt werden, waren zu gewaltig, als daß das noch nicht eingeschlummerte Volk nicht auf seiner Hut sein sollte. Offen und ehrlich, wie sich die äußersten Seiten des Hauses vom Anfang an gegenüber gestellt haben, denn wir haben uns ohne Hehl gesagt, was wir wollen: Man sagt, ein Theil dieses Hauses, — oder wenn nicht direct Diejenigen, die in diesem Hause sitzen, so doch indirect dieselben durch ihre politischen Freunde, die sie draußen haben, — strebe darnach, die Revolution für permanent zu erklären; er strebe darnach, die Ruhe nicht wiederkehren zu lassen; er trachte nach nichts Anderem, als die Bewegung zu erhalten, und zu steigern . . . Meine Herren! Wenn Das der Fall wäre, so würde ich Ihnen mit aller Kraft, die mir zu Gebote steht, rathen: „Ratificiren Sie den Waffenstillstand," es ist aber nicht wahr, und ich will Ihnen ehrlich sa-

gen, weßhalb, — weil wir die ernste Besorgniß hegen, daß die Bewegung, wenn wir sie nicht behalten, in Hände übergeht, die weit von uns nach dieser oder jener Seite liegen, und die vielleicht ohne Schuld die gesammten Errungenschaften unseres geistigen Daseins bis diesen Augenblick in Frage stellen. (Bravo auf der Linken und dem linken Centrum.) Deßhalb wollen wir es nicht, und deßhalb bitten wir Sie: Wagen Sie es nicht darauf, daß es dahin komme, daß die Bewegung sich steigere! Es gibt Mitglieder in unserer Nationalversammlung, die ihre Aufgabe nicht darin sehen, das Volk zu vertreten, und bloß Verfassungen zu machen, sondern die behaupten, sie seien von ihren legitimen Regierungen hergeschickt, um gegen die Revolution zu kämpfen. (Beifall auf der Linken.) Das ist eine eigenthümliche Auffassung ihrer Aufgabe, über die ich nicht streiten will, aber meine Meinung ist die, daß auch diese ein Interesse daran hätten, auf die Zeichen der Zeit zu merken. Herr Heckscher hat uns an das Schicksal der Julidynastie erinnert, und ich nehme diese Erinnerung an, nur in einer anderen Folgerung: weil die Vertretung des Volkes schlecht war, weil sie corrumpirt war, weil sie Ja sagte zu Allem, und weil sie nicht den Muth hatte, da entschieden für das Volk aufzutreten, wo es sich darum handelte; deßhalb fiel die Julidynastie, nicht deßhalb, weil die Kammern ihr opponirten. (Lebhafter Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.) Wir haben es oft gehört, namentlich von der rechten Seite des Hauses, daß Sie Ihre Für-

sten lieben, und ich erkenne dieses Gefühl an; denn die Liebe ist etwas Heiliges, mag sie sich wenden, wohin sie will. (Große Heiterkeit.) Aber wenn Sie Ihre Fürsten lieben, so treten Sie dem immer wuchernden Glauben entgegen, daß die Fürsten mit ihren dynastischen Interessen ein Hinderniß bieten für die Entwickelung unserer neuen Zustände, — geben Sie dem Volke das Vertrauen, daß Sie ebenso sehr die Uebergriffe von der einen, wie von der anderen Seite in die Schranken zu weisen entschlossen sind! Die Krone ist mit in diese Verhandlungen gezogen worden; das gehört sich nicht, es ist nicht die Art parlamentarischer Verhandlung; allein sie ist eben hineingezogen worden, und da darf man wohl auch daran erinnern, daß, wenn Sie uns gesagt haben: „Die Revolution ist ehrfurchtsvoll vor den Thronen stehen geblieben," es Ihre gewichtigste Sorge sein muß, daß die zweite Bewegung nicht darüber hinwegschwemmt. Erlauben Sie mir zum Schluß eine historische Thatsache: So lange Ludwig XVI. im Inneren reagirte gegen die Freiheit und das neue Leben seines Volkes, hatte er nur einen parlamentarischen Kampf, den er durch einen ehrlichen Vertrag hätte enden können; als er die Nationalität und die Ehre seines Volks auf das Spiel setzte für seine dynastischen Interessen, als er mit dem Auslande liebäugelte, und sich sogar mit ihm verschwor, da war er verloren. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.)

Fürst **Lichnowsky** von Ratibor: Meine Herren!

Der vielfache Ruf nach Schluß, der mir selbst einen billigen Zweifel gegeben hat, ob ich noch die Ehre haben darf, vor ihnen das Wort zu ergreifen, mahnt mich daran, mich sehr kurz zu fassen. Es ist allerdings der dritte Tag, daß Sie über die wichtigste Frage debattiren, die Ihnen je vorgelegt worden ist. Eine Reihe von Rednern hat hier für und gegen gesprochen, und bei einiger Aufmerksamkeit hat es Jedem von Ihnen auffallen müssen, daß sowohl in der Spaltung der Parteien, als auch in der Motivirung der Anträge ein großer Unterschied zwischen dieser letzten Debatte und allen früheren stattgefunden hat: Von den vielen Fractionen, die sich hier gebildet haben, von den verschiedenen Anträgen, die bisher gestellt wurden, ist jetzt nicht mehr die Rede, und ob auch hier Mittelanträge liegen, — die ganze Nationalversammlung spaltet sich in zwei große Theile: Annehmen oder Ablehnen. Die Debatten dieser letzten drei Tage haben mir drei Momente vor die Augen geführt, auf die ich die Ehre haben werde, zurückzukommen. Ich will mich ohne irgend eine Art von Persönlichkeit hier fassen, und bitte von vornherein, mich zu entschuldigen, wenn im Eifer der Rede dennoch etwas dieser Art mir entschlüpfen sollte; es geschieht wider Willen (Heiterkeit); ich wollte wünschen, daß Jeder, der vor mir eine Persönlichkeit angeführt hat, auch mit diesem Satze begonnen hätte. Das Erste, was ich zu bemerken habe, ist dieses beständige Arsenal von Ehre, Schmach und Schande ꝛc., das sich, mit Ausnahme der Debatte des heutigen Tages bei Allem, was

für das Ablehnen hier gesprochen wurde, wie ein rother Faden durchzog. Den Beweis für diese Schande, für diesen Mangel an Ehre hätte ich von dem heutigen Tag erwartet. Der heutige Tag hat uns aber nur Redner von dieser Seite hier vorgeführt (auf die Linke deutend), welche über diese stereotypen Redensarten hinweggegangen sind. — Es kommt ein zweiter Punkt, der mich gestern und vorgestern sehr frappirt hat, und dessen Lösung ich ebenfalls heute nicht gesehen habe: Es ist dieses beständige Drängen und Drücken an allen Paragraphen dieses Waffenstillstandes, dieses lange Drehen derselben, dieses Erheben bis auf die höchste Spitze, bis endlich irgend etwas darin gefunden wird, wo dann das Gefundene noch recht ausgebeutet wurde, ohne daß mit der Billigkeit, an die doch so oft von dieser Seite (zur Linken gewendet) appellirt wird, als Gegengewicht alles Das hingestellt worden wäre, was dieser Waffenstillstand an Vortheilen, die durch denselben erzielt worden sind, Deutschland und den Herzogthümern bringt; und endlich drittens hat von allen Rednern, die diese Tribüne bestiegen haben, von dieser Seite (auf die Linke deutend) Keiner uns gesagt, was wir denn thun sollen, wenn wir den Waffenstillstand verworfen haben. Man hat vielmehr immer aufgeworfen: Die Hypothesen von d i e s e r Seite (nach rechts) sind falsch; aber nicht beigefügt: Wenn sie nun nicht falsch sind, wenn, um mit Galilei's Worten zu sagen: Eppur si muove! Preußen sich dennoch bewegt, sich spaltet, nicht gehorcht; — was dann? — Dieses hätte ich hier zu hören begehrt. Auch ich möchte mich gern

den Worten anschließen, die, — wie von einem der ersten Redner hier bemerkt worden, — immer an die edelsten Gefühle appelliren! Glauben Sie, meine Herren, Jeder von uns betritt diese Tribüne mit der vollkommensten Ueberzeugung, daß es weit angenehmer ist, die Schwertseite vorzunehmen, und die Kunkelseite in den Hintergrund treten zu lassen. Jeder appellirt lieber kriegerische Gefühle, die allen edlen Völkern eigenthümlich sind, und wenn wir Das nicht können, so ist es, weil wir uns einer besseren und heiligeren Ueberzeugung unterwerfen; es geschieht schmerzvoll, es ist der Triumph unserer Pflicht und unseres Gewissens. (Vielstimmiges Bravo.) Ich habe alle diese Reden aufmerksam verfolgt, die wir in den letzten drei Tagen hier vernommen haben, von der pragmatisirenden Rede des Herrn Waitz, der uns den Schluß schuldig geblieben ist, bis zu den phantastischen begeisterten Worten des Herrn Giskra, auf die ich den Augenblick kommen sah, wo wir gleich nach dem Schwerdte hätten greifen und zur Paulskirche hinaus rennen sollen; auch die Rede des Herrn Vogt habe ich aufmerksam angehört; sie hätte mich mit einer Art Schaudern erfüllen können, als er von einem Appelliren an unsere Leidenschaften sprach, wenn ich nicht zufälligerweise mir dabei gedacht hätte, daß ein so gerades Appelliren an die Leidenschaften, die sich immer unbemerkt in die Herzen der Menschen schleichen, daß der Umstand, daß er nude crude mit dürren Worten sagt: Sie, die Gesetzgeber des deutschen Volkes, müssen mit Leidenschaft ein Urtheil in dieser Sache fällen, gerade den entgegengesetzten Rückschlag auf die Gemüther

hervorbringt, und die in Fluß kommende Leidenschaft herabdrückt. — Diese Reden, auch die des Herrn Vogt und, ich muß es bedauern, auch die beredte, vortreffliche Rede meines verehrten Freundes aus der Grafschaft Mark, die heute die Sitzung eröffnete, alle diese Reden haben mich Eines vermissen lassen. Dieses Eine, welches Viele von Ihnen befähigter gewesen wären, auf die Tribüne zu bringen, als ich, es war eine Anbahnung zur Versöhnung und Vermittelung. Sie sind sich darüber vollkommen klar, daß, wenn entweder der eine oder der andere von den extremen Anträgen hier von uns angenommen wird, ein Bruch daraus nothwendig entstehen muß, und dennoch sind viele im parlamentarischen Leben ergraute und geübtere Männer, als ich, hier heraufgestiegen, und haben kein Wort der Versöhnung gefunden. Anstatt die Hand zur Versöhnung zu reichen, haben sie geschmäht und geschimpft auf die mittleren Anträge; sie haben Ihnen das Einzige genommen, was Ihnen bleibt, das Höchste was geboten werden kann: die Palme des Friedens unter uns, von dem der Friede Deutschland's abhängt. (Bravo auf der Rechten.) Ich habe die Worte, die mein Freund aus der Mark gesprochen hat, mit Wehmuth von dieser Seite (zur Linken) mit lautem Beifall begrüßen hören. Es lag der klare Ausdruck in diesem Beifall: Die äußerste Rechte paciscirt nicht; wir praciscìren auch nicht.) Bravo auf der Linken.)

Wesendonck (vom Platze): Das wollen wir auch nicht!

Fürst **Lichnowsky:** Ich weiß es, Herr Wesen-

donck; es lag das in diesem Bravo; allerdings sind wir auch noch Männer, das Schwerdt zu ergreifen, und wenn wir hier auftreten und Friedensworte sprechen, und sagen: Gehen Sie soweit vor, als das Gewissen es Ihnen erlaubt; gehen Sie soweit, als Sie nachgeben können, glauben Sie denn, daß wir uns da nicht vollkommen klar sind, daß wir nicht die brillante und chevalereske Seite vertheidigen und hervorrufen! — Wir gehorchen aber unserer Pflicht und unserem Gewissen. Unsere Mandanten, ganz Deutschland mag über uns urtheilen, — wenn wir dieses Opfer bringen, dieses Opfer unserer besseren Ueberzeugung! (Zischen auf der Gallerie.) — Das ist noch kein Urtheil von Deutschland. (Lebhaftes Bravo.) Glauben Sie nicht, meine Herren, daß ich diese Tribüne betrete, um mich zum Vertheidiger des abgetretenen preußischen Ministeriums zu machen; es ist dieß nicht meine Aufgabe, und obwohl ich mit Bedauern gehört habe, daß der frühere Minister der auswärtigen Angelegenheiten in seinem Plaidoyer ausschließlich einen Panegyricus seines eigenen Ministeriums von dieser Tribüne aus gegeben hat (lebhaftes Bravo in dem Centrum und auf der Linken), so sehe ich es auf der anderen Seite mit Kummer, daß, wenn man das Lob eines preußischen Staatsmannes von der Tribüne gespendet hat, es gerade den einzigen Mann betraf, den wir nicht loben können. Es handelt sich um den früheren Minister des Auswärtigen, der nach dem März in das Cabinet trat, und uns mit dieser Frage beschenkt hat. Ich hätte nicht begehrt, daß er irgend

einen Beschluß in das Cabinet bringe, der mit der Ehre Deutschlands unverträglich ist; ich hätte aber von einem Staatsmanne erwartet, über Verhältnisse nachzudenken, die auf der Hand liegen, daß wir nämlich neben der Landarmee keine Flotte besitzen. — Ich will nicht auf einen sonderbaren Vergleich, dessen ein früherer Unterstaatssecretär auf dieser Tribüne sich bedient hat, zurückkommen; wenn aber ein Vergleich mit einem edleren Thiere erlaubt wäre, so wäre es jedenfalls der Kampf des Löwen mit dem Haifische. (Große Heiterkeit.) In das bedingte Lob, das Herrn v. Arnim gespendet worden ist, kann ich aber nicht einstimmen, und das um so weniger, als er abgetreten ist, ehe diese schleswig-holstein'sche Frage gelöst und geschlichtet war. Es ist sehr leicht, wie man in Frankreich sagt, die Karten zu verwirren, leichter, als sie wieder in Ordnung zu bringen. Herr v. Arnim hat uns mit diesem unglücklichen Kriege beschenkt, aber den Frieden, das Ende dieses Krieges, die Abhülfe für unsere leidenden Klassen, die ehrenvolle Entscheidung und Lösung für Deutschland und für sein eigenes Vaterland Preußen, das Alles hat er zurückgelassen als ein schauderhaftes Geschenk für seine Nachfolger; und wenn sich seine Nachfolger aus dieser Frage nicht mit Glück herausgewunden haben, liegt dann die Schuld an Denen, die dieß traurige Geschenk überkommen, oder an Denen, die es in die Wagschaale unserer Geschicke geworfen haben? (Sensation.) Die Antwort, glaube ich, kann nicht zweifelhaft sein. Ich will das frühere Reichsministerium nicht angreifen, obwohl

es meine Absicht war, als ich gestern gesehen, daß die Mitglieder desselben für Preußen kein Wort der Vertheidigung hatten; ich will es aber jetzt nicht thun, da ein Redner von dieser Seite (links), der vor mir die Tribüne bestieg, dasselbe auf eine Weise angegriffen hat, welche, mag sie auch gerecht sein, mir für die Herren, die hier sitzen, sehr leid gethan hat. (Heiterkeit.) Es sind dieselben so angegriffen worden, daß ich nur schwache Nachstreiche führen könnte, wo schon blutige vor mir geführt worden sind. Lassen wir das Cabinet ruhen. (Fortdauernde Heiterkeit.) — Ich gehe nun auf die Bedingungen des Waffenstillstandes über, und erfasse deren Kritik nach dem Majoritätsgutachten des Abgeordneten Wurm, welches, ich leugne es nicht, bei aller Geschicklichkeit, mit welcher es abgefaßt ist, doch unwillkürlich den Eindruck einer Parteischrift macht. Enthält doch dieses Majoritäts-Gutachten noch nicht ein Wort der Billigkeit, der Abwägung des pro und des contra, wie wir berechtigt waren, es zu erwarten Wenn das pro und contra in beide Wagschaalen gelegt worden wäre, und dem Ermessen dieser Herrn (zur Linken) zu Folge, das contra schwerer gewogen hätte, so konnten sie sich in der Conclusion doch dafür erklären. Aber nur die Schuld, nur die Fehler allein, Alles, was gegen den Waffenstillstand spricht, zusammenstellen, auch nicht ein Wort seiner Vortheile anführen, ich weiß nicht, wie ich das anders qualificiren soll, als mit dem Worte: „Parteischrift." Ich komme auf den ersten Punkt; er behauptet, die preußische Regierung habe im

Namen der Centralgewalt abschließen sollen. Ich begreife es vollkommen, was es für die hohe Versammlung hier Empfindliches haben muß, daß der erste Act, der seit Begründung der Centralgewalt mit fremden Mächten abgeschlossen worden ist, nicht im Namen dieser Centralgewalt zu Stande kam, und ich bitte, zu glauben, daß Keiner auf dieser Seite (nach rechts) unter uns ist, der nicht vollkommen dieses fühlt. Worin ist nun der Grund zu suchen, daß der Centralgewalt keine Erwähnung geschieht? Er liegt ausschließlich darin, daß das dänische Cabinet nicht officiell informirt worden ist. Wenn es officiell informirt worden wäre, wenn Dänemark klar mitgetheilt worden wäre, welche Stellung die Centralgewalt zu den einzelnen deutschen Regierungen einnimmt, so hätte sich Dänemark nicht mit Unkenntniß entschuldigen können. Wenn aber der frühere Minister des Innern sagte, man hätte es nicht notificiren können, da man sich im Kriege mit Dänemark befunden, so solle man es notificirt haben, 24 Stunden bevor man die Waffenstillstandsbedingungen eröffnete (Hört! Hört!); da war der Moment, zu sagen: „Die Unterhandlungen werden von hier aus eröffnet.“ (Bravo von der Linken.) Der Minister des Auswärtigen hat uns gesagt, der Bevollmächtigte der Centralgewalt hätte sich in der Nähe aufgehalten. Er hat sich nicht in der Nähe, sondern in der Ferne aufgehalten. (Heiterkeit, Bravo auf der Linken und dem linken Centrum.) Ich will kein Wort des Tadels auf den Bevollmächtigten der Centralgewalt, der sich dort befunden hat, werfen; wahrscheinlich hat er sich nicht in der Nähe der Ver-

handlungen aufgehalten, weil die Vollmacht, die er mit sich brachte, nicht der Art war, daß er auf eine der Centralgewalt und Deutschland's würdige Weise bei jenen Verhandlungen gegenwärtig sein konnte. Niemand wird sagen, daß der Bevollmächtigte, wenn er, um von seinem Aufenthaltsorte nach Malmö zu fahren, 48 Stunden bedurfte, sich in der Nähe aufgehalten habe. Was aber den Satz wegen des deutschen Bundes betrifft, so muß ich mich wundern, daß der ehrenwerthe Redner, der vor mir diese Tribüne bestiegen, nicht unserer Ansicht ist. Am 28. Juni haben Sie beschlossen, meine Herren: Mit dem Eintreten der Wirksamkeit der Centralgewalt hört der Bundestag auf; das Aufhören des Bundes haben Sie nie beschlossen; der existirt factisch und rechtlich fort. Ich will mich nicht in diese Dinge verlieren, die schon vor mir (Unruhe) — erlauben Sie mir — die schon vor mir erledigt worden sind. Es existirt in der preußischen Fassung vielleicht ein Fehler, und den gebe ich der Erste zu, daß es nämlich nicht blos heißt: „im Namen des deutschen Bundes," sondern: „im eigenen und im Namen des deutschen Bundes." Aber wegen dieses Formfehlers werden Sie den Krieg nicht fortsetzen wollen. — Ich gehe zum zweiten Angriffspunkte über; es ist über diesen Punkt sehr viel debattirt worden. Meine Herren, 1658 ist Karl Gustav von Schweden über das Eis gegangen, und seit der Zeit ist dieß eine große und einzige Merkwürdigkeit in der Geschichte geblieben. Ich glaube nicht, daß sie Lust haben werden, ein Gegenstück dieser großen Merkwür-

digkeit aufzuführen, und andererseits ist es sehr klar bewiesen, daß es ganz unmöglich ist, von Dänemark zu prätendiren, daß es bis zu dem Augenblick die Waffen ruhen lasse, wo es den dänischen Schiffen nicht mehr möglich ist, die unseren aufzufangen, — nicht zu kapern, wie Herr Löw sagte; denn mit Kriegsschiffen Schiffe fangen, heißt man nicht kapern. (Heiterkeit.) Herr Wurm wirft drittens dem Waffenstillstand vor: Im Art. VI sei die Trennung der aus Schleswig gebürtigen Soldaten von den holstein'schen Truppen ausgesprochen; eine Maßregel, die in der Ausführung, wie im Princip, in hohem Grade bedenklich erscheine. Nachdem es, meine Herren, Mode geworden ist, Zeitungsartikel vorzulesen, erlaube ich mir, Ihnen aus der letzten Nummer der schleswig-holstein'schen Zeitung das Referat der Sitzung der dortigen Nationalversammlung mitzutheilen: „Kiel vom 11. September. Der Versammlung wurde eine Nachricht des Generals Wrangel mitgetheilt, wie er hoffe, daß die Trennung der schleswig'schen und holstein'schen Truppen während des Waffenstillstandes noch wegfällig werde." — Das ist keine Correspondenz, das ist ein Referat. „Und daß Art. VII noch dahin zu ändern sei, daß die Verordnungen der provisorischen Regierung bestehen bleiben, und nur einzelne von der neuen Regierung außer Kraft gesetzt werden. Das Regierungsmitglied äußerte die Hoffnung, daß alsdann dem Waffenstillstande nichts entgegenstehen werde." Dieses Regierungs-Mitglied, Herr Bremer, ist Mitglied derselben provisorischen Regie-

rung, die jetzt abgeschafft werden soll, die also wahrscheinlich dänischer Tendenzen von Ihnen nicht bezüchtigt werden können. Das sind officielle Mittheilungen, und ich glaube somit über diesen Punkt weggehen zu können. Wir brauchen nicht schleswig'scher zu sein, als die dortige Nationalversammlung. Ich komme nun auf den Art. VII. Diesem gegenüber ist alles Denkbare angeführt worden. Ich gehe mit Willen über alle Punkte weg, die in der so langen Debatte bereits erschöpft sind. Einiger Angriffe muß aber doch erwähnt werden. So hat z. B. Herr Waitz erzählt, vierzig dänische Beamte kämen jetzt nach den Herzogthümern, um ihre alten Posten einzunehmen. Er hat von einem Briefe gesprochen; ich kenne zufällig diesen Brief; es steht in demselben: „Vierzig dänische Beamte wollten mit dem Grafen Moltke nach den Herzogthümern reisen;" das ist ein gewaltiger Unterschied; denn wenn sie eine Reise machen, wie sie der Graf Moltke jetzt unternommen hat, so werden sie der Verwaltung weiter nicht gefährlich werden. (Große Heiterkeit.) Allen diesen begründeten und unbegründeten Anschuldigungen und Beweisführungen gegenüber hat Keiner von dieser Seite die Billigkeit gehabt, auf die Tribüne zu steigen, und zu sagen, daß den Herzogthümern Das factisch und rechtlich geworden ist, warum sie Dänemark gegenüber aufgestanden, und weßhalb sie den Krieg angefangen haben. Bedenken Sie, meine Herren, das königliche Gesetz vom 24. März, das factisch die Trennung Schleswig's von Holstein, die Incorporation von Schleswig

in Dänemark aussprach. Dieses Gesetz war es, das damals alle Schleswiger und Holsteiner zu den Waffen rief. Ich appellire an alle Schleswig=Holsteiner, die in dieser hohen Versammlung sitzen, selbst an den, der an der ziemlich leidenschaftlichen Redaction des letzten Schreibens der dortigen Landesversammlung, wenn ich richtig informirt bin, nicht ganz unbetheiligt ist. Ich appellire an sie Alle, ob sie, wenn ihnen damals Das geboten worden wäre, was ihnen der Waffenstillstand jetzt gibt, ob sie sich dann erhoben haben würden? Es wird dieß Keiner behaupten können. Es wird Keiner sagen, daß, wenn damals Dänemark zugegeben hätte, daß für Schleswig, wie für Holstein eine eigene Regierung eingesetzt würde, somit Schleswig factisch von Dänemark getrennt, und Holstein eng verbunden bliebe, daß sie damals aufgestanden wären, und alles Das hätten erreichen wollen, was mit der Zeit durch das Interesse für diese Sache, durch die Siege unserer Waffen, und durch den allgemeinen Enthusiasmus für Schleswig hereinkam, und als wünschenswerth aufgestellt wurde. (Bravo auf der Rechten.) Was nun die materiellen Folgen und Nachtheile des Waffenstillstandes betrifft, so kann ich nicht leugnen, daß alle Redner, welche sich bisher darüber haben vernehmen lassen, eine sonderbare Auffassung dieser Folgen hier zum Besten gegeben haben. Wenn man zunächst von Geldsäcken gesprochen hat, so muß ich auch jetzt wie neulich sagen, daß es sich doch nicht ausschließlich von Geldsäcken und Banquierspekulationen handelt. Es ist ferner auch hier erzählt

worden, daß der Waffenstillstand nur etwa sechs Wochen freien Handel gewähren werde, weil Jedermann vermuthen würde, daß dann wieder der Krieg beginnen werde. Es ist dieß vom Abgeordneten von Calbe gesagt worden, und Das muß ich gestehen, hat mich im höchsten Grade verwundert. Ich glaube im Gegentheil, der Waffenstillstand wird den Frieden nach sich ziehen, und nicht nur während sechs Wochen, sondern während der ganzen sieben Monate für viele Hunderttausende viel Brod und viel Erwerb verschaffen. Ich gehe von der Ueberzeugung aus, daß die weiten Distrikte an der Nord- und Ostsee, die hungernden und darbenden Bewohner der Fabrik-Städte in ganz Deutschland, die armen Ackerbauern, die ohne Absatz ihrer Erndten sind, nicht auf sechs Wochen nur speculiren, Verkäufe, Bestellungen und Handelsoperationen unternehmen, sondern im sichern Hinblick auf den Frieden sich vielen Geschäften derselben mit Vertrauen hingeben werden. Ich theile nicht die Ueberzeugung, daß nach Umlauf von sieben Monaten von Neuem gekapert werden wird; vielmehr bin ich der Ansicht, daß es inzwischen gelingen wird, den so vielfach gedrückten Bewohnern der leidenden Distrikte Brod und Arbeit zu verschaffen. Ich lebe der sichern Ueberzeugung, daß es der Weisheit der Centralgewalt und dem festen Auftreten aller europäischen Mächte gelingen wird, uns nicht in einen neuen Krieg hineinzuwerfen, sondern auf der durch die neuen Zustände gegründeten Basis einen ehrlichen und guten Frieden zu machen, wie ihn Europa nach so gewaltsamen und ge-

waltigen Commotionen nothwendig bedarf. (Lebhafter Beifall.) Es ist hier auch viel von Adressen gesprochen worden. Meine Herren! Lassen wir doch die Adressen; Jeder von uns weiß ja recht gut, wie solche zusammengebracht werden, und wenn die Ihrigen 6000 Unterschriften zählen, so könnte ich Ihnen mehrere mit 4000 dagegen nennen, welche wir aus Schleswig und Alsen erhalten haben, und deren Unterzeichner keine Aufnahme in den deutschen Verband wollen. Sie werden wohl auch einen Unterschied gelten lassen zwischen Dem, was auf hunderte von Meilen von Frankfurt unterzeichnet wird, am Schauplatze der Begebenheiten, in den leidenden Distrikten, und Dem, was in einem Kreise von wenigen Meilen um Frankfurt zum größten Theil zusammengebracht worden ist, wo es keinerlei directe Betheiligung an diesem Kriege gibt. Wenn Ihnen übrigens mit Adressen gedient ist, so wollen wir Stöße davon hierher bringen, die Ihren tausenden von Unterschriften nichts nachgeben sollen. (Auf der Rechten: Bravo! Zischen auf der Linken.) Während ich auf der Tribüne bin, wird mir eben der Altonaer Merkur vom 13. dieses gebracht, und darin heißt es: „Die Aufhebung der Blokade zeigt schon wohlthätige Folgen. Eine bedeutende Anzahl schwedischer Holzladungen ist in den letzten Tagen angekommen. Gestern traf auch der hiesige Grönlandsfahrer „Nordstern" ein, welcher inzwischen in einem nordischen Hafen eingelaufen war. Dänische Schiffe sollen aber dem Vernehmen nach noch nicht einclarirt werden, vermuthlich, weil die proviso-

rische Regierung den Waffenstillstand als suspendirt betrachtet." (Auf der Linken: Nun?) Nun ja, ich werde die Ehre haben, zu beweisen, warum ich Das vorgelesen habe. Wenn aber einige Herren etwa so neugierig sind, so will ich Ihnen nur gleich sagen, es geschieht deßhalb, weil ich für den Francke'schen Antrag spreche. Es ist uns endlich, und namentlich bei der Vorberathung über die Sistirung, von vielen Seiten her auf den Kopf zugeschworen worden, welches die Rolle der preußischen Nationalversammlung zu Berlin in dieser Angelegenheit sein würde; es haben namentlich drei preußische Deputirte, Herr Simon von Breslau, Herr Simon von Trier und der Deputirte von Düsseldorf, Herr Wesendonck, welchen ich eben hier unten an der Tribüne erblicke (Gelächter), uns fest versprochen, die preußische Nationalversammlung werde sich in dieser Angelegenheit gewiß gerade so benehmen, wie hier die Linke. Herr Blum hat es heute wiederholt und uns insbesondere aufgefordert, wir möchten doch durch Zeitungsartikel nachweisen, daß eine dieser Ansicht entgegengesetzte Meinung in Preußen obwalte. Es hat bei dieser Gelegenheit das ehrenwerthe Mitglied von Leipzig beziehungsweise von der Zeitung mit dem eisernen Kreuze — ich begreife diesen Witz vollkommen — (Heiterkeit auf der Linken) gesprochen. Ich bedaure oder freue mich vielmehr, mich gerade in der Lage zu befinden, Ihnen aus einem andern Blatte etwas vortragen zu können. Ich muß um Entschuldigung bitten, daß ich es thue; aber ich bin dazu aufgefordert wor-

den. Es steht dieses Blatt allerdings nicht auf dem Standpunkte, auf welchem sich jene Zeitung befindet; es ist sein Standpunkt auch nicht der meine, es sind die Berliner Volksblätter, ein bekanntlich ziemlich radicales Blatt. Da steht in Nr. 23: „Allerdings hat Preußen seine Vollmacht überschritten, es war aber dazu gezwungen, wollte es die Unterhandlungen nicht abbrechen; und das Frankfurter Parlament, das ihm die Vergütung eines Theils der Kriegskosten verweigert hatte, hätte billig auf die Opfer Rücksicht nehmen sollen, die Preußen in diesem Kriege der deutschen Sache ohne Aussicht auf Ersatz schon gebracht. Preußen hat den Waffenstillstand unter Schwedens Vermittelung und Englands Garantie in seinem eigenen und im Namen des deutschen Bundes abgeschlossen; die Nationalversammlung kann ihn verwerfen, Preußen aber bleibt nichtsdestoweniger für sich gebunden, es kann ohne einen offenbaren Treubruch, einen Verrath zu begehen, nicht zurücktreten." (Auf der Rechten: Hört! Hört!) Später heißt es: „Möchte die Frankfurter Versammlung dieß erwägen, und den begangenen Fehler bei der Berathung über die Bedingungen des Waffenstillstandes, durch Annahme derselben wieder gut machen." (Hört! Hört! auf der Rechten.) Das ist das Blatt, dessen Vorlesung der ehrenwerthe Deputirte von Leipzig hier provocirt hat, und ich enthalte mich aller Commentare. Meine Herren! Ich glaube von der vollkommenen Ueberzeugung ausgehen zu können, wie ich auf dieser Tribüne schon neulich auszuführen die Ehre hatte, daß, nachdem

die Begriffe über Ehre und Schande das individuelle Gut eines jeden Einzelnen sind, derselbe Begriff, der uns (nach dem rechten Centrum) beseelt, auch der Majorität der Versammlung in Berlin innewohnen wird, der Begriff von der Ehre, welche in der Treue liegt. Sie wird ihre Aufgabe verstehen, und das Pfand, das ihrer Ehre anvertraut ist, zu lösen wissen; denn ich kann wahrlich nicht glauben, daß es ernst gemeint war, dieser Beschluß sei nur eine rein ministerielle Frage, wozu der zweite Herr Vicepräsident sie deprimiren wollte, welcher auch hinzufügte: „Nehmen wir den Waffenstillstand nicht an, so ist er nicht angenommen.“ Mit dem Austritt eines Ministeriums ist nicht geholfen und nichts gelöst. Aber, meine Herren, Preußen hat sich für Aufrechthaltung des Vertrags verpfändet, Preußen wird seine Verbindlichkeiten halten ohne Krieg aber fest. (Anhaltender lebhafter Beifall auf der Rechten. Zischen auf der Galerie.)

Simon von Trier: Meine Herren! Das arme, verleugnete Vorparlament, welcher Uebereilung und Anmaßung ist es nicht schon beschuldigt worden! (Eine Stimme aus dem rechten Centrum: Und mit Recht!) Ich aber fordere Sie auf, dasselbe mit der höchsten Achtung zu betrachten, und nicht ohne Noth an dessen Beschlüssen zu rütteln. Das Vorparlament liegt am Nächsten am Bruche der alten Zeit mit der neuen; das Vorparlament ist der wahre Ausdruck des Aufschwunges des deutschen Volkes, und wenn Sie einen Beschluß desselben nach dem anderen zurückziehen, so sollte es

mich nicht wundern, wenn eines frühen Morgens Jemand hier aufträte, und sagte, es sei überhaupt eine Albernheit gewesen, die Vertreter des deutschen Volkes hier in der Paulskirche zusammen zu berufen. (Lebhafter Beifall auf der Linken und auf der Galerie.)

Ich frage, meine Herren, ob der Waffenstillstand, wie er Ihnen vorliegt, wohl zu einer natürlichen Entwickelung der schleswig'schen Verhältnisse die Einleitungen und Voraussetzungen enthält? Worauf ich mit einem entschiedenen Nein! antworten muß. Herr Heckscher und Herr Jordan von Berlin haben Ihnen gesagt: Es sei von Anfang an gar nicht für einen naturgemäßen Zustand, sondern für die unnatürliche Personal-Union mit bloßer Wahrung der Unzertrennlichkeit der beiden Herzogthümer eingeschritten worden. Meine Herren! Ich mache Sie zunächst auf einen einfachen Satz des neuern Civilrechtes aufmerksam, welcher dahin lautet: „Wenn Zwei mit einander einen Vertrag abgeschlossen haben, und der Eine dem Vertrage untreu wird, dann ist auch der Andere befugt, von dem Vertrage abzuweichen." Was im Privatleben, im Civilrechte wahr ist . . . Herr Präsident! ich bitte Sie, mich vor den Unterbrechungen des Abgeordneten Herrn Heckscher zu schützen. — Herr Heckscher! Wenn Sie, oder einer Ihrer Herren Collegen anderer Meinung sind, so mögen Sie dieß, sofern Sie das Wort noch erhalten, nach mir hier aussprechen; oder wenn Sie das Wort nicht mehr erhalten, durch den Druck oder auf irgend andere Weise kundgeben. Ich wiederhole, es ist dieß ein Grundsatz,

wenn auch nicht des römischen, so doch des fortgeschrittenen, insbesondere des französischen Civilrechtes, welches freilich Herrn Heckscher nicht bekannt sein mag. (Große Heiterkeit.) Wenn Zwei miteinander einen Vertrag abgeschlossen haben, und der Eine dem Vertrage untreu wird, dann hat auch der Andere das Recht, von dem Vertrage abzuweichen, und was in den kleinen Verhältnissen des Privatlebens Rechtens ist, das wird wohl auch bei den großen Verwickelungen und gewaltigen Regungen des Völkerlebens zur Anwendung kommen können. Wie wäre es, wenn Herr Heckscher und Herr Jordan nach Paris reisten, um den Franzosen anzurathen, den König Louis Philipp doch zurückzurufen, und ihn zu bitten, nunmehr das Reform-Bankett zu gestatten, da man ja von Anfang an nichts Anderes gewollt habe! Nach Revolutionen, durch welche ganze Verhältnisse gebrochen wurden, reicht es nicht aus, auf die ersten Anlässe zurückzugehen, nach Revolutionen muß vielmehr im großen Ganzen vernünftig und naturgemäß aufgebaut werden. Was bedeutete auch sonst das weltgeschichtliche zu spät! zu spät! — Gerade weil der König von Dänemark in Anerkennung des Rechtes der Herzogthümer es hat zu spät werden lassen, gerade deßhalb ist ihm das Volk mit Gewalt entgegengetreten, und ich verlange nunmehr, daß die Verhältnisse vernünftig und naturgemäß geregelt werden, nachdem derselbe besiegt ist. (Bravo auf der Linken und in der Mitte.) Wenn nun der Waffenstillstand nicht die Voraussetzung zu einer natürlichen Lösung der Verhältnisse darbietet, wenn wir

vielmehr in Allem die Einleitung zum Gegentheil erblicken, so muß ich auch bitten, den Waffenstillstand ganz zu verwerfen, und sich auf keine Vermittlungsvorschläge einzulassen. Ein Theil dieser Vermittlungsvorschläge macht wieder „Voraussetzungen," hegt „freudige Zuversichten," und Herr Jordan sieht es als ein Symptom der sittlichen Versunkenheit an, daß wir so viel Mißtrauen haben. Ja, meine Herren, wir haben Mißtrauen. Wir kommen aus der alten Zeit der Lüge und Heuchelei, und wenn das Mißtrauen sittliche Versunkenheit bewiese, so wäre diese auf jener Seite vorhanden, gegen die wir Mißtrauen haben müssen, nicht auf unserer Seite, wo wir Mißtrauen haben. (Bravo.) Ich bin von meinen Wählern nicht hieher geschickt, um Vertrauen, Voraussetzungen, freudige Zuversichten und zuversichtliche Erwartungen auszusprechen, sondern um meine Augen offen zu halten, Alles zu sehen und darnach zu urtheilen. Ich frage Sie, wer es auf sich nehmen will, die Deutschen in Schleswig durch Voraussetzungen, Zuversichten und Erwartungen, durch ein vages „könnte," „möchte," „dürfte" den größten Gefahren preiszugeben. Ich halte dieß mit der moralischen Verantwortlichkeit eines Volksvertreters nicht für vereinbar. Ich möchte Sie überhaupt bitten, in dieser Sache dem deutschen Volke mit einem „entweder, oder" entgegen zu treten. Die Annahme jedes Vermittlungsvorschlags wird den Ausdruck nicht hervorbringen, der für die gegenwärtige Stimmung erforderlich ist. Ich wiederhole, es ist nicht nothwendig, daß

sofort Blut vergossen werde; denn ich habe nachgewiesen, daß den Befehlshabern die nothwendigen Andeutungen an die Hand gegeben sind, um eine etwaige Waffenruhe eintreten zu lassen. Es wird allerdings auf die Stimmung des deutschen Volkes, insbesondere auf dessen Adressen ankommen, und wenn von der Gegenseite behauptet wird, man könne eben so viele Adressen entgegengesetzten Inhaltes aufweisen, so möge man dieß thun, und uns dabei die Adressen aus dem Kreise Ratibor gefälligst nicht vorenthalten. (Große Heiterkeit.) Man sagt, Preußen habe seine Ehre verpfändet, und mir ist an der Ehre eines jeden einzelnen Staats, der zu Deutschland gehört, auch etwas gelegen. Ich behaupte, daß durch diesen Vertrag weder Deutschland noch Preußen gebunden ist. Deutschland ist nicht gebunden, so lange die Genehmigung der Nationalversammlung nicht erfolgt ist, und weil selbst von der preußischen Regierung diejenigen Bedingungen nicht einmal eingehalten worden sind, welche die Centralgewalt ihr vorgeschrieben hatte. Aber auch Preußen ist nicht gebunden. Zwar ist, wie es heißt, der Waffenstillstand sowohl im Namen des deutschen Bundes, als im Namen Preußens abgeschlossen worden. Ich will aber nicht annehmen, daß Preußen sich anders, denn als Bürge, neben Deutschland gestellt habe. Ich will nicht annehmen, daß Preußen neben Deutschland eine Hauptpartei habe bilden wollen. Wenn aber ein bloßer Bevollmächtigter mit einem Dritten contrahirt, so hat dieser Dritte die Vollmacht zu prüfen, denn er muß wissen, daß der

Vollmachtgeber nicht anders verbunden wird, als nach Maßgabe der ertheilten Vollmacht, der bloße Bevollmächtigte, welcher von seiner Vollmacht Kenntniß ertheilt hat, dagegen gar nicht. Wenn also auch Preußen in eigenem Namen contrahirt hat, so kann ich dieß bloß als ein Bürgschaftsverhältniß ansehen, und wenn der Hauptvertrag und die Hauptverpflichtung fällt, so fällt auch die Bürgschaft. Dänemark mußte wissen, daß es Deutschland war, welches den Krieg von Anfang an in die Hand genommen hatte. Dänemark wußte, daß Preußen bevollmächtigt war; Dänemark mußte sich die Vollmacht, welche Preußen von der Centralgewalt besaß, vorzeigen lassen, Dänemark mußte wissen, daß, wenn Preußen seine Vollmacht mißachtete, weder der Bevollmächtigte, noch auch der Vollmachtgeber in irgend einer Weise verpflichtet werde. Ich behaupte also, daß weder Deutschland noch Preußen gebunden ist. Aber, meine Herren, wenn wirklich die Ehre Preußens oder vielmehr die Ehre des preußischen Ministeriums gefährdet wäre, so bin ich doch nicht derjenige, welcher die Ehre des preußischen Ministeriums der Ehre Deutschlands vorgehen läßt. Das preußische Ministerium hat von Anfang an unsre Befugnisse angezweifelt, es hat Voraussetzungen gemacht, unter welchen dieselben bestehen dürften, es hat verlangt, daß aus unsern Beschlüssen keine Consequenzen gezogen würden, es hat sodann eine unbedingte Vollmacht verlangt, es hat sie formell unbedingt erhalten, materiell nicht, es hat die materiellen Bedingungen überschritten, und nun tritt man uns entgegen und

sagt, die Ehre des preußischen Ministeriums müsse gewahrt werden! Meine Herren, wenn die Ehre des preußischen Ministeriums auf dem Spiele steht, so will ich wenigstens die Ehre Deutschlands nicht noch dazu aufs Spiel setzen! Ich glaube auch nicht an den Bruch mit Preußen. Es ist allerdings eine große Calamität, daß wir unsere Familienbeziehungen im Innern noch nicht geordnet haben zu einer Zeit, da wir schon in der auswärtigen Politik mit Kraft und Einheit auftreten sollen. Ich lehne aber jede Schuld daran von dieser Seite des Hauses ab, denn wir haben bereits vor 8 Wochen darauf angetragen, daß den Voraussetzungen und Zweifeln des preußischen Ministeriums gegenüber aufgetreten werde, wir haben aber trotz wiederholter Interpellationen es nicht dahin zu bringen vermocht, daß ein entsprechender Beschluß gefaßt werde. Nunmehr da ohne unsere Schuld die Calamität eingetreten, daß wir, noch ehe wir im Innern geordnet sind, nach Außen auftreten sollen, fragt man uns, was wir denn nun machen wollten? Das ist eine sehr delicate Frage, ich werde so delicat darauf antworten, als möglich. Meine Herren, wer hat uns geschaffen? Unter wessen Schutz hat das Vorparlament gesessen, unter wessen Schutz der Fünfziger-Ausschuß, unter wessen Schutz stehen wir? — Und wenn das Kind verfolgt wird, zu wem flüchtet es sich? zu seiner Mutter! Ich will den Gedanken nicht weiter ausführen, aber zwei, drei Decrete, und wir haben an die Mutter appellirt! (Bravo auf der Linken.) Wir werden nicht mit Preußen brechen. In dieser Hinsicht

muß ich dem Abgeordneten Jordan von Berlin bestimmt entgegentreten. In Preußen gibt es, wie überall, drei Richtungen, die demokratische, die constitutionelle und die specifisch particularistische, in Preußen, die specifisch preußische. Die demokratische Partei war zuerst nicht recht zufrieden mit der Qualification der Centralgewalt. Als dieselbe aber durch den Particularismus gefährdet wurde, hatte sie den richtigen Sinn, sofort mit der constitutionellen Partei gemeinschaftliche Sache zu machen. Erlauben Sie mir, daß ich mit Ihnen durch verschiedene Städte preußischer Provinzen wandere, um die Regungen des Volkes aufzufassen. Ich habe früher gesagt: wenn Preußen aufhört deutsch zu sein, so werden viele Preußen aufhören, preußisch zu sein. Ich bin Ihnen den Beweis davon schuldig. In der Rheinprovinz hat der Kölner Bürgerverein, der wahrlich keine radicalen Wühler umschließt, sich in starken Ausdrücken für die Einheit erklärt und es für einen Landesverrath angesehen, sich derselben zu widersetzen. Die Städte Trier, Coblenz, Aachen, Düsseldorf haben in Kundgebungen für die deutsche Einheit rühmlich gewetteifert. Das katholische Westphalen brachte der Centralgewalt seine Huldigung dar, in Münster haben am 6. August große Festlichkeiten stattgefunden, und auch aus dem übrigen Westphalen sind bei dem demokratischen Congresse in Köln vier demokratische Vereine vertreten gewesen. Den Magdeburgern hat Herr Ministerpräsident von Auerswald eine Adresse an den König censirt und daraus insbesondere eine Stelle her-

auszustreichen für nothwendig befunden, in welcher die „innige Hingebung Preußens an Deutschland" verlangt wurde. Naumburg und Halle haben in gleicher Richtung lebhafte Theilnahme bewiesen. In Berlin haben sich 67 constitutionelle Vereine gegen 20 für die unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung ausgesprochen, und die Berliner Studentenschaft hat uns ihre lebhafte Theilnahme nicht versagt. In Königsberg hat sich die Mehrheit des constitutionellen Congresses ebenfalls für die deutsche Einheit erklärt und es ist daselbst überdieß die Bildung eines specifisch preußischen Vereins mißglückt. Die ehrenwerthe Stimmung Breslaus und der Provinz Schlesien kann ich als bekannt voraussetzen, und selbst in Danzig, in Stettin und Brandenburg hat sich, trotz aller entgegengestellten Hindernisse der Sinn für deutsche Einheit auf erfreuliche Weise offenbart. Wenn nun Herr Jordan von Berlin nicht zu denen zu gehören erklärt, „welche ihre Augen verschließen, um etwas nicht zu sehen," so möge er auch den von mir vorgetragenen Thatsachen seine Augen nicht verschließen. Meine Herren, mögen die Märker, die Pommern mit Wohlgefallen auf den Bildnissen des großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen verweilen, das thun auch wir, die wir die Verdienste großer Männer zu achten wissen, aber, meine Herren, der große Churfürst, Friedrich der Große würden sich im Grabe herumdrehen, wenn sie es vernehmen könnten, wie ihr Andenken dazu mißbraucht wird, um

Deutschland vor Dänemark in den Staub zu treten! (Stürmischer Beifall.) Meine Herren, überall, in allen acht Provinzen hat die Bürgerwehr der deutschen Einheit gehuldigt, selbst in Potsdam. Es ist eigenthümlich, daß nunmehr die Spaltung zwischen Bürgerwehr und Linienmilitär wieder vorhanden ist. Kurz nach der Revolution war in allen Städten verfügt, daß das Militär nicht ohne Mitwirkung der Bürgerwehr und ohne Einwilligung der städtischen Behörden einschreiten solle. Sehen Sie, meine Herren, so weit ist es gekommen, die Bürgerwehr huldigt, das Heer nicht. Die Spaltung, welche bereits geschwunden war, ist wieder da. Meine Herren, diese Betrachtung führt mich nunmehr auf die specifisch preußische Partei, auf die Partei, welche in Preußen gegen die Freiheit, welche in Deutschland gegen die Einheit reagirt. Ihre Organe sind die „neue preußische Zeitung," die „Wehrzeitung," die „Preußen," „Patrioten-" und „Mit Gott für König und Vaterlands Vereine." Der Preußenverein rief vor dem sechsten August zu offenbarer Widersetzlichkeit gegen die Centralgewalt auf, eben so die Wehrzeitung, welche überhaupt jede Vereidigung des Heeres auf die Verfassung für „Comödie" und „Spuk" erklärte. Die neue preußische Zeitung veröffentlichte als Zeichen echter preußischer Gesinnung, daß man in der Uckermark so viele schwarz-roth-goldene Taschentücher verbrannt habe, als man nur habe finden können, und schrieb den Reichsministerialerlaß hinsichtlich des 6. August einer „sonderbar benebelnden Kraft der Frankfurter Luft" zu. (Stimmen auf

der Rechten: Schluß!) Sie sprachen, meine Herren, von dem Bruch, der zwischen Preußen und Deutschland drohe: ich habe mich redlich bemüht, zu erkennen, welche Gesinnungen in der Majorität des preußischen Volkes herrschen; ich zeige Ihnen nunmehr, welche Pläne hinter der Minorität lauern und dazu habe ich ein Recht. Dieselbe Richtung ist es auch, welche eine Adresse in Circulation setzte, durch welche verlangt wird, Friedrich Wilhelm IV. solle zu Gunsten des Prinzen von Preußen den Oberbefehl des Heeres niederlegen, zu einer Zeit, während welcher in Berlin verlautete, daß der König noch immer mit voller Hingebung an der deutschen Einheit festhalte. Meine Herren, diese specifisch preußische Partei stand leider in zu enger Verbindung mit dem preußischen Ministerium. Zunächst war es Obristlieutenant v. Griesheim, Mitarbeiter im Ministerium des Herrn v. Schreckenstein, welchem eine Broschüre beigemessen wurde, in welcher das Aufgehen Preußens in Deutschland als eine „Uebereilung" und die Huldigung zu Gunsten des Reichsverwesers als ein „Selbstmord Preußens" bezeichnet ist. (Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Ich kann durchaus nicht finden, daß dieses nicht zur Sache gehöre.

Simon: Herr v. Griesheim wurde alsbald entfernt, aber was er in seiner Broschüre gepredigt hatte, wurde durch Herrn Roth von Schreckenstein am 6. August redlich ausgeführt. Herr v. Auerswald erkannte in der Aufforderung des Reichsministeriums zur Huldigung eine „ungewöhnliche Bezeich-

nung," und die Zeitung der Stadt Aachen, der Heimath des Herrn von Hansemann, erzählt: „Hier in Norddeutschland — in Aachen! — sei die Wahl des Reichsverwesers kalt aufgenommen worden." Sie sehen, meine Herren, das preußische Ministerium hat sich leider der Minorität des specifischen Preußenthums allzusehr hingegeben. Dieses Ministerium ist gestürzt, und wenn demselben nunmehr ein Ministerium im Sinne des Volkes folgt, dann können wir hier in Frankfurt freier aufathmen. Sie sehen, meine Herren, was diese verwegene Minorität im Schilde führt. Diese Minorität ist es, welche gegen die Einheit, welche gegen die Freiheit anstrebt, sie ist es, welche nicht dulden will, daß der Beschluß über den Stein'schen Antrag in Preußen vollzogen werde. Mag sie es unternehmen, die Einheit zu untergraben, die Vollziehung des Beschlusses der Berliner constituirenden Versammlung zu hintertreiben, mag sie es versuchen, gegen unsern Beschluß und unter allen Umständen den Waffenstillstand aufrecht zu erhalten, der Lohn solcher Bestrebungen wird ihr nicht ausbleiben! Ihnen aber, meine Herren, rufe ich zu: lassen Sie sich durch keinerlei Kunstgriffe der alten Schule von der richtigen Bahn ableiten! Herr Jordan aus Berlin meint zwar, das erwachte Volk dulde keine diplomatischen Kunstgriffe mehr. Nun, das Volk hat uns als Vertreter hergeschickt, darum sollen eben wir sie nicht dulden. Muth, meine Herren, rufe ich, Muth! und schließe mit den Worten des großen Dichters:

Säume nicht, dich zu erdreisten,

Wenn die Menge zaudernd schweift,
Alles kann der Edle leisten,
Der versteht und rasch ergreift!

(Stürmischer anhaltender Beifall vom linken Centrum, der linken und der Gallerie. Wiederholter Ruf nach Schluß.)

Präsident: Meine Herren! Es wird vielfältig der Schluß begehrt; ich müßte also den Schluß zur Abstimmung bringen. Zwar ist es nöthig, mit dieser Discussion zu einem Ende zu kommen, weil vor Entscheidung dieser Frage es nicht möglich ist, ein Ministerium neu zu bilden, das wir bei der nun so lange andauernden Krisis dringend bedürfen. Darüber sind Alle einig. Aber es sind einige Mitglieder da, von denen ich glaube, daß die Billigkeit es erfordert, daß sie gehört werden. Zu diesen gehört Max Gagern, zu diesen gehören die Minister, (Zuruf: Nein! nein!) zu diesen gehören, der Geschäftsordnung nach, die Berichterstatter. Ich glaube, daß Niemand das Billigkeitsgefühl verleugnen wird, den so vielfach Angegriffenen die Vertheidigung abschneiden zu wollen. (Zuruf! Max Gagern soll sprechen, die Minister haben aber schon gesprochen! Wenn noch andere Redner gehört werden wollten, so hat Matthy zuerst das Wort. (Allgemeiner Ruf: Schluß! Schluß!) Ich frage nun die Nationalversammlung, ob sie außer den bezeichneten Rednern noch andere zu hören wünscht.

Fürst Lichnowsky: Nein, so ist die Frage nicht.

Präsident: Ich habe die Frage so gestellt, weil

ich geglaubt habe, daß kein Redner, der nicht angegriffen worden ist, mehr das Wort erhalten solle.

Fürst Lichnowsky: Ich habe mir über die Fragestellung das Wort erbeten, und ich glaube im Sinne der Mehrheit der Versammlung zu sprechen, wenn ich sage, daß wir den Bevollmächtigten der Nationalversammlung in Schleswig, Max von Gagern, hören wollen. Was jedoch die abgetretenen Minister betrifft, so wäre es ein höchst gefährliches Präcedens, wenn, so oft ein ehemaliger Minister angegriffen wird, ihm das Recht zustünde, beim Beginn und am Ende der Debatte das Wort zu ergreifen. (Zustimmung auf der Linken und dem linken Centrum.) Wenn der Herr Präsident sich darauf beruft, daß sie angegriffen worden sind und deßhalb das Wort haben sollen, so können wir Alle, da wir uns Alle angegriffen haben, das Wort noch einmal begehren.

Präsident: Ich glaube, daß das etwas ganz Anderes ist, wenn einzelne Redner wegen des Inhaltes ihrer Reden angegriffen worden sind. Die Minister aber sind in ihrer ganzen amtlichen Thätigkeit angegriffen und diese Anklage ist etwas ganz anderes. (Unruhe in der Versammlung.)

v. **Vincke** von Hagen: Ich habe mir das Wort erbeten, um mich entschieden gegen die Ansicht des verehrten Mitgliedes aus Ratibor und für die Ansicht des Herrn Präsidenten zu erklären. Ich denke, wir würden es jedem Minister, auch dem zukünftigen, unmöglich machen, ein solches Amt zu übernehmen, in dem Augen-

blicke, wo er von jedem Mitgliede angegriffen wird, wenn ihm nicht das Recht des gewöhnlichen Verbrechers zustehen soll, sich zu vertheidigen. (Einige Stimmen: Bravo! Unruhe in der Versammlung.) Ich glaube nicht, daß die Versammlung, die das Recht hat, die Minister in Anklagestand förmlich zu versetzen und sie moralisch darin versetzt hat, durch Alles, was in dieser Debatte gegen sie gesagt worden ist, daß sie das Recht, sich zu vertheidigen, ihnen abschneiden wird. Ich würde das nicht vereinbar halten mit der Ehre Deutschlands. (Einige Stimmen: Bravo!)

Wesendonck von Düsseldorf: Es sind außer den abgetretenen Ministern noch andere Mitglieder in der Versammlung, die angegriffen worden sind und die ebenfalls ein Interesse haben, auf dieser Tribüne hier zu erscheinen. Wenn Sie aber durchaus der Meinung sind, daß die abgetretenen Minister gehört werden müssen, so folgt daraus, daß Sie den Schluß nicht votiren können. Wenn Sie den Schluß votiren, so dürfen Sie nach der Geschäftsordnung Niemanden das Wort geben, als den Berichterstattern, sonst weichen Sie von dem Gesetze ab und ein solches Abweichen vom Gesetze will ich Ihnen nicht zumuthen.

Eisenmann von Würzburg: Meine Herren! Wie ich gesprochen habe und wie ich stimmen werde, wissen Sie; aber ich muß der Gerechtigkeit Zeugniß geben, die Minister müssen wir hören, wenigstens einen. Gehen Sie das parlamentarische Leben in allen Ländern durch, so werden Sie finden, daß die Minister immer zuletzt

das Wort haben, in allen Parlamenten haben sie das Recht, zuletzt zu sprechen.

Eine Stimme: Es gibt keine Minister mehr.

Eisenmann: Ich appellire an Ihr Gerechtigkeitsgefühl.

Präsident: Ich hätte nicht geglaubt, daß die Leidenschaft so weit ginge, daß Viele die Vertheidigung verweigern wollen. (Anhaltende große Unruhe in der Versammlung. Einige Stimmen: Bravo!)

Schaffrath aus Sachsen: Meine Herren! Ich erlaube mir daran zu erinnern, daß der Präsident nicht mit debattiren und urtheilen darf. (Mehrere Stimmen auf der Linken: Bravo! Unruhe in der Versammlung.)

Präsident: Ich lasse mir weder das Recht, zu debattiren, noch zu urtheilen, nehmen, hier oder auf der Tribüne. (Bravo von der Rechten, große Unruhe auf der Linken.) Wenn Sie mir die Geschäftsleitung unmöglich machen, so werde ich die Sitzung aufheben. Ich schlage Ihnen folgenden Weg vor und ich bitte Sie, mich anzuhören. Mehrere sagen: „die Minister sind keine Minister mehr," und ich behaupte: sie sind es noch. (Unruhe in der Versammlung.) Ich bitte um Ruhe. Ich will mir keine Entscheidung anmaßen, ich will nur über die Frage abstimmen lassen. Nach dem Gesetz über die provisorische Centralgewalt haben die Minister als solche das Recht, das Wort zu nehmen; sie haben dieses Recht, so lange sie noch Minister sind, so lange kein anderes Ministerium besteht, denn ohne Ministerium können wir nicht sein, daher müssen sie auch berechtigt

sein, das Wort zu verlangen. Das ist meine Meinung. Diese Meinung erlaube ich mir, weil sie die Geschäftsleitung betrifft, hier auszusprechen, und ich halte es für meine Pflicht, sie auszusprechen. (Bravo!) Ich habe keinen Einzelnen, sondern die leidenschaftliche Stimmung in der Versammlung im Auge gehabt und diese wird Niemand leugnen, er müßte denn den Tag leugnen. — Ich werde über die Frage, ob die Minister, die abgetretenen und noch provisorisch functionirenden Minister, als solche, das Wort haben dürfen, abstimmen lassen, wenn dagegen kein Einwand erfolgt. Es scheint mir übrigens in der Natur der Sache zu liegen.

Wesendonck vom Platze aus: Ich habe darauf angetragen, die Frage auf den Schluß zu stellen, und wenn dieser genehmigt wird, haben die Minister das Wort nicht mehr.

Präsident: Herr Wesendonck hat beantragt, die Frage auf den Schluß zu stellen, indem seine Meinung ist, daß, wenn der Schluß von der Versammlung ausgesprochen ist, nur noch der Berichterstatter das Wort hat. Ich frage, ob die Nationalversammlung der Meinung ist, *daß die früheren, provisorisch noch fortfunktionirenden Minister in Gemäßheit des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt ermächtigt sind, noch das Wort zu ergreifen?* Diejenigen, welche dieser Meinung sind, bitte ich aufzustehen. (Die Mehrzahl erhebt sich.) *Ich werde den Ministern das Wort geben vor dem Schlusse.* (Viele Stim-

men: Max von Gagern!) Ich muß darüber fragen, weil ich Max von Gagern unter die Minister nicht gefaßt habe. Will die Nationalversammlung dem Max v. Gagern das Wort noch geben? (Die Mehrzahl erhebt sich.) Max Gagern hat das Wort.

Max von Gagern von Wiesbaden: Meine Herren! Ich bedauere es, zum erstenmale vor Ihnen zu reden in einer Angelegenheit, bei der ich persönlich betheiligt bin; allein ich stehe vor Ihnen als ein Angeklagter (viele Stimmen auf der Linken: Nein!), zwar auch vertheidigt, aber, wie sich ein Abgeordneter aus Oesterreich elegant ausgesprochen hat — beschimpft, und was schlimmer ist, von einem Mitglied von dieser Seite (zur Linken) öffentlich, von einem von jener Seite (zur Rechten) heimlich bemitleidet. Wenn man das Bewußtsein hat, in jedem Augenblicke nach vollkommener Ueberlegung und Selbstprüfung gehandelt zu haben, so kann man solche Bemerkungen, wie sie gefallen sind, solche Vergleichungen und Schilderungen der Stellung, in der ich mich befunden haben soll, mit vollkommener Ruhe anhören und ohne Leidenschaft beantworten. Meine Herren, in dem Rathe der Minister war meine Sendung beschlossen und aufgefaßt worden als eine Aufgabe des Friedens, wie Sie das aus der Vollmacht ersehen können, in dreifacher Beziehung als eine Aufgabe des Friedens gegenüber Dänemark; diese Aufgabe hatte noch nicht einmal ihren Anfang genommen, d. h. die Ausführung hatte noch nicht einmal, wie ich Ihnen

später schildern werde, ihren Anfang genommen; dann als eine Aufgabe des Friedens gegenüber den Herzogthümern und der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein und drittens auch als eine Aufgabe des Friedens gegenüber Preußen. Der preußische Bevollmächtigte hat zuerst hier dasjenige Actenstück veröffentlicht, oder es ist mit seiner Zustimmung veröffentlicht worden, welches die Hauptmotive zu diesem Schritte des Friedens ausdrückt, es ist dieß die Instruktion des Ministers von Auerswald an den General von Below: darin sind die Motive, die den Ministerrath zur Ertheilung der Vollmacht an Preußen bewogen haben, hinreichend auseinandergesetzt. Ich komme nicht darauf zurück, eine Statistik der Meinungen in den verschiedenen Theilen von Preußen hier geben zu wollen. Die Presse und die öffentliche Meinung wird das später noch klarer herausstellen, inwieweit die materiellen Interessen in einzelnen Provinzen von Preußen von Nord-Deutschland im Gegensatze sind. Meine Aufgabe fing damit an, in Berlin den ersten Theil meiner Instruktion auszuführen; das Mitglied für Leipzig hat für gut gefunden, zu erklären, ich hätte in Berlin gar Niemand gesprochen. Ich könnte von ihm wohl verlangen, daß er die Actenstücke, die wir doch mit aller Aufrichtigkeit veröffentlicht haben, gelesen hätte; dann würde er gefunden haben schon in meinem ersten Bericht, daß ich allerdings auf dem auswärtigen Amte in Berlin eine Zusammenkunft gehabt habe und daß ich sogar ein Urtheil fälle über diese Zusammenkunft . . .

Blum (vom Platze aus): In dem stenographischen Bericht aber steht, in Berlin . . .

Mehrere Stimmen: Ruhe!

Max von Gagern: Die Ausdrücke in meinem ersten Berichte aus Berlin sind ganz deutlich. Ich will über diese erste Zusammenkunft auf dem auswärtigen Amte in Berlin sogleich hier in einige Erläuterungen eingehen. Es war gerade, unglücklicherweise, der 12. August, nämlich der Tag, an dem sowohl der König als auch die Minister von Berlin zum Feste nach Köln abreisten, wenn ich mich nicht sehr irre, in den Nachmittagsstunden, jedenfalls der Minister des Aeußern. Das ist allerdings die Ursache, warum die Zusammenkunft kurz war und warum nicht auf alle einzelnen Fälle so eingegangen werden konnte, wie ich es wohl gewünscht hätte. Die Verhandlungen berührten nun verschiedeue Punkte. In Berlin erst erfuhr ich, daß der Ort der Verhandlungen in Malmoe sein würde Meine Vollmacht ist ausgestellt in der Unterstellung, daß die Verhandlungen wieder auf der Schleswig-Jütischen Grenze stattfinden würden, etwa in Bellevue bei Kolding an der jütischen Grenze. In dieser Unterstellung sind die Worte gebraucht worden: „in der Nähe der Verhandlungen." Erst in Berlin, wie gesagt, erfuhr ich die Schwierigkeit der Ausführung meines Auftrages in diesem Punkte, die Thatsache nämlich, daß die Verhandlungen in Malmoe in Schweden stattfinden sollten. Dadurch ist allerdings meine Aufgabe äußerst schwierig geworden. Nach Malmoe sogleich zu gehen, von Ber-

lin aus, war ein bedeutendes Hinderniß: denn vorerst hatte ich den Auftrag, in Rendsburg zu verhandeln, und dort aufzutreten hielt ich für die nächste Pflicht aus dem Grunde, den bereits der Minister des Aeußern angegeben hat, nämlich daß es die Absicht des Reichsministeriums war, der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein diese Ehre zu erweisen, daß man sie selbst hörte über den Zustand der Dinge, daß nicht eine andere Regierung eingesetzt wurde, ohne daß man die gegenwärtige provisorische Regierung von Schleswig-Holstein darüber hörte, in jeder Beziehung hörte über die Personen wie über andere Fragen. Sodann kam in Berlin auch schon die Personenfrage zur Sprache. Der Minister des Auswärtigen hatte mit den schleswig-holsteinischen Abgeordneten mit aller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit Rücksprache genommen über die verschiedenen Personen, die man in der öffentlichen Meinung bezeichnete, oder deren Nennung man erwarten konnte, als für eine neue provisorische Regierung möglich und empfehlenswerth. Die Liste, die hier aufgestellt ward, brachte ich in Berlin zu Sprache; ich fand, daß man in Berlin auch schon solche Listen angefertigt hatte, sie wurden verglichen und in meinem ersten Berichte habe ich bereits ausgesprochen, daß eine bedeutende Verschiedenheit der Ansichten über die verschiedenen Personen nicht hervorgetreten sind, umsoweniger, als der Name des Grafen v. Moltke natürlich von keiner von beiden Seiten zur Sprache gebracht wurde. Wenn ich mit aller Offenheit, mit der ich die ganze Sendung vollzo-

gen habe, sprechen soll, so muß ich sagen, daß ich in Berlin die Ueberzeugung gewonnen habe, daß das preußische Ministerium nicht so sicher war, als wir es hier glaubten, daß es den Entwurf von Bellevue durchsetzen könnte. Ich weiß nicht, ob unterdeß Noten eingegangen waren, die die Sache noch schlimmer stellten, aber ich fand auf dem auswärtigen Amte in Berlin einige Zweifel darüber, ob auch wirklich der Entwurf von Bellevue im Wesentlichen durchgehen würde. Von Berlin aus war meine nächste Aufgabe, in den Herzogthümern selbst zu erscheinen, wie es meine Instruction oder Vollmacht vorschrieb. Nach Rendsburg mußte ich zuerst gehen. Es war das erste Mal in meinem Leben, daß ich die Herzogthümer betrat. Mitglieder der provisorischen Regierung sind mir theils aus älterer, theils aus neuerer Zeit persönlich befreundet, aber ich werde mich nicht scheuen, auch über diesen Theil meiner Sendung ganz offen zu sein. Was die Stimmung in den Herzogthümern betrifft, so hat man von einer Seite vermißt, daß sich die Bevölkerung nicht immer in dem Zustande der Schlagfertigkeit und der Gereiztheit befunden, wie es vielleicht zu Zeiten wünschenswerth gewesen wäre; — der verehrte Abgeordnete von Gießen hat, gewiß ohne es zu wollen, sich auf den Standpunkt der dänischen Regierung begeben und gesagt, es sei die Bewegung in den Herzogthümern eine Revolution von Professoren gewesen, gerade dasselbe sagt auch Fädrelandet; er hat diesmal, ohne es zu wollen, den Standpunkt Dänemarks eingenommen; — im Gan-

zen aber kann ich nur mit der größten Achtung von der männlichen Ruhe und Entschlossenheit sprechen, die ich in den Herzogthümern gefunden habe, und diese männliche Ruhe und Entschlossenheit habe ich auch ganz richtig vertreten gefunden in der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein. Ich habe die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein als eine deutsche aufgefaßt und habe in der Eigenschaft als Vertreter der deutschen Centralgewalt mit ihr verhandelt, nicht als Diplomat; denn wie gesagt, eine diplomatische Sendung meinerseits hatte noch gar nicht angefangen, ich hatte in Berlin und Rendsburg nicht als Diplomat zu handeln, sondern als Vertreter der Centralgewalt. Ich muß noch einige Punkte anführen von der Stimmung gegenüber Preußen, die ich in den Herzogthümern gefunden habe. Ich will nicht leugnen, daß die preußische Diplomatie, sofern sie sich mit den Herzogthümern beschäftigt hatte, wenig Anklang gefunden; allein um so anerkennenswerther war die Stimmung für die Betheiligung, die Preußen an der Organisation des Landes in militärischer Beziehung genommen hat; es ist vielleicht denjenigen, die nicht Schleswig-Holsteiner sind, weniger bekannt, daß in der Schleswig-Holsteinischen Armee eine ganz geringe Anzahl von eingebornen Offizieren ist, bei weitem die größte Anzahl sind Preußen, die Schleswig-Holsteinschen Truppen werden von preußischen Offizieren commandirt und das gegenseitige Verhältniß ist durchaus befriedigend, ich habe von beiden Seiten die größte Befriedigung darüber gehört, wie ich nicht anders sagen kann. Es ist dieses Ver-

hältniß ganz eigenthümlicher Natur daraus entstanden, daß früher fast alle Offiziere Dänen waren und in dänischen Diensten geblieben sind. Eine der ersten Angelegenheiten, die ich mit der provisorischen Regierung zu besprechen hatte, war natürlich ihre eigene Stellung und mein ganzer Auftrag, besonders der höchst wichtige und delicate Punkt der Personenliste. Ich habe schon in dem ersten Berichte mich dahin ausgesprochen, daß die provisorische Regierung jedes persönliche Opfer bringen würde, sofern das Interesse nicht Schleswig-Holsteins allein, sondern des gemeinsamen Vaterlandes ein Opfer dieser Art von ihr verlangte. Sie hat mit größter Unbefangenheit auf alle meine Anfragen über die Personen, deren Namen ich nannte, sich ausgesprochen. Man vermißt unter den Actenstücken — und es ist von dieser Seite bedauert worden (auf die Linke deutend) die Liste der Namen, die ich bei mir hatte, und diejenigen, die ich nachher in Folge dieser Unterredung mit der provisorischen Regierung aufgestellt habe. Bei der großen Entfernung von Malmoe und bei der Voraussetzung, daß sich mir vielleicht nur einmal Gelegenheit bieten könnte, mit Malmoe zu cummuniciren, mußte ich mich darauf beschränken, nicht etwa bestimmte Combinationen von Namen aufzustellen, sondern sämmtliche Namen, die zur Sprache gekommen waren, als mehr oder minder geeignet in drei Kategorien zusammenzustellen. Es ist bei den Eigenschaften, die erfordert wurden, vor allen Dingen deutsche Gesinnung von mir erwähnt worden, dann besonders auch Geschäftskundigkeit, denn deutsche Gesin-

nung ohne alle Geschäftskenntniß würde nicht allein berücksichtigt worden sein. Diese Liste, die die deutsche Gesinnung und Vaterlandsliebe, den Patriotismus gewissermaßen tarifirt, zu publiciren, würde, wie ich glaube, Niemand von mir verlangen, sie befindet sich in einem Exemplar in der Hand des General Below und einmal hier in meiner Brieftasche, es hat sie Niemand anders von mir erhalten. Ich würde mich nicht unterstehen, den Patriotismus so vieler ehrenwerther Männer zu tarifiren; aber ich wiederhole es, daß natürlich jeder ausgesprochene dänische Parteimann, wie auch in meinem Berichte steht, möglichst ausgeschlossen werden sollte. Das ist der Punkt der Personalliste. Ein verehrtes Mitglied für Würzburg hat gefragt, ob nicht irgendwo etwas zwischen den Zeilen zu lesen sei, in Beziehung auf den Herzog von Augustenburg. Darüber kann ich nur Folgendes erwähnen: es ist mir von geheimen Artikeln durchaus nichts bekannt, nichts von geheimen Verhandlungen hierüber. Wenn ein officielles Ansinnen dieser Art an den Herzog von Augustenburg gestellt worden wäre, sich während des Waffenstillstandes aus den Herzogthümern zu entfernen, so habe ich die Ueberzeugung, daß er ein solches Ansinnen mit Würde abgelehnt haben würde; das ist Alles, was ich darüber zu sagen habe. Ich komme aber nun auf eine Frage, die mich allerdings nur persönlich betrifft: warum ich nicht nach Malmoe gegangen sei, nachdem der General Below mich in dem Schreiben vom 19. d. ausdrücklich dazu aufgefordert habe. Die Stelle im Briefe des General

Below ist die:„ Ich beehre mich zu erwiedern, wie ich wohl wünschte, daß Sie mir hier zur Seite stünden, indem meine Aufgabe keine leichte ist." Ich will Sie zuerst daran erinnern, daß es in Berlin ausdrücklich abgesprochen war, daß ich nicht am Orte der Verhandlung selbst anwesend sein würde, daß, so lange der Waffenstillstand nicht abgeschlossen worden sei, ich eine diplomatische Aufgabe gar nicht zu erfüllen hätte. Ich weise daher jede Vergleichung, jede Schilderung von persönlichen Verlegenheiten zurück, denn ich hatte keine diplomatischen Aufgabe, bis der Waffenstillstand abgeschlossen war. In meiner Vollmacht fand ich kein Wort, daß ich mit dem preußischen Bevollmächtigten zusammen und direct verhandeln sollte; ich hatte auch keine Aufsicht über die Verhandlungen zu führen, wie sie mir, ich weiß nicht welcher Redner, hat zumuthen wollen. Alle Bedingungen liegen in der Vollmacht; Sie kennen meine Vollmacht, weiter hatte ich nichts zu bewilligen. Ich würde nach Malmoe gegangen sein, wenn General Below mir geschrieben hätte, man erwarte in Malmoe von dänischer Seite den Gesandten der Reichsgewalt. Ohne diese Einladung hatte ich da nichts zu thun. Meine Herren! Sie haben also nun diesen Waffenstillstand vor sich. Wenn die Personalfrage bei der veränderten Sachlage auch heute noch auf befriedigende Art gelöst wird, so habe ich die Ueberzeugung, daß der Waffenstillstand für die Herzogthümer ein erträglicher ist und in manchen Punkten sogar einen Fortschritt zur Ordnung der inneren Angelegenheiten der

Herzogthümer in sich trägt. Es ist in dieser Frage von so vielen Seiten schon die Stellung der auswärtigen Mächte berührt und so beleuchtet worden, daß ich darüber sehr kurz sein darf. Ich bin der Ueberzeugung, daß unsere auswärtige Politik, unsere Stellung zu den auswärtigen Mächten von dem Augenblicke an eine günstigere, bessere sein wird, wenn wir diese Waffenstillstandsangelegenheit beendigt haben. Ich spreche nicht weiter von einzelnen Mächten, nicht von der weisen Mäßigung Rußlands, nicht von der Freundeshand Frankreichs, von der ich überzeugt bin, daß sie nicht ausgestreckt sei, um die Deutschen untereinander zu trennen, ich spreche nicht von der Betheiligung Englands. Nur das will ich sagen, daß ich aus allen Stücken, die mir zur Kenntniß gelangt sind, ersehen habe, daß diese Betheiligung Englands für uns eine freundschaftliche gewesen ist (vielfacher Beifall), und erst in der letzten Zeit, als die große Schwierigkeit entstand, die Verhältnisse bald mit Preußen, bald mit der Centralgewalt zu verhandeln, richtig zu verstehen, da ist auch England ungeneigter, ungeduldiger, will ich sagen, aufgetreten. Wir haben in einer Anmerkung der Actenstücke gesagt, eine genaue Kenntniß der diplomatischen Verhandlungen könne erst dann hervortreten, wenn das preußische Gouvernement durch den Staatsmann, welchem ich hier ein ehrenvolles öffentliches Zeugniß zu geben mich verpflichtet fühle, Ritter Bunsen, alle Actenstücke mitgetheilt haben werde, vom Auftrage des Bundestages an bis zur Ertheilung der Vollmacht

durch die Centralgewalt. Auch die Mächte zweiten Ranges sind außer den drei Großmächten in unserer Politik von allerhöchster Bedeutung. Ich würde im höchsten Grade beklagen, wenn wir durch diese einzelne Angelegenheit von Schleswig-Holstein ohne einen bestimmten Plan, ja mit einer Art von Planlosigkeit, vom bloßen Zufalle geleitet, in politische Mißverhältnisse verwickelt würden! Will man einen Krieg, glaubt man, daß die Nation Krieg bedürfe, so soll man nach einem Plane verfahren und sich den Feind ausersehen, mit dem man anbinden will, aber nicht so planlos sich einlassen mit Mächten zweiten Ranges, gegenüber denen uns der Sieg nicht einmal gar zu hoch angerechnet werden dürfte. Diese Besorgniß, die mich anwandelt, dieser Kummer über mögliche Verwirklichung derselben, beschäftigen mich gerade in diesem Momente um so mehr, wo unsere Verfassung unfertig daliegt. Wir hätten der äußeren Ruhe so sehr Bedürfniß, um dieses schwere Verfassungswerk zu beendigen. Die alte Verfassung des Bundes war wie eine Glocke, die einen Sprung hatte und nicht mehr tönte, sie ist zusammengeschlagen worden, die Stücke sind geschmolzen und befinden sich in flüssigem Zustande. Aber die Form, wo hinein diese geschmolzene Masse gegossen werden soll, ist noch nicht gemacht, und darum die Form der Glocke, welche schon noch ertönen wird, gerade jetzt so schwierig. Ist die Glocke gegossen, hat sie einen guten Klang, dann möge man Sturm läuten; aber im jetzigen Zustand, bei den Verwickelungen und Unklarheiten unseres Staatsrechts,

die wir selbst nicht leugnen können, ist es bedenklich, zu gleicher Zeit mit drei auswärtigen Mächten und mit zwei Mächten vom zweiten Range zugleich anzubinden und zugleich den Schwierigkeiten der innern Politik entgegenzutreten. Meine Herren, ich weiß es wohl, es ist sehr angenehm, getragen von der öffentlichen Stimmung, einen Gegenstand zu vertheidigen, — ich habe das auch in meinem Leben erfahren, obgleich ich nur wenig an dem Becher der Popularität genippt habe, den ich auch heute nach Pflicht und Gewissen ablehnen muß, — ich weiß es wohl, daß es verführerisch ist, getragen von der öffentlichen Meinung, eine große Idee des Vaterlandes gegenüber den eigenen Regierungen und gegenüber dem Auslande zu vertreten; das habe ich im Monat März erfahren; allein nichts soll mich abhalten, heute in entgegengesetzter Richtung zu reden; wenn eine höhere Pflicht der Ueberzeugung gebietet; mich schreckt es nicht, im Gegentheil, mich kann es erfreuen, wenn die Wogen der öffentlichen Meinung bis zu diesen Thoren der Paulskirche schlagen, das schreckt mich nicht. Aber die wogende Menge, das behaupte ich entschlossen, hat in schwierigen Staatsangelegennicht uns zu belehren, sondern sich von uns belehren zu lassen. (Lebhaftes Bravo auf der Rechten und im Centrum.) Blicken wir auf das, was aus diesen Verhandlungen hervorgehen wird: ein Glück, die Ueberzeugung, die sich nicht allein der Nation, sondern auch allen Regierungen mittheilen muß, das ist: daß sich unsere auswärtige Politik auf die Länge nicht in so

verschiedenen Händen befinden kann, daß die auswärtige Politik, die Vertretung Deutschlands gegenüber dem Auslande centralisirt werden muß und auf jede Gefahr. (Allgemeines Bravo.) Zum Schluß noch ein Wort über den Antrag, dem ich mich anschließe; es ist dieß der Antrag der schleswig-holstein'schen Abgeordneten Francke und Genossen, den dieselben keineswegs als Schleswig-Holsteiner gestellt haben, sondern, das bin ich von ihnen überzeugt, als Deutsche, im Interesse des gesammten Vaterlandes. Ich unterstütze diesen Antrag als einen vermittelnden, und als solchen empfehle ich Ihnen denselben, er enthält alle jene Bestimmungen, welche der gegenwärtigen Sachlage angemessen sind. (Bravo auf der Rechten, Ruf nach Vertagung.)

Heckscher von Hamburg: Meine Herren! Mitten in dieser Debatte ist es mir zuweilen gegangen wie Einem, dem die Augen verbunden werden, und der so in der eigenen Vaterstadt herumgeführt wird, plötzlich aber wird ihm die Binde abgenommen und er wird gefragt: Wo bist du? — So habe ich oft in dieser Debatte mich gefragt: warum handelt es sich eigentlich? Man spricht von allen möglichen Dingen, nur nicht von dem Waffenstillstande. So, meine Herren, hat es das Ministerium nicht verstanden, es hat keine Nebenabsichten gehabt, sondern die ernste Frage vorgelegt: ist unter diesen schwierigen unwillkommenen Umständen dieser Waffenstillstand anzunehmen oder zu verwerfen? Vergessen Sie nicht, und ich muß, meine Herren, es wiederholen, weil man immer geneigt ist, es wieder zu

sagen, — vergessen Sie doch nicht, das Ministerium hat keinen Waffenstillstand abzuschließen gehabt, es hat Preußen beauftragt. Und ich habe noch Keinen gehört, der gesagt hätte, daß man hätte Preußen nicht beauftragen sollen. Ich habe Keinen gehört, der gesagt hätte: ich als Minister hätte den Muth gehabt, Preußen das Vertrauen abzuschlagen, das Vertrauensvotum abzuschlagen, um das das Ministerium bat, im Vertrauen auf seine Verdienste für das Vaterland. — Ich weiß es aber, meine Herren, ich kann es mir vollkommen wohl denken, warum man alles Mögliche in diese Debatte hineinmischte. Es sind diejenigen dabei, denen die Einheit Deutschlands auf die Art, wie die Majorität bisher sie verstanden hat, ein Dorn im Auge ist. (Unruhe auf der Linken.) Es sind diejenigen . . . (Fortdauernde Unruhe auf der Linken.) . . . O ich werde mich nicht irre machen lassen, ich rede hier und bleibe bis ich ausgeredet habe. (Bravo auf der Rechten, Zischen auf der Linken.) . . . Es sind diejenigen, welche planmäßig darauf ausgehen, die Fackel der Zwietracht in unser Volk zu werfen. (Lärm auf der Linken und im linken Centrum, Stimmen auf der Linken: Zur Ordnung! das ist Verdächtigung! Steigende Unruhe in der Versammlung.)

Präsident: Herr Heckscher! Ich muß Sie bitten, mit Ruhe, die gewiß in Ihrer Sache die beste Stimmung ist, zu sprechen.

Heckscher: Meine Sache hat nichts zu scheuen, ich trotze allen Anklagen. Es sind diejenigen darunter,

die planmäßig darauf ausgehen, die Fackel der Zwietracht in unser Vaterland zu werfen. (Heftiger anhaltender Lärm, viele Stimmen auf der Linken: Zur Ordnung!)

Präsident: Herr Heckscher, ich muß Sie bitten, sich zu mäßigen. (Stimmen auf der Linken: Weiter nichts? Er muß zur Ordnung gerufen werden!) Ich frage Herrn Heckscher, ob er eine Partei dieses Hauses unter denen gemeint hat, die beabsichtigen, Zwietracht in das Vaterland zu werfen? Wenn das wäre, so müßte ich Sie zur Ordnung rufen.

Heckscher: Ja, das muß ich sagen, das habe ich allerdings gemeint. (Großer Lärm in der Versammlung.)

Präsident: Herr Heckscher! Ich rufe Sie hiermit zur Ordnung! — Sie müssen von jeder Partei und von Jedem annehmen, daß er gewissenhaft handle, und Sie haben nicht das Recht, zu sagen: daß er beabsichtige, die Fackel der Zwietracht in das Vaterland zu werfen. Das ist mit der Ordnung nicht verträglich.

Heckscher: Es sind ferner — ich muß mir diesen Ordnungsruf gefallen lassen . . . (Stimmen auf der Linken: Allerdings! Natürlich!) Es sind ferner diejenigen darunter, welchen eine Entzweiung mit Preußen nicht unwillkommen wäre. (Wiederholter Lärm. Mehrere Stimmen: Nochmals zur Ordnung! Von der Tribüne herunter!)

Präsident: Sie werden selbst einsehen, Herr

Heckscher, daß es nicht so fortgehen kann, ich muß Sie bitten, Ihre Worte auf die Wagschale zu legen.

Wigard von Dresden (vom Platz): Ich trage darauf an, ihm das Wort zu entziehen.

Präsident: Meine Herren! Ich bin überzeugt, Herr Heckscher wird nicht mehr in der früheren Stimmung fortfahren, ich ersuche Sie, ihn jetzt zu hören.

Heckscher: Es sind mannigfaltige Gründe, warum man diese Debatte von ihrem wahren und ausschließlichen Gegenstand abzulenken gesucht hat, ich könnte hier noch manche aufzählen, aber da man von einer Seite des Hauses nicht alle Anklagen, die auf mich geworfen wurden, beantwortet wissen will, so muß ich darüber weggehen. Ich wende mich also unmittelbar zu dem Gegenstande, der uns beschäftigt, aber das will ich noch hinzufügen: ich hätte nicht geglaubt, daß so wenig Gerechtigkeit und Billigkeit in diesem Hause wäre. (Abermaliger großer Lärm in der Versammlung und auf der Gallerie. Wiederholter Ruf: Herunter von der Tribüne!)

Präsident: Wenn es auf der Gallerie nicht ruhig wird, so lasse ich dieselbe räumen.

Wigard von Dresden (vom Platz): Ich verlange, daß Heckscher das Wort entzogen werde, und daß mein Antrag zur Abstimmung kommt.

Präsident: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe. Ich habe mir Mühe gegeben, die Ordnung des Hauses aufrecht zu erhalten und zur Mäßigung gerathen. Es wird nun verlangt, daß Herrn Heckscher das Wort ent-

zogen würde. Ich muß die Nationalversammlung darüber abstimmen lassen. Diejenigen, die der Meinung sind, daß nach den Vorgängen, die stattgehabt haben, dem Herrn Heckscher das Wort zu entziehen sei, bitte ich aufzustehen. (Die Minorität erhebt sich.) Es hat sich nur die Minderheit dafür ausgesprochen. Ich bitte Herrn Heckscher nochmals inständig, mit Mäßigung zu sprechen.

Heckscher: Ich wende mich unmittelbar zum Gegenstande, der uns beschäftigt, und bin genöthigt, meinen Gefühlen Gewalt anzuthun. Ich kann versichern, wie auch Herr Max v. Gagern gesagt hat, es existiren keine geheimen Artikel, es sind solche nie zur Kenntniß gekommen, und weil das nicht geschehen ist, muß ich mit Sicherheit und Zuversicht annehmen, daß keine existiren. Auch diejenigen Andeutungen in meiner Correspondenz, aus denen man etwas der Art hatte schließen wollen, würden sich, wenn sie sich nicht auf vertrauliche Zuschriften bezögen, vollkommen erklären lassen, und auch diese Erklärung würde ich so geben können, daß ich immer mit vollkommener Wahrung meiner Pflichten gehandelt habe. Was den Herrn Blömer betrifft, so hat er in seiner sehr fein ausgesponnenen Rede den Minister des Auswärtigen wegen der Ratification mit sich selbst in Widerspruch zu setzen und ausschließlich die Sache zu Gunsten Preußens zu leiten gesucht. Meine Herren! Das ist auch einer der Punkte, die so außerordentlich schwierig für mich zu berühren sind, und da

haben Sie die Erklärung dessen, daß ich sagte, man wäre so unbillig gegen das Ministerium. Ja, meine Herren, es ist nicht ganz billig, das Absolute von einem Ministerium zu verlangen, jetzt soll ich z. B. die feinen Beziehungen des Reichsministeriums zu Preußen vertheidigen, und ich soll es thun, ohne einen Vorwurf gegen Preußen zu machen; ich habe es so viel wie möglich vermieden. Aber auf diese ganz fein ausgesponnene Rede des Herrn Blömer antworte ich einfach mit folgenden Worten, und diese Worte sind, ich möchte sagen im Lapidarstyl in den gedruckten Actenstücken niedergelegt: Das Ministerium hat die Krone Preußen beauftragt, diesen Waffenstillstand abzuschließen im Namen und aus Auftrag der Centralgewalt; Erster Satz: Das Reichsministerium hat die Krone Preußen beauftragt, diesen Vertrag abzuschließen, ohne daß es sich eine Ratification vorbehalten hätte; zweiter Satz. Nun kommt aber der dritte Satz, nämlich der, daß in der Vollmacht für die Krone Preußen ganz genau vorgeschrieben war, daß man sich an die Stipulationen von Bellevue, und die Zusätze, die wir machten, zu halten habe. Was folgt nun daraus? Mich dünkt doch auf eine unwiderlegliche Weise: 1) daß unser Auftrag und unsere Vorschrift dahin ging, im Namen und aus Auftrag der Centralgewalt abzuschließen. Das ist nicht geschehen, und daß es nicht geschehen ist, dafür können wir nichts. Es sind genug Gründe für und gegen angeführt worden, allein das Ministerium kann nimmermehr eine Schuld treffen. Was den weiteren Satz be-

trifft, daß wir uns keine Ratification vorbehalten haben, so habe ich dieß immer zugegeben, und wenn auch Herr v. Würth es nicht zugegeben hat, so kann dieß in der Sache nichts ändern. Wenn man ferner den Mitgliedern des abgetretenen Ministeriums den Vorwurf macht, daß sie nicht einstimmig verfahren seien, so beweist dies nur den vollen guten Glauben und die Selbstständigkeit der Ueberzeugung, worin sie handelten. Einer kann aber nur die Sache richtig auffassen, und ich, von dem das Meiste ausging, behaupte, daß meine Auffassung die richtige ist, und die genannte Vorschrift ist nicht wegzuleugnen. Wie kann man nun mit Gerechtigkeit und Billigkeit sich hinstellen und sagen: Du hast Preußen die gewünschte Vollmacht ohne Vorbehalt und Bedingungen gegeben. Das ist factisch nicht wahr. Man hat Preußen eine Vollmacht gegeben mit Vorbehalt und Bedingungen. Weil aber die Bedingungen nicht eingehalten wurden, mußte man sich im Ministerium fragen, ob wir uns dies gefallen lassen, und wie wir die Sache in die Nationalversammlung bringen wollten. Da wir nun aber blos die Verantwortlichkeit in dem Fall übernehmen wollten, wenn nach unsern Bedingungen abgeschlossen wäre, so konnten wir sie bei ganz veränderten Bedingungen nicht übernehmen. Da haben Sie einfach die Erklärung des ganzen Verfahrens, und ich begreife nicht, was man dagegen noch sagen könnte. Herr Jordan hat eine außerordentlich richtige Bemerkung gemacht, die tief eingreifend in das ganze Verhältniß ist. Er hat gesagt, warum die Schleswig-Holsteiner nicht

eine ordentliche, tüchtige Revolution gemacht, warum nicht ihren Landesherrn davon gejagt, und nicht alle Rechte desselben verfallen erklärt? Wenn sie dies gethan hätten, so wäre die Sanction, die später hinzu kam, oder das Manifest des Bundestags, nämlich der ausgesprochene Zweck des Kriegs möglicherweise ein anderer gewesen. Der Bundestag hat aber überallhin erklärt, man führe keinen Krieg gegen den König von Dänemark, um ihn seiner herzoglichen Krone zu berauben und gewaltsam Schleswig mit Deutschland zu vereinigen, sondern man führe den Krieg zur Wahrung der Verfassungsrechte der Herzogthümer. Es mußte also auch das Ministerium bei Beurtheilung des Waffenstillstandes dieses Ziel festhalten, und damit die erreichten Vorrechte vergleichen. Ich freue mich, daß Herr Jordan und mit ihm eine für mich sehr hochstehende Autorität, nämlich Herr v. Vincke (Gelächter auf der Linken), ich will damit nicht sagen, daß ich die Autorität des Herrn Jordan nicht auch hochstelle (wiederholtes Gelächter auf der Linken) — ich freue mich, daß diese beiden Herren mir darin beipflichteten, wenn ich gesagt habe: in Gemäßheit dieses Waffenstillstandes findet durchaus keine Verpflichtung der Centralgewalt statt, nun auf der pünktlichen Durchführung aller Stipulationen des Vertrags, selbst gegen den Willen, die Kraft und die physische Macht der Schleswig-Holsteiner, zu bestehen. Nein, dem ist nicht so. Dazu haben wir uns nie verpflichtet, und wir können auch nicht hierzu verpflichtet gehalten werden. Wenn Dänemark oder die vermittelnden Mächte einen

Vertrag abgeschlossen haben, der nach der Natur der Dinge unausführbar ist, was zur Zeit des Abschlusses nicht einzusehen war, so daß jeder Vorwurf einer Hinterlist wegfällt, so mag Dänemark zusehen, wie es den Vertrag ausführt. Wir gestatten ihm aber nicht, einen Mann dänischer Truppen in die Herzogthümer zu schicken. Das ist unser Recht und dabei bleiben wir. Ich empfehle noch einmal dringend die Annahme des Waffenstillstandes und zwar, wie ich gesagt habe, ohne fernere Unterhandlungen, denn das sind Absurditäten, wenn man gleichzeitig erfüllen und unterhandeln soll. Im Hinblick auf das, was bereits an Modificationen eingetreten ist und noch eintreten wird, empfehle ich Ihnen die Annahme, die Nichtverwerfung, die Nichtbeanstandung des Waffenstillstandes. Die Hauptgründe, die ich anzuführen habe, sind folgende. Ich sage Ihnen nochmals: es ist nichts verloren durch den Waffenstillstand, der kein Friede ist, und namentlich ist für die Ehre Deutschlands nichts verloren, denn das Ziel des Krieges ist interimistisch weit mehr für unser Recht, als für die Gegner; gewonnen ist aber unendlich viel für den künftigen Frieden und für die definitive Gestaltung der holsteinischen staatsrechtlichen Verhältnisse, denn Sie wissen, daß Sie angebahnt sind in der Hauptsache und mit Hinzuziehung der Modificationen, die nothwendig eintreten und eintreten müssen; das hat schon Herr Bassermann gesagt. Zweitens haben Sie gewonnen ein unendlich Großes, daß die Absatzwege des Handels wiedereröffnet sind; Sie haben gewonnen, daß die Industrie sich wieder frei

bewegen, sich wieder auf den Credit der Seestädte stützen kann, der wieder neu aufleben wird. Sie gewinnen, daß beim Herannahen des mit schwerer Ahnung erwarteten Winters der Credit und der Handel wieder hergestellt wird, und in eben dem Augenblicke ist, wie Kaufleute mir bestätigen können, dieses doppelt erwünscht, daß die Handelswege frei werden. Man weiß, daß eine ganze Masse deutscher Schiffe von England aus auf dem Wege ist, welche nothwendig den Dänen in die Hände fallen müssen, man weiß, daß England durch die hohen Kartoffelpreise genöthigt ist, die Kornzufuhr aus den preußischen Ostseeprovinzen zu sichern, was einen reichen Segen in die Provinzen führt. Das Dritte ist endlich, daß Sie von dieser Seite eine blutende, eiternde Wunde verbunden haben und daß Sie dann Ruhe haben, Ihre innern Verhältnisse zu ordnen, daß wir das Verfassungswerk vollenden, daß wir uns stärken können nach Außen und jene völkerrechtliche Geltung bei den Staaten erlangen, — was unendlich schwer ist und durch die Sistirung im letzten Beschlusse noch mehr erschwert wurde; denn darüber habe ich selbst die traurigsten Erfahrungen gemacht. — Und Sie gewinnen, daß die Ansichten sich bekehren und die Freundschaftsbande sich anders gestalten, als sie bis jetzt waren. Dagegen halte ich für kein Aequivalent, was gegen diese unendlichen Vortheile in die Wage zu legen wäre. Wenn auch einige constitutionelle Rechte Schleswig-Holsteins auf einige Zeit vertagt sind, so ist ja doch für die Herzogthümer definitiv nichts verloren und sind

unter guter Obhut: (hört!) ja sie kommen dahin, verlassen Sie sich darauf. Ebenso werden Sie durch die Verwerfung des Waffenstillstandes alle unsere völkerrechtlichen Beziehungen auf's Aeußerste gefährden. Ich habe nie gesagt, meine Herren: haben Sie Furcht vor einem europäischen Kriege, wiewohl ich die Aussicht auf einen europäischen Krieg, wenn man Jütland angreift, nicht gering anschlage. Aber abgesehen von der äußersten Kriegsgefahr, ist es immer ein großer Uebelstand, wenn man mit fremden Mächten gewissermaßen à coups dorés umgehen muß. Den guten Willen der Mächte muß man in vielen Beziehungen für sich haben. Ebenso finde ich die Fortführung des Krieges gegen die Neigung Preußens. Wie sehr Preußen festhielt an der Bedingung des Waffenstillstandes, haben Ihnen schon Preußen gesagt mit Anführung von Gründen, die wir nicht bezweifeln dürfen, namentlich das, was Herr Jordan und Herr v. Vincke gesagt haben, und ich glaube, Sie gefährden alle Resultate unserer Revolution dadurch, denn auch ich glaube daran, und Sie wissen nicht, was Sie verlangen, wenn ein Zwiespalt eintritt. Meine Herren, ich eile zum Ende und ich will nur noch die Bemerkung machen: ich habe nie geglaubt, daß das Raisonnement derjenigen richtig sei, welche sagen: „Nun gilt es, nun ist es das erste Mal, daß wir Krieg geführt haben, jetzt müssen wir uns zeigen.“ Das glaube ich nicht, im Gegentheil dadurch, daß wir Mäßigung und Besonnenheit dem schwachen besiegten Feinde gegenüber zeigen, dadurch erlangen wir Credit und An-

sehen und Geltung bei den Mächten, und daß diese Anschauungsweise die richtige ist, dieses beweist die Stimme Europa's. Ich empfehle Ihnen daher die Nichtbeanstandung des Waffenstillstandes, und glaube sagen zu können, es ist dieses wichtig für mich: ich trete ab mit dem Bewußtsein, in jeder Beziehung meine Pflicht erfüllt zu haben. (Bravo auf der Rechten, Zischen auf der Linken, Ruf nach Schluß.)

Präsident: Nach dem Beschlusse der Versammlung muß ich fragen, ob noch ein Minister das Wort verlangt? (Niemand meldet sich.) Es verlangt Keiner das Wort.

Wurm von Hamburg: Meine Herren, ich gehe nicht weiter auf das Einzelne ein. Weßhalb sollten wir ratificiren? Wegen der großen Gefahren, deren Bild man vor uns aufrollte? Die eine große Gefahr, meine Herren, wie es scheint, läßt sich formuliren in dem Ausdruck, welchen der Reichsminister des Auswärtigen hier gegeben hat: „das völkerrechtliche Verhältniß Preußens sei compromittirt, es sei unhaltbar geworden, wenn wir nicht genehmigen." Meine Herren, dem setze ich die Frage entgegen: aber das völkerrechtliche Verhältniß der Centralgewalt, die wir geschaffen haben, für die wir stehen, um die wir uns schaaren müssen, soll sie mißachtet sein vom Anfang an vom Ausland und vom Inland, soll sie denn lahm sein vom Mutterleibe an; können wir das verantworten? (Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.) Das, meine Herren, sind die Gefahren, die uns ferner stehen; erlauben Sie, daß

auch ich mit meiner sehr schwachen Stimme Sie warne, vor einer Gefahr, die uns sehr nahe liegt, die in diesem Augenblick am nächsten liegt, — das ist die Gefahr, meine Herren, etwas Halbes zu beschließen. Diese Gefahr ist vor der Thüre; Andere haben besser, als *ich* es könnte, das Schwanken der Stimmung in Bezug auf den Waffenstillstand bezeichnet, das Schwanken und Treiben der verschiedenen Anträge, das Langen und Bangen in schwebender Pein, oder, wie es in der alten Komödie heißt: „man begehrt ihn, verwünscht ihn, und hätt' ihn im Grunde doch gar zu gern." Das, meine Herren, ist eine gefährliche Stimmung; ja oder nein, ich wiederhole, was Andere gesagt haben, ja oder *nein*, ein Drittes gibt es nicht! Meine Herren, annehmen unter Bedingungen, das können Sie nicht, das ist keine Ratification, eine solche Ratification wird nicht angenommen; meine Herren, ablehnen unter Bedingungen, das kann man ebensowenig; entweder ja oder nein, das ist das einzig Mögliche, das ist das einzig Richtige. Wie soll Deutschland den Ausweg finden aus der seltsamen Lage, in der es sich in der letzten Zeit befunden hat? auf andere Grundlagen hin, meine Herren, auf etwas Halbes, auf eine Art motivirter Tagesordnung, wie wir es zu machen pflegen, wenn wir in Verlegenheit sind, einen Beschluß zu fassen und auf diese Weise die Sache in Ordnung zu bringen, ich weiß nicht, ob Sie dazu Minister finden würden, aber ich glaube, Staatsmänner würden Sie dazu nicht finden. (Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.)

Nun, meine Herren, soll auch ich noch vor Ihnen aufrollen das Bild der Leiden der Seestädte? Ich werde es nicht thun; es ist geschehen, und ich kann und darf nicht sagen: man hat übertrieben. Ich wünschte, ich dürfte es sagen, ich würde es nicht verschweigen; aber es ist so, meine Herren, es ist so. Wer von uns leugnet es, die ganze Nation steht in einer Stunde der schweren und ernsten Prüfung, der schwersten und ernstesten, die bis jetzt noch an diese Versammlung herangetreten. Jetzt muß es sich zeigen, ob die Nation das hat, was allein sie retten kann, was allein sie zu allen Opfern fähig machen wird, was allein sie zum Siege führen wird, wenn der äußere Kampf sich erneuern muß, und darauf müssen wir gerüstet sein. Denn wenn nicht unbedingt ratificirt wird, wenn auch nur über einzelne Punkte die Unterhandlungen erneuert werden sollen, so dürfen wir uns nicht verbergen, daß wir uns vor allen Dingen wieder in den Kriegszustand versetzen müssen. Ich sage, es muß sich zeigen, ob die Nation die Aufopferungsfähigkeit für ihre eigne Größe, Macht und Einheit besitzt. Es wird sich zeigen, meine Herren, ob wir glauben an eine Zukunft Deutschlands. (Stürmisches, anhaltendes Bravo von der Linken und dem linken Centrum.)

Stedtmann (Berichterstatter der Minorität): Die Interessen Preußens sind der Art, daß es den Waffenstillstand, wie er liegt, annehmen muß, kann und wird, es darf ihn nicht fallen lassen: es wird ihn aufrecht erhalten. Was ist Preußen? Preußen ist ein freies

Land, ein freier Bestandtheil des deutschen Bundes! (Auf der Linken: Wie soll man das verstehen?) Es gibt sich eben jetzt eine freie Verfassung, auf Urwahlen gegründet, so frei wie in irgend einem Lande. Ich sage es Ihnen, daß der Waffenstillstand mit Beistand der preußischen Reichsversammlung aufrecht erhalten wird. (Große Unruhe.) Bei dieser Gelegenheit muß ich einen Blick auf das Benehmen Preußens gegen die Centralgewalt werfen. Es ist Preußens Interesse nicht, der Centralgewalt entgegen zu treten, sondern sie zu hegen, zu tragen, zu schützen, für sie zu kämpfen, und daß sie das thun will, hat sie bewiesen. Von dieser Stelle aus wurde ihm geboten, seine Truppen nach Schleswig zu senden, und es hat nicht bloß sein Bundescontingent, sondern sein dreifaches Contingent zur Verfügung der Centralgewalt gestellt; das hat noch keine Macht Deutschlands gethan. Preußen hat 300,000 Mann vollständig ausgerüstet angeboten; sie sind da, marschfertig. Meine Herren, es ist vom Grafen Arnim-Boytzenburg die Rede gewesen. Arnim hat gesagt, der König von Preußen habe den Ausspruch gethan, Preußen solle in Deutschland aufgehen; er habe aber es nicht redlich gemeint, sondern sich blos durch diese Erklärung zu retten gesucht und nichts anderes gemeint, als die Einverleibung von Ost- und Westpreußen in Deutschland. Wenn irgend etwas Unehrenhaftes in der Behauptung liegt, so nehme ich gerade das Gegentheil für meinen König in Anspruch: es ist nicht seine Meinung gewesen, die Graf Arnim ausgelegt hat. Ich will es beweisen. Ar-

nim widerspricht sich glücklicherweise selbst auf der folgenden Seite: das Aufgehen Preußens in Deutschland sei vom Ministerium aufgestellt worden als Programm; dieses Programms wegen sei er aus dem Ministerium getreten! Das ist die beste Widerlegung. Und nun noch ein Wort. Man hat von dieser Tribüne aus, — es geschah dieß, wenn ich nicht irre, vom Herrn Abgeordneten von Stuttgart, — eine neue Revolution in Aussicht gestellt, und die Rede des Deputirten von Gießen hat mit dem Convente geschlossen. Ich antworte darauf nicht. Ich kenne die Geschichte des Convents und bin mit der anderer Völker, sowie unseres eigenen Volkes innig vertraut; ebenso kenne ich die Lage unseres eigenen Volkes genau, ich weiß aber auch recht wohl, daß man nicht alle Chancen der Revolution zu berechnen vermag, daß dieß menschlicher Combination nicht möglich ist; allein ich will Sie an einen, ich möchte beinahe sagen naiven Ausspruch erinnern, welcher ebenfalls von jener Seite ausgegangen ist; es war jener, worin man Sie aufforderte, die Einheit Deutschland's durch die Freiheit zu begründen. Ich aber, meine Herren, fordere Sie gerade zum Gegentheile auf: Begründen Sie die Freiheit Deutschland's durch die Einheit! (Lebhafter Beifall auf der Rechten und dem rechten Centrum.)

Vicepräsident v. Soiron: Ruhe auf der Gallerie! Die Verhandlung ist geschlossen. Ich werde die Anträge jetzt zur Unterstützung bringen, meine Herren, wenn Sie mir die Ruhe dazu gönnen wollen. Meine Herren, ich zeige vor allen

Dingen an, daß der Rappard'sche Antrag zurückgenommen ist, Herr Adams nimmt den seinen auch zurück. (Viele Stimmen: Sehr gut!) Ich habe nunmehr den Antrag von Winter zu verkünden, oder nimmt ihn Herr Winter zurück? (Winter vom Platze: Ich nehme ihn zurück.) — Zurückgenommen! Der Antrag von Blömer lautet:

„Die Nationalversammlung beschließt:

1) die Rechtsgültigkeit des von dem Reichsministerium in der Sitzung vom 4. September d. J. vorgelegten Waffenstillstands-Abschlusses, d. d. Malmö den 26. August 1848, ferner nicht zu beanstanden;

2) die provisorische Centralgewalt aufzufordern, ihre — der Centralgewalt — völkerrechtliche Anerkennung dem Auslande, und insbesondere Dänemark gegenüber, zu beschleunigen und nachdrücklich durchzuführen; sowie auch die Unterhandlungen über den Abschluß eines, den Rechten der Herzogthümer entsprechenden Friedens fortan in eigene Hand zu nehmen."

Wer diesen Antrag unterstützen will, wolle sich erheben. (Die hinreichende Anzahl erhebt sich.) Er ist unterstützt. Der Antrag des Abgeordneten Jordan von Berlin lautet dahin:

1) Die Nationalversammlung wolle unter Aufhebung des Sistirungsbeschlusses vom 5. September über den Antrag auf Nichtgenehmigung des Waffenstillstands zur Tagesordnung übergehen;

2) wie im Blömer'schen Antrage.

Wer diesen Antrag unterstützen will, wolle sich erheben. (Die hinreichende Anzahl erhebt sich.) Er ist unterstützt! — Der Antrag des Abgeordneten Möring wird nicht unterstützt, ebenso der des Herrn v. Lindenau nicht. Weiter der Antrag von Francke und Genossen:

„Die Nationalversammlung beschließt:

1) Die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Malmö vom 26. August d. J., soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern.

2) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der, dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modificationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete.

3) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen."

Wer diesen Antrag unterstützen will, der wolle sich erheben. (Die hinreichende Anzahl erhebt sich.) Er ist unterstützt. — Der Antrag von Hollandt, Wedekind, Bauer und Stolle wird nicht unterstützt. Der Antrag des Abgeordneten Jahn wird zurückgezogen. Der Antrag des Abgeordneten Edlauer und Mulley wird ebenfalls zurückgezogen. Der Antrag von Maltzahn und Consorten ist durch Unter-

schriften bereits unterstützt. Meine Herren, ich würde Ihnen nun verkündigen, in welcher Reihenfolge die Anträge zur Abstimmung kommen sollten. Ich theile die Anträge vor allen Dingen in zwei Theile, in solche, welche den Waffenstillstand selbst betreffen, und in solche, welche die Stellung der Centralgewalt gegen Preußen betreffen; die letzteren kommen besonders zur Abstimmung. Unter denjenigen Anträgen, welche den Waffenstillstand betreffen, befinden sich solche, welche denselben für ausdrücklich ungültig erklären; hieher gehört der Antrag der Majorität der vereinigten Ausschüsse oder von Wurm und Consorten, welcher auf ausdrückliche Verwerfung des Waffenstillstandes geht. Dieser Antrag kommt, als der am weitesten gehende, jedenfalls zuerst zur Abstimmung. Es kommen sodann Anträge, welche dahin formulirt sind, den Waffenstillstand nicht zu hindern oder nicht zu beanstanden; hieher gehört der Francke'sche, welcher sich darüber theilweise ausdrückt, indem er noch Verständigungen und Modificationen über einzelne Punkte verlangt; hierher gehört der Maltzahn'sche, welcher ebenfalls nicht beanstanden will, es gehört hierher der Antrag der Minorität des Ausschusses oder von Stedmann und Consorten, welcher Friedensverhandlungen will. Einen indirect genehmigenden Antrag hat Herr Jordan gestellt, denn der will unter Aufhebung des Sistirungsbeschlusses über den Antrag auf Nichtgenehmigung auf Tagesordnung und nebstdem zu neuen Unterhandlungen übergehen, folglich kann ich ihn

nicht wie einen Antrag auf einfache Tagesordnung behandeln; die Rechtsgültigkeit des Waffenstillstandes nicht beanstanden will der Antrag des Abgeordneten Blömer. Dieß ist die Reihenfolge, nach welcher ich über die Hauptsache abstimmen lassen würde. Sodann ist noch ein Antrag gegen Preußen übrig, nämlich in dem Antrag der Minorität, über den würde ganz besonders abgestimmt.

(Es entsteht nun noch eine lebhafte Diskussion über die Form der Abstimmung, so wie darüber, ob über die zwei Theile des Wurm'schen Berichtes einzeln oder zusammen abgestimmt werden soll. Letzteres wird angenommen.)

Arndt von Bonn: Ich habe vor einigen Tagen erklärt, daß ich von meiner Meinung abgetreten bin; das ist Jedem erlaubt. (Mehrere Stimmen: O ja!) Ich habe mich berufen auf mich selbst, und das kann Jeder. Ich sage, ich stimme nicht mehr mit der Majorität.

Vicepräsident v. Soiron: Ist der Antrag auf namentliche Abstimmung hinsichtlich des Antrages der Mojorität des Ausschusses oder des Wurm'schen Gutachtens unterstützt? (Eine große Anzahl erhebt sich.) Er ist unterstützt. Wir werden jetzt die Abstimmung über diesen Antrag beginnen. Er lautet:

„Die Nationalversammlung beschließt:

1) der Malmoer Waffenstillstand vom 26. August

wird von der deutschen Nationalversammlung nicht genehmigt:

2) das Reichsministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Krieges erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt des deutschen Bundesstaates sogleich zu eröffnen."

Wer diese Anträge annehmen will, wird ersucht, mit Ja zu antworten, wer sie nicht annehmen will, mit Nein. (Abstimmung.) Es haben 495 Mitglieder im Ganzen gestimmt; 237 haben die Frage bejaht; 258 haben sie verneint. Der Antrag ist also verworfen.

Der Antrag von Herrn Francke, Droyssen, Neergard und Michelsen kommt jetzt zur Abstimmung. Der Antrag lautet:

„Die Nationalversammlung beschließt:

1) Die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Malmö vom 26. August d. J., so weit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern.

2) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der, dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete.

3) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen."

Wer diesen Antrag annehmen will, wolle mit Ja, wer ihn nicht annehmen will, mit Nein antworten. Die Abstimmung beginnt, meine Herren, ich bitte um Ruhe. — (Abstimmung.) Das Resultat der Abstimmung ist folgendes. Der Antrag ist mit 257 gegen 236 Stimmen angenommen worden. Wir hätten nun nur noch über einen weiteren Antrag, nämlich über den zweiten Theil des Antrags von Stedmann oder des Minoritätserachtens abzustimmen. Allein ich glaube, daß es zweckmäßiger sein wird, diese Abstimmung bis nächsten Montag zu verschieben. (Viele Stimmen: Nein! Gleich abstimmen!) Gut. Die Abstimmung geht also fort. (Große Unruhe.) Ich bitte um Ruhe! (Fortwährende Bewegung.) Meine Herren, wollen Sie Ihre Plätze einnehmen, damit wir endlich zur Abstimmung kommen. (Stimmen auf der Linken: Wir stimmen nicht!) Die Frage lautet:

„Die Nationalversammlung beschließt:

Daß sie nach Einsicht der Verhandlungen über die Verhältnisse Deutschlands zu Schleswig, vom 2. April bis zum 26. l. J., den Ausschuß für Centralgewalt beauftrage, über das von der preußischen Regierung der provisorischen Centralgewalt gegenüber eingehaltene Verfahren der Nationalversammlung zu berichten."

Wer diese Frage bejahen will, antworte mit „Ja," wer sie verneinen will, mit „Nein." Ich ersuche den Herrn Schriftführer, zu beginnen. (Abstimmung.) Der Antrag ist mit 205 gegen 165 Stimmen verworfen. (Bravo auf der Linken.) Die Sitzung ist aufgehoben.

(Schluß 8¼ Uhr Abends.)

Beilagen.

Frankfurt a. M. Sonntag, 17. Sept. Wir haben eine sehr unruhige Nacht gehabt. Sie wissen, daß gestern die Hauptabstimmung über die Waffenstillstandsfrage war, bei welcher der Francke'sche Antrag, ihn mit Modificationen anzunehmen, mit einer Mehrheit von 20 oder 21 Stimmen durchging. Schon den ganzen Tag über herrschte große Aufregung. Kenner solcher Stimmungen prophezeiten für die Nacht Schlimmes. Indessen sah ich nirgends Vorsichtsmaßregeln treffen, und wunderte mich hierüber nicht wenig. Denn gegen 6 Uhr und vollends bei einbrechender Dämmerung füllten sich die kleinen Straßen, die zur Paulskirche führten, mit lärmendem und drängendem Volk so stark, daß es kaum möglich war, in dieselbe oder aus derselben herauszugelangen. Der Lärm wuchs immer mehr, je länger die Sitzung dauerte, und als die erste Abstimmung bekannt wurde, der nachher noch eine letzte über einen preußischen Untersuchungsantrag folgte, mit der die Sitzung schloß, war des Tobens und Zischens kein Ende

mehr unter den die Paulskirche umstehenden dichtgedrängten Massen. Verließ Jemand die Paulskirche und man vermuthete, es sei ein Abgeordneter, so drängte sich der Knäuel noch dichter, noch drohender gegen diese Person, „Hecker hoch," nieder mit „Heckscher," ertönte es, dazwischen die bekannten Zischtöne und das einzelne grelle Pfeifen der Krawalle. Noch immer aber sah man keine Vorsichtsmaßregeln treffen, was mich, der ich unter den Massen mich befand, sehr wunderte. Die Kirche entleerte sich endlich ganz, und zwar ohne daß gegen die Abgeordneten anderes Ungebührliches erfolgte, als die angedeuteten Schreie, Pfeifen, Andrängen u. s. w. Die Abgeordneten gingen in ihre Kosthäuser, der größere Theil derselben in den „englischen Hof," wo die Rechte und was mehr oder minder zu ihr hält die Stunden von 9 bis 11 Uhr des Abends zuzubringen pflegt. Haufen Volks drängten sich auch dahin, und blieben in Gruppen und Haufen auf Straßen und Plätzen stehen. Noch immer keine Einschreitung, und ich überzeugte mich nun, daß dieß gut war, denn es hätte sonst blutigen Zusammenstoß gegeben. Auf der Allee um das Goethe-Denkmal, vor und in dem Holländischen Hofe, auf der Zeil und an anderen Orten war das Gedränge am größten. In der Nähe des Holländischen Hofes war es als halte man eine Volksversammlung; Redner sprachen zum Volk. Gegen 10 und halb 11 Uhr wurde die Steigerung der beabsichtigten Manifestationen sichtbarer. Sie bewegten sich gegen Westendhall, gegen den englischen Hof, gegen das Bethmann'sche Haus in der Buchgasse wo Heckscher wohnt, gegen das Haus Mozart auf der Zeil, in welchen Fürst Lichnowsky wohnt. Der englische Hof wurde gestürmt, man wollte Heckscher dort wissen, er sollte thätlich angegriffen werden, ein Deputirter, den man für ihn hielt, soll mißhandelt worden sein. Mit Mühe gelang es dem ganzen Personal des Hauses, die Thore vor den Andrängenden zu schließen,

wobei einzelne der letzteren im Hause selbst gefangen zurückblieben. Jetzt wurden die Fenster des unteren Stockes eingeworfen. Die Allarmtöne der Hörner und Trommeln riefen nun die Bürgerwehren zu den Waffen. Indessen erfolgte ein Angriff auf Westendhall, in welchem Hause die Fenster, selbst Meubles zertrümmert sein sollen. Die hier befindlichen Hessen besetzten nun den Roßplatz, die Frankfurter Cavallerie, und das Mittags hier angekommene württembergische Reiterregiment gaben Patrouillen ab in die um die Stadt führende Straße, welche durch die Gallengasse und Bockenheimer Gasse sich hereinbewegten, um allzugroße Zusammenrottungen nicht aufkommen zu lassen. Während dieser Zeit suchten einzelne Haufen überall nach Heckscher, den sie nirgends fanden. Dafür wurden die Fenster des Bethmann'schen Hauses eingeworfen, auch gegen das Haus Mozart, vor dem Schildwachen aufgestellt wurden, ähnliches auszuführen gesucht. Um und nach Mitternacht kehrte die Ruhe allmählich wieder zurück, ohne daß es irgendwo zu wirklichem Zusammenstoß gekommen wäre. Das württembergische Reiterregiment, unter Befehl des Obristen v. Troyff, das zu Transfeld von dem Obergeneral Ordre zum Rückmarsch bekommen, und gestern Mittag hier eingetroffen war, verläßt uns heute wieder, um in die Heimath zurückzukehren.

Frankfurt a. M. Sonntag, 17. September. Die Abstimmung über den Waffenstillstand ist erfolgt, und die Würfel sind gefallen. Es war schlimm damit, sie mochten nun so oder anders fallen. Mit trüber Sorge sehen wir auf das deutsche Volk im Norden wie im Süden. Es werden hier und dort gefährliche Unruhen sich zeigen, und nicht bloß geradezu gemachte. Von dem hier gestern vorgefallenen Skandal werden Sie schon wissen. Derselbe hat den Beweis geliefert, daß auch Frankfurt kein ungünstiges Terrain für die Wühlerei ist, wenn auch Wien und Berlin, worauf man

ausdrücklich zu verweisen pflegt, günstigere Plätze sind. Einzelne Männer der äußersten Linken, Zitz, Simon aus Trier und andere halten in ihren öffentlichen Reden zur Menge kein Maß. Als die Nacht über die Debatten hereinbrach und in den Räumen der ungeheuren Kirche, die gerade genug erleuchtet waren, daß man — wie der Dichter sagt — die Dunkelheit sehen konnte, die Parteien gegen einander tobten und stürmten, und das parlamentarische Wort verklang, und nur Schreien und Schimpfen gehört ward, und die Leidenschaft, welche ein Deputirter in seiner Rede gepriesen hatte, ungebunden und ungezügelt einherbrauste, und dunkle Gestalten sich hin- und herbewegten, bald in Gruppen vereinigt, bald die Rednerbühne hinaufstürmend, bald sich schreiend und gesticulirend um den Vicepräsidenten drängend, und die Galerie pfeifend, klatschend und brüllend Chorus machte, da glaubte man sich eher in Miltons Hölle, als in dem ehrwürdigen Sitze deutscher Volksvertretung. Heinrich von Gagern hatte, um selbst, und zwar im Sinne des gefaßten Beschlusses mitstimmen zu können, den Präsidentenstuhl für den größten Theil der eilfstündigen Sitzung an Soiron abgetreten. Vergebens strengte dieser seine donnerähnliche Stimme an, des Tumultes Meister zu werden, es brauste und zischte immer wüthender fort, und nur eine augenblickliche Ruhe ward gewonnen, als der edle Raveaux auf der Rednerbühne erschien und zur Mäßigung mahnte. Es betraf dieß aber eine an sich untergeordnete Frage (ob nämlich über die beiden Punkte des Majoritätsgutachtens zugleich abgestimmt werden sollte) worüber einer jener Riesenstürme entstanden war, der Eichen, leider auch die deutsche Eiche, entwurzeln kann. Aber nur ein kurzer Waffenstillstand ward gewonnen, dessen Ratifikation nicht erfolgte. Bei der letzten Abstimmung mußte Heinrich v. Gagern selbst den namentlichen Aufruf vornehmen; die Schriftführer konnten nicht durchdringen, obgleich ein

Simson unter ihnen ist. In der Kirche wurde eine Volksversammlung verabredet, die kurz nach der Parlamentssitzung in der Allee innerhalb der Stadt gehalten wurde, auf welche das Standbild Goethes herabblickt. Die Masse stürmte in das deutsche Haus, den Versammlungsort der Linken. Hier redeten Robert Blum und Simon von Trier sie, wie wir hören, begütigend und beschwichtigend an. Aber sie hatten sich einmal vorgenommen, ihre Sympathie für Schleswig-Holstein an den Tag zu legen, und da erschien ihnen als das geeignetste Mittel — in der Westendhalle, wo sich hauptsächlich die Fraction des linken Centrums versammelt, die einstimmig für die Verwerfung des Waffenstillstandes gestimmt hatte, eine vandalische Zerstörung anzurichten. In dem englischen Hofe, wo man den ehemaligen Reichsminister Heckscher vermuthete, wurden zwar nur Scheiben eingeschlagen, aber es kam dagegen auch dort zu allerlei energischen Thätlichkeiten, welche wieder einen rheinischen Deputirten trafen, der gegen den Waffenstillstand gestimmt hatte. So hat auch das souveräne Volk seine Mißverständnisse! Noch wurden mancherlei Katzenmusiken aufgeführt, wozu man sich die Mäuse ziemlich willkürlich ausgesucht hatte. Endlich traten die Bürgerwehr, die Schutzwachen und die bewaffnete Macht hinzu und störten die zur Ehre der deutschen Einheit ausgeführte Harmonie. Heute Morgen in aller Frühe war, nicht nur hier, sondern auch in dem eine Stunde von hier entfernten Hausen schon an allen Straßenecken eine weitere Einladung zu einer Volksversammlung auf der Pfingstweide angeschlagen, welche diesen Nachmittag abgehalten wird. Wir aber, die wir mit Herz und Seele an der neugewonnenen deutschen Freiheit hängen, wir können nur mit tiefem Schmerze berichten, was weder Schleswig-Holsteins noch des großen Va-

landes Sache fördern, und nur der Reaktion nützen kann!

Frankfurt a. M. Sonntag, 17. September. Die Volksversammlung auf der Pfingstweide begann um halb 4 Uhr, und ist so eben (6 Uhr) auseinander gegangen. Die demokratischen und Arbeitervereine und Turngemeinden von Frankfurt, Offenbach, Mainz, Hanau &c. mit ihren Fahnen, und eine Volksmenge von vielen tausend Köpfen waren dabei anwesend. Von der Rednerbühne herab ließen sich Simon von Trier, Wesendonck, Zitz, Schlöffel, Hentges, Dr. Reinganum von hier, Metternich von Mainz &c. vernehmen. Nachdem verschiedene, mehr oder minder energische Anträge gestellt worden, beschloß man endlich mit Acclamation: 1) die Volksversammlung erklärt die Mitglieder der Majorität, welche gestern den schmählichen Waffenstillstand von Malmö genehmigte, für Verräther an dem deutschen Volke, seiner Freiheit und Ehre; 2) dieser Beschluß soll dem deutschen Volke schleunigst bekannt gemacht werden; 3) eine Deputation wird morgen in der Paulskirche den Mitgliedern der Mehrheit diesen Beschluß eröffnen. Die Deputation sollte sofort nach der Volksversammlung durch die Vorstände der Vereine, Bürgerwehren &c. gewählt werden. Die fremden Theilnehmer an der Volksversammlung wurden aufgefordert, in Frankfurt zu bleiben, um ihren Beschlüssen Nachdruck zu geben. Heute Abend will man in Masse vor den „deutschen Hof" ziehen, um die Linke aufzufordern, sich über das Verfahren, das sie nunmehr einzuhalten gedenkt, auszusprechen. Die Volksversammlung verlief übrigens ganz ruhig, und die Besorgniß etwaniger Excesse hat sich bis jetzt in keiner Weise gerechtfertigt.

Frankfurt a. M. Sonntag, 17. September. Diesen Mittag war auf der Pfingstweide große Volksversammlung, zu welcher Abgeordnete aller demo=

kratischen Volksvereine von nah und fern eingeladen waren. In der That erschienen diese in großer Zahl und mit starker Begleitung. Sie trafen von allen Seiten herein. Unter diejenigen, welche auf der Eisenbahn zugegen, mischte ich mich selbst, und fand Männer so ziemlich aus allen Classen der Gesellschaft, meist mit Stöcken, öfter mit Pistolen bewaffnet, häufig auch die rothe Feder auf den Hüten. Vorzugsweise waren es junge Leute. Die Zugänge znr Pfingstweide und diese selbst waren mit Menschen bedeckt, und mehrfach hörte man Schüsse. Die Zahl der Sprecher war nicht klein. Von Parlamentsmitgliedern, welche Reden hielten, bemerkte ich Zitz, Wesendonck, Blum, Hentges und Schlöffel; außer diesen habe ich vor allen des bekannten Metternich zu erwähnen. Zweck und Absicht der Versammlung und ihrer Redner war es hauptsächlich, gegen den gestern von dem Parlament (obwohl mit Modifikationen) gutgeheißenen Waffenstillstand zu protestiren, ihn als eine Schmach für Deutschland, und die, welche für ihn gestimmt, als solche zu bezeichnen, die es mit dem Vaterland nicht ehrlich meinen. Man hörte sehr heftige Aeußerungen, besonders von Zitz und Metternich. Wie gestern Abend vorzugsweise Heckscher aufgesucht ward, um Rache an ihm zu nehmen, so wurde er auch heute mit der gestrigen Mehrheit des Parlamentes als Landesverräther erklärt. Angetragen und beschlossen wurde, daß alle Anwesenden in Frankfurt bleiben sollten, indem man gegen die Paulskirche morgen eine Demonstration machen und ihr in einer Sturmpetition vortragen müsse, daß der gestrige Beschluß wieder aufzuheben sei. Geschehe dieß nicht, so sei die Mehrheit, als des Landesverrathes schuldig, nicht mehr als Vertreter der Nation anzuerkennen. Mehrere der Redner sprachen für den vorhabenden Zweck der Versammlung sehr beredt. Diesen nicht zu compromittiren und sich heute

ruhig zu verhalten, mahnten einzelne derselben auf das eindringlichste. Gegen jede Erwartung sind auch die ersten Abendstunden ruhig verlaufen, und in diesem Augenblicke herrscht im Innern der Stadt zwar noch eine Bewegung, die über die gewöhnliche sonntägliche hinausgeht, doch bemerkt man keine gefahrdrohende Aufregung. Man ist sehr begierig, ob und welche Vorkehrungen für morgen werden getroffen werden. Da gestern schon die Fenster der Paulskirche bedroht waren, und man für dieselben heute Nacht fürchten zu müssen glaubte, ist der äußere Umkreis derselben durch Militär in Schutz genommen.

Frankfurt a. M. Mittwoch, 20. September. Ueber die traurigen Frankfurter Straßenkämpfe tragen wir aus den Berichten anderer Blätter zur Aufhellung und Vervollständigung noch einzelne Züge nach. Die Frankf. O. P. A. Z. vom 20. Sept. sagt: „Ueberraschend war in den Vormittagsstunden die Ruhe und Besonnenheit der österreichischen und preußischen Truppen. Letztere stürmten auf dem Römerberge fünf Barrikaden hintereinander ohne einen Schuß zu thun; mehrere preußische Soldaten erhielten hierbei Verwundungen durch Steine. In der Mitte dieser Truppen befanden sich mehrere preußische Offiziere der Nationalversammlung in bürgerlicher Kleidung, welche beruhigend auf die Soldaten zu wirken bemüht waren und den Gebrauch der Schußwaffen zu hindern suchten; die preußischen Officiere, welche die Truppen führten, zeigten die besonnenste Haltung, und unverkennbar wollte man nur dann den Kampf ernstlicher aufnehmen, wenn dieß unvermeidlich geworden war. Dieser Zustand trat nach 1 Uhr ein, und es wurde von beiden Seiten mit einer Heftigkeit, welche man mit dem Namen „Wuth" belegen dürfte, gekämpft. Zahlreiche Opfer sind auf beiden Seiten gefallen, und viel Blut ist geflossen. Im Laufe des

Nachmittags wurde der Zustand der Stadt von Minute zu Minute gefahrvoller. Mehrere Deputationen der linken Seite verlangten die Einstellung des Kampfes, doch stets unter der Bedingung, daß die Truppen aus der Stadt gezogen würden und man vollständige Amnestie bewillige. Das Ministerium forderte dagegen von den Führern der kämpfenden Volksmassen, daß diese letzteren sofort die Waffen niederlegten; dann wolle man weiter unterhandeln. Um 4 ein halb Uhr entschloß sich das Ministerium, bis 5 ein halb Uhr eine Waffenruhe zu bewilligen, welche über die Möglichkeit den Frieden herzustellen entscheiden sollte. Jeder Versuch mißlang, und um 5 ein halb Uhr begann der Kampf mit verdoppelter Wuth von Neuem. Da es den Volksmassen gelungen war, einzelne Häuser zu besetzen, so entspann sich ein hartnäckiger, äußerst gefährlicher Straßenkampf, und das Schicksal der Stadt Frankfurt war kaum zweifelhaft, wenn die Truppen besiegt worden wären. Bei diesem Kampfe leisteten die preußischen Majore v. Deetz und v. Boddien die von jeder Seite anerkanntesten Dienste, und die Mitglieder der Linken geben ihnen selbst das Zeugniß, daß sie in das dichteste Feuer muthig gegangen, als es galt, die Streitenden augenblicklich zn trennen. Etwa um diese Zeit gelangte die Nachricht in die Stadt, daß Obrist v. Auerswald und Fürst Lichnowsky von heranziehenden Schaaren vor der Stadt gefangen seien und daß nur die eiligste Hülfe sie retten könne. Major Deetz eilte mit einer Compagnie Infanterie in die Gegend, wo nach den erhaltenen Nachrichten jene Männer weilen mußten; leider langte er daselbst zu spät an. Denn bald fand er den Fürsten Lichnowsky furchtbar verstümmelt in seinem Blute schwimmend. Man hatte jenen unglücklichen Mann im eigentlichen Sinne des Wortes zerfleischt und ihm die Glieder mit Knütteln

zerschlagen; wie die Augenzeugen angeben, hatte er erst nachdem er bereits niedergestreckt auf der Erde lag, den tödtlichen Schuß in den Leib empfangen. Als die zu späte Hülfe kam, erwachte Fürst Lichnowsky aus seiner Betäubung, und das Wiedersehen und der bald darauf erfolgte Abschied dieser beiden Männer von einander soll erschütternd gewesen sein. Hr. v. Bethmann hat den schwer Verwundeten mit edler Gastfreundlichkeit bei sich aufgenommen, und ihn liebevoll gepflegt, bis Nachts eilf Uhr Fürst Lichnowsky verschied. Die Leiche des Obristen v. Auerswald wurde erst gegen eilf Uhr aufgefunden und zur Stadt gebracht. Ein Sensenhieb in den Kopf war ihm tödtlich gewesen; zahllose andere Wunden bedeckten den Leib des ehrenwerthen Mannes, dessen Herz wahrhaft für das Volkswohl schlug. Der Kampf wurde in den Straßen fortgesetzt, und Major v. Boddien führte die immer zuströmenden Truppen in das Gefecht, indem er sich zu Pferd an die Spitze der einzelnen Colonnen setzte. Es gelang eine Barricade nach der andern zu nehmen, und alle ins Gefecht gezogenen Truppen zeigten die gleiche beharrliche Tapferkeit. Beklagen müssen wir die unschuldigen Opfer, die in diesem frevelhaften Bürgerkriege gefallen sind; beklagen die tapferen Soldaten, die ihr Blut für das Gesetz und die Ordnung vergossen. Aber welchen Ausdruck sollen wir finden für das schauderhafte Ende eines der ausgezeichnetsten Mitglieder der Nationalversammlung, des Fürsten Lichnowsky, der durch den Freimuth seiner Rede, durch seinen ritterlichen, keine Furcht kennenden Sinn, durch seinen schlagenden Witz sich Feinde geschaffen, die er leider zu sehr verachtete, um sie zu fürchten, und vor denen er sich daher auch nicht zu schützen vermochte. Die Oeffentlichkeit war sein Element; sie war der Born, aus dem er trank; in diesen hatten seine Gegner das Gift gelegt, das ihn verzehrte. Und nun vollends das

Loos des edeln v. Auerswald! Er, der kein anderes Wort als zur Versöhnung hatte, er, der durch und durch deutsch und patriotisch gesinnt war, er, der Gerechtigkeit für alle verlangte und jedes Verhältniß schonen wollte! Auch ihn mußte der Haß einer entfesselten Menge treffen. Wir zweifeln nicht, daß die Centralgewalt der Wiederkehr solchen Unheils mit aller Kraft begegnen und dadurch das Beispiel für alle Regierungen geben werde, wie die Freiheit zu erhalten und zu schützen ist. Dadurch wird sie sich ein Verdienst um Deutschland erwerben, das unvergänglich sein wird wie die nationale Verfassung, die wir trotz aller Stürme zu begründen hoffen."

Verzeichniß

der in diesem Bändchen enthaltenen Reden

von

v. Lindenau.
Heckscher (2).
Venedey.
Eisenmann.
Francke.
Jordan von Marburg.
Waitz.
Giskra.
Jordan von Berlin.
Vogt.
v. Vincke.
Merck.
Degenkolb.
Blum.
Lichnowsky.
Simon von Trier.
M. v. Gagern.
Wurm.
Stedtmann.

Deutsche Parlaments-Bücher

Bd.: 2,2

Stuttgart 1848

Bamberg, Staatsbibliothek -- MvO.Rev.o.270#3
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11753616-5